DER ENTWICKLUNGSWEG DES IRAK – BLOCKIERUNG UND ENTFALTUNG DES AKKUMULATIONSPROZESSES IN EINEM ERDÖLEXPORTIERENDEN LAND

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Barik Shouber
aus
Kerbala / Irak

Marburg 1980

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546009_0005

DER ENTWICKLUNGSWEG DES IRAK - BLOCKIERUNG UND ENTFALTUNG DES AKKUMULATIONSPROZESSES IN EINEM ERDÖLEXPORTIERENDEN LAND

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Barik Shouber
aus
Kerbala/Irak

Marburg 1980

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn
als Dissertation angenommen am 27.6.1980
Tag der mündlichen Prüfung am 7.8.1980

Hauptberichterstatter Prof. Dr. Dieter Boris
1. Mitberichterstatter Prof. Dr. Hartmut Elsenhans
2. Mitbereichterstatter Prof. Dr. Renate Rausch

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Vorbemerkung		I
1.	Die vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen im Irak (8. Jahrhundert bis 1918)	1
1.1	Die asiatische Produktionsweise	1
1.2	Der "Feudalismus orientalischen Typs"	4
1.3	Fernhandel	6
1.4	Die Kontroverse über die Transformierbarkeit der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen zum Kapitalismus	10
1.5	Der Irak als periphere Provinz im Osmanischen Reich	14
1.6	Die Eigentumsverhältnisse und die Herausbildung des Privateigentums	17
2.	Der Irak als Exporteur agrarischer und tierischer Produkte (1869-1952)	23
2.1	Die Rolle des ausländischen Handelskapitals	27
2.2	Das Verhältnis zwischen Politik und ökonomischem Interesse des britischen Kolonialismus im Irak	29
3.	Der Irak als ein erdölexportierendes Land (ab 1952)	36
3.1	Das Eindringen des ausländischen Ölkapitals	36
3.2	Produktion und Export von Rohöl	42
3.3	Royalty, Posted Price und Grundrente	50
3.4	Erdölsektor und Kapitalakkumulation	65
3.4.1	Investitionen der Ölkonzerne	67

		Seite
3.4.2	Profit und Profitrate	70
3.4.3	Auswirkungen auf den Akkumulationsprozeß	76
4.	Gesellschaftliche Differenzierungen im Zuge der Integration des Irak in den kapitalistischen Weltmarkt	84
4.1	Kritik des Dualismus-Ansatzes	84
4.1.1	Der ökonomische Dualismus	84
4.1.2	Der gesellschaftliche Dualismus	88
4.2	Strukturelle Heterogenität und sektorale Disproportionalität als Strukturmerkmale der Unterentwicklung	93
4.2.1	Die hegemoniale Stellung des Erdölsektors	97
4.2.2	Der Niedergang des Agrarsektors	103
4.2.3	Marginalisierung als Strukturmerkmal der Unterentwicklung	111
4.2.4	Die blockierte importsubstituierende Industrialisierung	116
4.3	Politische Transformationen und Aufstieg der Staatsbourgeoisie	126
5.	Entwicklungsstrategien und staatliche Entwicklungsplanung seit 1968	139
5.1	Die wirtschaftspolitische Programmatik der Baath-Partei	139
5.2	Die Politik der expansiven Industrialisierung	142
5.3	Ansätze zu einer exportorientierten Industrialisierung	145
5.4	Der besondere Weg zum Sozialismus	146
5.5	Der Fünfjahresplan 1970/71 - 1974/75	148
5.5.1	Darstellung	148
5.5.2	Planerfüllung	152

		Seite
5.6	Der nationale Entwicklungsplan 1976-1980	157
5.6.1	Die allgemeinen Grundsätze und Prioritäten	158
5.6.1.1	Die wirtschaftstheoretischen Vorstellungen und der politische Rahmen	158
5.6.1.2	Aufbau des Sozialismus	158
5.6.1.3	Verstärkte Förderung der menschlichen Ressourcen	159
5.6.1.4	Die außerordentliche Dringlichkeit einer agrarischen Entwicklung im Rahmen eines sektoralen Gleichgewichts	161
5.6.1.5	Fortsetzung der industriellen Entwicklung	163
5.6.1.6	Die Weiterentwicklung der Infrastruktur	168
5.6.1.7	Weiterentwicklung des Verwaltungsapparates	169
5.6.1.8	Entwicklung des Planungs- und Kontrollapparates	170
5.6.2	Die normativen Ziele des Planes	170
5.6.3	Gesamtwirtschaftliche Indikatoren und strukturelle Veränderung	172
5.6.4	Zusammenfassung und Beurteilung des Nationalen Entwicklungsplans	176
6.	Entwicklungsstand und Struktur der nachholenden Industrialisierung	179
6.1	Der institutionelle Aufbau des Industriesektors	179
6.1.1	Der staatliche Sektor	179
6.1.2	Die Stellung des privaten Sektors	180
6.1.3	Die Stellung der Gewerkschaft	182
6.2	Die "großen" und die "kleinen" Industriebetriebe	184

		Seite
6.2.1	Die "großen" Industriebetriebe (Betriebe mit zehn Beschäftigten und mehr	187
6.2.1.1	Beschäftigte und Löhne in den "großen" Industriebetrieben	189
6.2.1.2	Vorleistungen, Bruttoproduktionswert und Wertschöpfung in den "großen" Industriebetrieben	194
6.2.2	Die "kleinen" Industriebetriebe (Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten)	196
6.3	Die Entwicklung der einzelnen Industriebranchen (1970-1976)	199
6.3.1	Extraktive Industrie	199
6.3.2	Nahrungsmittelindustrie	201
6.3.3	Textilindustrie	203
6.3.4	Ölverarbeitung und chemische Industrie	206
6.3.5	Baustoffindustrie	207
6.3.6	Metallverarbeitung	209
6.3.7	Maschinenbau- und Reparaturbetriebe	210
6.3.8	Elektroindustrie	211
6.3.9	Transportmittelindustrie	212
6.3.10	Zusammenfassung und Entwicklungstendenzen in den einzelnen Branchen	213
6.4	Der Aufbau der Grundstoffindustrie	215
6.4.1	Die Eisen- und Stahlindustrie	218
6.4.2	Die petro-chemische Industrie	221
6.4.3	Die Erdölraffinierungsindustrie	224
6.4.4	Die Erdgasverarbeitungsindustrie	228
6.5	Strukturmerkmale der nachholenden Industrialisierung im Irak	229

Seite

6.5.1 Wachstumsraten und Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt 229

6.5.2 Die geographische Konzentration der Industriebetriebe 231

6.5.3 Das Tempo der Kapitalakkumulation 238

6.5.4 Die Dominanz der importierten Technologie 240

6.5.5 Die niedrige Auslastung der Kapazität 243

Zusammenfassung 247

Literaturverzeichnis 252

Tabellenverzeichnis

		Seite
1	Wert und Struktur der irakischen Exporte (1865-1934)	24
2	Entwicklung der wichtigsten Exportwaren (jeweils in 100 Tonnen jährliche Durchschnittswerte)	26
3	Produktion und Export von Rohöl (in Mio. Long Ton)	44
4	Rohölproduktion und -export der OPEC-Länder 1977	47
5	Exportmärkte des irakischen Erdöls	49
6	Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Erdöleinnahmen und dem Wert der Ölexporte	52
7	Entwicklung des Posted Price für das irakische Rohöl in US Dollar pro Barrel	55
8	Investition der Ölkonzerne im Nahen Osten in Mio. Dollar	68
9	Bruttofixkapitalbildung der Ölgesellschaften im Irak 1957-1970	69
1o	Entwicklung des Nettoprofits und der Investitionsquote	71
11	Rendite des Ölkapitals im Irak im Zeitraum 1956-1960	73
12	Profitrate in dem Zeitraum 1956-1970	75
13	Träger des Akkumulationsprozesses	77
14	Wertschöpfung im Erdölsektor, Kapitalakkumulation und Profittransfer ins Ausland	81
15	Entwicklung des Anteils der Ölexporte an den Gesamtexporten	98
16	Beitrag der Sektoren zum Bruttoinlandprodukt (zu laufenden Preisen)	99

		Seite
17	Beschäftigte und Produktivität im Erdölsektor	101
18	Beschäftigte und Produktivität in den einzelnen Wirtschaftssektoren 1976	102
19	Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur	103
20	Die Struktur des agrarischen Grundbesitzes 1958	104
21	Produktion und Export von Weizen und Gerste 1936-1956 (in Tausend Ton)	106
22	Offene Arbeitslosigkeit im Irak 1963-1972	115
23	Kapitalinputanalyse für die verarbeitende Industrie (1960-1964)	120
24	Das Verhältnis zwischen Lohn- und Gewinneinkommen	124
25	Einnahmen und Ausgaben des Entwicklungsfonds 1970-1974	153
26	Sektorale Verteilung der tatsächlichen Investitionen 1970-74	154
27	Geplante Veränderungen der Anteile der Sektoren an den Beschäftigten 1976-1980	160
28	Geplante Produktion und Produktivität im Agrarsektor	162
29	Der Bedarf der einheimischen Industrie an einigen ausgewählten agrarischen Produkten (in 1000 t)	163
30	Geplante Produktion in der chemischen und petro-chemischen Industrie	166
31	Entwicklung der Nahrungsmittelimporte in Mio. ID	168
32	Gegenwärtige und projektierte Anteile der Sektoren am Bruttoinlandsprodukt	173
33	Klassifikation der Industriebetriebe 1975	185
34	Das Verhältnis zwischen Kosten und Leistung in der irakischen Industrie 1975	186

		Seite
35	Die quantitative Entwicklung der großen Industriebetriebe	187
36	Mitgliederstatistik des Irakischen Industrieverbands	189
37	Entwicklung der Beschäftigtenzahl in den "großen" Industriebetrieben (in 1000)	190
38	Lohnsumme und monatliches Durchschnittseinkommen in den privaten und staatlichen Industriebetrieben	191
39	Verbraucherpreisindex und monatliches Realeinkommen der Beschäftigten in den "großen" Industriebetrieben	192
40	Die neue Lohntabelle (Monatslohn in ID)	193
41	Vorleistungs- und Wertschöpfungsquoten in den "großen" Industriebetrieben	195
42	Entwicklung der einzelnen Industriebranchen	200
43	Produktion und Import von Nahrungsmitteln in Mio. ID	202
44	Produktionskapazität in der Textilindustrie	204
45	Produktion und Verarbeitung von Rohöl	225
46	Entwicklung der Anteile der Sektoren am BIP (1953-1976)	230
47	Wachstumsraten und Beitrag der verarbeitenden Industrie zum Bruttoinlandsprodukt (zu laufenden Preisen)	231
48	Regionale Verteilung der "großen" Industriebetriebe 1975	233
49	Regionale Verteilung der "kleinen" Industriebetriebe 1975	234
50	Die Entwicklung der regionalen Verteilung der Industriebetriebe 1966-1975	236
51	Regionale Verteilung der industriellen Bruttowertschöpfung 1975	237
52	Entwicklung der Fixkapitalbildung in der verarbeitenden Industrie und deren Anteil an der Gesamtwirtschaft 1957-1976	239
53	Kapitalinputanalyse für die verarbeitende Industrie 1964-1970	240

Vorbemerkung

Im Mittelpunkt der entwicklungstheoretischen Diskussion stehen seit einigen Jahren die lateinamerikanischen Beiträge des sogenannten Dependenz-Ansatzes und die daraufhin in Frankreich und in der BRD erschienenen Arbeiten von Samir Amin und Dieter Senghaas. Gegenstand der Diskussion sind die Thesen und die entwicklungsstrategischen Implikationen des Konzepts vom "peripheren Kapitalismus". Es kann hier nicht unser Ziel sein, im Rahmen einer empirisch-analytischen Untersuchung des irakischen Entwicklungsprozesses eine differenzierte Darstellung dieser Diskussion zu geben, geschweige denn deren Lücken zu füllen; es wird lediglich darum gehen, die wesentlichen Aussagen der Theorie des "peripheren Kapitalismus" mit dem realen Entwicklungsprozeß im Irak zu konfrontieren und im Hinblick auf ihre diesbezügliche Gültigkeit zu überprüfen. Die zentrale These dieser Theorie geht davon aus, daß der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß in peripher-kapitalistischen Gesellschaften strukturelle Gemeinsamkeiten aufweist, die theoretisch verallgemeinerte Aussagen über unterentwickelte Gesellschaften zulassen.
Das von Amin entwickelte Akkumulationsmodell des "peripheren Kapitalismus" beinhaltet, daß der Akkumulationsprozeß in den peripheren Ländern auf der Wechselbeziehung zwischen Exportproduktion für die Metropolen und Luxuskonsum einheimischer Oligarchien basiert und deshalb ständig dahin tendiert, die Deformation der sozio-ökonomischen Strukturen in diesen Ländern immer wieder aufs Neue zu reproduzieren. Demnach haben heute Gesellschaften, die zum Teil seit über einem Jahrhundert als periphere Teile in das kapitalistische System der internationalen Arbeitsteilung in abhängiger Form integriert sind, im Rahmen dieses Weltsystems keine Möglichkeit mehr, die tief verwurzelten Deformationen zu

überwinden. Folglich sei eine dynamische Entwicklung, wie Senghaas postuliert, nur unter der Bedingung einer "Dissoziation" vom kapitalistischen Weltmarkt denkbar. Der Anspruch dieser Thesen auf Allgemeingültigkeit wird von verschiedenen Wissenschaftlern u.a. mit dem Hinweis auf den forcierten Kapitalakkumulationsprozeß in Brasilien, Mexiko und den Exportökonomien Südostasiens bestritten.

Im Kontext dieser kontroversen Diskussion ist eine Analyse des Entwicklungswegs des Irak von besonderem Interesse. Gefragt werden soll nach den Besonderheiten, Bedingungen und Perspektiven des Entwicklungsprozesses in einer Gesellschaft, die v.a. über den Export von Rohöl in den kapitalistischen Weltmarkt integriert ist.
Die Entwicklung der Rohölpreise seit 1973 wirft die Frage auf, inwieweit die erhöhten Deviseneinnahmen der erdölexportierenden Länder eine grundlegende Veränderung der Rahmenbedingungen des internen Akkumulationsprozesses bewirkt haben. Oberflächlich betrachtet kann sich jetzt der Irak alles auf dem Weltmarkt kaufen, was für seine wirtschaftliche Entwicklung erforderlich ist. Der Aufbau der Schwerindustrie im Irak hat bereits konkrete Formen angenommen; somit könnte das Land wie Algerien durchaus dazu prädestiniert sein, die Unterentwicklung erfolgreich zu überwinden.

Die Beantwortung der Frage, inwieweit die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für eine Überwindung der Unterentwicklung im Irak schon gegeben sind, setzt eine konkret-historische Analyse der Unterentwicklung in diesem Land voraus. Eine solche Analyse ist aber bislang von der Irak-Forschung nicht geliefert worden und soll mit dieser Arbeit geleistet werden. In der folgenden Analyse müssen sowohl die allgemeinen Strukturmerkmale peripherer Entwicklung überprüft als auch die spezifischen Kennzeichen und Entwicklungstendenzen einer Gesellschaft, die sich auf der Basis des Ölexports reproduziert, herausgearbeitet werden; denn nur so kann eine sinnvolle Auseinandersetzung mit dem Konzept des "peripheren Kapitalismus" erfolgen.

Ein weiteres Ziel dieser Arbeit besteht darin, eine relativ intensive Auseinandersetzung mit den bestehenden Erklärungsansätzen in der Irak-Forschung zu führen, und die mitunter großen Lücken, theoretischer und empirischer Art, in dem gegenwärtigen Stand der deutschsprachigen Irak-Forschung zu füllen. Das Interesse des Verfassers an der wissenschaftlichen Erschließung dieses Themas resultiert u.a. aus der Einschätzung, daß sich der Irak in den nächsten Jahren zu einem wichtigen politischen und wirtschaftlichen Machtfaktor im Nahen Osten entwickeln wird.

1. Die vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen im Irak (8. Jahrhundert bis 1918)

1.1 Die asiatische Produktionsweise

In der Literatur lassen sich zwei Ansatzpunkte zur Charakterisierung der vorkapitalistischen Gesellschaftsformation im Irak unterscheiden.
Der erste Ansatz bezieht sich auf den Ackerbau als ein bestimmendes Moment in der materiellen Reproduktion der Gesellschaft. Die geographischen Gegebenheiten im Irak (Überschwemmungsgefahr durch die abrupten Änderungen der Wasserführung von Euphrat und Tigris in der Zeit zwischen März und Mai, unzeitgemäße und nicht ausreichende Wasserversorgung aufgrund dieser Tatsache sowie infolge geringer Niederschlagsmengen, die zudem auf die Zeit zwischen Dezember und März begrenzt sind) veranlassen Issawi zu der Feststellung, daß das Vorhandensein eines sorgfältig aufgebauten Bewässerungs- und Drainagesystems schon in der frühen irakischen Geschichte notwendig war. Wahrscheinlich in keinem anderen Land der Erde sei wirtschaftliche Entwicklung so direkt von einem komplizierten Bewässerungssystem wie im Irak abhängig gewesen. Dieses erfordere eine kontinuierliche Aufmerksamkeit, die nur von einer starken und stabilen Regierung geleistet werden könne. Eine solche Regierung habe es nach Issawi während des Abbasidenreiches (765-1258) gegeben.[1] Jedoch geht aus zahlreichen Studien, die sich zum Teil auf neuere archäologische Befunde stützen, hervor, daß sich der Prozeß der Staatsentstehung in Mesopotamien bereits im Jahre 3000 v.Chr. zum erstenmal vollzog. Schon damals "entstanden lokale Bewässerungssysteme, die sich an Wasserläufen aufreihten und jeweils mehrere Ansiedlungen (Dorfgemeinden?) einbezogen. Zentren solcher Irrigationssysteme waren städtische Siedlungen, wie sie teils durch Ausgrabungen untersucht, teils durch sied-

1) Ch. Issawi, The Economic History of the Middle East 1800-1914, Chicago, London 1966, S. 129 f.

lungsgeographische Erkundungen festgestellt worden sind."[1] Aus dem (gewaltsamen) Zusammenschluß mehrerer Gemeinwesen wuchs die Kompliziertheit der ökonomischen Aktivitäten und deren Organisation; letztere erforderte eine Zentralisierung der angeführten Aktivitäten sowie einen mit dieser zentralen Institution verbundenen Apparat, dessen Leiter einen besonderen Anteil an dem gesellschaftlichen Mehrprodukt beanspruchte.[2] "Diese Abgabe, die auch für die Durchführung größerer Vorhaben, wie etwa Kanalbauten, verwendet werden sollte und gewiß auch wurde, stellt kein Ausbeutungsverhältnis dar, sondern entsprach den Interessen der Gemeinschaft."[3] Der Frage, inwieweit es sich in dieser geschichtlichen Epoche um eine Gesellschaftsformation der asiatischen Produktionsweise handelt, wird hier nicht weiter nachgegangen, sondern am Beispiel des Abbasidenreiches problematisiert, da letzteres in der Geschichte der Entwicklung der arabischen Gesellschaften einen weitaus höheren Stellenwert besitzt.

In Anlehnung an Engels bezeichnet Salman den naturbedingten Zwang zur künstlichen Bewässerung durch eine Zentralregierung (hier: das Abbasidenreich) und die Existenz der Dorfgemeinschaften als die hauptsächlichen Strukturelemente, die in der genannten Periode die asiatische Produktionsweise konstituierten.[4] Dieser Autor gliedert die Epoche des Abbasiden-Kalifats in zwei Abschnitte, in denen die asiatische Produktionsweise einen jeweils unterschiedlichen Stellenwert eingenommen habe. "Im ersten Abschnitt, der sich von der Gründung der Stadt Bagdad im Jahr 766 bis zum Jahr 1020 erstreckte, etablierte sich eine vorwiegend arabische Herrschaftsschicht. Sie bestand aus der Kalifensippe, der Militär-, Wasserwirtschafts- und Staatsbürokra-

---

1) H. Klengel, Einige Erwägungen zur Staatsentstehung in Mesopotamien, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, Berlin 1974, S. 42

2) Vgl. ebenda, S. 47 f

3) Ebenda, S. 48

4) H.S. Salman, Die Entwicklung und der Strukturwandel der Stadt Bagdad unter den Bedingungen der asiatischen Produktionsweise und des unterentwickelten Kapitalismus. (Diss.) Bochum 1975, S.11o

tie, der Kaufmannsschicht sowie den Eigentümern der Manufakturbetriebe ... . Es gelang ihr, die Arbeitsteilung sowohl gesellschaftlich als auch betriebsorganisatorisch auf einen höheren Stand zu bringen. Dies materialisierte sich in der Entstehung von Mischformen der Eigentums- und Produktionsverhältnisse."[1] Ohne die - wissenschaftlich erforderliche - empirische Untermauerung versucht der Autor, die marxistischen Kategorien unmittelbar auf die damalige Gesellschaftsformation anzuwenden: "dem Handelskapital gelang es, seine Profite zum Teil in Handwerksbetriebe und in der Landwirtschaft zu investieren. Teile des Handwerks verließen das Stadium der kleinen Meisterbetriebe und entwickelten sich zu großen Manufakturen. Es bildete sich eine Fraktion des 'Industriekapitals'".[2] Er ist ferner der Auffassung, daß in der ersten Phase die asiatische Produktionsweise in keinem der Wirtschaftssektoren in reiner Form bestand. Salmans eigenartiges Geschichtsverständnis kommt insbesondere in seiner Behauptung zum Ausdruck, die asiatische Produktionsweise lasse sich zutreffender auf die Entwicklung der sozialökonomischen Formation des zweiten Entwicklungsabschnittes des Abbasidenreiches (1020-1258) anwenden als auf den ersten.[3] Die Begründung dieser "rückschrittlichen Entwicklung" liege in Veränderungen innerhalb des "Überbaus": Machtübernahme durch Söldner- und Elitetruppen, Bildung einer agrarisch, militärisch und ethnisch (Nichtaraber) orientierten Oberschicht.[4]

Die von den sowjetischen Orientalisten verwendete Kategorie des "Feudalismus" zur Kennzeichnung der Gesellschaftsformation in dieser Epoche weist Salman als eine mechanische Übertragung von Entwicklungsprozessen des Kapitalismus in Westeuropa auf andere Völker zurück.[5] Wie inkonsequent

---

1) Ebd., S. 111 f
2) Ebd., S. 112
3) Ebd., S. 113
4) Ebd., S. 112
5) Ebd., S. 119

diese Kritik ist, wird spätestens dann deutlich, wenn Salman sich der späteren Epoche des osmanischen Reiches (1534-1917) zuwendet. In Anlehnung an Steinhaus bezeichnet er das osmanische Reich undifferenziert als einen "militärisch-bürokratisch organisierten Feudalstaat".[1] Ohne genaue Spezifizierung werden die sozioökonomischen Verhältnisse im Irak als die einer ausgebeuteten und stagnierenden Provinz des osmanischen Reiches charakterisiert.[2]
Die Anwendung des Begriffs "asiatische Produktionsweise" auf die sozioökonomische Gesellschaftsformation im Irak zu Zeiten des Abbasidenreiches erscheint aus mehreren Gründen problematisch: Es fehlen empirische Belege für die Dominanz der Stammes- und Dorfgemeinschaften; Cahen weist auf die Existenz zahlreicher staatlicher Domänen, vom Staat verpachteter Ländereien und privaten Großgrundbesitzes hin.[3] Der autarke Charakter der Stammes- und Dorfgemeinschaften muß angezweifelt werden, da es eine relativ entwickelte Arbeitsteilung, Tauschverhältnisse und Ware-Geld-Beziehungen gegeben hat. Die Zentralisierung der Staatsmacht sollte in diesem historisch-konkreten Fall nicht aus dem Zwang zum Bau von Bewässerungsanlagen abgeleitet werden, sondern vielmehr aus der Notwendigkeit der Kontrolle von Handelsrouten. Schließlich gibt es keine ausformulierte Theorie der asiatischen Produktionsweise, die eine angemessene Erklärung der konkreten Realität in der betreffenden Epoche möglich macht.

1.2 Der "Feudalismus orientalischen Typs"

Der DDR-Orientalistik erscheint es gerechtfertigt, von der Herrschaft eines Feudalismus orientalischen Typs zu sprechen,

---

1) Salman, a.a.O., S. 132

2) Ebd., S. 137

3) C. Cahen, Der Islam I, Fischer Weltgeschichte Bd. 14, Frankfurt am Main 1968, S. 149 f

weil die gesellschaftliche Entwicklung während der Abbasidenzeit von einigen Tendenzen bestimmt wurde, die im Vergleich zur westeuropäischen Entwicklung unterschiedlich waren. "Die Grundlage für diese Tendenzen bildete das vor allem durch die Notwendigkeit des Erhalts der Bewässerungssysteme bedingte, zunächst tatsächliche, später mehr und mehr nominelle Eigentum des Staates - im Falle des Chalifats in der Person des Chalifen - am gesamten Grund und Boden."[1)]

Obwohl die Arbeitsrente (Fronarbeit) nicht existierte, meinen die DDR-Forscher, daß es eine Feudalrente gegeben habe, die die Form der Produktenrente und - in geringerem Umfang - der Geldrente annahm. Diese fielen zusammen mit den Steuerabgaben der Bauern an den Staat. Der "Harag", von Amin vertretbar als Tribut bezeichnet, wurde von den Bauern an den Staat für die Nutzung des Bodens entrichtet. Er war auf ein Maximum von zwei Dritteln der Ernte festgesetzt.[2)] Nur ein Zehntel der Ernte (Zakat) zahlten dagegen die arabischen Muslims für ihre privaten Güter (Mulk) und solche Privatpersonen wie einflußreiche Beamte, denen Staatsland in Form von Qata'i auf Widerruf überlassen wurde. Das Iqta'at-System (Iqta'at = Plural von Qata'i) bildet nach Mikael den Kern des "orientalischen Feudalismus arabischer Variante"[3)], obwohl aus der von ihm häufig zitierten Veröffentlichung "Geschichte der Araber" eindeutig hervorgeht, daß diese Form des "Grundbesitzes" nicht vorherrschend war.[4)] Mikael geht aus von einer unzulässigen Gleichsetzung von Staatseigentum und Iqta'at-System, das er als eine neben dem Mulk (Privateigentum) und Waqf (Eigentum religiöser Stiftungen) gleichberechtigt bestehende "Form des bedingten Grundeigentums" sehen will.[5)] Er ver-

---

1) Autorenkollektiv, Geschichte der Araber, Band 1, Berlin 1971, S. 137

2) Vgl. ebd., S. 137 und 149

3) S. Mikael, Sozialökonomische und politische Probleme des Entwicklungsweges Syriens unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1963-1973, (Diss.) Marburg 1976

4) Geschichte der Araber, a.a.O., S. 148 f

5) Mikael, a.a.O., S. 15

wischt die Grenze zwischen gleichzeitigem de jure- und de facto-Eigentum auf der einen und bloßem de facto-Eigentum auf der anderen Seite. Ebenfalls mißverständlich wird der Begriff "Harag" als die von den Bauern an die Iqta'at - Halter zu entrichtende Grundsteuer verwendet.[1] Tatsächlich ist nämlich der Harag vom Staat erhoben worden, der nicht nur de jure, sondern auch de facto Eigentümer des größten Teils des Bodens war und den Harag von den Bauern erhob, die den Boden selbständig bestellten.[2] Es kann mit einer hohen Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Iqta'at-Halter den Boden nicht selbst bestellt haben, sondern dies dritte Personen verrichten ließen. Salman neigt zu der Ansicht, daß jene einfache Bauern waren, die auf der Basis eines Pacht- und Anteilsystems arbeiteten.[3] Auf der anderen Seite finden sich gewichtige Hinweise auf Sklavenarbeit.[4] Es ist außerordentlich schwierig, die drei Formen des Verhältnisses zwischen Produzenten und Besitzern der Produktionsmittel in ihrer relativen Bedeutung einzeln zu bewerten. Fest steht, daß es sich um Ausbeutungsverhältnisse handelte, aber im Gegensatz zum europäischen Feudalismus wurden diese Verhältnisse nicht durch außerökonomischen Zwang begründet.

1.3 Der Fernhandel

Die zweite Richtung in der Literatur bezieht sich auf den Fernhandel als konstitutives Moment der Gesellschaftsformation der Abbasidenzeit. Als Vertreter dieser Theorie läßt sich u.a. André Miquel einordnen. Er schreibt: "Ihre Landwirtschaft (der abbasidischen Gesellschaft, d.V.) verharrt im Gewohnten und bleibt von dem oft spärlichen Wasser ab-

---

1) Mikael, a.a.O., S. 14

2) Vgl.: Geschichte der Araber, a.a.O., S. 149

3) Salman, a.a.O., S. 76

4) Vgl. die wertvolle Studie von F. Al-Samer, Thauret el Zang (Die Revolution der Sklaven), Beirut 1971 (arab.)

hängig, während fast überall Verbrauch und Handel im Verhältnis zur Produktion einen übergroßen Raum einnehmen (...). Innerhalb seines eigenen Bereichs wie in seinen Beziehungen zum Ausland lebt der Islam - das muß immer wieder betont werden - letztlich vom Handel. Seine Größe wie seine Schwäche liegen allein hierin."[1]

Der Analyse von Miquel fehlen die theoretischen Grundlagen; sie trägt starke populärwissenschaftliche Züge. Eine theoretisch fundierte Analyse, die für die zweite Richtung als repräsentativ betrachtet werden kann, liefert dagegen Samir Amin. Sein methodisches Vorgehen formuliert er folgendermaßen: "Die Analyse einer konkreten Gesellschaftsformation hat (...) von der sie kennzeichnenden Art der Erzeugung von Mehrprodukt, der Übertragung des Mehrprodukts von oder auf andere Gesellschaftsformationen (soweit Fernhandelsbeziehungen bestehen) und der internen Verteilung des Mehrprodukts auf die verschiedenen Segmente der Gesellschaft (...) auszugehen."[2]

Salman, Vertreter der ersten Richtung, stellt die These auf, daß die Stadt Bagdad bzw. die herrschende Klasse im Abbasidenreich hauptsächlich von dem im Lande produzierten Mehrprodukt lebte.[3] Ganz im Gegensatz dazu vertritt Amin eine These, nach der das Mehrprodukt, von dem diese bedeutenden Städte (die arabischen) lebten, im allgemeinen nicht der Ausbeutung ihrer eigenen landwirtschaftlichen Gebiete, sondern den über ein Zwischenhändlermonopol entstandenen Gewinnen aus dem Fernhandel entstammte. Es handelt sich also letztlich um ein Mehrprodukt, das die herrschenden Klassen anderer Zivilisationen von ihren eigenen Bauern erhoben.[4] Die arabische Welt hatte laut Amin immer die Funktion des Zwischenhändlers, indem sie verschiedene Agrar-

---

1) A. Miquel, Der Islam - Von Mohammed bis Nasser, Essen 1975, S. 201

2) S. Amin, Die ungleiche Entwicklung, Hamburg 1975, S. 15

3) Salman, a.a.O., S. 116

4) Vgl. Amin, a.a.O., S. 31

gebiete miteinander in Verbindung brachte. Ausgehend davon entwickelt Amin das Modell einer auf dem Handel beruhenden Gesellschaftsformation, das für den arabischen Osten (Mashrak) bis zum ersten Weltkrieg Gültigkeit gehabt haben soll.[1)]

Zwei zentrale Begriffe in der Theorie Amins liefern die theoretische Grundlage für dieses Modell. Der erste Begriff ist die "tributgebundene Produktionsweise". Sie "ist gekennzeichnet durch eine Teilung der Gesellschaft in zwei Hauptklassen: die Bauern, die in Gemeinschaften organisiert sind, und die herrschende Klasse, die allein für die politische Organisation der Gesellschaft zuständig ist und dafür einen (nicht warenförmigen) Tribut von den ländlichen Gemeinden erhebt".[2)] Amin faßt diesen Begriff sehr allgemein auf, so daß die feudale Produktionsweise als eine entwickelte Form der tributgebundenen Produktionsweise erscheint. Er setzt diesen Begriff dem von ihm als ungenau bezeichneten der asiatischen Produktionsweise gegenüber.
Der zweite zentrale Begriff ist die "tributgebundene Gesellschaftsformation", in der verschiedene vorkapitalistische Produktionsweisen gleichzeitig vorhanden sein können, aber die tributgebundene Produktionsweise dominant ist. In Abhängigkeit vom Umfang des "internen Mehrprodukts" unterscheidet Amin drei Untertypen der tributgebundenen Gesellschaftsformation: "Der erste Untertyp der tributgebundenen Gesellschaftsformationen, nämlich die reichen tributgebundenen Formationen (die auf ein großes internes Mehrprodukt gegründet sind), findet sich in allen großen tausendjährigen Zivilisationen, insbesondere Ägyptens und Chinas. Zum zweiten Untertyp, den armen tributgebundenen Formationen (mit geringem internem Mehrprodukt), gehört die große Mehrheit der antiken und mittelalterlichen Zivilisationen. Der dritte Typ, die tributgebundene Handelsformation, existierte entsprechend dem zufälligen Verlauf der Handelsstraßen in unterschiedlichen Regionen mehr oder weniger lang. Das

---

1) Vgl. Amin, a.a.O., S. 31
2) Amin, a.a.O., S. 12

alte Griechenland, die arabische Welt auf ihrem Höhepunkt, gewisse Staaten der Savanne Schwarzafrikas sind die besten Beispiele."[1)]

Die tributgebundene Handelsformation ist bei Amin per definitionem eine Gesellschaftsformation mit geringem internem Mehrprodukt, weil "Existenz und Reichtum dieser Gesellschaften (...) von der monopolistischen Kontrolle der Handelsbeziehungen zwischen anderen Gesellschaften (wo das Mehrprodukt gebildet und von wo es transferiert wird)" abhängt.[2)] Im Widerspruch dazu befindet sich seine Feststellung, daß "in Mesopotamien (...) sich die erste wirkliche landwirtschaftliche Zivilisation entwickelt (hat), und zwar auf der Grundlage der außergewöhnlichen natürlichen Bedingungen, die durch den Tigris und den Euphrat gegeben waren. Es hat sich dort eine der ägyptischen ähnliche Gesellschaftsformation gebildet, die auf dem Mehrprodukt beruhte, das die Städte von den benachbarten Landstrichen erhoben."[3)] Der hier zutage tretende Widerspruch läßt sich aufheben, insoweit ein Zusammenhang zwischen dem Außenhandel und der entwickelten Landwirtschaft Mesopotamiens hergestellt wird. Ich stelle daher die These auf, daß die günstige Naturbeschaffenheit des Gebiets zwischen Euphrat und Tigris keine ausreichende Bedingung für eine entwickelte Landwirtschaft ist. Der Bau von künstlichen Bewässerungsanlagen - als eine zweite notwendige Bedingung für eine entwickelte Landwirtschaft - erforderte nach meiner Einschätzung exorbitante Ausgaben, die ich mit Vorbehalt "infrastrukturelle Investitionen" nennen will. Diese Investitionen wurden hauptsächlich durch das von außerhalb angeeignete Mehrprodukt finanziert. Von außen, z.B. aus Byzanz, wurden auch Bewässerungstechniker ähnlich wie Eunuchen und Sklaven ins Land verschleppt.[4)] Die Übertragung von Mehrproduktteilen nach Mesopotamien war nicht nur aufgrund der Funktion dieses

---

1) Amin, a.a.O., S. 16

2) Ebd.

3) Ebd., S. 32

4) Vgl. Geschichte der Araber, a.a.O., S. 153

Gebiets als Zwischenhandelsmonopol möglich, sondern vor allem aufgrund seiner Funktion als Zentrum der Abbasidendynastie. Hierzu sind Kriegsbeuten und Tributzahlungen der Provinzgouverneure anzuführen. Schließlich sei zur Bekräftigung der These angemerkt, daß seit der Zerstörung der Bewässerungsanlagen infolge des Mongoleneinfalls im 13. Jahrhundert, und sogar bis zum heutigen Tag, die Landwirtschaft nicht mehr zu neuer Blüte gelangte. Dies gilt, obwohl an der von Amin geltend gemachten Bedingung sich nichts geändert hat, wenn man von der Bodenversalzung absieht, die auf das Fehlen von Bewässerungsanlagen zurückgeht.

1.4 Die Kontroverse über die Transformierbarkeit der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen zum Kapitalismus

Das Konzept der asiatischen Produktionsweise schließt grundsätzlich eine Entwicklung dieser Produktionsweise zum Kapitalismus aus. Nach Wittfogel handelte es sich bei der Gesellschaftsformation der Abbasidenzeit um ein hydraulisches Gebilde, das von dem Despoten und seinem bürokratischen Anhang umfassend kontrolliert und beherrscht wurde. Diese Gesellschaft sei deshalb stationär und für eine evolutionäre Entwicklung am wenigsten geeignet. Wittfogel setzt sich dem Verdacht aus, die koloniale und imperialistische Durchdringung Asiens durch die Europäer rechtfertigen zu wollen, wenn er schreibt, "daß die nichtbürokratischen sozialen Schichten, die in Europa und Japan den Aufstieg von der feudalen zu einer industriellen Gesellschaft durchsetzen, von der orientalischen Despotie zersplittert und politisch ohnmächtig gehalten werden. Nirgens, so scheint es, hat die hydraulische Gesellschaft ohne von Außen kommende Hilfe eine ähnliche Umwandlung erreicht."[1)]
Obwohl Salman das Konzept der asiatischen Produktionsweise auf die Gesellschaftsformation der Abbasidenzeit anwendet,

---

1) Wittfogel, Die orientalische Despotie, Köln, Berlin 1962, S. 32

ist er im Gegensatz zu Wittfogel der Auffassung, "daß die asiatische Produktionsweise als sozialökonomische Formation einer Klassengesellschaft in sich die Bedingungen einer Veränderung der Produktionsformen (trägt)."[1] Doch bleibt dieser allgemein-theoretische Anspruch infolge der fehlenden konkret historischen Analyse der Auflösung des Abbasidenreiches und des Übergangs zum osmanischen Reich uneingelöst. Wie bereits erwähnt, spricht Salman vom Feudalismus im osmanischen Reich, ohne die Bedingungen seiner Entstehung anzugeben.

Maxim Rodinson konstatiert in seiner Studie "Islam und Kapitalismus" die Existenz eines kapitalistischen Sektors in der Gesellschaftsformation der Abbasidenzeit. "Der Begriff Sektor läßt an eine bestimmte, der Ökonomie mehr oder weniger kohärente Zone denken, wo in großen Zügen eine Aktivität des gleichen Typs herrscht, die von Leuten mit analoger Motivation betrieben wird. In der hier untersuchten Gesellschaft sehen wir uns unbestreitbar einer bedeutenden Zahl von Eigentümern eines Geldvermögens gegenüber, das im Ganzen zumindest den Hauptteil der Güter, über die sie verfügen, bildet. Sie spielen in der Produktion im Hinblick auf den Staat, auf die Grundbesitzer sowie den Eigenkonsum eine bestimmte Rolle aufgrund der Tatsache, daß sie Ländereien oder Werkstätten besitzen oder (durch Kredit) kontrollieren."[2]

Obwohl dieser Sektor wahrscheinlich der am weitesten entwickelte vor der Entstehung des Welthandels war, so meint Rodinson, waren die Möglichkeiten seiner Ausdehnung begrenzt.[3] Die Frage, ob diese Begrenzung durch den ideologischen Überbau (islamische Religion) bedingt war, wird verneint. Zwar setzt er sich nicht die Aufgabe, die Begrenzungsfaktoren herauszufinden, deutet jedoch einige an:

---

1) Salman, a.a.O., S. 120

2) M. Rodinson, Islam und Kapitalismus, Frankfurt am Main 1971, S. 86 f

3) Ebd., S. 89 und S. 87

"Man kann fundamentale, permanente Faktoren wie die der relativen Bevölkerungsdichte finden, die im Überfluß billige Handarbeiter lieferte und wenig dazu anreizte, in technischen Verbesserungen einen Ausweg zu suchen. Hinzu kommt eine tausendjährige Tradition eines starken Staates, den die Agrarproduktion in vielen orientalischen Ländern fordert, weil sie in hohem Maße von Arbeiten der öffentlichen Hand abhängt. Und schließlich muß man die unvorhersehbare Verkettung von historischen Umständen anführen, unter denen die aus Zentralasien kommenden Invasionswellen eine anhaltend wichtige Rolle spielten."[1)]

Für die Vertreter des Konzepts des "orientalischen Feudalismus" war eine grundlegende Voraussetzung für eine kapitalistische Entwicklung der Abbasiden-Gesellschaft, nämlich die Existenz eines städtischen Bürgertums als Klasse, nicht gegeben.[2)] Die Entwicklung eines Stadtbürgertums als Träger der kapitalistischen Produktionsweise sei durch mehrere Faktoren verhindert worden: "Die Stadt war im arabisch-islamischen Orient außerordentlich stark in das Feudalsystem integriert. Das äußert sich vor allem darin, daß sie auf dem Boden des Staates lag, der als Repräsentant der zunächst vorwiegend kollektiv organisierten feudalen Herrenklasse nominell Obereigentümer allen Grund und Bodens war. Die Stadt stellte das Zentrum der feudalen Machtsicherung, der Administration und der Bürokratie dar. Alle bedeutenden Städte des Kalifenreiches dienten als Sitz des feudalen Herrschers oder seines Delegierten, als Konzentrationspunkte des Militärs und anderer staatlicher Machtorgane und waren zugleich bevorzugter Wohnsitz der zivilen und militärischen Angehörigen der feudalen Herrenklasse und ihres Anhangs. Die muslimischen Städter waren nach dem islamischen Recht, der Schari'a, den Muslims des flachen Landes juristisch theoretisch gleichgestellt."[3)]

---

1) Rodinson, a.a.O., S. 91

2) Geschichte der Araber, a.a.O., S. 154

3) G. Hoffmann, Zum Problem der Klassenstruktur in der feudalen arabisch-islamischen Stadt und seiner Relevanz für die vergleichende Forschung. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Heft 2, Bd. 2, Berlin 1974, S. 277

Mikael setzt jedoch die Betonung auf einen exogenen Faktor: "Der Einfall der Mongolen im 13. Jahrhundert in das arabische Reich unterbrach jedoch sowohl den Feudalisierungsprozeß auf dem Lande als auch die Entwicklung der Warenwirtschaft bzw. der Ware-Geld-Beziehung in den Städten (...). Die Mongolen zerstörten (...) die materiellen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte und führten sogar den schon eingesetzten Feudalisierungsprozeß etliche Schritte zurück."[1)]

Amin bestreitet schon die Existenz eines Feudalismus in der betreffenden Epoche, weshalb es auch nicht zur Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise im arabischen Osten kam: "Die Akkumulation von Reichtum (in den Städten des arabischen Ostens, d.V.) hat nicht zum Kapitalismus geführt, gerade weil auf dem Land - isoliert von der Stadt - keine feudalen Produktionsverhältnisse herrschten."[2)] Zwei notwendige Hauptbedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus müssen, laut Amin, zusammenwirken: die Proletarisierung und die Akkumulation von Geldkapital. "Die Akkumulation findet sich in allen orientalischen Händlergesellschaften, seien sie antik oder feudal; sie hat niemals zur Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse geführt, weil es keine freie, verfügbare Arbeitskraft gab."[3)] Die Proletarisierung kann, wie in Europa, nur Folge der Auflösung der feudalen Produktionsverhältnisse sein. Sie unterblieb, da im arabischen Osten (d.h. in den heutigen Staaten Syrien, Libanon, Jordanien, Israel und Irak) "die Basis für ein Mehrprodukt, das für die Bildung einer Feudalschicht oder eine glänzende Zivilisation ausgereicht hätte", fehlte.[4)]

Es mag richtig sein, daß das Mehrprodukt in den meisten arabischen Ländern aufgrund der niedrigen Produktivität der Landwirtschaft gering war, aber immerhin existierte in

---

1) Mikael, a.a.O., S. 16
2) Amin, a.a.O., S. 34
3) Ebd., S. 25
4) Ebd., S. 30 f

Ägypten und Mesopotamien - was von Amin eingeräumt wird - eine entwickelte Landwirtschaft mit beachtlichem Mehrprodukt. Amin weigert sich auch hier, von Feudalismus zu sprechen, ohne dies allerdings näher zu begründen.[1] Aus seiner obigen Argumentation ergibt sich ein monokausaler Erklärungszusammenhang zwischen Feudalismus und Proletarisierung. Zwar ist es richtig, daß die Proletarisierung in Europa die Folge der Auflösung des Feudalismus war, dies kann aber nicht als eine theoretisch allgemeingültige und zwingende Voraussetzung hingestellt werden.

1.5 Der Irak als periphere Provinz im Osmanischen Reich

Der Mongoleneinfall im Irak Mitte des 13. Jahrhunderts beendete eine fast 500jährige Epoche wirtschaftlicher und kultureller Blüte. Das berühmte Abbasidenreich hatte sich durch rege Handelstätigkeit profiliert, die auf einer gut funktionierenden Bewässerungstechnik in der Landwirtschaft und auf einer entwickelten Arbeitsteilung im Handwerk basierte.
Das Ende des Abbasidenreiches kann freilich nicht ausschließlich auf diesen exogenen Faktor zurückgeführt werden. Soziale Gegensätze, die sich in häufigen Bauern- und Sklavenaufständen sowie in Palastmachtkämpfen manifestierten, stellen einen gewichtigen endogenen Faktor dar. Die Zersplitterung des Reiches in mehrere partikulare Dynastien und das Eindringen der Kreuzfahrer im Vorderen Orient führten zur Schwächung der Zentralregierung. Mit diesem Prozeß war ein Rückgang des Mehrprodukts verbunden. Die anhaltende Verschwendungssucht der nur noch nominell über das Reich herrschenden Kalifenkaste schmälerte denjenigen Teil des Mehrprodukts, der für den Unterhalt und für den Ausbau des Heeres verwendet werden konnte. Das Wechselverhältnis zwischen exogenen und endogenen Faktoren beschleunigte den Zerfallsprozeß des Abbasidenreiches.

---

1) Amin, a.a.O., S. 34

Mit der Mongoleninvasion begann eine Periode der Beherrschung durch fremde Mächte (Mongolen, Perser, Osmanen und Briten), die bis in das 20. Jahrhundert reichte. Die Zerstörung des Bewässerungssystems warf die mesopotamische Landwirtschaft auf eine primitive Stufe der Subsistenzwirtschaft zurück.

Die Eroberung des Irak durch das osmanische Heer unter der Führung Sultan Suleimans des Prächtigen (1520-1566) setzte eine fast 300 Jahre andauernde Vorherrschaft durch fremde Dynastien fort. Die mit Kanonen bewaffneten Türken waren gegenüber den persischen Verteidigern eindeutig überlegen. Ohne auf Widerstand zu stoßen, drangen die Osmanen Ende 1534 in Bagdad ein, nachdem sich die persischen Verteidiger vorher zurückgezogen hatten.[1] Dieses Datum markiert den Beginn einer über zwei Jahrhunderte andauernden Periode, in der der Irak zum "battlefield for the warring Ottoman and Persian armies"[2] verwandelt wurde. Zunächst galt das Interesse der Hohen Pforte primär der militärstrategischen Bedeutung des irakischen Gebiets als vorgeschobenem Posten gegen Persien. Erst zu Anfang des 19. Jahrhunderts trat ihr ökonomisches Interesse an dem Gebiet stärker in den Vordergrund. In Friedenszeiten mit Persien vermochten sich die osmanischen Lokalherrscher im Irak zu verselbständigen. Die Mamelukendynastie (1749-1831) war Ausdruck dieser Tendenzen. Die lokalen Herrscher eigneten sich das im Irak erzeugte Mehrprodukt an und leisteten formell bestenfalls einen geringfügigen Tribut an die Zentralregierung. Sie verwandten das Mehrprodukt zu verstärktem Luxuskonsum, wodurch wirtschaftliche Aktivitäten einiger städtischer Sektoren (z.B. Handel und Handwerk) angeregt wurden. Deshalb fanden sie oft eine breitere Anerkennung bei der autochthonen Stadtbevölkerung, zumal sie in den Städten, in die sie als Knaben von den früheren Lokalherrschern aus Georgien bzw. Kaukasien verschleppt worden waren, aufwuchsen

---

1) A. Wardi, Soziale Aspekte aus der modernen Geschichte des Irak. Bd. 1, Bagdad 1969 (arab.), S. 53

2) Issawi, a.a.O., S. 130

und quasi als Einheimische betrachtet wurden. Dawud Pascha, der letzte Mamelukenherrscher im Irak (1817-1831), konnte sich durch rigorose Steuereintreibungspolitik einen zunehmenden Teil des Mehrprodukts aneignen. Er zwang die ständig rebellierenden arabischen Stämme zur Tributzahlung, erhob neuartige Steuern in Bagdad und tangierte sogar die britischen Interessen im Irak, als er die Ausfuhrzölle auf die nach England exportierten Primärprodukte und die Einfuhrzölle auf die aus England importierten Fertigprodukte verdoppelte.[1)]

1828 weigerte sich Dawud Pascha, einer offiziellen Aufforderung des Sultans zu entsprechen und einen Betrag von 6 000 Goldbeuteln (60 Mio. Piaster) an die Zentralregierung abzuführen, um diese in ihrem Krieg gegen das zaristische Rußland zu unterstützen.[2)] Somit mußte Dawud Pascha über beträchtliche Mittel verfügen, die weit über die Sicherstellung seiner luxuriösen Lebensführung hinausgingen. Er ließ erstmalig im Irak eine moderne Waffen- und eine Textilfabrik errichten, führte moderne Bewässerungstechniken ein und beschäftigte einen desertierten französischen Offizier, um seine Armee mit den modernen Waffentechniken vertraut zu machen.[3)] Es gelang ihm jedoch nicht, die gesellschaftlichen Strukturen grundlegend zu verändern, wie es sein Zeitgenosse Mohammed Ali in Ägypten erreichte. Zu Recht charakterisiert Hasan diese Entwicklungsetappe als diejenige, in der der direkte Sprung von der Subsistenz- zur "modernen" Wirtschaft ausblieb.[4)] Eine beispiellose Pestepidemie erfaßte den Irak 1830 und begünstigte die Eroberung Bagdads 1831 durch die Armee der Zentralregierung sowie die Absetzung von Dawud Pascha. Zwei Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß Dawud Pascha breite Unterstützung bei der Stadtbevölkerung genossen hatte.
Erstens: die Bevölkerung leistete den eindringenden Trup-

---

1) Wardi, a.a.O., S. 240 f und S. 254

2) Ebd., S. 266

3) Ebd., S. 248 ff

4) M.S. Hasan, The Role of Foreign Trade in the Economic Development of Iraq, 1864-1964. In: Cook (Hrsg.), Studies in the Economic History of the Middle East, London 1970, S. 346

pen des Sultans erbitterten Widerstand; zweitens: die Aristokratie Bagdads versuchte mit einem Angebot an die Hohe Pforte, eine jährliche Tributzahlung von 10 000 Goldbeuteln (100 Mio. Piaster) anstelle von bislang 1 000 Goldbeuteln zu leisten, den Sultan von der Entmachtung Dawud Paschas abzubringen.[1] Die Hohe Pforte ging auf dieses Angebot nicht ein, wahrscheinlich weil die angebotene Summe immer noch zu gering war, um den Einnahmeausfall aus den verlorenen westlichen Provinzen und aus Ägypten auszugleichen.

Die Entwicklung im Irak nach 1831 war durch eine stärkere politische Anbindung an die Hohe Pforte zum Zweck ökonomischer Ausbeutung gekennzeichnet. Der sogenannte Reformgouverneur Midhat Pascha (1869-72) schrieb in seinen Memoiren, daß er die Steuereinnahmen während seiner Regierungszeit im Irak auf die Höhe von 220 000 Goldbeuteln (2 200 Mio. Piaster) gebracht hätte, wovon er 50 000 an die Hohe Pforte abgeführt hätte.[2] Die Forderung der Hohen Pforte nach höheren Abgaben hätte er mit seinem Rücktritt beantwortet. Ein zeitgenössischer irakischer Ökonom schätzt den langfristigen Durchschnittsanteil des Sultans am agrarischen Gesamtprodukt auf 43,75 %.[3]

1.6 Die Eigentumsverhältnisse und die Herausbildung des Privateigentums

Das Privateigentum blieb bis Ende des 19. Jahrhunderts auf städtische Immobilien und ländliche Häuser sowie auf einige wenige Parzellen in deren unmittelbarer Umgebung beschränkt. Dagegen erstreckte sich das Staatseigentum (miri Land) fast auf das gesamte Ackerland und war somit die dominante Eigentumsform im osmanischen Reich. Die juristische Fixierung beider Eigentumsbegriffe wurde erstmals in dem Ottoman Land Code (Agrargesetz) von 1858 vorgenommen. Es wird zwi-

1) Wardi, a.a.O., S. 279

2) Vgl. ebd., S. 263

3) Vgl. S. Al Durrah, Die industrielle Entwicklung im Irak - Der Privatsektor, Bagdad 1968 (arabisch), S. 2

schen absolutem Eigentumsrecht (raqaba) und Nutzungsrecht (tasarruf) unterschieden. Beim Privateigentum fallen beide Rechte einzelnen Individuen zu, beim Staatseigentum können beide Rechte auseinanderfallen. Der Staat kann das Nutzungsrecht an einzelne Individuen vergeben, behält aber das absolute Eigentumsrecht. Das Agrargesetz klassifiziert weitere Eigentumsformen wie (1) Waqf (religiöse Stiftungen), (2) Matruka (vom Staat für öffentliche Zwecke überlassenes Land, z.B. dörfliche Dreschböden), (3) Mawat (totes bzw. unkultiviertes Land). Diese drei Eigentumsformen hatten keine besonders große tatsächliche Bedeutung und werden deshalb nicht ausführlicher behandelt.
Die Vergabe des Nutzungsrechts von Ackerland nahm zwei historische Entwicklungsformen an. Die erste Form wird mit dem Begriff "Timar" bezeichnet. Dabei handelt es sich um ein Stück Ackerland, das der Sultan für militärische Dienste anstelle des Soldes den Sipahi (Kavallerieoffiziere) überließ. "The sipahis farmed part of their 'fief' directly and raised taxes from the peasants who worked the rest."[1] Für K. Steinhaus ist Timar identisch mit dem Lehnswesen, das bis 1831 ein Strukturelement des osmanischen "militärisch-bürokratisch organisierten Feudalstaats"[2] war. Für Gabriel Baer bedeutet die Aufhebung des "Lehnswesens" die Abschaffung des Feudalismus im osmanischen Reich.[3] Dagegen wird eingewandt, daß "Timar nur sehr ungenau mit 'Lehen' übersetzt werden (kann), da die Beziehung zwischen Inhaber und Bebauer (sich) so gut wie ausschließlich auf der finanziellen Ebene bewegte und keine der gegenseitigen Rechte und Pflichten einschloß, wie sie normalerweise für den europäischen Feudalismus charakteristisch waren."[4] Im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts

---

1) Issawi, a.a.O., S. 71

2) K. Steinhaus, Soziologie der türkischen Revolution, Frankfurt am Main 1969, S. 19 und S. 36

3) G. Baer, The Evolution of Private Landownership in Egypt and the Fertile Crescent. In: Ch. Issawi, The Economic History of the Middle East 1800-1914, Chicago, London 1966, S. 80

4) S.J. Shaw, Das Osmanische Reich und die moderne Türkei. In: G.E. von Grunebaum (Hrsg.), Der Islam II, Frankfurt am Main 1971, S. 94

ist die Bedeutung des Timarsystems ständig zurückgegangen. Der amerikanische Silberstrom verursachte eine Geldwertminderung und erhöhte folglich den nominellen Ausgaben- und daher auch den Einnahmebedarf der Hohen Pforte. Die Einführung der Feuerwaffen verminderte den Wert der Kavallerie. Territoriale Verluste und der Zwang zur modernen Kriegsführung hatten nach und nach ein starkes Übergewicht besoldeter Einheiten hervorgebracht.[1] Diese Faktoren trugen zum Zerfall des Timarsystems und dessen Ablösung durch das Iltizamsystem bei, das sich am Ende des 18. Jahrhunderts über sehr große Landesteile erstreckte.[2] Iltizam, in der deutsch- und englischsprachigen Literatur einheitlich als "Steuerpacht" bzw. "tax farming" übersetzt, ist die zweite Form der Vergabe des Nutzungsrechts an Ackerland. "Die Steuerpachten wurden normalerweise auf Auktionen verteilt, die in periodischen Abständen von den Provinzfinanzverwaltungen in Zusammenarbeit mit direkt vom Sultan gesandten Beauftragten abgehalten wurden. Nur ganz bestimmte Personen konnten für die Positionen bieten. Die Zahlungen der erfolgreichen Bieter flossen dann direkt dem Sultan als persönliche Einkünfte zu, der damit das Weiterbestehen seines ursprünglichen Rechts auf die Besitzungen und deren Steueraufkommen als Teil seines imperialen Einkommens unterstrich. Jeder Steuerpächter verpflichtete sich, jährlich eine festgesetzte Summe an den Staatsschatz abzuliefern, und erhielt dafür das Recht, den Rest seiner Einnahmen als Gewinn zu behalten."[3]

Nachdem die Osmanen den Irak im Jahre 1534 annektiert hatten, führten sie das Timarsystem nur in begrenztem Umfang ein, und zwar in den Regenanbaugebieten des Nordirak. In den restlichen Regionen (Bewässerungsanbaugebiete) führten die Osmanen das Iltizamsystem ein, das mit dem stark ausgeprägten Stammeseigentum, insbesondere im Südirak, in Konflikt geriet. "At the beginning of the nineteenth

1) Issawi, a.a.O., S. 71
2) Ebd., S. 72
3) Shaw, a.a.O., S. 96

century the greater part of the cultivated area of Iraq - the land lying outside the rain-fed northern zone - was held under a system of communal ownership. The dira, the area claimed by the tribe, was regarded as belonging jointly to all its members. It is true that a large portion, sometimes as much as a third of the area actually cultivated, was earmarked for the tribal shaikh, but he was supposed to use the revenues accruing from it mainly for such communal purposes as the upkeep of the tribal militia, the maintenance of order, and the entertainment of guests."[1)]

Gemäß dem Iltizamsystem wurde die Stammesdira von den osmanischen Herrschern als Steuerpacht angesehen, wobei der Stammesführer die Mittlerfunktion zwischen der Obrigkeit und den Bebauern des Landes (in diesem Fall die Stammesmitglieder) haben sollte. Das bedeutet, daß der Stammesführer als Pächter des von seinem Stamm besiedelten Gebietes angesehen wurde und für die Nutzung dieses Gebietes eine bestimmte Abgabe (Steuer) an die Obrigkeit leisten sollte. Es war aber selten der Fall, daß die Scheiks freiwillig ihren Steuerverpflichtungen nachkamen. Zunächst leisteten die Stämme vereinzelten Widerstand gegen die osmanischen Herrscher, dann schlossen sie sich im Jahre 1708 zur "Muntafiq-Konföderation" zusammen, deren Macht bis Ende des 19. Jahrhunderts ungebrochen blieb. Das Steuerpachtsystem (Iltizam) konnte augenscheinlich nur in stadtnah gelegenen Regionen reibungslos funktionieren, wo das Stammeswesen aufgelöst worden war. Das osmanische Agrargesetz von 1858 hatte zum Ziel, kapitalistisches Privateigentum in der Landwirtschaft einzuführen. Warriner vertritt die These, daß dieses Gesetz auf die Ausschaltung der Stammesführer als Mittler zwischen Regierung und Bauern und auf die Schaffung von bäuerlichem Kleineigentum zielte, um die Macht der Administration gegen Feudalismus und Stammes-

---

1) Issawi, a.a.O., S. 163

wesen zu stärken.[1)]

Das Agrargesetz wurde im Rahmen der kurzlebigen Reformperiode (Tanzimat) erlassen und war ohne Zweifel bürgerlich-kapitalistisch orientiert. Tatsächlich führte aber das Gesetz, zumindest im Irak, zur Entstehung von agrarischem Großgrundbesitz. Die ersten ernsthaften Versuche zur Anwendung des Agrargesetzes von 1858 im Irak wurden von dem damaligen Reformgouverneur Midhat Pascha (1869-1872) unternommen. Auf der Grundlage des neu eingeführten Tapusystems (Grundbuchamt bzw. Katasteramt) wurden Eigentumstitel vergeben und Staatsland für einen symbolischen Preis in Privateigentum umgewandelt. Von dieser Möglichkeit machten vor allem die Stammesführer, die Pächter und die Stadtnotabeln Gebrauch, "während die tatsächlichen Bearbeiter des Bodens auf den Status von Naturalpächtern oder Tagelöhnern herabsanken."[2)]

"The greatest single landowner, however, who had benefitted from the application of the tapu system in Iraq was Sultan Abdul Hamid himself. He acquired most of his estates in Iraq in the late eighties, i.e., subsequent to the governorship of Midhat Pasha, and the manner of his acquisition was like that of any tapu holder who had purchased land from the state over the heads of the cultivators."[3)]

Zwar gelang es Midhat Pascha nicht, mehr als etwa 35 % des Staatslandes in Privateigentum umzuwandeln, dennoch legte seine Politik den Grundstein für die Entwicklung des privaten Großgrundbesitzes im Irak. Diese Politik wurde später von der britischen Mandatsverwaltung aufgegriffen und forciert betrieben. Sie gipfelte in dem Land-Settlement-Law von 1933, das dem Großgrundbesitz auf der Grundlage des bereits von den Osmanen eingeführten Tapu-Systems endgültig zum Durchbruch verhalf. Der Prozeß der Entstehung des Großgrundbesitzes war jedoch nicht das Resultat

---

1) D. Warriner, Land Tenure in the Fertile Crescent. In: Ch. Issawi, The Economic History of the Middle East 1800-1914, Chicago, London 1966, S. 73

2) Steinhaus, a.a.O., S. 53

3) S. Haider, Land Problems of Iraq. In: Ch. Issawi, The Economic History of the Middle East 1800-1914, Chicago, London 1966, S. 168

des subjektiven Planens und Handelns dieser Politiker, sondern das Ergebnis der Angliederung der irakischen Ökonomie an die kapitalistische Weltwirtschaft und der damit verbundenen Auflösung der Subsistenzwirtschaft.

2. Der Irak als Exporteur agrarischer und tierischer Produkte (1869-1952)

Es mutet nahezu stereotyp an, auf die Bodenfruchtbarkeit des Gebiets zwischen Euphrat und Tigris hinzuweisen. Nicht nur religiöse Schriften und Überlieferungen, sondern diverse Dokumente und wissenschaftliche Studien haben diese Tatsache zur Genüge bestätigt. Nach der Zerstörung des Bewässerungssystems Anfang des 13. Jahrhunderts durch die Mongolen wurde die Landwirtschaft auf die Entwicklungsstufe der Subsistenzwirtschaft zurückgeworfen, die bis Anfang des 20. Jahrhunderts dominierte. Das gelegentlich anfallende und vom Umfang her sehr begrenzte agrarische Mehrprodukt fiel an den türkischen Sultan und seine lokalen Potentaten, so daß sich Tauschverhältnisse und Arbeitsteilung kaum entwickeln konnten.
"Der Abschluß der ersten Phase der industriellen Revolution in England, in dem die maschinell betriebene Großindustrie im Konsumgüterbereich (vor allem Textilien) sich verallgemeinert hat und zu zyklischen Überproduktionskrisen der Konsumgüterproduktion führt, mündet notwendig im Beginn der Freihandelsära, in der forcierten Herstellung des kapitalistischen Weltmarkts und einer um England als Werkstatt zentrierten internationalen Arbeitsteilung."[1] Nach Bairoch lag der Importanteil des englischen Lebensmittelkonsums 1880 bei 45 % bei Weizen, 53 % bei Butter und Käse, 94 % bei Kartoffeln und 70 % bei Fleisch.[2]

Das Interesse des britischen Imperialismus an der irakischen Landwirtschaft als Getreidelieferant für die Metropolen wurde zum ersten Mal in einem Gutachten von de Warren über ein Eisenbahnprojekt zur Verbindung der Mittelmeerküste mit dem persisch-arabischen Golf (Euphrat Valley Railway) im Jahre 1857 sichtbar. "The

---

1) Th. Hurtienne, Zur Ideologiekritik der lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung und Abhängigkeit. In: Probleme des Klassenkampfs 14/15, Berlin 1974, S. 226

2) Zitiert in ebenda

Euphrates Valley Railway will not merely be confined to the conveyance of merchandise between Europe and the extreme East; it will serve for other and important interests, which may easily be defined."[1] Über das traditionelle Interesse des britischen Imperiums an Irak als Verbindungsweg zum fernen Osten hinaus formuliert de Warren neue Interessen: "Europe has been for long time past under the necessity of seeking from America and Africa a portion of wheat necessary for the subsistence of its mass of populations. England, Italy, the Germanic States, and Scandinavia, even France herself, during the last ten years, have made large annual importations of grain... It is then clear how useful, nay urgent, it is for Europe to connect itself by means of a railway to such a country as Babylonia, which was in ancient times the grainary of Asia, and which, supposing that the one-half only of its superficies was put into cultivation, would produce grain equal to the production of the whole of France, with less than a twentieth part of its population."[2]

Tabelle 1: Wert und Struktur der irakischen Exporte (1865 - 1934)

Jahr	Gesamtexporte in tausend ID	agrarische Erzeugn. 1000 ID	agrarische Erzeugn. in %	tierische Erzeugn. 1000 ID	tierische Erzeugn. in %
1865	99	86	87	13	13
1878	1080	532	49	548	51
1884	1207	619	53	588	47
1888-1895[a]	1384	965	70	419	30
1896-1903	1339	883	65	546	35
1904-1911	1943	1453	75	490	25
1912-1913	3009	2403	80	606	20
1919-1925	2898	2506	86	392	14
1926-1932	3314	2538	76	776	24
1934	6888	3017	44	584	8

a) jährliche Durchschnittswerte

Quelle: Zusammengestellt und errechnet nach M.S. Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 125 und 530

1) C.E. de Warren, European Interests in Railways in the Valley of the Euphrates (London 1857) Reprint in Issawi, "The Economic History", a.a.O., S. 143

2) Ebenda

Wie aus der Tabelle 1 hervorgeht, stieg der Wert des Exports von agrarischen Produkten (Datteln, Weizen und Gerste) von 86 tausend Irakischen Dinaren (bis 1958 1 ID = 1 £-Sterling) im Jahre 1865 zunächst auf durchschnittlich 883 tausend ID in den Jahren 1896-1903. Danach stiegen die Exporte mit höheren Wachstumsraten und erreichten kurz vor dem ersten Weltkrieg den jährlichen Durchschnittswert von 2,4 Mio. ID, sie stagnierten aber bei diesem Wert bis 1932.[1] Ihr Anteil an den Gesamtexporten schwankte bis dahin zwischen 49 % und 87 %. Der Export von tierischen Erzeugnissen setzt sich hauptsächlich aus Rohwolle, Fellhäuten, Leder und lebendigen Tieren zusammen. Ihr Anteil an den Gesamtexporten schwankte bis 1932 zwischen 13 % und 47 %. Bis zum Beginn des Rohölexports im Jahre 1934 setzten sich demnach die irakischen Gesamtexporte fast ausschließlich aus landwirtschaftlichen Primärprodukten zusammen. Drei Viertel der Exporte ging in die Märkte der kapitalistischen Länder, so daß ihre Entwicklung und Stagnation weitgehend von der Nachfrage dieser Länder bestimmt wurde. Die hohen Wachstumsraten in den kapitalistischen Ländern bis zum ersten Weltkrieg erzeugten große Nachfrage nach billigen Primärprodukten und bewirkte somit eine Erhöhung der irakischen Exporte. Dagegen führten die Wirtschaftskrisen in diesen Ländern, insbesondere die Weltwirtschaftskrise, zu einer Schrumpfung der Nachfrage und folglich einer Stagnation der irakischen Exporte.
Ein Vergleich zwischen dem Wert und der Menge der irakischen Exporte ergibt, daß die Expansion des Exporthandels bis zum ersten Weltkrieg in dem Wachstum der exportierten Menge begründet ist. Obwohl dieses Wachstum in der Exportmenge sich insgesamt fortsetzte, stagnierte der Wert der Exporte aufgrund sinkender Weltmarktpreise nach dem ersten Weltkrieg.

---

1) Diese Schwankung zeigt, wie unzulänglich es ist, das rapide Ansteigen der irakischen Exporte ausschließlich mit der Einführung moderner Transportmittel im Irak zu begründen. Vgl. z.B.: K. Langley, The Industrialization of Iraq, Cambridge Massach. 1967, S. 23, und Al-Samarie, Einführung in die Wirtschaftsgeschichte des Irak, Bagdad 1973 (arab.)

Tabelle 2: Entwicklung der wichtigsten Exportwaren (jeweils in 100 Tonnen jährliche Durchschnittswerte)

Jahr	Datteln	Weizen	Gerste	Wolle	Fellhäute
1864-1871	101	14	3	3	25
1873-1879	60	17	-	38	4
1880-1887	105	-	-	117	16
1888-1895	510	346	339	103	10
1896-1903	545	118	363	136	29
1904-1911	673	154	468	83	34
1912-1913	685	190	773	38	33
1919-1925	1518	386	505	49	11
1926-1932	1408	249	1047	65	17

Quelle: Zusammengestellt nach Hassan, ebenda, S. 103 u. 111

Der rapide steigende Export der Primärprodukte spiegelt die hohen Wachstumsraten im Agrarsektor wider; insofern fungierte der Export als "engine of growth"[1]. Dieses Wachstum ist aber ausschließlich auf die Einbeziehung von freien "brachliegenden" Produktionskapazitäten zurückzuführen und trägt daher einen extensiven Charakter: "During the 1860's, only a limited proportion of the grazing and cultivable areas was actually used. The cultivated area was probably well under 150.000 dunums"[2]. Die Ackerfläche stieg zunächst auf ca. 1,6 Mio. Donem (1 Einheit = 1/4 ha) im Jahre 1913 und dann auf fast 10 Mio. Donem Ende der vierziger Jahre.[3] Ein gewichtiger Faktor in diesem extensiven Wachstumsprozeß war auch das Vorhandensein eines großen Arbeitskräftereservoirs, wozu vor allem die Nomaden mit einem Bevölkerungsanteil von 35 % im Jahre 1867 gehörten. Sie reproduzierten sich durch Beutezüge und Kamelzucht; infolge der steigenden Nachfrage nach tierischen Produkten gingen sie aber immer mehr dazu über, Schafe und Ziegen zu züchten und wurden somit halbansässig,

1) M.S. Hassan, "The Role of Foreign Trade in the Economic Development of Iraq", S. 346

2) Ebenda, S. 349

3) Vgl. ebenda, S. 350 f

u.a. auch bedingt durch ihre Verbindungen zu bestimmten lokalen Märkten. Der so in Gang gesetzte Prozeß der sozialen Differenzierung setzte sich mit dem Übergang der Nomadenstämme zum Ackerbau und zu ihrem endgültigen Seßhaftwerden fort. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist in der Folge auf 5 % im Jahre 1947 zurückgegangen. Das wichtigste Ergebnis des durch den Export induzierten Wachstumsprozesses war aber die Herausbildung des Privateigentums und die Entstehung des Großgrundbesitzes in der Landwirtschaft. Diese Entwicklung wurde maßgeblich von den ökonomischen Interessen der Stammesführer mitgetragen, denn "der größere Anteil der Scheichs an dem agrarischen Mehrprodukt, verglichen mit dem am tierischen Mehrprodukt, war der Grund dafür, daß sie ihre Stämme dazu brachten, sich endgültig seßhaft zu machen."[1)]

2.1 Die Rolle des ausländischen Handelskapitals

Die Konkurrenz der East Indian Company mit den portugiesischen, holländischen und französischen Handelsgesellschaften um die Vorherrschaft am persisch-arabischen Golf im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts endete mit der Durchsetzung einer monopolistischen Stellung der Briten um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Um diese Zeit kontrollierte die East Indian Company, die bereits 1629 eine Niederlassung in Basra gegründet hatte, den überwiegenden Teil der Handelsaktivitäten in der Stadt. Anfang des 19. Jahrhunderts gelang der East Indian Company mit der Entsendung eines Generalvertreters nach Bagdad der Durchbruch.[2)]

Das Eindringen des britischen Handelskapitals in den Irak bewirkte die Einführung von modernen Transportmitteln. Die britische Regierung finanzierte im Jahre 1836 eine Expedi-

---

1) Vgl. Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 454
2) Vgl. Al-Samarie, a.a.O., S. 8

tion zur Schiffbarmachung von Euphrat und Tigris. 1841 nahm das britische Schiffsunternehmen "Lynch" seine Tätigkeit auf den genannten Flüssen auf. Diese Flüsse verbinden alle irakischen Großstädte mit dem persisch-arabischen Golf. Britische Pläne zur Errichtung einer Eisenbahnlinie entlang dem Euphratbecken zur Verbindung des Mittelmeers mit dem persisch-arabischen Golf wurden niemals realisiert. Die eigentliche Funktion dieses Projekts, die Transportwege zwischen Europa und Indien zu verkürzen, wurde durch die Eröffnung des Suez-Kanals überflüssig.
Die Aktivität des britischen Handelskapitals, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstärkte, bestand darin, Getreide und Datteln direkt bei den Produzenten sowie Schafswolle bei Zwischenhändlern einzukaufen und sie in den Metropolen, vor allem in England, zu vermarkten. Die britischen Handelsgesellschaften konnten ihre dominierende und zeitweilig monopolistische Marktstellung, wie die "Andrew Weir Company", auf dem Exportsektor bis nach dem zweiten Weltkrieg halten. Nach den Berechnungen von Hassan betrug die Umsatzrendite des britischen Handelskapitals im Jahr 1936 13 %. In den Jahren 1946 und 1947 erzielte die Andrew Weir Company, die das Dattel- und Gerstehandelsmonopol innehatte, eine Umsatzrendite von 50 % bzw. 63,7 %.[1)]
Bemerkenswert ist, daß das britische Handelskapital den Import verarbeiteter Produkte aus den Metropolen dem irakischen Handelskapital überließ. Darauf weist ein Dokument des britischen Konsuls in Basra im Jahre 1899 hin, aus dem hervorgeht, daß die Handelsgesellschaften sich nur während ihrer "Freizeit" dem Importgeschäft zuwenden.[2)] Hinter dieser Äußerung scheint nicht nur englische Ironie verborgen zu sein, sondern ein handfestes imperialistisches Interesse zur Schaffung von einheimischen Kompradoren.

---

1) Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 152

2) Ebenda, S. 146

Unter dem Eindruck der finsteren Zeiten während der osmanischen Herrschaft über den Irak sind manche Autoren dazu verleitet worden, in der mit dem Eindringen des ausländischen Handelskapitals verbundenen Einführung der Marktproduktion das Ende der lange anhaltenden wirtschaftlichen und kulturellen Stagnation und gleichzeitig den Beginn einer modernen Wirtschaftsentwicklung im Irak zu sehen.[1] Dieser Auffassung zufolge wird der unbestreitbare Zuwachs der Produktion und des Exports von Primärprodukten mit Entwicklung gleichgesetzt. Damit wird auch eine Gleichsetzung zwischen Rückständigkeit und Unterentwicklung impliziert.
Unterentwicklung ist aber ein integraler Bestandteil des historischen Prozesses der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise auf Weltebene.

2.2 Das Verhältnis zwischen Politik und ökonomischem Interesse des britischen Kolonialismus im Irak

Während der osmanischen Herrschaft war der Irak in drei Provinzen (Wilayet) geteilt, nämlich Mosul, Bagdad und Basra. Bereits vor dem Eintritt des osmanischen Reiches in den ersten Weltkrieg begann der britische Imperialismus mit militärischen Operationen auf mesopotamischem Gebiet.[2] Die Okkupation der drei o.a. Provinzen durch die britischen Truppen, die mit der Landung am 6. Nov. 1914 in Basra eingeleitet und mit der Eroberung der Provinz Mosul im November 1918 abgeschlossen wurde, legte den Grundstein für das irakische Staatsgebiet in seinen heutigen Grenzen. Der Schaffung dieser historischen Tatsache ging das berüchtigte Sykes-Picot Abkommen von 1916 voraus, in dem die imperialistischen Mächte England und Frankreich ihre Kriegs-

---

1) Vgl. Al-Durrah, a.a.O., S. 6, und A. Al-Wardi, Soziologie des Nomadentums, Neuwied und Darmstadt 1972, S. 383 f

2) K. Hoffmann, Oelpolitik und angelsächsischer Imperialismus, Berlin 1927, S. 72

beute im voraus teilten.
Großbritanniens anfängliches Interesse am irakischen Gebiet als militärisch-strategischem Posten zur Sicherung der Handelsroute nach Indien wurde nach der Eröffnung des Suez-Kanals in den Hintergrund gedrängt. Konkrete wirtschaftliche Interessen traten immer mehr in den Vordergrund und bestimmten die britische Politik in der Region. Mit dem Beginn der Rohölförderung in Südpersien im Jahre 1909 durch eine britische Gesellschaft und der späteren Entdeckung von Ölvorräten im Irak fand jedoch auf der ökonomischen Ebene eine Interessensverlagerung statt, die anfänglich noch von der Aktivität des britischen Handelskapitals bestimmt wurde. Die dem Irak ursprünglich aufoktroyierte Stellung auf dem kapitalistischen Weltmarkt als Lieferant von agrarischen Produkten wurde allmählich modifiziert.[1] Mit der Rolle als Rohöllieferant wurde dem Irak eine neue, wenn auch im Wesen nicht andersartige Funktion innerhalb des Systems der internationalen Arbeitsteilung zugewiesen. Mit dieser neuen Funktion im System der internationalen Arbeitsteilung war eine spezifische Herrschaftsstruktur sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene verbunden. Die Grundlagen dieser Herrschaftsstruktur waren in der Periode 1914-1932 angelegt worden. Albert Hourani beschreibt dies sehr treffend in seinem Vorwort zu dem hier zitierten Buch von Sluglett folgendermaßen:
"The British ruled Iraq from the First World War until 1932, and the way in which they ruled was widely regarded as being new. They exercised authority, under Mandate from the League of Nations, by means of the RAF, a network of advisers and officials in government departments, and control of the country's most important economic resource, oil, and they used this authority in order to create an

1) Die Außenhandelsstatistik weist eine Stagnation der Exporte von agrarischen Produkten nach dem ersten Weltkrieg auf, Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 125 u. 530. Sluglett stellt deshalb zu Recht fest, daß die Bedeutung des Iraks als Getreidelieferant unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg zurückgegangen sei. Vgl.: P. Sluglett, Britain in Iraq 1914-1932, London 1976, S. 2 f

administration and a political order which would in the long run be able to stand by themselves."[1]
Daß der Irak nicht in der Form einer klassischen Kolonie, sondern in der eines A-Mandats regiert wurde, muß auch im historischen Kontext gesehen werden. Das Auftreten von neuen Faktoren, wie dem Nationalismus,den USA als einer imperialistischen Weltmacht, dem internationalisierten Kapital und nicht zuletzt der Russischen Oktoberrevolution, machten eine Anpassung der britischen Kolonialpolitik an die veränderte Lage notwendig. Deshalb kann die Anwendung des Mandatsystems nicht allein auf die Intention des Mandatträgers, die Verwaltungskosten minimal zu halten, oder auf die Forderung von Präsident Wilson nach Selbstbestimmung zurückgeführt werden.[2]
Die Behauptung von Edith und E.F. Penrose, daß das britische Mandat über den Irak im Vergleich zur klassischen Form der Kolonialherrschaft sowohl einen früheren Beginn als auch ein rapideres Fortschreiten des Modernisierungsprozesses zur Folge gehabt hätte, wenn es von den Irakern akzeptiert worden wäre, verwischt den Zusammenhang zwischen der Entstehung von Unterentwicklung und der weltweiten Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise.[3]
Der Kolonialismus war einerseits die Voraussetzung und andererseits die Folge dieser Entfaltung. Die Erklärung des A-Mandats als einer spezifischen Erscheinungsform des Kolonialismus muß vor dem Hintergrund des Grades der Klassendifferenzierung des kolonisierten Landes erfolgen. Im Gegensatz zu den meisten afrikanischen Kolonien existierte im Irak bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine zwar schmale, aber gesellschaftlich einflußreiche und strukturierte Führungsschicht, die sich aus Kaufleuten, Händlern, Grundbesitzern, Stammesführern und Geistlichen zusam-

---

1) Sluglett, a.a.O., o.S.

2) Wie etwa Sluglett dies versucht, ebenda, S. 4

3) Edith & E.F. Penrose, Iraq: International Relations and National Development, London 1978, S. 47

mensetzte und in der Literatur allgemein als die traditionelle Führung bezeichnet wird. Nach anfänglichem Widerstand einiger Fraktionen dieser Oligarchie gelang es den britischen Kolonialherren, sie zu instrumentalisieren. Der damalige arabische Nationalismus, in seinem frühen Stadium Ideologie der traditionellen Führung im Kampf gegen die osmanische Herrschaft, konnte durch die Installierung einer seiner Exponenten als König über den Irak integriert werden.

Ein Eckpfeiler der britischen Kolonialpolitik im Irak war die materielle Privilegierung der traditionellen Führung durch Übereignung von Gemeineigentum und durch den Schutz des jungen Privateigentums. Die Devise dieser Politik formulierte der damalige britische "Revenue Commissioner" im Irak folgendermaßen:

"We must recognise that it is primarily our business not to give rights to those who have them not, but to secure their rights to those who have them."[1)]

Das im Zuge der vermeintlichen Reformen des Osmanischen Reiches in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingeführte Tapuamt wurde von den Briten forciert weitergetrieben. Das Tapuamt entsprach (und entspricht) in etwa dem Grundbuchamt (einschließlich Katasteramt), in dem das Privateigentum juristisch fixiert wird.

In einem Dokument der britischen Mandatsverwaltung[2)] wurden die vollbrachten Leistungen mit Stolz registriert: bis Ende 1919 waren fünf neue Tapuämter in den Provinzen Bagdad und Basra eröffnet worden. Mit Zufriedenheit wurde vermerkt, daß die Eintragung von Privateigentum im Tapuamt in einem beachtlichen Ausmaß voranschreite.[3)] Es versteht

---

1) Zitiert nach Sluglett, a.a.O., S. 239

2) G.L. Bell: Review of the Civil Administration of Mesoptamia, Archiv of his Majesty No CMD 1061. Hier wird die von Djafar Al-Khiat ins Arabische übersetzte Ausgabe zitiert. Sie erschien unter dem Titel "Ausschnitte aus der modernen irakischen Geschichte", 2. Aufl., Beirut 1971

3) Ebenda, S. 250

sich von selbst, daß es sich hierbei um die Privatisierung von Gemeineigentum handelte.
Für die Bauern, die den Boden seit eh und je kollektiv bearbeitet hatten, war freilich kein Platz in dem neuen Tapusystem, denn Gemeineigentum war in der osmanischen Gesetzgebung zum Tapusystem nicht vorgesehen gewesen.[1] Außerdem sah die britische Kolonialadministration eine Gefahr in der Teilung des Agrarlands in Parzellen, die eine Schwächung der Autorität der Stammesführer zur Folge gehabt hätte.[2]
Während des ersten Weltkriegs wurden unter den Bauern neue Tendenzen, die auf eine Befreiung von den Stammesstrukturen zielten, sichtbar. Die Bauern bearbeiteten den Boden selbständig und entzogen sich immer mehr der Autorität ihrer Stammesführer. Die britische Politik setzte sich zum Ziel, diesen Tendenzen Einhalt zu gebieten und die Autorität der Stammesführer und der Pächter wieder herzustellen.[3] Auch den städtischen Aristokraten, die es verstanden, sich das Tapusystem zu Nutze zu machen, wurde bei der Durchsetzung ihrer "Ansprüche" gegen die "autochthonen Eigentümer", nämlich die Bauern, militärische Hilfestellung geleistet.[4]
Unter der Bezeichnung "Agricultural Development Scheme" traf die britische Mandatsadministration agrarpolitische Maßnahmen, die vordergründig darauf zielten, die agrarische Produktion anzuheben. Militärische und politische Motive (die Versorgung der Besatzungstruppen und die Befriedung der Landbevölkerung) wurden als Grund für diese Maßnahmen angegeben.[5] Dagegen wurde die Intention, ein höheres Steueraufkommen aus der Landwirtschaft zu erzielen,

---

1) Haider, a.a.O., S. 166

2) G.L. Bell: Review of the Civil ..., S. 237

3) Ebenda, S. 247

4) Ebenda, S. 254

5) Ebenda, S. 245; Al-Samarie, a.a.O., liefert eine verbrämt positive Darstellung dieser Maßnahmen, indem er von einem "wagemutigen Projekt" spricht und die Anhebung der Produktion betont. S. 74 u. 81

verschwiegen. Die Steuereinnahmen der Mandatverwaltung konnten von 2,187 Mio. Rupien (1916/17) auf 21,747 Mio. Rupien (1918/19), d.h. um fast 1000 %, gesteigert werden.[1)]
Sluglett charakterisierte die rigorose Steuereintreibungspolitik der Briten folgendermaßen:
"... where British control was secure, collection was begun, and was undertaken with such efficiency and over so wide an area that the thoroughness of the work has been adduced as one of the major causes of the rising of 1920."[2)]
Die Steuerpolitik der Briten kollidierte offensichtlich mit ihrem Ziel, die Großgrundbesitzer zu korrumpieren, so daß sie das erste Ziel zugunsten des zweiten aufgaben.
"Eventually, taxes from land declined from about 42 % of the national income in 1911 to about 14 % in 1933, the difference being made up first by all round increases in customs and excise and later by oil revenues. This change affected only the landlord, not the fellah, since the landlord paid less tax, but the fellah was compelled to hand over the same amount of his crop to the landlord or his agent as before."[3)]
Die agrarpolitischen Maßnahmen der Briten im Irak erwecken beim ersten Blick den Eindruck, als ob der britische Imperialismus sein ursprüngliches Interesse am Irak als einer Kornkammer weiterhin zu realisieren suchte. In Wirklichkeit verfolgte diese Politik nur kurzfristige Ziele, nämlich den durch die (irakischen) Kriegsschäden bedingten Produktionsausfall auszugleichen, um die Versorgung der Besatzungstruppen sicherzustellen.
Hoffmanns Feststellung, der wirtschaftliche Wert des Irak beruhe nicht allein auf Erdöl, sondern auch auf Anbaumöglichkeiten von Baumwolle und anderen landwirtschaftlichen Produkten, ist zutreffend. Nicht richtig ist seine Folgerung, die Engländer hätten ein Interesse daran gehabt, daß sich aus Mesopotamiens Wiedergeburt mit Be- und Entwässerungsan-

---

1) G.L. Bell: Review of the Civil ..., S. 357
2) Sluglett, a.a.O., S. 238
3) Ebenda, S. 232

lagen ein neues Ägypten entwickelte.[1] Dies erklärt auch die Frage, warum das englische Kapital nicht in die irakische Landwirtschaft eingeflossen ist.
Eine Durchdringung der Landwirtschaft durch das ausländische Kapital hätte möglicherweise die Produktivität angehoben, jedoch nicht die extremen Ausbeutungsverhältnisse verändert. Die Wirtschaftspolitik der Kolonialadministration schuf eine spezifische Produktionsweise in der Landwirtschaft mit der Folge einer bis heute andauernden Stagnation. Die wichtigste Eigenschaft dieser Produktionsweise war ein Pachtsystem, das dem meist in der Stadt lebenden Grundeigentümer eine Grundrente sicherte. Die Rente wurde vorwiegend für Luxuskonsum und nur unbedeutend für die Verbesserung der Produktionsmethoden verwendet. Mangels entsprechender Akkumulation im Agrarbereich kann diese Produktionsweise nicht mit dem Begriff 'Agrarkapitalismus' erfaßt werden, zumal Lohnarbeit in der irakischen Landwirtschaft nur in der eingeschränkten Form der Saisonarbeit existierte. Vorbehalte gegen die Anwendung des Begriffs 'Feudalismus' sind insoweit denkbar, als es juristische Fixierungen des Verhältnisses zwischen Eigentümern und Produzenten in der Form von Fronarbeit oder Leibeigenschaft nicht gab.
Im Kontext dieser spezifischen Produktionsweise entwickelte sich der Staatsapparat, dessen soziale Stütze die Großgrundbesitzer bildeten. Neben dem Abschluß einer Reihe von wirtschaftlichen und militärischen Verträgen mit Großbritannien war dieser Faktor eine wichtige Voraussetzung für die Entlassung des Irak, bereits 1932, in die 'Unabhängigkeit'.

---

1) K. Hoffmann, a.a.O., S. 72

3. Der Irak als ein erdölexportierendes Land (ab 1952)

3.1 Das Eindringen des ausländischen Ölkapitals

Die Genese des Erdölsektors geht auf die Bemühungen des deutschen Imperialismus Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, das Erdöl in dem heutigen Gebiet des Irak auszubeuten. Die am 5. März 1903 von der Hohen Pforte an die 'Deutsche Bank-Gruppe' vergebene Konzession zur Errichtung der Bagdad-Bahn war mit dem Recht des Konzessionärs verbunden, die mineralischen Vorkommen in einer Zone von 20 km auf jeder Seite des Schienenweges auszubeuten.[1] Das Auftreten des britischen Imperialismus in der Region machte aber diese Bemühungen nach und nach zunichte. Ein anfänglich geschlossener Kompromiß zwischen beiden Gegenspielern, nämlich die Gründung der "Turkish Petroleum Company" im Jahre 1912 mit einem Kapitalanteil von je 25 % (die restlichen 50 % entfielen auf die National Bank of Turkey) wurde mit der Übernahme des 50 %igen Anteils der Türken durch die Briten schon vor Ausbruch des 1. Weltkrieges zuungunsten der Deutschen modifiziert.[2]
Der Ausgang des 1. Weltkrieges bewirkte eine gänzliche Ausschaltung der deutschen Interessen.
Die Bestrebungen des britischen Imperialismus nach billigen und sicheren Versorgungsquellen als Alternative zu den USA und Mexiko, die bis Anfang des 20. Jahrhunderts quasi ein Liefermonopol für Rohöl besaßen, war mit seiner Mandatspolitik im Irak engstens verflochten. Im Jahre 1912 wurde eine königliche Kommission eingesetzt, um die Frage der Ölversorgung im Hinblick auf den Bedarf der britischen Marine zu untersuchen. Das Ergebnis der Untersuchung lautete: "We must become the owners or at any rate the controllers at the source of at least a proportion of the oil which we require."[3] Das Erdöl im Irak war folglich eine strate-

---

1) K. Hoffmann, a.a.O., S. 68
2) Ebenda, S. 70 f
3) Zitiert nach Sluglett, a.a.O., S. 104

gische Größe in der britischen Mandatspolitik.
"It is certainly true that Britain's subsequent interest in Iraqi affairs has approximated very closly to the interest of the Iraq Petroleum Company."[1)]
Nach dem ersten Weltkrieg mußten die Briten den 25 %igen Kapitalanteil der Deutschen Bank den Franzosen überlassen. Dies wurde in dem San-Remo-Abkommen, das die Teilung der ehemaligen Provinzen des Osmanischen Reiches in britische und französische Einflußgebiete regelte, festgelegt. In diesem Abkommen wurde auch dem Irak die Möglichkeit in Aussicht gestellt, sich an dem Kapital der TPC mit 20 % zu beteiligen. Jedoch wurde später dieses Versprechen fallengelassen. Mit Hilfe der britischen Mandatsverwaltung im Irak konnte die TPC mit ausschließlich englischer und französischer Kapitalbeteiligung im Jahre 1925 eine neue Konzessionsvergabe erreichen.[2)]
Den Protesten der irakischen Bevölkerung und ihrer politischen Vertreter begegnete der britische Gouverneur mit der Androhung, die damals umstrittene Provinz Mosul von dem irakischen Territorium im Sinn der Politik des "Teile-und-Herrsche" abzutrennen.[3)] Die unter dem Druck des britischen Imperialismus zustandegekommene Konzession verlieh der TPC

---

1) Sluglett, a.a.O., S. 104

2) Zur Geschichte der Ölkonzession im Irak siehe: G.W. Stocking, Middle East Oil, Kingsport 1970, S. 40 - 66 und I. Alawi, Erdöl und nationale Befreiung im Irak, Beirut 1967, S. 39 - 79 (arab.)

3) Bei der Teilung des Nahen Ostens in imperialistische Einflußsphären nach dem Zerfall des osmanischen Reichs sollte die Provinz Mosul ursprünglich dem zaristischen Rußland zufallen. Frankreich und die junge Türkei beanspruchten die Provinz nach dem Ausscheiden Rußlands aus dem imperialistischen Lager. Wegen der vermuteten Erdölvorräte in dieser Provinz spielte sich Großbritannien zum Anwalt der irakischen Interessen auf, einigte sich zuerst mit Frankreich in einem "Kuhhandelgeschäft" und wehrte schließlich den türkischen Anspruch erfolgreich ab. Siehe hierzu: H.U. Hoepli, England im Nahen Osten - Das Königreich Irak und die Mosulfrage, Erlangen 1931, und F. Hesse, Die Mosulfrage, Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik, 1. Heft 1925, Berlin 1925

das Recht, innerhalb von 32 Monaten 24 Parzellen (plots system) in der Größe von jeweils 8 Quadratmeilen auszusuchen und das dort gefundene Erdöl zu fördern. Die Dauer der Konzession wurde auf 75 Jahre festgelegt. Die irakische Regierung durfte nach dem Vertragstext ebenfalls 24 Parzellen innerhalb von vier Jahren aussuchen und sie allen interessierten Ölgesellschaften zur Ersteigerung anbieten. Die Proteste der Amerikaner gegen ihren Ausschluß aus diesem Geschäft und ihre Forderung nach einer Politik-der-offenen-Türe fruchteten in dem "Red Line Agreement" vom 31. Juli 1928. Fünf amerikanische Ölgesellschaften, die sich in der "Near Eastern Development Corporation" zusammenschlossen, bekamen die Möglichkeit, sich am Kapital der TPC zu beteiligen, mußten sich aber gegenüber den neuen Partnern verpflichten, jegliche Konkurrenz um Konzessionsrechte auf dem Gebiet des ehemaligen Osmanischen Reichs, das mit einer roten Linie auf der Landkarte markiert wurde, zu unterlassen.[1)]

Die Kapitalanteile der inzwischen in die Iraqi Petroleum Company (IPC) umgetauften TPC verteilten sich folgendermaßen:

- British Petroleum Company (BP) 23,75 %
- Royal Dutch-Shell 23,75 %
- Compagnie Francaise des Petroles (CFP) 23,75 %
- Near Eastern Development Corporation 23,75 %
  (Standard Oil und Mobil Oil)

Der restliche Kapitalanteil von 5 % entfiel kurioserweise auf C.S. Gulbenkian (Mr. Fivepercent), vermutlich für geleistete Vermittlungsdienste zwischen den Ölgesellschaften und dem osmanischen Sultan bzw. der irakischen Regierung. Die neu formierte IPC arbeitete auf eine Veränderung einiger Vertragsklauseln in der Konzession von 1925 erfolgreich hin. Mit der neu aufgelegten Konzession vom März

---

1) Die amerikanischen Ölkonzerne Standard Oil und Socony Mobil Oil haben 1946 die Vereinbarungen des "Red Line Agreement" einseitig aufgekündigt, um ihre eigenen Ölgeschäfte in Saudi Arabien betreiben zu können. Vgl. Stocking, a.a.O., S. 105 f.

1931 erweiterte die IPC ihr Terrain wesentlich. Anstatt der vereinbarten 24 Parzellen zu jeweils 8 Quadratmeilen bekam die IPC ein Exklusivrecht für ein Gebiet von 91 000 qkm östlich des Tigris (dort liegen die reichhaltigen Ölfelder von Kirkuk), für die Dauer von 70 Jahren Öl zu suchen und auszubeuten. Außerdem entledigte sich die IPC mit der neuen Konzession der früher vereinbarten ordentlichen Besteuerung durch den irakischen Staat, was eine erhebliche Verschlechterung der irakischen Position gegenüber 1925 bedeutete. Stattdessen wurden feste Abgaben von 4 Goldschillingen je Tonne an die irakische Regierung als Royalties vereinbart.

Zu gleichen Bedingungen preßte die IPC dem Irak sodann zwei weitere Konzessionen ab. Die hundertprozentigen Tochtergesellschaften Mosul Petroleum Company (MPC) und die Basra Petroleum Company (BPC) erhielten das exklusive Recht, ab 1932 bzw. 1938 für die Dauer von 75 Jahren Erdöl auf einem Konzessionsgebiet von 107 000 qkm bzw. 226 000 qkm zu fördern. Damit erstreckte sich die Kontrolle der IPC und ihrer Tochtergesellschaften auf das gesamte irakische Staatsgebiet.

Eine Einschätzung der Konzession von 1931 muß notwendigerweise auf die einschlägige Literatur Bezug nehmen. Ausgehend davon soll exemplarisch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Beitrag von Penrose & Penrose zu diesem Aspekt geführt werden.

Die genannten Autoren gehen von der Prämisse aus, daß ein Gewinn für die Ölgesellschaften nicht notwendigerweise einen Verlust für den Irak bedeutet.[1)] Diese Prämisse läßt sich allerdings mit der von den Autoren zugegebenen Tatsache schlecht vereinbaren, daß die Ölgesellschaften sowohl politisch als auch ökonomisch gegenüber der irakischen Regierung eine starke Position innehatten und diese entspre-

---

1) Penrose, a.a.O., S. 72

chend ausnutzten.[1] Dagegen gehen sie zu Recht davon aus, daß internationale Gesellschaften die Erschließung von Ölquellen nicht umsonst vornehmen. Allerdings unterstellen sie, die Gesellschaften hätten möglicherweise auch ohne den Erhalt der Förderrechte dazu gebracht werden können, die Erschließung als bezahlte Dienstleistung zu betreiben. Ob dies eine für den Irak billigere Alternative hätte sein können, ist aber nach Penrose und Penrose keineswegs sicher.[2]

Daß die IPC exklusive Bohr- und Förderrechte für das ganze Staatsgebiet erhielt und nicht nur für einige bestimmte Parzellen (plot system), wie es in dem bis dahin gültigen irakischen Konzessionsrecht üblich war, betrachten die Autoren zwar als Gewinn für die Gesellschaften, nicht aber als Verlust für den Irak. Es sei gar nicht sicher, daß das Land von der offenen Konkurrenz um neue Konzessionsgebiete profitiert hätte, weil die Zahl der internationalen Ölgesellschaften sehr begrenzt war.[3] Außerdem hätte eine Konkurrenz auf dem Erdölmarkt langfristig gesehen keine ökonomischen Vorteile für den Irak gebracht, weil sie zu Preissenkung und Produktionsrückgang geführt hätte.[4] Den rapiden Anstieg der Nachfrage nach Erdöl nach dem zweiten Weltkrieg nehmen die Autoren sehr wohl zur Kenntnis und deuten immerhin die Möglichkeit einer Produktionssteigerung an. Die möglicherweise daraus resultierende Einnahmeerhöhung des Exportlandes hätte nach Penrose und Penrose auf keinen Fall das Entwicklungstempo des betreffenden Landes beschleunigt, weil die Voraussetzungen dafür gefehlt hätten.[5] Daraus ziehen die Autoren folgende Schlußfolgerung: "In these circumstances, one can plausibly argue that the monopolistic control by the companies, with all its disadvantage even

---

1) Ebenda, S. 66
2) Ebenda, S. 72
3) Ebenda, S. 72 f
4) Ebenda, S. 74
5) Ebenda, S. 143

including the occasions when the host governments were imposed upon, not to say cheated, was nevertheless in the long-run economic interest of the countries when compared with alternatives reasonably likely to have emerged at the time."[1] Durch die Konzession wurden frühere Bestimmungen über einen Anteil des Irak an den Gewinnen der Ölförderung ungültig. Der Irak bezog also nur die Royalties, eine feste Gebühr von 4 Goldschillingen je Tonne geförderten Erdöls.

Trotz dieser offenkundigen Verschlechterung gegenüber früheren Konzessionen sehen die Autoren nur einen einzigen Nachteil für den Irak. Dieser Nachteil sei aber nicht in den Konzessionsbedingungen begründet, sondern in der heterogenen Struktur der IPC. Die divergierenden Interessen der Anteileigner hätten eine hohe Produktionszuwachsrate ähnlich der im Iran verhindert.[2] Die Aussagen der Autoren basieren auf der unausgesprochenen Annahme, daß die Metropolen und der Irak gleichermaßen an der Erschließung der Erdölquellen interessiert waren. Es ist aber historisch erwiesen, daß das Interesse an der Ölförderung wie an der Ausbeutung von anderen Rohstoffen genuin metropolitanisch war. Der Irak hat sich nicht freiwillig für die Rolle eines erdölexportierenden Landes entschieden. Angesichts dieser Tatsache ist es müßig, nach der günstigsten Produktionsalternative für den Irak zu suchen. Die Auffassung, daß hohe Produktion und Einnahmen - ohne sie im sozialen und ökonomischen Kontext zu sehen - den ökonomischen Interessen des Irak dienlich waren, ist höchst fragwürdig.

Wenn im Bezug auf die Ölförderung Alternativen formuliert werden sollen, dann können sie nur folgendermaßen lauten: Entweder Förderung im Dienste des internen Akkumulationsprozesses oder Nichtförderung mit der positiven Folge, daß die Ölvorräte zum gegebenen Zeitpunkt ungeschmälert genutzt werden können. Nur unter bestimmten sozio-ökonomischen

---

1) Penrose, a.a.O., S. 143

2) Ebenda, S. 73 und 143

Bedingungen kann die Ölförderung im Dienste des internen Akkumulationsprozesses stehen und die Industrialisierung beschleunigen. Diese Bedingungen waren in Irak bis 1973 nicht gegeben. Hätte man vor diesem Zeitpunkt das Erdöl nicht gefördert, wäre die irakische Volkswirtschaft nicht unterentwickelter als sie jetzt ist. Ein Vergleich der irakischen Volkswirtschaft mit denjenigen der Nachbarländer Syrien und Türkei, die kein Erdöl besitzen bzw. exportieren, aber sonst annähernd gleiche Ausgangsbedingungen hatten, würde ergeben, daß der Entwicklungsstand der Industrialisierung im Irak trotz des Ölreichtums nicht höher war als in den beiden Ländern.

3.2 Produktion und Export von Rohöl

Die Iraqi Petroleum Company (IPC) begann mit der Förderung des Erdöls auf den Ölfeldern von Kirkuk, einem Konzessionsgebiet von 91 000 qkm östlich des Tigris, bereits im Jahre 1928. Ihre hundertprozentigen Tochtergesellschaften, die Basra Petroleum Company (BPC) und die Mosul Petroleum Company (MPC), nahmen ihre Fördertätigkeit erst im Jahre 1951 bzw. 1952 auf. Der BPC fiel ein Konzessionsgebiet von 226 000 qkm im Südirak zu, der MPC ein Gebiet von 107 000 qkm westlich des Tigris und nördlich von Bagdad. Die drei Gesellschaften zusammen kontrollierten somit das gesamte irakische Gebiet.
Das Förderergebnis der IPC lag bis zum Beginn des Rohölexports im Jahre 1934 unter 1 Million Long Ton. Bis zum Jahre 1951 stieg diese Menge nur langsam an und blieb unter der Grenzmarke von 10 Mio. Long Ton. Der Anteil des exportierten Rohöls an der Produktion betrug bis dahin durchschnittlich 97 %.
Der abrupte Produktionsanstieg auf 18 Mio. Long Ton im Jahre 1952 hat mit dem Förderungsbeginn der BPC und der MPC wenig zu tun, weil der Anteil beider Gesellschaften an der Produktion gewöhnlich um 20 % lag und selten 30 %

erreichte. Der Ausfall der iranischen Rohölproduktion 1951 infolge der Auseinandersetzung zwischen der Regierung Mossadegh und den ausländischen Ölkonzernen ist vielmehr der Grund für das Ausweichen der ausländischen Konzerne auf die irakischen Ölfelder gewesen. Die gestiegene Weltnachfrage nach Erdöl als billigem Energieträger war ein weiterer Grund für den bis 1960 anhaltenden Produktionsanstieg; der Produktionsausfall in den Jahren 1956 und 1957 wurde durch die Sprengung der Pipeline in Syrien 1956 verursacht. Wie aus der Tabelle 3 hervorgeht, erhöhten die ausländischen Ölgesellschaften die Ölproduktion von 18 Mio. Long Ton (1952) auf 46 Mio. Long Ton (1960). Entsprechend stieg das aus dem Irak exportierte Rohöl von 17,5 Mio. Long Ton auf 44,5 Mio. Long Ton.

In dem Zeitraum 1950-1962 gingen 80 bis 85 % der irakischen Ölexporte nach Westeuropa. Allein Frankreich führte im Jahre 1950 52 % des irakischen Rohöls ein, 1962 ging jedoch dieser Anteil auf 16 % zurück. Anfang der sechziger Jahre war Italien mit einem Anteil von 17 % bis 20 % der größte Abnehmer des irakischen Erdöls.[1)]

Der amerikanische Markt war für das irakische bzw. für das nahöstliche Erdöl schlechthin unzugänglich aufgrund der diskriminierenden Bestimmungen der "posted prices", wonach der Abnehmer nur mit den Frachtkosten belastet werden konnte, die zwischen dem Golf von Mexico und dem Lieferort entstanden. Das bedeutete, daß der Listenpreis des in die USA zu exportierenden Rohöls um die fiktiven Frachtkosten vermindert worden wäre, die zwischen dem Mittelmeer bzw. dem persisch-arabischen Golf und dem Golf von Mexico entstanden.

In den Jahren 1960, 1961 und 1962 stagnierte die Ölproduktion im Irak auf einem Niveau von 46,5 bzw. 48 Mio. Long Ton. Offensichtlich war dies die Antwort der ausländischen Ölgesellschaften auf das Gesetz Nr. 80/1961,

---

1) I. Alawi, Erdöl und nationale Befreiung im Irak, Beirut 1967, S. 85 (arab.)

Tabelle 3: Produktion und Export von Rohöl (in Mio.Long Ton)

Jahr	Produktion	Export	Export/Produktion(%)
1934	0,9	0,9	99
1935	3,6	3,5	97
1936	4,0	3,8	95
1937	4,2	4,1	98
1938	4,2	4,1	98
1939	3,8	3,7	97
1940	2,4	2,3	96
1941	1,4	1,3	93
1942	2,3	2,2	96
1943	3,4	3,3	97
1944	3,9	3,8	97
1945	4,3	4,2	98
1946	4,4	4,3	98
1947	4,4	4,3	98
1948	3,1	3,0	97
1949	3,8	3,6	95
1950	6,2	6,0	97
1951	8,1	7,8	96
1952	18,0	17,5	97
1953	27,2	26,8	98
1954	29,6	29,2	99
1955	32,7	31,6	97
1956	30,6	29,2	95
1957	21,4	19,9	93
1958	34,9	33,3	95
1959	40,9	39,2	96
1960	46,5	44,5	96
1961	48,0	45,8	95
1962	48,2	45,9	95
1963	54,6	53,2	97
1964	60,3	58,2	96
1965	63,1	60,7	96
1966	66,6	64,2	96
1967	58,9	56,6	96
1968	72,6	69,3	95
1969	73,3	69,7	95
1970	75,2	72,1	96
1971	82,4	78,1	95
1972	71,2	67,3	95
1973	97,8	93,2	95
1974	95,6	89,6	94
1975	109,2	99,4	91
1976	119,2	110,6	93

Quellen: Produktion: 1934-1964 Al-Moohoor, Der Beitrag der Ölindustrie zur Entwicklung der irakischen Volkswirtschaft, Göttingen 1967, S. 18; 1965-1966 Central Bank of Iraq, Annual Report 1967, S. 222; 1967-1976 Ministery of Planning, Annual Abstract of Statistics 1967, 1969, 1974, 1976
Export: 1934-1962 Al-Moohoor, a.a.O., S. 17
1963-1966 K. Habib, Die Nationalcharta und einige Probleme der Entwicklungspolitik im Irak, Bagdad 1975, S. 21 (arabisch)
1967-1976 Annual Abstract of Statistics, a.a.O.

das den Gesellschaften die nicht genutzten Konzessionsgebiete entzog, so daß ihnen nur noch 1938 qkm von ursprünglich 435 780 qkm als Konzessionsgebiet übrigblieben.[1] Dieses Gesetz wurde notwendig nach dem Scheitern von schleppenden Verhandlungen, die die Ölkonzerne mit dem nach der Revolution von 1958 an die Macht gekommenen republikanischen Kassem-Regime führten. Spekulierend auf eine Rückgabe der entzogenen Konzessionsgebiete durch die neuen Machthaber im Irak, erhöhten die Ölgesellschaften ihre Produktion nach dem Sturz Kassems im Februar 1963. Mit Ausnahme des Jahres 1967 infolge der Aggression Israels stieg die Ölförderung von 48,2 Mio. Long Ton (1962) kontinuierlich auf 82,4 Mio. Long Ton (1971) an. Dennoch lag das Produktionsniveau der BPC Anfang der siebziger Jahre mit 16 Mio. Long Ton weit unter der Verladekapazität der irakischen Seehäfen am persisch-arabischen Golf von 36 Mio. Long Ton. Deshalb verlangte die irakische Regierung u.a. die Anhebung der Ölproduktion bis zur Ausschöpfung der Hafenkapazität. Die ausländischen Gesellschaften mißachteten diese Forderung und drosselten auch noch die Förderung auf den nördlichen Feldern, was zu erheblichen Exporteinbußen aus den Mittelmeerhäfen Banais und Tripoli im Herbst 1971 führte. Mit der unglaubwürdigen Behauptung von der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit des Mittelmeeröls drosselten die Ölgesellschaften im März und im April 1972 die Ausfuhren aus den Mittelmeerhäfen auf die Hälfte der Förderkapazität der nördlichen Felder.

---

1) Penrose und Penrose führen die vergleichsweise mit den anderen Förderländern niedrigen Wachstumsraten des Erdölsektors im Irak auf die hetrogene Struktur der IPC zurück, insbesondere darauf, daß vier verschiedene Nationalitäten in der IPC als Kapitaleigner vertreten waren. Daran anknüpfend stellen beide Autoren die problematische Behauptung auf, daß die Konkurrenz zwischen den amerikanischen und französischen Konzernen um das Nahostöl auf die Entwicklung der irakischen Ölproduktion hemmend gewirkt hätte. Vgl. Penrose, a.a.O., S. 143; Alnasrawi geht von der unzutreffenden Annahme aus, die Nachfrage nach Rohöl sei konstant gewesen und behauptet weiterhin, daß eine mögliche Erhöhung der irakischen Ölproduktion zu Lasten der anderen ölproduzierenden Länder hätte gehen müssen. Vgl.: A. Alnasrawi, Financing Economic Development in Iraq, Praeger 1967, S. 11

In einer im Februar 1972 aufgenommenen Verhandlung unterbreiteten die Konzerne - als Antwort auf die Forderung nach Produktionserhöhung - der irakischen Regierung ein unzureichendes Angebot, wonach die Produktion der BPC bis 1976 erhöht werden könne. Allerdings hätte die irakische Regierung eine Art Entschädigung für die im Jahre 1961 durch das Gesetz Nr. 80 entzogenen Konzessionsgebiete als Gegenleistung aufbringen müssen. Die Konzerne verlangten u.a. die kostenlose Belieferung mit 12,5 % des von der Iraqi National Oil Company (INOC) produzierten Rohöls. Für den Irak war eine Entschädigung absolut undenkbar, zumal er selbst finanzielle Einbußen von 550 Mio. irakischer Dinar (ID) als Folge der diskriminierenden Politik der ausländischen Ölgesellschaften nach 1961 vorzuweisen hatte.[1)]

Ende Mai 1972 forderte die irakische Regierung die IPC ultimativ auf, die Produktion der nördlichen Felder von gegenwärtig 600 000 Mio. barrel/day auf das alte Niveau von 1 Mio. barrel/day zu erhöhen oder die unausgenutzten Teile der Produktion und des Exports der Regierung zu überlassen bzw. die nördlichen Felder gänzlich aufzugeben und sich auf die Ölförderung im Südirak zu konzentrieren.

Die unnachgiebige Haltung der IPC führte zu ihrer Verstaatlichung am 1. Juni 1972. Die BPC und MPC, deren Anteil an der gesamten Rohölförderung ca. 30 % betrug, wurden zunächst nicht betroffen. Erst im Dezember 1975 erreichte der Irak die volle Kontrolle über seine Ölressourcen.

Vor dem Hintergrund stagnierender Produktion - wie eben gezeigt wurde - und nach 1961 ausgebliebener Kapitalakkumulation - was noch zu belegen sein wird - erweist sich die Nationalisierung der ausländischen Ölgesellschaften als eine ökonomische Notwendigkeit für den Irak. Die ausländischen Ölgesellschaften haben die Nationalisierung insofern selbst provoziert, als sie nicht bereit

---

1) Vgl. Penrose, a.a.O., S. 408

waren, dem erhöhten Bedarf der irakischen Regierung an Öleinnahmen durch eine Erhöhung der Produktion entgegenzukommen. Dies hätte aber lediglich die Fortsetzung des Status Quo und keineswegs die Aufhebung des grundsätzlichen Widerspruchs zwischen den Verwertungsinteressen des ausländischen Ölkapitals und den Erfordernissen eines funktionierenden Akkumulationsprozesses im Irak bedeutet. Die nunmehr von der irakischen Regierung in eigener Regie betriebene Rohölproduktion wurde von 71,2 Mio. Long Ton (1972) auf zunächst 97,8 Mio. Long Ton (1973)[1] und dann auf 119,2 Mio. Long Ton (1976) erhöht.

Tabelle 4: Rohölproduktion und -export der OPEC-Länder 1977

Land	Produktion in 1000 b/d	in %	Export in 1000 b/d	in %	Export/Prod. in %
Saudi Arabien	9200,0	29	8608,0	31	94
Iran	5662,8	18	4867,4	18	86
Irak	2493,0	8	2301,0	8	92
Venezuela	2237,9	7	1321,0	5	59
Nigeria	2085,1	7	2030,2	7	97
Lybien	2063,4	7	1943,0	7	94
Vereinigte Arab. Emirate	1998,7	6	1990,0	7	99
Kuweit	1969,0	6	1624,8	6	82
Indonesien	1686,1	5	1325,7	5	79
Algerien	1152,3	4	1034,5	4	90
Qatar	444,6	1	410,3	1	92
Gabon	222,0	1	180,2	0,5	81
Ecuador	183,4	1	138,2	0,5	75
Insgesamt	31398,3	100	27774,3	100	88

Quelle: Zusammengestellt und errechnet nach:
OPEC Annual Statistical Bulletin 1977, Tab. (48)

1) Im Jahr des Ölboykotts, 1973, erhöhte der Irak im Gegensatz zu den anderen arabischen Ländern seine Ölförderung um fast 27 Mio. Long Ton. Damit wurden sog. befreundete Staaten beliefert. Offiziell wurde die Konzeption von der Nationalisierung des Erdölsektors als Alternative zum totalen Boykott vertreten.

Wie aus der Tabelle 4 hervorgeht, betrug die Tagesproduktion des Erdöls im Irak im Jahre 1977 fast 2,5 Mio. Barrel. Dies machte knapp 8 % des von allen OPEC-Ländern geförderten Rohöls aus. 1972 belief sich dieser Anteil, bei einer Tagesproduktion von 1,5 Mio. Barrel, noch auf 5,4 %.[1)]
Der Irak wurde 1977 nach Saudi Arabien und dem Iran drittgrößter Produzent und Exporteur innerhalb der Gruppe der OPEC, nachdem er 1972 auf Platz 6 rangiert hatte.
Die Erhöhung der Tagesproduktion um eine Million Barrel wurde durch eine expansive Investitionspolitik der irakischen Regierung nach der Nationalisierung ermöglicht. Diese Investitionen flossen in folgende von der irakischen Regierung als grandios bezeichnete Projekte und dienten zum Ausbau der Transport- und Exportkapazität:

- Der Tiefseehafen Al-Baker am persisch-arabischen Golf mit einer Kapazität von 80 Mio. Tonnen im Jahr. Dies bedeutet eine Verdoppelung der Exportkapazität aus dem Golf.
- Die "strategic pipeline" mit einer Länge von 810 km zur Beförderung des Erdöls aus dem Nordirak zum Tiefseehafen am Golf bei einer Kapazität von 48 Mio. Tonnen im Jahr. Die Kosten dieses Projekts beliefen sich auf 130 Mio. ID. (= 440 Mio. Dollar)
- Die fast 1000 km lange Pipeline von den nördlichen Feldern zum türkischen Mittelmeerhafen Dortyol. Die Kosten des sich auf irakischem Staatsgebiet erstreckenden Abschnitts betrugen ca. 60 Mio. ID (200 Mio. Dollar).
- Die Gründung einer nationalen Tankerflotte.

Um den Forderungen der irakischen Regierung nach Erhöhung der Produktion zu entsprechen, hätten die Ölkonzerne immense Investitionen tätigen müssen. Dazu waren sie aber nach 1961 ganz offenkundig nicht bereit. Ohne die These von der Verlagerungsstrategie der Ölkonzerne hier dogmatisieren zu wollen, scheint sie uns im Falle des Irak ansatzweise zuzutreffen: Für die Konzerne ist es immer

---

1) Vgl. OPEC, Annual Statistical Bulletin 1977, Wien, Tab. (9)

noch kostengünstiger, das nationalisierte Rohöl auch zu einem höheren Preis auf dem Weltmarkt zu kaufen, als in einem Land mit ungewissen politischen Verhältnissen wie dem Irak große riskante Investitionen zu tätigen. Sie verwerten daher ihr Kapital vorzugsweise in der Verarbeitung sowie Vermarktung des Rohöls bzw. der Ölprodukte und in der Erschließung von neuen Erdöl- und/oder Energiequellen in politisch sicheren Regionen.
Die Hauptexportmärkte des irakischen Erdöls stellen nach wie vor die kapitalistischen Länder dar, wenn auch der Anteil Westeuropas von durchschnittlich 82 % in den fünfziger Jahren auf 63 % im Jahre 1974 zurückging. Dafür ist aber Japan, insbesondere nach 1972, zu einem wichtigen Abnehmer des irakischen Rohöls geworden. Der japanische Anteil stieg von schätzungsweise 2 % (1972) auf 11 % (1974). Nach der Nationalisierung der ausländischen Ölgesellschaften fand, bis auf die Erhöhung des Anteils der sozialistischen Länder Osteuropas von 0,2 % auf 8 %, keine grundlegende Umstrukturierung der Exportmärkte für das irakische Rohöl statt. Daten über die geographische Verteilung der Ölexporte werden nach 1974 aus unerklärlichen Gründen nicht mehr publiziert. Es kann aber mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß der französische Ölmarkt den größten Anteil an den irakischen Exporten auf sich vereinigt.[1] Gerüchte sprechen von geheimen Lieferverträgen mit Frankreich, wobei ein niedrigerer Preis je Faß als der von der OPEC festgesetzte vereinbart worden sein soll.

Tabelle 5: Exportmärkte des irakischen Erdöls

Jahr	Westeuropa	Osteuropa	Ostasien/Japan	Latein-amerika	Insges.
	in 1000 b/d				
1972	742,6	2,6	35,9	150,7	1436,1
1974	1188,0	164,0	203,0	165,0	1880,0

Quelle: OPEC, Fourth Annual Statistical Report 1975-1976, Kuwait 1977, S. 19

1) Nach Le Monde vom 20.10.1979 stellt der Irak mit 17,8 % nach Saudi Arabien die zweitgrößte Lieferquelle zur Deckung des Ölbedarfs Frankreichs dar.

3.3 Royalty, Posted Price und Grundrente

Nachdem die IPC mit Erfolg auf eine Revision der in der Konzession von 1925 vereinbarten Besteuerung ihrer Profite durch den irakischen Staat hingearbeitet hatte, wurden in der neuen Konzession von 1931 feste Abgaben, Royalties, die von der Ölgesellschaft zu leisten waren, vereinbart.

Laut Artikel 10 und 11 der Vertragstexte mit der IPC (1931), mit der MPC (1932) und mit der BPC (1938) mußten die Gesellschaften nach Beginn des Exports 4 Shilling je Tonne als Royalty an den irakischen Staat zahlen mit einer Abgabe-Garantie von 400 000 Pfund durch die IPC und jeweils 200 000 Pfund im Jahr durch die MPC und BPC. Die Höhe der Royalty wurde unabhängig von der Exportmenge für die Dauer von 20 Jahren festgeschrieben. In den darauffolgenden 10 Jahren sollte dann die Royalty je nach Ertragslage der Ölgesellschaften in einer Bandbreite von 2 - 6 Shilling je Tonne gesenkt bzw. erhöht werden.[1)]

Bis zu Beginn des Exports verpflichteten sich die IPC und die BPC, einen Betrag von jeweils 200 000 Pfund, die MPC 100 000 Pfund im Jahr als "dead rent" zu zahlen. Diese zunächst als Bonus deklarierten Zahlungen wurden später, nach Einführung des Gewinnteilungsprinzips, als Kosten kalkuliert und somit von den Konzernen in Fortsetzung der Tradition des Raubkolonialismus wieder hereingeholt.

Die Höhe der jährlichen Royalty nach Beginn des Exports im Jahre 1934 stieg bis 1949 nur langsam an. Bei einem Minimum von 0,6 Mio. ID (1931) und einem Maximum von 2,4 Mio. ID (1949) betrug der Durchschnittswert der jährlichen Abgaben 1,2 Mio. ID (vgl. Tabelle 6).

Der Wert des exportierten Rohöls, ausgedrückt in laufenden Preisen (Posted Price), erhöhte sich von 3,3 Mio. ID (1934) auf 14,1 Mio. ID (1949) und betrug durchschnittlich 9 Mio. ID. Unter der Annahme, daß es sich bei diesem Wert um den des auf dem Weltmarkt realisierten Wertprodukts des iraki-

---

1) Vgl. Stocking, a.a.O., S. 200

schen Erdöls handelt, haben wir in der Tabelle 6 den Anteil der Abgaben oder Royalties bzw. der Erdöleinnahmen des Irak an dem Wertprodukt des eigenen Erdöls errechnet. Dabei ist es uns klar, daß die Bezugsgröße aufgrund der Berechnung mit dem Posted Price weit unterbewertet ist. Folglich muß der so ermittelte und ohnehin niedrige Anteil der Royalty von durchschnittlich 14 % in Wirklichkeit noch viel niedriger sein. Wir nehmen ferner an, daß der Anteil der Förderkosten des irakischen Rohöls an seinem Posted Price 2 % beträgt und daß dieser dem Anteil des Kostpreises an dem Wertprodukt des Erdöls entspricht.[1] Dann verbleibt immer noch ein Rest von 84 % als Anteil der IPC und ihrer Tochtergesellschaften an dem Wertprodukt des irakischen Erdöls. Dies müßte dem Anteil des von den Ölgesellschaften realisierten Profits, der sich zu einem kleinen Teil aus dem Durchschnittsprofit - soweit dies nicht bereits in den Förderkosten enthalten ist - und zu einem größeren Teil aus dem Surplusprofit zusammensetzt, an dem Wert der irakischen Ölexporte entsprechen.

Zwei bedeutende Ereignisse Anfang der fünfziger Jahre machten den extremen Ausbeutungscharakter des zwischen der IPC und dem Irak vereinbarten Abgabesystems deutlich und überfällig. Angeregt von dem Schritt Venezuelas, die Profite der dort tätigen Ölgesellschaft zu 50 % zu besteuern, forderte Saudi Arabien von ARAMCO eine Revision des Abgabesystems. 1950 mußte die ARAMCO (zu 100 % amerikanisches Kapital) in die Einführung des Gewinnteilungsprinzips einwilligen, nachdem sie ihre riesigen Profite aus dem saudiarabischen Öl nicht mehr kaschieren konnte und ihre Monopolposition in Saudi Arabien durch die Konkurrenz von New Comer wie die Getty Oil Company, die 1949 durch die

---

1) Die Förderkosten des irakischen Rohöls beliefen sich Anfang der 60er Jahre auf 4 cent pro Faß. Vgl. Stocking, a.a.O., S. 423. Der Posted Price lag durchschnittlich bei 2 Dollar je Faß.

Tabelle 6: Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Erdöleinnahmen und dem Wert der Ölexporte

Jahr	Wert der Ölexporte (in Mio. ID)		Erdöleinnahmen (in Mio. ID)		Erdöleinnahmen / Wert der Ölexporte (%)	
1934	3,3		0,6		18	
1935	8,5		0,7		8	
1936	9,0		0,8		9	
1937	10,2		0,9		9	
1938	10,0		1,6		16	
1939	9,4		1,5		16	
1940	5,8		1,0		17	
1941	4,7	Ø 9	0,8	Ø 1,2	17	Ø 14 %
1942	6,7		0,8		12	
1943	9,0		1,2		13	
1944	9,5		1,6		17	
1945	10,7		1,8		17	
1946	10,8		1,9		17	
1947	14,0		1,8		13	
1948	11,2		1,3		12	
1949	14,1		2,4		17	
1950	23,6		5,5		23	
1951	35,7		14,3		40	
1952	79,6		33,1		41	
1953	120,7		51,2		42	
1954	134,6		57,7		43	
1955	168,1		73,7		44	
1956	156,6		68,8		44	
1957	113,2		48,9		43	
1958	185,5		79,9		43	
1959	201,7		86,6		43	Ø 42 %
1960	222,6		95,0		43	
1961	223,0		94,8		43	
1962	223,7		95,1		43	
1963	259,0		110,0		42	
1964	282,0		126,0		45	
1965	293,7		131,4		45	
1966	308,9		140,8		45	
1967	272,0		124,6		45	
1968	345,0		159,9		46	
1969	347,4		160,9		46	
1970	378,1		172,7		45	
1971	526,2		270,3		51	
1972	421,5		251,6		60	
1973	625,5		519,3		83	
1974	1943,0		1589,9		81	
1975	1820,0		1650,0		91	

Quellen: Wert der Ölexporte: 1934-1952: Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung", S. 534; 1953-1975: Central Bank of Iraq-Bulletin No. IV 1968; No. IV 1973; No. IV 1976; No. II 1977
Erdöleinnahmen: 1934-1964 Al-Moohoor, a.a.O., S. 36 f
1965-1975 Central Bank of Irak-Bulletin, a.a.O. No. I 1971, No. II 1974, No. II 1977

Überbietung der bis dahin gültigen Royaltyvereinbarung sich Zugang zu den saudi-arabischen Lagerstätten verschaffen konnte, gefährdet sah.[1)]

Die iranische Regierung unter Mossadegh stellte die Forderung nach einer 50 %igen Gewinnbeteiligung an allen Geschäftsaktivitäten der Anglo Iranian Oil Company (AIOC). Da die AIOC sich lediglich zu einer Gewinnbeteiligung auf der Basis der Rohölproduktion im Iran, ähnlich wie in Saudi Arabien, bereit erklärte, wurde sie 1951 nationalisiert.

Beide Ereignisse haben insofern einen historischen Stellenwert erlangt, als sie für den Irak im Besonderen und für die Erdölländer im Allgemeinen ein Zeichen im Kampf gegen die Ausbeutung durch die Ölkonzerne setzten. Im Irak löste die Nationalisierungsmaßnahme des Nachbarlandes eine Welle von Sympathie und Solidarität aus. Zwanzig oppositionelle Parlamentarier überreichten am 25.3.1951 dem Präsidenten des irakischen Parlaments eine Gesetzesvorlage zur Nationalisierung sämtlicher im Irak operierenden ausländischen Gesellschaften.[2)] Unter dem Druck der öffentlichen Meinung und aus eigenem Interesse an höheren Einnahmen zur Finanzierung des aufgeblähten Staatsapparats und der steigenden Konsumansprüche der herrschenden Klasse, nahm die irakische Regierung Verhandlungen mit der IPC auf. Am 3. Februar 1952 einigten sich beide Parteien über die Einführung des Gewinnteilungsprinzips, analog dem saudi-arabischen Modus. Die einzelnen Bestimmungen des neuen Vertrages zwischen dem Irak und der IPC erlaubten jedoch der ausländischen Ölgesellschaft weitgehende Einflußnahme auf das Verfahren der Gewinnermittlung und daher auf die Höhe der zu teilenden Gewinnmasse.

Der Vertrag räumte der IPC die Möglichkeit ein, die Förder-

---

1) Es wurde bekannt, daß die ARAMCO allein im Jahr 1949 43 Mio. Pfund als Steuer auf ihre Nettoprofite aus der Ölförderung an die amerikanische Regierung gezahlt hatte, während Saudi Arabien im selben Jahr für das eigene Öl 5 Mio. Pfund von derselben Gesellschaft weniger erhalten hatte. Vgl. Stocking, a.a.O., S. 146

2) Vgl. I. Alawi, a.a.O., S. 76

kosten ohne jegliche Kontrollmöglichkeit durch den Irak auf 13 Shillinge je Tonne zu fixieren. Diese sogenannten "fixed costs" basierten auf den tatsächlichen Kosten "actual costs" und umfaßten alle laufenden Betriebskosten und Abschreibungen sowohl auf das Anlagekapital mit einer Rate von 10 % als auch auf die sonstigen Kapitalausgaben (capital expenditure) mit einer Rate von 5 %. Zu der letzteren Kostenkategorie gehörten die Ausgaben der IPC für die Exploration - nicht zu verwechseln mit den Bohrkosten - und die vor dem Beginn des Exports gezahlte "dead rent" an die irakische Regierung. Wenn die "actual costs" sich um mehr als 10 % veränderten, wurden die "fixed costs" entsprechend korrigiert. Weiterhin räumte der Vertrag der IPC beim Verkauf des irakischen Rohöls an die Muttergesellschaften (die Kapitaleigner) die Möglichkeit ein, einen Preisnachlaß (discount) von ca. 20 % an den "Käufer" zu gewähren. Dies hatte die IPC mit Kosten, die beim Verkauf des Öls entstünden, gerechtfertigt.
Schließlich wurden nach dem Vertrag auch die Verkaufspreise des irakischen Rohöls von den Ölkonzernen in der Form des Posted Price bestimmt.
Die Funktion des Posted Price bestand im wesentlichen darin, nach der Einführung des Gewinnteilungsprinzips das Verteilungsverhältnis zwischen der Grundrente in der neuen Erscheinungsform als Gewinnanteil der Förderländer von 50 % und dem Surplusprofit der Ölkonzerne zu bestimmen. Bei der vorausgegangenen Erscheinungsform der Grundrente als Royalty je Tonne hatte der Posted Price in diesem Zusammenhang, zumindest für den Irak, keine Bedeutung gehabt. Deshalb stand die Höhe des Posted Price in der nachfolgenden Zeit im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen zwischen den Förderländern und den Ölkonzernen und drückte gleichzeitig das Kräfteverhältnis zwischen den beiden aus.

Am 17. Februar 1956 senkten die Konzerne den Posted Price für das irakische Öl (35° API fob. Basra) um 5 cent auf 1,85 Dollar je Barrel. Weitere Preissenkungen auf 1,80 Dollar

und später auf 1,68 Dollar je Barrel erfolgten im Februar 1959 bzw. im August 1960. Von dieser Preissenkung wurde auch das aus den Mittelmeerhäfen exportierte Rohöl (Kirkuk 36° API fob. Banias/Tripoli) betroffen, dessen Preis von 2,41 Dollar (1950) auf 2,15 Dollar je Barrel (1960) absank. Parallel zu den Preissenkungen gewährten die Fördergesellschaften ihren Abnehmern (den Muttergesellschaften) recht hohe Rabatte. Aus diesem Grunde lag der Anteil der Erdöleinnahmen des Irak an dem Wert der Ölexporte zumeist bei 43 %. Unter Berücksichtigung der Förderkosten von 2 % blieb dieser Anteil immer noch unter dem 1952 vereinbarten Gewinnanteil des Irak von 50 %.[1] Wie aus der Tabelle 6 hervorgeht, betrug der Anteil der Erdöleinnahmen des Irak an dem Wert der Ölexporte in der Periode 1950-1970 durchschnittlich 42 % und entsprach mit Einschränkung dem Anteil der Grundrente am Surplusprofit.

Tabelle 7: Entwicklung des Posted Price für das irakische Rohöl in US Dollar pro Barrel

Datum	fob Basra 35° API	fob Tripoli/Banias 36° API
1953 Jul. 20	1,90	2,39
1956 Feb. 17	1,85	2,46
1959 Feb. 13	1,80	2,31
1960 Aug. 9	1,68	2,15
1970 Sep. 1	1,72	2,41
1971 Feb. 15	2,15	2,41
1971 Jun. 1	2,25	3,21
1972 Jan. 20	2,45	3,40
1973 Aug. 1	3,03	4,22
1973 Okt. 16	5,06	7,21
1974 Jan. 1	11,67	7,09
1975 Okt. 1	12,40	7,09
1978 Jan. 1[a)]	12,58	12,77
1979 Okt. 20[b)]	22,18	23,50[c)]

a) Der offizielle Mindestverkaufspreis der staatlichen Ölgesellschaften
b) Preis für die Spitzenqualität "kirkuk" API 36°
c) Entspricht der von der OPEC auf der Preiskonferenz in Genf im Juni 1979 festgesetzten Preisobergrenze

Quelle: OPEC, Annual Statistical Bulletin 1977, Tab. (94)
b) Le Monde vom 20.10.1979

1) Im Gegensatz dazu behauptet Alnasrawi, daß die Gewährung von Rabatten einen effektiven Gewinnanteil des Irak von 55-60 % zur Folge gehabt hätte. Vgl. Alnasrawi, a.a.O., S. 22

Dieser Anteil hat zum erstenmal im Jahre 1971 die 50 %-Marke erreicht.
Nach der letzten Preissenkung 1960 blieb der Posted Price bis 1971 konstant, sank jedoch real weiter wegen der allgemeinen Geldentwertung.
Alnasrawi versucht, das Phänomen der Preissenkung bzw. Preisstarrheit mit dem Auftreten von Überkapazitäten Mitte der 50er Jahre zu erklären. Dieses sei durch folgende Faktoren verursacht worden:
1) Die Entdeckung von neuen Erdölreserven im Nahen Osten; "... the postwar high demand for crude which triggered the huge low-cost reserves of the Middle East had results by the mid-1950's in a surplus capacity."[1] Zwar nimmt er zur Kenntnis, daß eine Überkapazität als Sicherheit gegen verschiedene plötzlich eintretende Entwicklungen notwendig ist, dennoch behauptet er ohne nähere Begründung: "However, the surplus capacity which developed during the 1950's was of a different nature. The oil industry committed itself to an expansion of its productive capacity in the hope that the initial high demand would continue. This expectation did not materialize and surplus capacity began to appear."[2] Hier wird deutlich, daß Alnasrawi den Kapazitätsbegriff aus der Sphäre der industriellen Produktion auf die extraktive Sphäre überträgt. Es ist höchst bedenklich, die entdeckten Ölreserven als Grundlage für die Messung der Förderungskapazität zu verwenden, was Alnasrawi stillschweigend tut. Indes ist es ohnehin problematisch, von einer Produktionskapazität im Bereich der Rohölförderung zu sprechen, denn die Zahl der Bohrtürme läßt sich nach der Entdeckung einer Lagerstätte ohne großen Kostenaufwand beliebig erhöhen. Damit wird allerdings die Frage nach der Höhe der Entleerungsrate der Öllager aufgeworfen.[3] Soll sie von den Ölkonzernen oder

---

1) Alnasrawi, a.a.O., S. 18

2) Ebenda.

3) Die Erdölreserven des Irak wurden Anfang 1979 auf 4,3 Mrd. Tonnen geschätzt. Vgl. die Frankfurter Rundschau vom 18.12.1979, S. 6

von den Förderländern und im Hinblick auf welche Erfordernisse von den Profitinteressen der Konzerne, vom Energiebedarf der kapitalistischen Länder, von der Verschwendungssucht der herrschenden Klassen oder von Entwicklungsvorhaben des Förderlandes festgelegt werden? Offensichtlich handelt es sich hier um eine politische Frage, die Alnasrawi mit der zweifelhaften Logik der reinen Ökonomie zu eliminieren versucht.

2) Als sehr wichtigen Faktor führt Alnasrawi zusätzlich an, daß sich die Zahl der Anbieter auf dem Weltmarkt durch das Eindringen von "Independent" und "Newcomer" in den Nahen Osten und durch die behauptete expansive Exportpolitik des "sowjetischen Ölkartells" vermehrt hätte. "The consequences of such entry are clear: the displacement, partially at least, of the integrated oil from some markets, the increase in surplus capacity, and the intensification of pressure on posted prices. In addition to the entry of independent firms, there is the destabilizing influence of the Soviet oil exports into the world markets since 1958."[1] Ohne Zweifel entwickelten sich in den 50er Jahren die ersten Ansätze zu einer Konkurrenz auf dem internationalen Erdölmarkt; diese Ansätze konnten sich aber erst in den späten 60er Jahren bescheiden entfalten. Dies war aber gerade die Folge der in den 50er Jahren enorm ansteigenden und bis heute anhaltenden Nachfrage nach Erdöl. Hierüber macht Alnasrawi widersprüchliche Aussagen: Einerseits behauptet er, "Since the demand for crude oil is 'derived' demand, and since the demand for its products - mainly gasoline - is inelastic in the short run, it follows that a reduction in prices will not promote the demand to any considerable extent."[2] und andererseits meint er: "This excess capacity would have been worked off if the oil companies were free to lower their prices and import all the oil they wished into the European and

---

1) Alnasrawi, a.a.O., S. 19 f.

2) Ebenda, S. 8 f.

American markets."[1], wobei er hier implizit, an anderen Stellen auch explizit, die Existenz einer großen Nachfrage nach Rohöl zugibt.

3) Als die Pointe in seiner Aufzählung nennt Alnasrawi die Aktivität der INOC als Ursache für die Überkapazität: "What aggravates the situation is the tendency of the producing countries to exploit the oil resources in the areas relinquished by the integrated companies. This was done by either setting a national company, as in the case of Iraq and Iran, or by granting new concessions."[2] Hierzu kann nur gesagt werden, daß zu dem Zeitpunkt der Preissenkungen, auf den sich Alnasrawi bezieht, die INOC noch gar nicht existierte.[3]

Die ersten zehn Jahre nach ihrer Gründung blieb die OPEC aufgrund starker politischer Gegensätze zwischen den Mitgliedsstaaten aktionsunfähig. Ein erster Durchbruch gegen das Preisdiktat der Konzerne zeichnete sich 1970 ab, als Libyen eine Erhöhung des Gewinnanteils von 50 % auf 55 % sowie eine Preiserhöhung für schwefelarmes Rohöl durchsetzte. Im selben Jahr folgten der Irak, Saudi Arabien, der Iran, Kuweit, Venezuela und Indonesien.

Im Februar 1971 zwangen die Golfländer 23 multinationale Ölkonzerne an den Verhandlungstisch und bewirkten die Unterzeichnung des Abkommens von Teheran, das diesen Ländern außer erhöhten Posted Prices für sämtliche Rohölnotierungen auch Preiserhöhungen für die kommenden fünf Jahre sicherte.[4] Infolgedessen stieg der Posted Price für das irakische Rohöl (fob Basra API 35°) von 1,72 auf 2,15 Dollar je Barrel. "Noch 1971 hatte die OPEC nach einer de-facto-Abwertung des US-Dollars neue Wünsche angemeldet und ihre

---

1) Alnasrawi, a.a.O., S. 18

2) Ebenda, S. 20

3) Die INOC wurde 1964 gegründet und nahm die Bohrarbeit 1970 auf.

4) Vgl. M. Olschewski, Die OPEC-Erfolge der Förderländer durch kollektive Aktion, in Elsenhans (Hrsg.), Erdöl für Europa, Hamburg 1974, S. 138 f

Forderung nach einem Ausgleich der Dollar-Abwertung in Höhe von 12 % damit begründet, daß in den Teheraner Verträgen keine Lösung für Wechselkursänderungen vorgesehen worden war. Man einigte sich nach zähem Ringen im Januar 1972 in Genf auf eine Erhöhung der Listenpreise um 8,49 % für die arabischen Förderländer innerhalb der OPEC."[1)]

Nach der erneuten Abwertung des US-Dollars im Februar 1973 um 10 % forderte die OPEC eine Revision des Teheraner Abkommens von 1971.
Die Konferenz in Kuweit im Oktober 1973 markiert ein besonderes Datum in der Geschichte des Posted Price, weil die Förderländer zum ersten Mal die Höhe des Preises selbst festlegten, nachdem die Ölkonzerne sich aus der Verhandlung zurückgezogen hatten. Damit wurde die vom Irak aufgestellte Forderung, wenn auch indirekt, nach autonomer Festsetzung des Preises durch die Förderländer erfüllt.[2)]
Ein weiteres bedeutendes Ereignis, das die Entwicklung des Posted Price nachhaltig beeinflußte, war die Herausbildung eines freien Markts, auf dem Rohöl gehandelt wurde. Auf diesem Markt wurden zunächst die Anteile der Förderländer an der Produktion der ausländischen Konzerne in Höhe von 12 % (entsprechend der Royalty) und später das in eigener Regie produzierte Rohöl gehandelt. Die dort notierten Preise übertrafen den Posted Price. Ende 1973 wurde auf dem freien Markt, auf dem sogenannten Spotmarkt, ein Preis von 17 Dollar pro Barrel notiert, während der Posted Price noch bei 5 bis 7 Dollar lag. Auf der OPEC Konferenz im Dezember 1973 wurde eine Preiserhöhung von über 100 % beschlossen und damit der 1970 eingeleiteten Preispolitik der Förderländer ein qualitativ neuer Stellenwert verliehen.
Die Aussage, daß mit dem neuen Preis von ca. 12 Dollar je Barrel die Differentialrente von den Ölländern voll aus-

---

1) Olschewski, a.a.O., S. 140
2) Vgl. Penrose, a.a.O., S. 504

geschöpft werden konnte und damit die Preisobergrenze für das Nahost-Öl erreicht sei, weil eine Angleichung an die Förderkosten des Alaska- bzw. des Nordsee-Öls stattgefunden habe, hat sich nicht bestätigt.[1] Trotz der Bremserfunktion Saudi Arabiens, das als Interessenvertreter der kapitalistischen Verbraucherländer in der OPEC auftritt, wurden weitere Preiserhöhungen beschlossen, zuletzt im Juni 1979 in Genf, wo eine Obergrenze von 23,50 Dollar je Barrel festgesetzt wurde. Trotzdem erhöhten über dieses Limit hinaus noch im Oktober 1979 Kuweit, der Iran und Libyen die Rohölpreise, im November folgten Algerien und Nigeria mit Preisen bis zu 27 Dollar je Barrel.[2] Selbst unter Berücksichtigung der Dollarentwertung ist eine deutliche Preisanhebung gegenüber 1974 feststellbar. Dennoch ist nach Massarrat der wirkliche Marktwert für Rohöl noch nicht erreicht worden. Dieser ist erst dann erreicht, "wenn dessen offizieller Marktpreis so weit nach oben ansteigt, daß entweder Kapitale für die Gewinnung von Benzin, Heizöl etc. auf die Anwendung von Steinkohle als Energiestoff übergehen, oder aber, daß der Staat anfängt, die Mineralölsteuer zu senken."[3]

Die Entwicklung des Posted Price nach 1971 bewirkte eine spürbare, zum Teil erhebliche Erhöhung des Anteils der Grundrente der Förderstaaten am Surplusprofit der Ölkonzerne. Im Irak erhöhte sich dieser Anteil, laut unseren Berechnungen in der Tabelle 6, zunächst auf 51 % im Jahre 1971 und auf 83 % im Jahre 1973. Dagegen kann zu Recht der Einwand erhoben werden, daß der so berechnete Anteil der Grundrente am Surplusprofit insofern überhöht sei, als der

---

1) Vgl. Elsenhans, Erdöl für Europa, a.a.O., S. 86, Anm. 5, und S. 246. Allerdings schreibt Elsenhans in seinen späteren Publikationen, daß die OPEC-Länder bis zur Krise im Iran (1979) bei einem Preis von ungefähr 15 Dollar je Barrel die Differentialrente sich nur teilweise angeeignet haben. Vgl. H. Elsenhans, Die teuren Lektionen der Befreiung, in: Vorwärts Nr. 27, 28.6.1979, S. 14

2) Vgl. die Frankfurter Rundschau vom 5.11.1979

3) M. Massarrat, Energiekrise oder Krise des Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfs Nr. 11/12, S. 247

Wertberechnung der irakischen Ölexporte ein "fingierter Rohölpreis" zugrundegelegt wurde. "Es ist bekannt, daß die Ölförderstaaten dafür, daß sie die Rohölquellen an die Ölkonzerne verpachten, einen prozentualen Anteil des von den Ölkonzernen realisierten Surplusprofits als Pachtgebühr erhalten. Es ist von daher also klar, daß die multinationalen Ölkonzerne ... ein besonders großes Interesse daran haben, daß der als Berechnungsgrundlage für die Pachtgebühr an die Ölförderstaaten zugrundegelegte Rohölpreis so weit wie möglich unter den wirklichen Marktwert für Rohöl herabgedrückt wird (dies setzt allerdings eine ökonomische und politische Machtstellung der Konzerne voraus, wovon der zitierte Autor ganz auffällig zu sprechen vermeidet. A.d.V.). Würde nämlich nicht der fingierte Rohölpreis, sondern der wirkliche, dem Rohölmarktwert entsprechende Marktpreis für die Berechnung der Pachtgebühr zugrundegelegt werden, so wäre der Anteil der Ölförderstaaten am wirklich realisierten Surplusprofit um ein vielfaches höher als diesem tatsächlich gezahlt wird."[1)]

Massarrat analysiert die Preisentwicklung und versucht, den wirklichen Marktpreis bzw. den Marktwert für das Rohöl abzuleiten. Als erster Schritt dazu wendet er das Konzept von der Differentialrente und der absoluten Grundrente an.[2)] Zuvor macht er die Annahme von einer doppelten Modifikation des Wertgesetzes in der Sphäre der Rohstoffproduktion: Erstens "wird der Marktpreis in der extraktiven Sphäre im Unterschied zur Industriesphäre durch den individuellen Produktionspreis der unter den schlechtesten Bedingungen produzierten Waren reguliert."[3)] Zweitens hindert "das Grundeigentum, als ein dem Kapital fremdes Moment, das Kapital an der uneingeschränkten Wahl der

---

1) Massarrat, a.a.O., S. 244

2) Die Grundrententheorie von Marx hat in der späteren marxistischen Diskussion einen Meinungsstreit ausgelöst. Siehe dazu R. Murray, Value and Theory of Rent, in Capital & Class 3/1977; 4/1978

3) Massarrat, a.a.O., S. 223

Naturbasis seiner Produktion ... (Das Grundeigentum, A. d.V.) schließt die besonders günstige Naturbasis der Rohstoffe solange von der Produktion aus, bis ihm für die Erlaubnis, diese günstige Naturbasis für die Rohstoffproduktion anzuwenden, eine Gebühr, eine Steuer bezahlt wird. Die Konkurrenz der Kapitale um das Monopol an der günstigeren Naturbasis befähigt das Grundeigentum, solange die Gebühr hochzuschrauben, wie die Kapitale den gesamten Surplusprofit an das Grundeigentum abgeben und nur noch gerade den normalen Durchschnittsprofit erzielen können."[1)]

Die Differentialrente ist der vom Grundeigentum angeeignete Surplusprofit, der aus der Differenz des individuellen Produktionspreises der Einzelkapitale und des allgemeinen Produktionspreises in der Sphäre entspringt. "Die absolute Grundrente wird dagegen bestimmt vom Grundeigentum jener in jeder Hinsicht ungünstigsten, vom Kapital aber angewendeten Naturbasis des Rohstoffes. Das Kapital wendet diese vergleichsweise fragliche ungünstigste Naturbasis noch an, weil es sich aufgrund des gegebenen Verhältnisses der Nachfrage zur Zufuhr gerade noch durchschnittlich verwerten kann."[2)] Auf dem Energiesektor setzt Massarrat die Hauptenergieträger Steinkohle und Rohöl auf der Basis der in ihnen enthaltenen Kalorienmengen bzw. des mittleren Energiegehalts von 1 kg Steinkohle (SKE) als gemeinsamen Merkmal für beide Gebrauchswertformen der Energieträger in einem Tauschwertzusammenhang zueinander. "Demnach reguliert der individuelle Produktionspreis der Steinkohle den Marktpreis für alle anderen zumindest kohlenstoffhaltigen Gebrauchswertformen der Energieträger, weil erstens dieser der höchste in der Sphäre ist und weil zweitens und dennoch nach Steinkohle auf dem internationalen Energiemarkt ein großes zahlungsfähiges Bedürfnis vorhanden ist."[3)] Die Differenz zwischen dem individuellen Produktionspreis des Rohöls am persisch-

---

1) Massarrat, a.a.O., S. 224

2) Ebenda, S. 225

3) Ebenda, S. 228

arabischen Golf und dem Produktionspreis der amerikanischen Steinkohle macht nach Massarrat den Surplusprofit aus.

Mit einem gewissen Bruch in der bisherigen Abstraktionskette bringt Massarrat in dem zweiten Schritt zur Ableitung des Rohölpreises die Substitutionskosten für Ölprodukte ein: "Der wirkliche Marktwert und Marktpreis für Rohöl wird aber nicht ausschließlich durch die Energiemenge, die, in SKE ausgedrückt, darin enthalten ist, bestimmt, sondern noch zusätzlich dadurch, um welchen Betrag die Kosten für die Gewinnung von modifizierten Energieträgern, wie Benzin, Heizöl etc., aus Rohöl geringer sind, als bei der Gewinnung der selben Energieträger aus der Steinkohle."[1] Der wirkliche Marktwert bzw. Marktpreis für 1 Tonne Rohöl setzt sich nach Massarrat aus folgenden Komponenten zusammen: der individuelle Produktionspreis von 10 000 SKE Steinkohle (Pi) plus den Differenzbetrag der Verarbeitungskosten von 10 000 SKE Rohöl gegenüber den Verarbeitungskosten von 10 000 SKE Kohle (Z) plus den Wert bzw. den Preis für die Ölnebenprodukte bezogen auf 10 000 SKE Rohöl (N). Er quantifiziert sodann diese Wertkomponenten mit Hilfe von Marktgrößen. Der Komponente Pi entspricht der Konzernpreis einer Tonne Mineralöl nach der Verarbeitung zu Endprodukten (135 DM im Jahre 1971), den Komponenten Z und N entsprechen vom Staat erhobene Mineralölsteuern von nahezu 100 % des Konzernpreises (130 DM 1971)[2]. Aufgrund dieser Preisstruktur entfallen nur 15,5 % des wirklichen Marktwerts für Rohöl auf die Förderländer. Wie problematisch dieser Versuch zur Quantifizierung des Marktwerts für Rohöl ist, wird spätestens dann deutlich, wenn Massarrat analog zu 1971 die Preisstruktur für die Erdölprodukte für das Jahr 1973 aufzeigt, ohne erklären zu können, weshalb jetzt der Anteil der Förderländer auf 7,8 % gesunken ist, obwohl der Listen-

---

1) Massarrat, a.a.O., S. 241

2) Ebenda, S. 244 f

preis für Rohöl gegenüber 1971 sich mehr als verdoppelt[1]. Mit einer gewissen, vielleicht infolge der überaus langen Tradition des berüchtigten Posted Price doch berechtigten Euphorie, sieht er die Herausbildung eines freien Ölmarktes und kommt zum voreiligen Schluß, daß der sich dort gebildete Preis von 17 Pfund je Barrel (1973) dem wirklichen Marktwert für Rohöl entsprechen müßte.[2]
Mit der Darstellung der Preisanalyse Massarrats ist in keiner Weise der Anspruch verbunden, eine eigene Preisableitung vornehmen zu wollen. Dies ist ausschließlich unter dem Aspekt geschehen, die generelle Schwierigkeit bei einer Ableitung des Rohölpreises exemplarisch aufzuzeigen.

Die Schwierigkeit, den Rohölpreis aus den allgemeinen ökonomischen Gesetzen abzuleiten, besteht zum einen in der besonderen Natur des Erdöls als einer erschöpfbaren Energiequelle und daher im Unterschied zu anderen Marktwaren eines nicht beliebig reproduzierbaren Gutes und zum anderen in den bis vor kurzem durchweg herrschenden monopolistischen Strukturen auf dem Erdölmarkt. Diese Strukturen sind zwar durch die Schaffung eines Gegengewichts durch die OPEC abgeschwächt, aber keineswegs beseitigt worden.
Aufgrund dieser Schwierigkeit können aus der Analyse Massarrats sehr wohl qualitative, aber keine quantitativen Schlußfolgerungen für die von uns oben vorgenommene Bestimmung des Verhältnisses zwischen den Erdöleinnahmen und dem Wert der irakischen Ölexporte gezogen werden. Denn "Differentialrente und absolute Grundrente sind keine Konzepte zur quantitativen Bestimmung verschiedener Formen von Rente; sie unterscheiden vielmehr verschiedene Aspekte von Rente in analytischer Weise. Sie deuten einerseits auf die Abhängigkeit eines rohstoffexportierenden Landes von der Entwicklung des Weltmarktes (vor allem auch in

1) Massarrat, a.a.O., S.246
2) Ebenda, S. 247

bezug auf das Auftreten von Substituten), andererseits auf ein gewisses politisches Potential, das sich aus der Verfügung über Rohstoffquellen ergibt, und das von den Gründern der OPEC bereits 1961 anvisiert wurde."[1)]

Nach der Nationalisierung des irakischen Erdölsektors 1972-1974 und der damit verbundenen Aufhebung der Trennung von Kapital und Grundeigentum bezieht der Irak ohnehin keine Grundrente mehr. Während der Irak sich früher nur einen Teil des Surplusprofits über die Grundrente aneignen konnte, besitzt er jetzt die Möglichkeit, sich den ganzen Surplusprofit direkt anzueignen und damit sein Akkumulationspotential zu vergrößern.

3.4 Erdölsektor und Kapitalakkumulation

Die Theorie der kapitalistischen Akkumulation wurde von Karl Marx im wesentlichen auf der Grundlage der von ihm modellartig entwickelten Schemata der einfachen und der erweiterten Reproduktion formuliert. Danach erfolgt die gesellschaftliche Gesamtproduktion in zwei großen Abteilungen: Abteilung I für die Herstellung von Ausrüstungsgütern und Abteilung II für die Herstellung von Konsumgütern. Das Kapital ist nach Marx ein prozessierender Wert, dessen Zweck in der ständigen Selbstvermehrung besteht. Nur im ständigen Wechsel seiner äußeren Form (Kapitalumschlag), in einem Kreislauf von gegenseitiger Wechselbeziehung zwischen der Produktions- und der Zirkulationssphäre kann das Kapital diesen Zweck erfüllen. Demnach besteht der Inhalt der Kapitalakkumulation in der Rückverwandlung des in den beiden Abteilungen erzeugten Mehrwerts in vergrößertes Einsatzkapital.

---

1) W. Hein, Fallstudie: Der Entwicklungsweg Venezuelas, Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1979, S. 17; vgl. auch B. Mommer, Die Bedeutung der Grundrente in der Petroleumproduktion. Analytische Geschichte ihrer Entwicklung von den Anfängen in den USA bis zur internationalen Ölkrise der Gegenwart. Diss. Tübingen 1976

Die klassische Imperialismustheorie knüpft an der Marxschen Akkumulationstheorie an, um die Ursachen des Imperialismus abzuleiten. Nach Lenin kann die Kontinuität der Kapitalakkumulation aufgrund einer bereits erfolgten Überakkumulation im nationalen Rahmen nur durch fortgesetzte kapitalistische Expansion nach Außen gewährleistet werden. Die Veränderung der Verwertungsbedingungen infolge der zunehmenden Konzentration und Zentralisation und damit verbundenen Herausbildung des Monopols zwingt das Kapital zur Suche nach neuen Investitionsmöglichkeiten. Fehlende Anlagemöglichkeiten bzw. hierzu relative Überakkumulation führen also nach Lenin zu Kapitalexport. Im Gegensatz dazu sieht Luxemburg die Ursache für den Imperialismus in Realisationsschwierigkeiten des Kapitals begründet: Da die Löhne und somit die Massenkaufkraft zu niedrig sind und nicht ausreichen, um alle in Abteilung I hergestellten Waren zu absorbieren, ist das Kapital auf den Export von Waren in vorkapitalistische Gebiete angewiesen. Bucharin vertritt hingegen die These, daß das Kapital vor allem wegen der höheren Profite, die in vorkapitalistischen Regionen viel schneller und unter weniger Aufwand zu erzielen sind, nach außen expandiert.
Eine eingehende Diskussion dieser drei Richtungen in der Imperialismustheorie ist an dieser Stelle nicht möglich und für unseren Zweck auch nicht nötig. Hier soll nur angemerkt werden, daß die konkrete Kapitalbewegung sich in jedem Falle als Totalität vieler theoretischer Bestimmungen darstellt und daß sich der Charakter des Imperialismus im Laufe der historischen Entwicklung notwendig wandelt.
In diesem Abschnitt geht es vor allem darum, den Umfang des Kapitalexports und dessen Auswirkungen auf den Akkumulationsprozeß im Irak aufzuzeigen. Dabei muß festgehalten werden, daß der Kapitalexport in den Irak sich fast ausschließlich auf die Erschließung des Erdölvorkommens ohne jede Weiterverarbeitung beschränkte.

3.4.1 Investitionen der Ölkonzerne

Daten über Investitionen und Profite des internationalen Ölkonsortiums IPC werden aus "wohl verständlichen Gründen" weder veröffentlicht noch zur Verfügung gestellt.[1] Jedoch gibt es zuverlässige Schätzungen von einigen anerkannten wissenschaftlichen Autoritäten, auf die hier zurückgegriffen werden muß. Charles Issawi und Mohamed Yeganeh[2] errechneten die jährlichen Investitionen der IPC in dem Zeitraum 1948-1958 und kamen auf die Gesamtsumme von 376,5 Mio. US-Dollar. Dies macht 18 % der in diesem Zeitraum insgesamt im Nahen Osten auf dem Gebiet der Ölförderung getätigten Investitionen aus. Laut ihren Berechnungen, die in der nachfolgenden Tabelle widergegeben sind, ist der absolute Betrag der jährlichen Investitionen und damit auch deren Anteil an den gesamten Investitionen im Nahen Osten von 55,6 Mio. Dollar (20 %) im Jahre 1948 auf 26,3 Mio. Dollar (9 %) im Jahre 1958 zurückgegangen. Dagegen verstärkten die Ölkonzerne ihre Investitionen insbesondere ab Mitte der fünfziger Jahre in den anderen Förderländern des Nahen Ostens.
Der größte Teil der im Irak getätigten Investitionen, etwa 42 %, ging in den Bereich des Transports von Rohöl und diente vor allem der Installation von Pipelines. Der Rückgang der jährlichen Investitionen ist daher durch die Fertigstellung der Pipelines bedingt und impliziert, daß die für die Ölproduktion notwendige Investition verhältnismäßig gering ist. Während die Produktion nach 1951 rapide anstieg, wies die Investition eine stark abfallende Tendenz nach unten auf. Das liegt eindeutig daran, daß die Produktion des irakischen Erdöls eine verhältnismäßig geringe Kapitalmasse erfordert, weil zum einen die Förder-

---

1) Der Verfasser dieser Arbeit besuchte, wie viele vor ihm, im Sommer 1978 den prunkvollen Hauptsitz der IPC in London mit der vergeblichen Bitte um Zahlenmaterial über Investition und Profite der Gesellschaft. Die Antwort war lapidar: "Die Gesellschaft hat keine Profite, sondern Verlust gemacht."

2) Charles Issawi/Mohamed Yeganeh, The Economics of Middle Eastern Oil, London 1962, S. 45 f.

Tabelle 8: Investition der Ölkonzerne im Nahen Osten in Mio. Dollar

Jahr	Irak	Iran	Kuweit	Saudi Arabien	ges. Nahost
1948	55,6	27,8	48,7	90,3	282,0
1949	57,2	96,0	52,9	101,2	328,0
1950	30,3	38,7	10,6	31,8	119,5
1951	42,7	24,1	10,6	55,2	140,4
1952	40,3	-	14,7	99,7	166,6
1953	28,8	-	16,9	72,4	130,6
1954	19,9	-	14,3	55,9	109,9
1955	24,4	6,9	10,2	64,5	120,0
1956	28,0	17,2	27,7	88,8	175,1
1957	23,0	35,3	66,5	75,5	212,8
1958	26,3	83,7	63,8	81,9	272,4
1948 - 58	376,5	374,7	336,9	817,2	2057,3

Quelle: Issawi/Yeganeh, a.a.O., S. 45

leistung des irakischen Rohöls pro Sonde und Tag bei 1955 t (zum Vergleich USA nur 3 t) die höchste in der Welt ist [1] und zum anderen die Produktionskosten des irakischen Rohöls nach den Berechnungen von Adelman mit 4 cent die niedrigsten in der Welt sind.[2] Der irakische Ökonom Dr. Jawad Hashim, Ende der 60er Jahre für kurze Zeit amtierender Planungsminister und momentan Berater des irakischen Revolutionsrates in wirtschaftlichen Angelegenheiten, errechnete im Rahmen seiner 1972 erschienenen Pionierarbeit über die statistische Erfassung der Fixkapitalbildung im Irak die von den Ölgesellschaften in dem Zeitraum 1957-1970 getätigte Bruttofixkapitalbildung. Diese (jährliche realisierte) Stromgröße entspricht

1) Esso Magazin, 3/1976 zitiert in F. Kelaita, Die wirtschaftliche Bedeutung der Mineralölindustrie für die Industrialisierung im Irak, Diss., Bonn 1978, S. 72

2) Zitiert in Stocking, a.a.O., S. 422 f.

weitgehend der von der Gesellschaft jährlich getätigten Bruttoinvestition.
Die von Hashim in irakischer Landeswährung errechneten Investitionsbeträge sind in der folgenden Tabelle wiedergegeben. Zwecks Veranschaulichung der Zahlen analog der Berechnung von Issawi/Yeganeh haben wir sie zusätzlich in US-Dollar auf der Basis eines durchschnittlichen Wechselkurses von 1 Irakischer Dinar:3 US-Dollar umgerechnet.

Tabelle 9: Bruttofixkapitalbildung der Ölgesellschaften im Irak 1957-1970

Jahr	in Mio. ID	in Mio. Dollar
1957	4,7	14,1
1958	5,6	16,8
1959	14,8	44,4
1960	22,8	68,4
1961	22,5	67,5
1962	4,7	14,1
1963	1,3	3,9
1964	0,5	1,5
1965	0,6	1,8
1966	0,6	1,8
1967	0,6	1,8
1968	0,7	2,1
1969	0,5	1,5
1970	0,5	1,5

Quelle: J. Hashim, Die Fixkapitalbildung im Irak 1957-1970, Bagdad 1972, S. 5 (arabisch)

Zwar weichen die Zahlenangaben Hashims für die Jahre 1957 und 1958 von den Berechnungen Issawi/Yeganeh ab, in der Grundtendenz stimmen sie aber überein. Insbesondere haben sie denselben Aussagegehalt im Hinblick auf die Investitionsstruktur und die für die Produktion erforderlichen Kapitalmenge. In den Jahren 1959-1961 ist deshalb ein An-

stieg der Investitionen zu verzeichnen, weil zu dieser Zeit mehrere neue Pipelines, u.a. die zwischen Kirkuk und Tripoli mit einer Länge von 532 Meilen und einem Durchmesser von 30/32 Zoll, verlegt wurden. Nach 1961 sanken die Investitionen der IPC abrupt auf ein Minimum ab. Dieser eindeutig politisch motivierte "Investitionsstreik" der Ölkonzerne war die Antwort der Konzerne auf das Gesetz Nr. 80 aus dem Jahre 1961, das den Gesellschaften die nicht genutzten Konzessionsgebiete entzogen hatte. Interessant ist dabei, daß die Höhe der jährlich nachweislich getätigten Investitionen weit unter dem von der IPC in ihrer Kostenkalkulation angewendeten Abschreibungssatz (10 % auf das Sachkapital und 5 % auf Kapitalausgaben für Exploration) und somit auch unter den erforderlichen Ersatz- bzw. Reinvestitionen liegt. Per Saldo müßte also ein Kapitalabbau erfolgt sein, wenn nicht die Abschreibungssätze manipuliert wurden, was wahrscheinlicher ist. Für letzteres spricht die Tatsache, daß die Ölproduktion nach dem "Investitionsstop" im Jahre 1962 von 48,2 Mio. t immerhin auf 75,2 Mio. t im Jahre 1970 gesteigert werden konnte.

3.4.2 Profit und Profitrate

Als Tochtergesellschaft mehrerer internationaler Ölkonzerne verfügte die IPC über die Möglichkeit, die wirkliche Höhe ihrer Profite mittels des Mechanismus des Posted Price zu verdecken. Der wirkliche Profit erscheint daher bei den Muttergesellschaften, die das irakische Rohöl von ihrer Tochtergesellschaft zu einem künstlich niedriggehaltenen Verrechnungspreis kaufen. Zur Ermittlung des Gewinnanteils der irakischen Regierung legte die IPC einen fingierten Profit zugrunde, der nach Abzug der Produktionskosten und der Abschreibungen von dem Umsatz auf der Basis des Posted Price zustandekommt. Der fingierte Nettoprofit der Ölgesellschaften ergibt sich dann nach der Auszahlung des irakischen Gewinnanteils von 50 % (ein-

schließlich der Royalty) und erscheint in der irakischen Zahlungsbilanz unter dem Posten "Überweisungen der ausländischen Ölgesellschaften".

Tabelle 10: Entwicklung des Nettoprofits und der Investitionsquote

Jahr	Nettoprofit (in Mio. ID)	Bruttofixkapitalbildung (in Mio. ID)	Investitionsquote (2:1)
1957	48,9	4,7	9,6
1958	79,9	5,6	7,0
1959	86,6	14,8	17,0
1960	95,0	22,8	24,0
1961	94,2	22,5	23,8
1962	94,0	4,7	5,0
1963	108,0	1,3	1,2
1964	124,0	0,5	0,4
1965	130,0	0,6	0,4
1966	138,0	0,6	0,4
1967	123,0	0,6	0,5
1968	159,9	0,7	0,4
1969	160,9	0,5	0,3
1970	171,5	0,5	0,3
1971	221,2	-	-

Quelle: Nettoprofit: 1957-1961 M. Aziz, Das Volkseinkommen im Irak und seine Berechnungen in der Periode 1950-1973, 1962-1967 A. Alkazaz, Irak, im Handbuch der Dritten Welt, Bd. 4 I, Hamburg 1978, S. 237
1968-1971 Central Bank of Iraq, Bulletin No. IV 1973
Bruttofixkapitalbildung: J. Hashim, a.a.O., S. 5

Wie aus der Tabelle 10 hervorgeht, weist die Entwicklung der Nettoprofite im Zeitraum 1957-1970 trotz der Manipulation der Ölkonzerne immer noch positive, zum Teil sehr hohe Zuwachsraten auf und dies wohlgemerkt bei konstantem bzw. sinkendem Posted Price in der betreffenden Periode. Gegenüber 1957 haben sich die Nettoprofite im Jahre 1963 zunächst

mehr als verdoppelt und dann im Jahre 1971 mehr als vervierfacht. Dies berechtigt uns zu der Annahme, daß die wirklichen unverkürzten Profite aus der Rohölförderung im Irak sich, wenn nicht mit höheren, mindestens mit den gleichen Zuwachsraten entwickelt haben. Die Summe der in dieser Periode transferierten, offiziellen Profite beläuft sich auf 1835 Mio. ID. Zählt man die in der Zeit von 1934-1956 vorsichtig geschätzten erzielten Gewinne von 503 Mio. ID hinzu, so kommt man auf eine Gesamtsumme von 2338 Mio. ID. Im Vergleich dazu betrug die Summe der von den ausländischen Ölgesellschaften in allen diesen Jahren getätigten Bruttoinvestitionen 194,4 Mio. ID. Der fingierte Profit eines einzigen Jahres (1971) überstieg somit den Wert des gesamten Anlagekapitals der ausländischen Ölgesellschaften.

Aus der Tabelle 10 geht weiterhin hervor, daß der Anteil der im Lande reinvestierten Profite verschwindend gering ist. Während der ganzen Periode wurden lediglich in den Jahren 1960 und 1961 ein knappes Viertel des Jahresprofites reinvestiert. In diesen Jahren lag die Investitionsquote bei dem Maximum von nur 24 %, sie sank nach 1963 auf unter 1 % ab. Sicherlich kann diese niedrige Investitionsquote darauf zurückgeführt werden, daß die für die reine Förderung des irakischen Erdöls erforderliche Kapitalmenge relativ niedrig ist. Dem muß aber hinzugefügt werden, daß das ausländische Kapital im Irak auch in solchen Bereichen, die der Rohölproduktion vor- oder nachgelagert sind oder völlig außerhalb des Erdölsektors liegen, keinerlei Investitionen tätigte, sei es, weil dies nicht als erforderlich oder rentabel angesehen wurde.

Anfang der sechziger Jahre beauftragte die OPEC die amerikanische Beraterfirma Arthur D. Little, die Rentabilität des in den Mitgliedsländern angelegten Ölkapitals zu errechnen.

Ein Stab von Ölexperten erstellte eine Rentabilitätsstudie, deren Inhalt weder von dieser Firma noch von der OPEC öffentlich bekanntgegeben wurde. Erst am 1. Juni 1963 enthüllte der ausgeschiedene und im Exil als privater Ölexperte arbeitende Ölminister Saudi Arabiens Abdullah Tariki in einem sensationellen Vortrag in Bagdad die Zahlen und Fakten dieser Studie. Danach betrug die durchschnittliche Rendite des im Irak angelegten Ölkapitals in dem Zeitraum 1956-1960 62 %.[1)]

Tabelle 11: Rendite des Ölkapitals im Irak im Zeitraum 1956-1960

Jahr	Kapitalanlage in Mio. ID	Profit in Mio. ID	Kapitalrendite in %
1956	114	74	65
1957	117	40	36
1958	123	83	68
1959	125	82	65
1960	125	96	76

Quelle: Arthur D. Little, zitiert nach Alawi, a.a.O., S. 174

Der Profit wurde auf der Basis des Posted Price nach Abzug der Produktionskosten (einschließlich der Abschreibungen) und der Abgaben an die irakische Regierung errechnet. Insofern handelt es sich hierbei um eine Nettogröße, da sie nur geringfügig von den in der vorangegangenen Tabelle gemachten Angaben abweicht. Aus der zitierten Quelle läßt sich nicht ermitteln, ob es sich bei der Kapitalanlage um eine Netto- oder Brutto-Größe handelt; es wird unterstellt, daß es sich um eine Nettogröße handelt.
Analog dieser Rentabilitätsberechnung wollen wir im weiteren die Profitrate für den Zeitraum 1956-1970 auf folgender Grundlage ermitteln: Wir nehmen an, daß der Wert

1) Vgl. Stocking, a.a.O., S. 429 f.

des Nettoanlagekapitals am Ende des Jahres 1956 114 Mio. ID betrug. Sodann rechnen wir den von J. Hashim ermittelten Wert der jährlichen Bruttofixkapitalbildung hinzu und bekommen dann den Wert des Anlagekapitals am Anfang des folgenden Jahres. Von Warenbestandsveränderungen wird hier abgesehen, weil bei der Rohölproduktion bekanntermaßen weder Vorprodukte benötigt werden noch Halbfabrikate anfallen. Zwecks Vereinfachung der Berechnungsmethode sehen wir ebenfalls von dem variablen Kapital ab, dessen Wert in dieser Periode sowohl niedrig als auch relativ unverändert sein dürfte und deshalb nicht nennenswert ins Gewicht fallen konnte. Der Wert des Anlagekapitals wird im Laufe des Jahres um den geschätzten Wert der in die Produktion eingehenden Kapitalteile (Abschreibung) vermindert. Wie bereits erwähnt, wird bei der Kostenkalkulation der Ölgesellschaft das Sachkapital mit einem Satz von 10 % und Kapitalausgaben für Exploration mit einem Satz von 5 % abgeschrieben. Da in der Kapitalstruktur der IPC die zweite Kapitalkategorie nur eine untergeordnete Rolle spielt,[1] wird diese vernachlässigt und der Wert des Anlagekapitals jährlich um 10 % vermindert, so daß wir am Ende des jeweiligen Jahres den Wert des Nettoanlagekapitals nach Abzug der Abschreibung bekommen. Darauf beziehen wir die in der Tabelle 10 angegebenen Nettoprofite des jeweiligen Jahres und erhalten sodann die Profitrate.

Die Entwicklung des Werts des Nettoanlagekapitals, wie aus der folgenden Tabelle 12 hervorgeht, widerspricht auf den ersten Blick der Logik des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, weil bis auf drei Jahre (1959-1961) die von den Ölgesellschaften getätigten Investitionen nicht einmal der Höhe der erforderlichen Ersatzinvestitionen entsprachen, was eine negative Akkumulationsrate

---

1) Nach Issawi/Yeganeh, a.a.O., S. 45, machten die Explorationsausgaben nur 14 % der bis 1958 insgesamt gemachten Kapitalausgaben aus. Bis zu diesem Zeitpunkt dürften sie bereits voll abgeschrieben worden sein.

Tabelle 12: Profitrate in dem Zeitraum 1956-1970

Jahr	Nettoanlage-kapital in Mio.ID	Nettoprofit in Mio. ID	Profitrate 2:1 in %
1956	114,0	68,9	60
1957	106,8	48,9	46
1958	101,1	79,9	79
1959	104,4	86,6	83
1960	114,4	95,0	83
1961	123,2	94,2	76
1962	115,1	94,0	81
1963	104,7	108,0	103
1964	94,7	124,0	131
1965	85,8	130,0	151
1966	77,8	138,0	177
1967	70,5	123,0	174
1968	64,1	159,9	249
1969	58,2	160,9	276
1970	52,8	171,5	325

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Daten in den Tabellen 9, 10 und 11

zur Folge hatte. Der Schlüssel zur Erklärung dieses Widerspruchs liegt in dem von den Ölkonzernen festgesetzten Abschreibungssatz, dessen Höhe den wirklichen (physischen) Kapitalverschleiß um ein Vielfaches übersteigen müßte. Hier hat also nichts anderes stattgefunden, als ein qua Abschreibung vollzogener Kapitalabbau. Die parallel dazu verlaufene Steigerung der Profitmasse beschleunigte die Erhöhung der Profitrate, so daß diese die astronomische Höhe von 325 % im Jahre 1970 erreichte. Während Arthur D. Little für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre eine durchschnittliche Kapitalrendite von 62 % errechnete, beträgt dieser Durchschnittswert nach unseren Berechnungen und unter Berücksichtigung des Kapitalabbaus 70 %. Für die sechziger Jahre liegt dieser Durchschnittswert mit 174 % deshalb so hoch, weil sowohl der Kapitalabbau sich stärker fortsetzte (= Verringerung des Nenners) als auch die Profitmasse sich wesentlich vergrößerte (= Erhöhung des Zählers).
Hätten die Ölgesellschaften bei ihrer Kostenkalkulation

anstelle des Abschreibungssatzes von 10 % nur den tatsächlichen Wert des Anlageverschleißes bzw. der erforderlichen Ersatzinvestitionen zugrundegelegt, dann fände kein Kapitalabbau statt. Folglich entstünde eine erheblich höhere Profitmasse und damit letztendlich eine vergleichbare Profitrate. Es liegt auf der Hand, weshalb die Ölkonzerne diesen Weg nicht beschritten haben: sie müssen wegen der 50 %-Regelung auch den zusätzlichen Profit mit dem Grundeigentümer teilen.

3.4.3 Auswirkungen auf den Akkumulationsprozeß

Die Besonderheit des Erdölsektors in Beziehung zum internen Akkumulationsprozeß besteht in erster Linie darin, daß der Erdölsektor aufgrund seines überdurchschnittlichen Produktivitätsniveaus sowie seines relativen Umfangs den weitaus größten Teil des volkswirtschaftlichen Überschusses erzeugt.[1] Eine Analyse des Stellenwerts des Erdölsektors innerhalb des Akkumulationsprozesses muß genau an dieser Stelle ansetzen und die Entwicklung des von ihm erzeugten Überschusses verfolgen. Darüberhinaus ist die Verwendung dieses Überschusses und der Anteil des im Erdölsektor akkumulierten Kapitals an der gesamtwirtschaftlichen Kapitalakkumulation aufzuzeigen. Somit werden die Beziehungen des Erdölsektors zu den beiden Strukturelementen des Akkumulationsprozesses, der Produktion und der Verwendung des Überschusses, hergestellt und diese auf ihre gegenseitige Wechselwirkungen hin untersucht.

Für die Messung des vom Erdölsektor erzeugten Überschusses und der gesamtgesellschaftlichen Kapitalakkumulation werden folgende Hilfsgrößen herangezogen: Erstens die

---

1) Angesichts der Existenz verschiedener Produktionsweisen im Irak und der mit einer möglichen Anwendung der Marxschen Mehrwertkategorie auf die Produktion im Erdölsektor verbundenen Problematik, erscheint uns in diesem Zusammenhang die Anwendung des Begriffs "volkswirtschaftlicher Überschuß" im Sinne von Baran für angemessen. Vgl. Paul A. Baran, Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Neuwied/Berlin 1966, S. 81 ff

Wertschöpfung im Erdölsektor, ausgewiesen durch dessen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt. Wir nehmen dabei den Nachteil in Kauf, daß in dieser Größe sowohl der Wert des in die Produktion eingegangenen Kapitalteiles (Abschreibungen) als auch die Arbeiterlöhne enthalten sind. Das Verhältnis beider Teile zu dem Ganzen dürfte aber über längere Zeiträume annähernd gleich und daher auch der Fehlerspielraum konstant geblieben sein. Außerdem dürften sie nicht allzusehr ins Gewicht fallen, weil die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter, mithin ihr Lohnanteil an der Erdölwertschöpfung, sehr beschränkt ist. Zweitens die Größe Brutto- und Nettofixkapitalbildung als Indikator für den Umfang der gesamtwirtschaftlichen Kapitalakkumulation, verbunden mit dem Nachteil, daß in dieser Größe Ausgaben für den Bau von Wohnungen, deren Anteil in der Zeit 1957-1970 zwischen 17 % und 21 % schwankte, enthalten sind.
Die Tabelle 13 gibt uns einen Überblick über die sektoralen Träger des Akkumulationsprozesses und die Entwick-

Tabelle 13: Träger des Akkumulationsprozesses

Jahr	Staatssektor		Privatsektor		Erdölsektor		Zusammen
	Mio.ID	v.H.	Mio.ID	v.H.	Mio.ID	v.H.	in Mio.ID
1957	58,8	55,3	42,8	40,3	4,7	4,4	106,3
1958	55,2	56,4	37,0	37,8	5,6	5,7	97,9
1959	52,4	50,6	36,4	35,1	14,8	14,3	103,6
1960	51,9	43,2	45,5	37,8	22,8	19,0	120,2
1961	59,6	43,4	55,1	40,2	22,5	16,4	137,2
1962	58,1	48,7	56,4	47,3	4,7	4,0	119,2
1963	56,7	52,8	49,3	45,9	1,3	1,3	107,3
1964	67,0	54,9	54,5	44,6	0,5	0,4	122,1
1965	71,2	54,8	57,9	44,6	0,6	0,5	129,8
1966	76,2	50,9	72,8	48,7	0,6	0,4	149,6
1967	79,9	55,5	63,4	44,1	0,6	0,4	143,6
1968	75,7	53,0	66,6	46,5	0,7	0,5	142,9
1969	78,4	49,9	78,2	49,7	0,5	0,4	157,2
1970	101,0	54,6	83,5	45,1	0,5	0,3	185,1

Quelle: J. Hashim, a.a.O., S. 5

lung ihrer jeweiligen Anteile an der gesamtwirtschaftli-

chen Bruttofixkapitalbildung. Der Akkumulationsfond des Staatssektors setzt sich zum überwiegenden Teil aus den Abgaben der ausländischen Ölgesellschaften und zu einem geringeren Teil aus unternehmerischer Tätigkeit (Selbstfinanzierung der Staatsbetriebe) des Staates zusammen. Die regulären Staatseinnahmen (Steuern und Zölle) sind relativ gering und reichen zu keinem Zeitpunkt für die Deckung der laufenden Ausgaben aus, so daß hierfür beträchtliche Teile der Erdöleinnahmen abgezweigt werden müssen. Die staatlichen Kapitalausgaben stiegen absolut von 58,8 Mio. ID (1957) auf 101,0 Mio. ID (1970). Zwar hat der Staat nach 1964 seine Aktivität auf das Gebiet der verarbeitenden Industrie ausgedehnt, der größte Teil seiner Kapitalausgaben dürfte aber nach wie vor im Infrastrukturbereich verausgabt worden sein.[1] Bezeichnenderweise ist die Bruttofixkapitalbildung absolut leicht zurückgegangen zu denjenigen Zeitpunkten, an denen politische Machtwechsel im Staatsapparat stattfanden (1958, 1963 und 1968). Erklärbarerweise war die jeweilige neue politische Führung zunächst immer erst mit der Befestigung ihrer Machtposition beschäftigt, was die zeitweilige Vernachlässigung der ökonomischen Tätigkeit des Staates zur Folge hatte. Dennoch bewegte sich der Anteil des Staatssektors an der Kapitalbildung zumeist oberhalb der 50 %-Marke. Er fiel lediglich in den Jahren 1960 und 1961 auf 43 %, näherte sich aber 1970 dem Ausgangswert von 1957 in der Höhe von 55 % wieder an.
Der Anteil des Privatsektors an der gesamtwirtschaftlichen Kapitalakkumulation lag in der Periode 1957-1970

---

1) Nach den Berechnungen von J. Hashim, a.a.O., S. 12, bewegte sich der Anteil der "öffentlichen Gebäude" an der Bruttofixkapitalbildung im Staatssektor zwischen 17 % (1958) und 25 % (1968); der Anteil von nicht näher bezeichneten "sonstigen Bauten und Einrichtungen" (wahrscheinlich Brücken, Straßen, Staudämme etc.) zwischen 41 % (1970) und 66 % (1958); der Anteil von Transportmitteln zwischen 2 % (1957) und 9 % (1970); der Anteil von "Maschinen und Ausrüstungen" zwischen 10 % (1960) und 28 % (1970).

bis auf die Jahre 1958, 1959 und 1960 über 40 % und erreichte sogar 1969 knapp die Höhe von 50 %. Der Wert der Bruttofixkapitalbildung im Privatsektor hatte sich im Jahre 1970 gegenüber 1957 fast verdoppelt, die Struktur dieser Größe hatte sich aber nur unwesentlich verändert. Den Hauptanteil an der privaten Kapitalakkumulation konnte der Bausektor sowohl im Jahre 1957 mit 47 % als auch im Jahre 1970 mit 46 % behaupten. Auf die private Beschaffung von Maschinen und Ausrüstungen entfielen 1957 35 % und 1970 40 %, auf Transportmittel 14 % bzw. 12 %.[1)]

Der Akkumulationsfond des Privatsektors wird hauptsächlich durch die Gewinne der städtischen Grundeigentümer, aber auch zu einem bedeutenden Teil durch den in der Industriesphäre geschaffenen Mehrwert gespeist, dieser letztgenannte wird jedoch nicht gänzlich in derselben Sphäre akkumuliert, sondern fließt wahrscheinlich zu einem größeren Teil in den Immobilienmarkt. Der Akkumulationsfond der Privaten wird schließlich zu einem geringeren Teil durch das agrarische Mehrprodukt gespeist.

Es ist bemerkenswert, daß die private Kapitalakkumulation nach der Verstaatlichung aller großen Industriebetriebe weder absolut noch relativ zurückgegangen ist. Soweit es die industrielle Akkumulation betrifft, könnte von den Privaten infolge ihrer geringen Bedeutung ohnehin keine nennenswerte Reaktion ausgehen. Außerdem wurde die Umorientierung des privaten Industriekapitals auf die anderen Sektoren (z.B. Handel, Grundbesitz und Dienstleistung) durch den Verstaatlichungsakt letztendlich verstärkt. Während die private Kapitalakkumulation in der verarbeitenden Industrie von 11,5 Mio. ID im Jahre 1964 (zu konstanten Preisen von 1962) auf 8,2 Mio. ID im Jahre 1965 zurückging, stieg sie auf dem Immobiliensektor von 24,1 Mio. ID auf 27,1 Mio. ID und im folgenden Jahr (1966) auf 30,7 Mio. ID.[2)]

---

1) Hashim, a.a.O., S. 15

2) Ebenda, S. 21

Der vom ausländischen Kapital kontrollierte Erdölsektor war in seiner potentiellen Funktion als Mitträger des internen Akkumulationsprozesses praktisch ohne Bedeutung. Sein Anteil an der Bruttofixkapitalbildung lag 1958 bei 5 %, stieg nur einmal (infolge der Investitionsausgaben für die Verlegung von neuen Pipelines) auf 19 % (1960), fiel aber im Jahre 1962 auf 4 %. Nach 1963 sank dieser Anteil nahezu auf Null, obwohl die Wertschöpfung, der Nettoprofit und die Kapitalrendite in diesem Sektor sogar mit hohen Raten weiterstiegen.
Die Wertschöpfung im Ölsektor stieg von 128,9 Mio. ID (1953) auf 161,1 Mio. ID (1955), fiel aber im Jahre 1957 wegen Produktionsausfall im Zusammenhang mit der Suez-Krise auf 113,1 Mio. ID zurück. Der Rückgang der Wertschöpfung beschränkte sich nur auf dieses Jahr und auf das Jahr 1967, wiederum wegen Produktionsausfall im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt. Ansonsten stieg sie von 113,1 Mio. ID (1957) mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 25 % auf 507,8 Mio. ID im Jahre 1971.
Um das Verhältnis der internen Kapitalakkumulation zu der Wertschöpfung im Erdölsektor zu veranschaulichen, nehmen wir an, daß die jährliche Wertschöpfung im Erdölsektor den maximalen Akkumulationsfond der Gesamtwirtschaft darstellt. Es wird also von dem möglichen Beitrag der anderen Sektoren zum Akkumulationsfond abgesehen. Wir nehmen ferner an, daß die Höhe der in einem Jahr tatsächlich erfolgten Akkumulation, als Zufuhr zum Kapitalstock, dem Betrag der jährlichen Nettofixkapitalbildung entspricht. Wir vernachlässigen also den variablen und den konstanten-zirkulierenden Teil des Kapitals. Wir erhalten sodann den Wert der Nettofixkapitalbildung, indem wir von dem Wert der Bruttofixkapitalbildung die in der VGR ausgewiesene Summe der Abschreibungen in der Volkswirtschaft abziehen.

Tabelle 14: Wertschöpfung im Erdölsektor, Kapitalakkumulation und Profittransfer ins Ausland

Jahr	1 Wertschöpfung in Mio. ID	2 Kapitalakkumulation Mio. ID	2:1 in %	3 Profittransfer Mio.ID	3:1 in %
1953	128,9	23,9	18	58,2	45
1954	149,5	23,7	16	68,4	46
1955	161,1	19,0	12	73,7	46
1956	152,4	16,7	11	68,9	45
1957	113,1	75,4	66	48,9	43
1958	175,4	65,7	37	79,9	46
1959	195,0	71,3	36	86,6	44
1960	208,0	87,3	42	95,0	46
1961	209,5	101,1	48	94,2	45
1962	210,3	81,2	37	94,0	45
1963	242,5	70,2	30	108,0	45
1964	266,9	71,6	27	124,0	46
1965	281,1	76,1	27	130,0	46
1966	298,5	91,9	31	138,0	46
1967	265,2	82,7	31	123,0	46
1968	334,6	77,7	23	159,9	48
1969	335,9	87,3	26	160,9	48
1970	362,6	110,7	30	171,5	47
1971	507,8	115,9	23	221,2	44

Quellen: Wertschöpfung: 1953-1963 J. Hashim und andere, "Einschätzung des Wirtschaftswachstums ..." Bd. 1, S. 285
1964-1971 Annual Abstract of Statistics 1972 u. 1974
Kapitalakkumulation: Eigene Berechnungen; Daten aus:
K. Langley, "The industrialization of Iraq", S. 300;
M. Aziz, "Das Volkseinkommen im Irak ...", S. 252 f;
J. Hashim, "Die Fixkapitalbildung im Irak ...", S. 5;
J. Hashim und andere, ebenda;
Annual Abstract of Statistics, ebenda
Profittransfer: 1953-1961 M. Aziz, ebenda, S. 163
1962-1967 A. Alkazaz, "Irak", S. 237
1968-1971 Central Bank of Iraq-Bulletin, No. IV 1973, S. 70

Die ermittelten Werte der gesamtwirtschaftlichen Nettofixkapitalbildung als Indikator für die Kapitalakkumulation in dem Zeitraum 1953-1971 sind in der Tabelle 14 wiedergegeben. Bis 1956 zeigt dieser Wert absolut und in Relation zu dem potentiellen Akkumulationsfond eine fallende Tendenz auf. Die interne Kapitalakkumulation in dem Zeitraum 1953-1956 steht in keinem Verhältnis zu den im Akkumulationsfond potentiell vorhandenen Mitteln. Darauf deuten die in der Tabelle errechneten Verhältniszahlen von 11 % bis 18 % hin. Das Jahr 1957 verzeichnet, nach einer langen Anlaufphase, das erstmalige Auftreten des Staatsapparates als Hebel des Akkumulationsprozesses. Die überdurchschnittliche Steigerung der Kapitalakkumulation ist vor allem auf die teilweise durch Kredite der Weltbank finanzierte, für die damaligen Verhältnisse im Irak relativ großen Infrastrukturprojekte (Staudämme, Brücken, Straßen etc.) zurückzuführen. Dieses Jahr ist für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kapitalakkumulation und Wertschöpfung im Ölsektor insofern untypisch, weil letztere infolge des Produktionsausfalls stark zurückging und somit eine unregelmäßige Abweichung in der Bezugsgröße verursacht wurde. Das Eingreifen des Staates in den Akkumulationsprozeß bewirkte relativ hohe Akkumulationsraten, vermochte aber nicht die Relation zwischen der realisierbaren und tatsächlichen Akkumulation grundlegend zu verändern. Während die im Akkumulationsfond verfügbaren Mittel nach 1957, mit Ausnahme des Jahres 1967, kontinuierlich anstiegen, unterlag die Kapitalakkumulation zyklischen Schwankungen, deren Tiefpunkte nicht ganz zufällig mit den Machtwechseln im Staatsapparat (1958, 1963 und 1968) zusammenfielen. In den Jahren von 1958 bis 1962 betrug die tatsächliche Akkumulation, gemessen an den Ressourcen im potentiellen Akkumulationsfond mehr als ein Drittel, konnte aber nicht einmal die 50 %-Marke erreichen. Schwankte diese Quote in dem genannten Zeitabschnitt zwischen 36 % und 48 %, so bewegte sie sich in dem darauf folgenden Zeitabschnitt (1963-1971)

nur noch zwischen 23 % und 31 %, was bedeutet, daß weniger als ein Drittel der verfügbaren nationalen Ressourcen im Lande selbst akkumuliert worden ist. Das Verhältnis sähe noch ungünstiger aus, wenn wir zusätzlich zu der Wertschöpfung auf dem Ölsektor das in den anderen Sektoren produzierte Mehrprodukt berücksichtigt und diesen gesamten volkswirtschaftlichen Überschuß zu der im Endeffekt tatsächlich durchgeführten Kapitalakkumulation in Relation gesetzt hätten. Auf die Frage, wo die restlichen zwei Drittel der Wertschöpfung im Ölsektor verblieben, gibt die Tabelle 14 eine erste Antwort. Der jährliche Profittransfer durch die Ölkonzerne ins Ausland machte in dem Zeitraum 1953-1971 43 % bis 48 % der Wertschöpfung des Erdölsektors aus. Bis auf zwei Jahre lag der Profittransfer stets höher - oft sogar bis zu mehr als dem Zweifachen - als der Wert der internen Kapitalakkumulation.

Das Mißverhältnis zwischen der internen Kapitalakkumulation und dem im Lande erzeugten und auf dem Weltmarkt realisierten Mehrprodukt kennzeichnet einen über den Weltmarktzusammenhang begründeten Strukturdefekt im Akkumulationsprozeß innerhalb der irakischen Ökonomie. Mit der Nationalisierung des Ölsektors wurde dieser Defekt nicht automatisch aufgehoben, sondern lediglich die Voraussetzung dazu geschaffen. Zwar wurde der Profittransfer unterbunden, die Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt hat jedoch neue Formen angenommen.

4. Gesellschaftliche Differenzierungen im Zuge der Integration des Irak in den kapitalistischen Weltmarkt

4.1 Kritik des Dualismus-Ansatzes

Die Literatur zur Problematik der "dualistischen" Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in den unterentwickelten Ländern ist praktisch unüberschaubar. Der Begriff "Dualismus" fand in der entwicklungstheoretischen Literatur, insbesondere während der 50er und 60er Jahre, eine starke Verbreitung und nahm mitunter den Charakter eines Schlagworts an. Die Wiedergabe einer Definition dieses Begriffs steht vor der Schwierigkeit, die mit der Vielzahl seiner unterschiedlichen Varianten zusammenhängt. Jedoch läßt sich der Inhalt dieses Begriffs in etwa dahingehend wiedergeben, daß er im wesentlichen auf ein angebliches Nebeneinander von zwei autonomen Gesellschaften, die "traditionelle" und die "moderne", in einem Land abstellt. Da die beiden Gesellschaften keinerlei Verbindungen zueinander unterhalten, sei dies die Ursache für die Unterentwicklung des betreffenden Landes. Die Wörter "traditionell" und "modern" werden häufig als Synynome für einheimische bzw. ausländische (europäische oder amerikanische) Sektoren und/oder Lebensweisen in den unterentwickelten Ländern gebraucht.
In der Auseinandersetzung mit dem Dualismus-Ansatz wollen wir uns auf solche Beiträge beschränken, die sich speziell mit der Entwicklung im Irak beschäftigen und offen oder versteckt das Dualismuskonzept anwenden.

4.1.1 Der ökonomische Dualismus

Speziell zu dem Aspekt der Entstehung des Erdölsektors und seine mittelbaren sowie unmittelbaren Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur des Irak liegen zwei deutschsprachige Dissertationen vor, die mit unterschiedlicher Akzentuierung gleichwohl das Dualismuskonzept anwenden. Al Moohoor macht sich die in der bürgerlichen Literatur verbreitete

Auffassung von dem Kapitalmangel in der Peripherie zu eigen, um das Eindringen der mit "großen Kapitalvermögen und allen erforderlichen technischen Mitteln ausgestatteten Ölkonzerne" in den Irak zu begründen: "Die Ölvorkommen im Irak waren zwar schon im Altertum bekannt, aber der Mangel an technischer Erfahrung und das Fehlen der notwendigen Kapitalien zur Ausbeutung und zum Transport verhinderten die Ausschöpfung dieser Naturreserven bis in die jüngste Zeit."[1] Daß die irakische Gesellschaft offensichtlich noch keinen Bedarf an Rohöl hatte, wird von dem zitierten Autor geflissentlich übersehen. Er beschreibt die Entstehung einer "Dual Economy" im Irak folgendermaßen: Den ausländischen Ölgesellschaften wurde durch die Konzession volle Freiheit für ihre Arbeit garantiert. Somit waren sie von den lokalen wirtschaftlichen Verhältnissen weitgehend unabhängig. Folglich war im Irak eine Ölindustrie entstanden, die mit der einheimischen Wirtschaft durch nichts als wenige dünne Fäden verbunden war. Das so entstandene typische Bild einer "Dual Economy" macht er an zwei "Eigenheiten" fest. Erstens: "Die Ölgesellschaften besitzen reichlich Kapital, haben eine starke wirtschaftliche Stellung in der Welt als Anbieter und haben technische Erfahrung. An alledem mangelt es dem Irak und dem mittleren Osten allgemein."[2] Durch die Investitionen der Ölkonzerne "entstand eine der modernsten Industrien der Welt in einer wirtschaftlich unterentwickelten Region, wodurch der große Unterschied zwischen dieser Industrie und der wirtschaftlichen Lage im übrigen Irak scharf hervortrat."[3] Zweitens: "Diese Industrie existierte am Rande des wirtschaftlichen Lebens des Irak in seiner gegenwärtigen Situation."[4]

Kelaita konstatiert eine "zwangsweise entstandene dualistische Ordnung" im Irak nach dem Aufbau seiner kapitalintensiven Mineralölindustrie.[5] In starker ideologischer

---

1) K. Al-Moohoor, a.a.O., S. 39; eine ähnliche Begründung liefert Alnasrawi, a.a.O., S. 4

2) Ebenda, S. 40

3) Ebenda, S. 41

4) Ebenda, S. 42

5) F. Kelaita, a.a.O., S. 195

Befangenheit begründet er diese Entwicklung, ähnlich wie Al-Moohoor, als das Ergebnis von Kapitalmangel im Irak: "Man weiß heute, daß Industrialisierung wie gesamtwirtschaftliche Entwicklung nur bei Erfüllung bestimmter Mindestbedingungen durchführbar ist. Man muß hier Wertsysteme oder gebräuchliche Maßstäbe und Gewohnheiten, wie die Konsumneigung o.ä., mitberücksichtigen. Kein Land mit einem unterentwickelten Verkehrswesen, Mangel an Ausbildung und Information, Isolation vom Weltmarkt, kann eine technologische Motivation bekommen oder gar bewirken."[1)]
Während Al-Moohoor die vom Erdölsektor ausgegangenen Entwicklungseffekte auf die anderen Sektoren als begrenzt einschätzt, der größte Teil der Investitionen der Ölkonzerne der Beschaffung von Ausrüstungen im Ausland gedient habe, vertritt Kelaita eine grundsätzlich positive Auffassung zur Rolle des ausländischen Ölkapitals als einer wichtigen Grundlage für die Wirtschaftsentwicklung im Irak.[2)] Er schreibt sogar den ausländischen Ölgesellschaften eine progressive Beschäftigungspolitik zu, denn "in der Mineralölindustrie wurden die Rechte und Pflichten der Belegschaft im Vergleich zu den anderen Wirtschaftssektoren besser geachtet."[3)] Als Beleg dafür führt er an, daß der "Tagesmindestlohn sowohl der Ungelernten wie auch der Fachkräfte ... in der Mineralölindustrie wesentlich höher als in den übrigen Wirtschaftssektoren"[4)] lag, verschweigt aber die im Vergleich mit den anderen Sektoren außerordentlich hohe Produktivität im Erdölsektor. Die ausländischen Ölgesellschaften hätten mit dieser Politik zur "Schaffung und Erweiterung der Bewußtseinsbildung der Arbeitnehmerschaft" und zum Abbau der alten traditionellen Stammesverbindung, "die jegliche Entscheidungsfreiheit rauben" beigetragen.[5)] Andererseits führt er als Erklärung

---

1) Ebenda, S. 195
2) Ebenda, S. 98 f.
3) Ebenda, S. 102
4) Ebenda, S. 104
5) Ebenda, S. 103

für die hohe Beschäftigungsfluktuation bei den ausländischen Gesellschaften (mehr als 80 % der einheimischen Beschäftigten waren dort weniger als 5 Jahre dauerhaft beschäftigt) folgendes an: "Aus den Gewohnheiten der Stammesordnung fällt es den Arbeitnehmern schwer, sich der Disziplin eines Industriebetriebes anzupassen. Auch Bräuche sind nicht mehr im gewohnten Rahmen zu halten, z.B. sind Betzeiten und Fastenzeiten nicht ohne weiteres dem Arbeitsrhythmus einzuordnen; daher sind für die meisten Arbeitnehmer die Beschäftigungsbedingungen recht ungewöhnlich, und sie konnten sich oft nur kurze Zeit anpassen."[1] Ferner behauptet er, daß die ausländischen Ölgesellschaften bewußt versuchten, die Lohnunterschiede unter Kontrolle zu halten; nicht aus Gründen der Profitmaximierung, sondern um für die anderen Wirtschaftssektoren keine unannehmbaren Zustände zu schaffen.[2]
Kelaita kommt nicht umhin, auf die Frage einzugehen, warum sich im Irak "eine integrierte Gesamtindustrie wie sie in den heutigen Industrieländern anzufinden ist"[3] nicht entwickeln konnte, obwohl die "Fortschrittsmission" der ausländischen Ölkonzerne fast 50 Jahre lang gedauert hat. Die Ursachen für die ausgebliebene Industrialisierung im Irak sucht er ausschließlich in endogenen Faktoren, vor allem in solchen, die mit den Strukturen der traditionellen Gesellschaft zusammenhängen wie z.B. die islamischen Sitten und Gebräuche, "das psychologische Verhalten der Menschen", die "Händlermentalität" und die beschränkte Marktgröße.[4] Dem Dualismuskonzept beider Autoren liegt die Prämisse zugrunde, daß der verfügbare Produktionsfaktor Technologie im Irak knapp war. Es stellt sich hier aber die Frage, ob dieser Faktor als solcher tatsächlich knapp war oder nur in der Form der von den kapitalistischen Industrieländern aufgezwungenen Technologie.

---

1) Ebenda, S. 103 f.
2) Ebenda, S. 105
3) Ebenda, S. 197
4) Ebenda, S. 186 ff.

"In den unterentwickelten Ländern ist die Verfügbarkeit der Faktoren sehr häufig 'inadäquat', aber nicht, weil sie tatsächlich knapp sind, sondern weil sie als Surplus von den entwickelten Ländern angeeignet werden"[1], wie wir dies für den Irak bereits empirisch nachgewiesen haben. Kelaitas Dualismuskonzept liegt zusätzlich die Prämisse zugrunde, daß die "dualistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Irak" in erster Linie ein dualistischer Arbeitsmarkt sei. Hier handele es sich um eine Abweichung von einem Zustand des reinen Wettbewerbs. Die Anwendung dieser neoklassischen Annahme auf die Verhältnisse im Irak bedeutet aber "die Betrachtung der Entwicklungsprobleme in einem sozialen und politischen Vakuum, die Ausklammerung der Realität des Oligopols, der Kapitalkonzentration und der imperialistischen Herrschaft sowie ein anachronistischer Glauben an die freie Entfaltung der Marktkräfte."[2]

4.1.2 Der gesellschaftliche Dualismus

Der unter dem Einfluß der amerikanischen Modernisierungstheorien stehende irakische Soziologe Al-Wardi leitet den Dualismus aus der Existenz zweier gegensätzlicher Kulturen im Irak ab. Der Gegensatz zwischen nomadischer und städtischer Lebensweise wurde nach Al-Wardi Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts durch den Gegensatz zwischen europäischer Zivilisation und der autochthonen Kultur im Irak abgelöst: "Man kann sagen, daß der erste Weltkrieg das größte soziale Ereignis und ein Wendepunkt in der modernen Geschichte des Iraq war ... Der Iraq hatte sich in der Osmanenzeit nämlich in einer nahezu totalen Isolation ... befunden, und nur die allerwenigsten Leute hatten etwas von moderner Zivilisation und den Dingen, die sich außerhalb des Iraq ereigneten, gewußt. Nach dem ersten Weltkrieg aber drang die moderne Zivilisation ganz plötz-

---

1) A. Martinelli, Dualismus und Abhängigkeit. Zur Kritik herrschender Theorien. In Senghaas, Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt 1972, S. 366

2) Ebenda, S. 367

lich und mit großer Wucht in den Iraq ein, was gewaltige Veränderungen in der irakischen Gesellschaft zur Folge hatte."[1)]

Al-Wardi bedauert es, daß "der Einbruch der modernen Zivilisation in den Iraq ... parallel mit der Besetzung des Landes durch die Engländer" erfolgte. "Wäre (sie) jedoch, so wie es in den anderen arabischen Ländern, in Ägypten und im Libanon der Fall war, langsam und allmählich in den Iraq vorgedrungen, wäre die Reaktion sicherlich auch schwächer gewesen."[2)] Ein heftiger Kulturkampf "clash of cultures", besonders in den Städten, sei ausgelöst worden. "Dieser Kampf ist in den letzten Jahren, wo die Erscheinungsformen der modernen Zivilisation besonders deutlich zutage treten und sich auf die anderen Orte verbreiten, immer heftiger geworden. Die Stadtbewohner befinden sich daher unter zwei gegensätzlichen Strömungen: die eine leitet sie dahin, an den von ihren Vorfahren ererbten beduinischen Prinzipien festzuhalten, und die andere, den unter ihnen langsam verbreitenden Prinzipien der Zivilisation zu folgen."[3)]

Bezeichnenderweise stellt Al-Wardi "die Öffnung der sozialen Schichten"[4)], ein verklausulierter Begriff aus der Ideologie der sozialen Mobilität, als ein wichtiges Merkmal dieser Zivilisation heraus: "Damals (in der Osmanenzeit, A.d.V.) war die Gesellschaftsstruktur noch intakt, und die Gesellschaftsschichten waren in der Regel völlig geschlossen. Es war für den Einzelnen damals außerordentlich schwierig, aus der Gesellschaftsschicht seines Vaters zu einer höheren Gesellschaftsschicht aufzusteigen."[5)] Dagegen begann jetzt die "Zivilisation in der Gegenwart ... den Druck der früher weit verbreiteten Klassenunterschiede zu mildern."[6)] Die Zahl der Effendis, der Angehörigen

---

1) A. Al-Wardi, Soziologie des Nomadentums, Neuwied und Darmstadt 1972, S. 383; Übersetzung aus dem Arabischen: G. Weirauch und I. Al-Haidari; Der Titel der Originalausgabe lautet: Ali Wardi, Studien über die Natur der irakischen Gesellschaft, Bagdad 1965
2) Ebenda, S. 384 f.
3) Ebenda, S. 298
4) Ebenda, S. 394
5) Ebenda, S. 396
6) Ebenda, S. 116

der gesellschaftlichen Elite, hätte mit der Verallgemeinerung der Schulbildung ein solches Ausmaß angenommen, daß es immer schwieriger wurde, zu einer Beamtenstellung zu gelangen.[1] Wie an vielen Stellen seines Buches zitiert Al-Wardi private Gesprächspartner, um seine wissenschaftlichen Erkenntnisse empirisch zu untermauern: "Ich habe mich einmal mit einem alten 'Efendi', der in der Osmanenzeit ein hoher Beamter war, unterhalten. Er beklagte sich in bitteren Worten über die Herabsetzung der 'Efendiya' in unserer Zeit, die nach seiner Ansicht ... ihr hohes (gesellschaftliches, A.d.Ü.) Ansehen verloren hätte, weil sie (die Effendis, A.d.V.) in den Kaffeehäusern mit den einfachen Leuten zusammensäßen und sich von ihnen weder durch ihre Bildung und Sitten noch durch ihre Kleidung, noch durch ihre Denkweise unterschieden, und er sagte: 'die Zeit ist dahin, da ein Efendi im wahren Sinne des Wortes noch ein Efendi war!'"[2]

Die Untersuchung der irakischen Gesellschaft durch Al-Wardi wird dadurch charakterisiert, daß er gesellschaftliche Transformationsprozesse nur auf einer individualpsychologischen Ebene nachzuvollziehen vermag. Die Auswirkungen der vorgedrungenen "modernen Zivilisation" lokalisiert er daher ausschließlich in den Veränderungen der "Psyche der Iraqer". So tauchen wiederholt Begriffe wie "Neid", "männlicher Stolz", "Heuchelei" etc. auf, deren Ausführung breiter Raum gewidmet wird. Der Begriff "Persönlichkeitsspaltung" des irakischen Individuums, von dem er auf eine Persönlichkeitsspaltung der irakischen Gesellschaft schließt, nimmt eine zentrale Stellung in seiner Studie ein. "Die Ursachen der Persönlichkeitsspaltung hatte ich darauf zurückgeführt, daß eine Gesellschaft unter den Einfluß zweier verschiedener, einander extrem widersprechender Prinzipien gerät und sich das Individuum gezwungen sieht, einmal diesen und einmal jenen Prinzipien zu folgen, und daher mit sich selbst, ohne es zu wissen, im

---

1) Ebenda, S. 388 f. und 394 f.

2) Ebenda, S. 354

Widerspruch lebt. Ich war zu dem Schluß gekommen, daß die iraqische Gesellschaft unter dieser Persönlichkeitsspaltung besonders stark leidet, daß es keinen Araber gibt, der in hohe Ideale so leidenschaftlich und hitzig verliebt ist und sich in seinen Reden, Schriften und Diskussionen so sehr für sie einsetzt wie der Iraqer, daß es aber auch keinen Araber gibt, der sich so weit wie der Iraqer in seinem praktischen Leben von diesen Idealen entfernt."[1] Die Verallgemeinerung solcher Phänomene nimmt zuweilen groteske Formen an, wenn er im folgenden Zitat vom "konzentrierten Dualismus" als einem hohen Wirkungsgrad der Persönlichkeitsspaltung spricht: "Ich bin der Überzeugung, daß sich der Dualismus besonders bei denjenigen Städtern ausgewirkt hat, die Kinder von Geistlichen, Predigern und frommen Leuten waren und die seit ihrer frühesten Kindheit in Häusern aufgewachsen sind, in denen man ihnen ständig Mahnreden gehalten und hohe Ideale als Vorbilder vorgesetzt hat ... Ich kenne selber einen von dieser Sorte. Er war einer meiner Spielkameraden, ein übler Kerl, vor dessen Zunge und Fäusten niemand sicher war und der, wenn er genügend gelästert und andere verprügelt hatte, sich zu uns setzte, um uns wohltönende Predigten zu halten und die Leute zu kritisieren, die von den erhabenen religiösen Prinzipien abgewichen waren. Ich habe ihn zuletzt als einen frommen Mann wiedergesehen, der im Qur'an herumblättert, zur gleichen Zeit aber ein gemeiner Kritikaster ist und sich über die Leute hinter deren Rücken in niederträchtigster Weise das Maul zerreißt."[2]

Al-Wardis Analyse der irakischen Gesellschaft kann nicht einmal dem von ihm selbst gestellten Anspruch genügen, die "Persönlichkeitsspaltung" der irakischen Gesellschaft aus dem Zusammenprall zweier sich widersprechender Kulturen, also aus den Überbaustrukturen, abzuleiten. Denn in seinem Ursachenkatalog tauchen unvermittelt Faktoren auf,

---

1) Ebenda, S. 324

2) Ebenda, S. 341

die aus der Dominanz der übermächtigen Naturbedingungen in der Wüste und in den Städten vor dem Eindringen der "modernen Zivilisation" herrühren: "In einer Zeit, da die Städter von Kindheit an eine starke Neigung zum 'taghalub' (Obsiegen, A.d.V.), zum Stolz, zum Stammesfanatismus, zur Blutrache und zu Kriegs- und Raubzügen haben (im Sinne von geerbten naturbedingten Charakterzügen, A.d.V.) - wie wir schon sagten -, wurden sie immer wieder von Seuchen und Epidemien heimgesucht, die in ihnen eine starke, aber ganz gegensätzliche Neigung zum Schmerz und zur Trauer, zum Sich-Demütigen und Sich-klein-Machen und Sich-fortwährend-Beklagen über die schlechten Zeiten erweckt hat."[1] Al-Wardi neigt oft dazu, bestimmte Verhaltensweisen zu allgemeingültigen, naturbedingten Gesetzmäßigkeiten hochzustilisieren, durch Aussagen wie: "Ich will die Iraqer für ihr Verhalten keineswegs tadeln, denn so wie sie verhalten sich die meisten Menschen zu jeder Zeit und an jedem Ort",[2] oder: "Die Neigung zum Kampf und zu Raub- und Eroberungszügen besteht zweifellos bei allen Völkern der Welt, denn sie beruht im allgemeinen auf der Natur der Menschen."[3] Al-Wardi meint hier mit "allen Völkern" natürlich nur solche, die von der "modernen Zivilisation" noch nicht beglückt worden sind: "Wenn wir die seßhaften Völker studieren, finden wir, daß bei ihnen die Neigung zum Kampf schwächer ist und nicht so häufig vorkommt wie bei den nichtseßhaften Völkern ... Zwischen den verschiedenen Regierungen der zivilisierten Staaten kommen zwar oft Auseinandersetzungen vor, doch werden diese zumeist durch militärisch erprobte Soldaten bereinigt, die Menschen in den zivilisierten Staaten aber neigen, abgesehen von besonderen Umständen, in der Regel weniger zu blutigen Auseinandersetzungen und Krieg. Der Kampf unter der seßhaften Bevölkerung wird gewöhnlich in Form eines friedlichen Wettbewerbs ausgetragen, bei dem kein Blut vergossen und nicht geplündert und geraubt werden darf."[4]

---

1) Ebenda, S. 345
2) Ebenda, S. 412
3) Ebenda, S. 79
4) Ebenda, S. 80

Für den ersten Weltkrieg kann er lediglich die Erklärung liefern, daß dieser aus einem unbedeutenden Anlaß, nämlich der Erschießung des österreichischen Kronprinzen durch einen serbischen Studenten, ausbrach, wobei der Eindruck erweckt wird, daß es sich hier nur um eine "Betriebspanne" in der zivilisierten Welt handele.[1] Aus verständlichen Gründen erlegt sich Al-Wardi über den zweiten Weltkrieg und über die ihm nachfolgenden Kriege, von denen wir hier nur die bekanntesten nennen wollen, nämlich die Kriege der zivilisierten Staaten Frankreich und USA in Algerien bzw. in Vietnam, ein totales Schweigen auf.
Die liberale Dichotomie Barbarei/Zivilisation offenbart sich bei Al-Wardi als Maschinengewehrzivilisation durch folgende Aussage: "Die moderne Zivilisation kann jetzt bis in die entlegensten Wüstengebiete vordringen ... Die modernen Erfindungen wie Autos, Flugzeuge, Kanonen, Maschinengewehre u.a. ermöglichen es, die Sicherheit in der Wüste zu gewährleisten und die Beutezüge und blutigen Auseinandersetzungen zu unterdrücken."[2]

4.2 Strukturelle Heterogenität und sektorale Disproportionalität als Strukturmerkmale der Unterentwicklung

Wie bereits ausgeführt wurde, vollzog sich die Eingliederung der irakischen Volkswirtschaft in den kapitalistischen Weltmarkt in der frühen Phase (1869-1951) vermittelt über die irakische Agrar- und Viehwirtschaft. Der durch die Produktion für den Weltmarkt ausgelöste soziale Differenzierungsprozeß wurde durch gezielte politische Maßnahmen des englischen Kolonialismus begleitet und führte zur Ansiedlung des größten Teils der in der Subsistenzwirtschaft lebenden Nomadenstämme. Mit diesem Prozeß war die Entstehung des Privateigentums und des Großgrundbesitzes im Agrarsektor aus der Notwendigkeit zur Zentralisie-

1) Vgl. ebenda, S. 103
2) Ebenda, S. 105

rung der Produktion für den Weltmarkt verbunden. Die neu entstandene Produktionsweise in der irakischen Landwirtschaft charakterisierte sich dadurch, daß die Stammesführer zu Großgrundbesitzern und die Stammesmitglieder zu besitzlosen Bauern geworden sind, die das Land pachten und mindestens 50 % des Ernteertrages an den Scheich als Produktenrente abgeben müssen. Die Großgrundbesitzer zogen in die Städte und ließen die Bauern von ihren brutalen Verwaltern, den sogenannten Sirkals, beaufsichtigen und ihren Ernteanteil eintreiben. Das Mehrprodukt wurde in den Städten für Luxuskonsum verschwendet und selten im Agrarsektor produktiv reinvestiert. In weiten Teilen der Landwirtschaft blieb die Subsistenzwirtschaft erhalten; vor allem in den Sumpfgebieten im Südirak, wo sich die Bevölkerung durch Fischfang und Zucht von Wasserbüffeln ernährte.[1] Andererseits entwickelte sich aus den verarmten Massen der Landbevölkerung ein Heer von Saisonarbeitern, die wegen der sehr begrenzten Einsatzmöglichkeiten auf dem Lande in die Stadt abwandern mußten, aber auch dort nicht in den Produktionsprozeß eingegliedert werden konnten. Nach 1952 löste der Erdölsektor den Agrarsektor ab und fungierte als Bindeglied der irakischen Volkswirtschaft zum kapitalistischen Weltmarkt. Im Gegensatz zum Agrarsektor waren die Produktionsverhältnisse in diesem Sektor gleich von Beginn an kapitalistisch organisiert, ein Faktum, das in der inneren Natur und in der Logik des ausländischen Ölkapitals begründet ist.

Die Produktionsweise in der irakischen Industrie kennzeichnet sich durch eine Mischung aus privatkapitalistischen und staatskapitalistischen Elementen, wobei früher die ersteren und dann (ab 1964) die letzteren dominierten. Der tertiäre Sektor und die Zirkulationssphäre zeichnen sich einerseits durch entwickelte kapitalistische Organisationsformen (Banken, Versicherungen), aber auch in beträchtlichem Ausmaß durch kleine selbständige Existenzen

---

1) Vgl.: S.M. Salim, Ech-Chibayish-An Antropological Study of a Marsh Village in Iraq, Bagdad 1970, S. 30 f. (arab.)

(fliegende Händler, Lastenträger, Losverkäufer, Schuhputzer etc.) aus.

A. Córdova entwickelte das Konzept von der strukturellen Heterogenität, um die gleichzeitige Existenz verschiedener Produktionsweisen in den unterentwickelten Ländern zu erfassen. Der Inhalt dieses Begriffs bestimmt er von der sozioökonomischen Ebene her. Darunter versteht er "die Existenz von Sektoren, in denen verschiedene Produktionsverhältnisse mit unterschiedlichem Entwicklungsstand der Produktivkräfte herrschen. So kann man in ein und demselben Land einerseits Sektoren finden, in denen vorkapitalistische Verhältnisse bestehen ..., und andererseits kapitalistische Sektoren, in denen sich ausländische, nationale private und öffentliche Teilsektoren unterscheiden lassen."[1] Dabei ist es unerheblich, ob der kapitalistische Sektor ausschließlich auf den Export von Rohstoffen und/oder auf die Produktion für den Binnenmarkt orientiert ist.[2] Obwohl Córdova diesen Begriff im Zusammenhang mit seiner Analyse der lateinamerikanischen Gesellschaften entwickelt, bietet er eine brauchbare Grundlage für die Analyse der irakischen Gesellschaft. Allerdings muß die Einschränkung gemacht werden, daß es sich hierbei um einen vorläufigen "strukturalistischen Hilfsbegriff" handelt. "Mit diesem Begriff soll zum Ausdruck gebracht werden, daß in den Randgesellschaften die kapitalistische Produktionsweise zwar die dominante, aber keineswegs die einzige ist; daß vielmehr in weiten Bereichen nichtkapitalistische Formen der Produktion und der Vergesellschaftung existieren, die jedoch der besonderen historischen Form der Durchsetzung des Kapitalismus in seiner Peripherie geschuldet und ihr funktional zugeordnet sind."[3]

---

1) A. Córdova, Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt 1973, S. 63

2) K. Schmitt behauptet, Córdova meine mit dem kapitalistischen Sektor ausschließlich den Exportsektor. Vgl. seine Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Univ. Marburg: "Die Rolle der Erdöleinnahmen bei der Industrialisierung Nigerias", Juni 1978, S. 20

3) T. Evers, Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt, Frankfurt 1977, S. 27

Das Konzept der strukturellen Heterogenität geht im Unterschied vom Dualismus davon aus, daß zwischen dem "traditionellen" und dem "modernen" Sektor signifikante Beziehungen bestehen und daß die beiden Sektoren zusammen eine "unauflösliche Einheit" in den peripheren Gesellschaften bilden. Die Form der Beziehungen zwischen den beiden Subsystemen wird häufig auf den Aspekt der Bereitstellung von billigen Arbeitskräften für den Exportsektor durch die Subsistenzwirtschaft als Reservearmee reduziert.[1] Ohne Zweifel trifft dies für die meisten peripheren Gesellschaften zu. Nur muß für den Irak die Einschränkung gemacht werden, daß sich im Zuge der Ablösung des Agrarsektors durch den kapitalintensiven Ölsektor als dominanten Exportsektor sich neue, indirekte Formen der Beziehungen entwickelt haben. Aufgrund des extrem geringen Bedarfs des irakischen Ölsektors an Arbeitskräften[2] fungierte der "traditionelle" Sektor allenfalls noch als Reservearmee für die Sektoren verarbeitende Industrie, Wohnungsbau und Dienstleistung, deren Entwicklung bzw. Stagnation von den Öldevisen maßgeblich beeinflußt wurde. Die "interne Desartikulation" der Volkswirtschaft wird von Alavi als ein zusätzliches Merkmal der unterentwickelten Länder der Peripherie angeführt. Die Umschreibung Alavis für diesen Zustand trifft in einer verblüffenden Weise für die tatsächlichen Verhältnisse im Irak im Zuge der Herausbildung der Dominanz des Ölsektors zu. "Die Segmente der kolonialen Wirtschaft treiben keinen Handel untereinander; ihre Verbindung untereinander kommt nur durch ihre Beziehungen zu den metropolitanen Ökonomien zustande; daher sind sie diesen subordiniert."[3]

---

1) Vgl. Córdova, a.a.O., S. 33

2) Die Zahl der Beschäftigten im Ölsektor (nur Förderung) betrug 1971 nur knapp über 9000 und machte somit weniger als 0,4 % der Aktivbevölkerung aus.

3) H. Alavi, zitiert nach: G. Hauck, Typen kolonialer Produktionsweise, in: Argument 114, Berlin 1979, S. 195

4.2.1 Die hegemoniale Stellung des Erdölsektors

"In jedem Land (der Peripherie, A.d.V.) sind es einige wenige Wirtschaftszweige, die die Verbindung zum Weltmarkt herstellen. Ihre Handelsniederlassungen, Plantagen, Bergwerke, Eisenbahnen, Industrieanlagen und Banken bilden jeweils einen hegemonialen Wirtschaftssektor, dem sich alle übrigen ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen der Länder gleichsam in konzentrischen Ringen zu- und unterordnen."[1] Als erster Indikator für die hegemoniale Stellung des Ölsektors innerhalb der irakischen Ökonomie haben wir in der Tabelle 15 den Anteil der Rohölexporte aus den Gesamtexporten während einer Periode von 40 Jahren ausgerechnet. Betrug dieser Anteil am Anfang der Periode (1934) noch 48 %, so stieg er 1952 auf 81 %, 1955 auf 91 % und lag schließlich am Ende der Periode (1974) bei 99 %.

Als zweiten Indikator ziehen wir den Beitrag der einzelnen Wirtschaftssektoren zur Entstehung des Bruttoinlandsprodukts heran. Daten über die VGR im Irak wurden ab dem Jahr 1953 ermittelt, so daß Aussagen betreffend der Struktur der gesellschaftlichen Produktion vor diesem Zeitpunkt nicht getroffen werden können. Es kann lediglich vermutet werden, daß bis 1952 der Agrarsektor den größten Beitrag zum BIP leistete. Wie aus der Tabelle 16 hervorgeht, dominierte ab 1953 die Rohölproduktion die materielle Produktion der gesamten irakischen Gesellschaft. In den fünfziger Jahren bewegte sich der Beitrag des Ölsektors zum BIP zwischen 26 % (in dem atypischen) Jahr 1957 und 42 % im Jahre 1955.
Der Beitrag des Agrarsektors zum BIP ist in diesem Zeitraum von 22 % (1953) auf 16 % (1960) zurückgegangen, der der verarbeitenden Industrie ist nur leicht von 6 % auf 10 % angestiegen. In den sechziger Jahren zeigt die Entwicklung des Ölsektors für die erste Hälfte einen relativ stabilen Anteil am BIP von durchschnittlich ca. 35 % und für die zweite Hälfte einen relativ niedrigeren Anteil

---

1) T. Evers, a.a.O., S. 29 f.

Tabelle 15: Entwicklung des Anteils der Ölexporte an den Gesamtexporten

Jahr	Wert der Gesamtexporte (in Mio.ID)	Wert der Ölexporte (in Mio.ID)	Ölexporte/ Gesamtexporte (%)
1934	6,9	3,3	48
1935	11,4	8,5	74
1936	12,5	9,0	72
1937	16,8	10,2	60
1938	13,7	10,0	73
1939	13,2	9,4	71
1940	9,7	5,8	60
1941	8,6	4,7	55
1942	11,2	6,7	60
1943	18,1	9,0	50
1944	18,7	9,5	50
1945	20,5	10,7	52
1946	23,5	10,8	46
1947	27,8	14,0	50
1948	18,8	11,2	60
1949	25,3	14,1	55
1950	43,7	23,6	54
1951	62,7	35,7	57
1952	98,4	79,6	81
1953	139,8	120,7	86
1954	152,6	134,6	88
1955	184,0	168,1	91
1956	169,8	156,6	92
1957	126,0	113,2	90
1958	199,8	185,5	93
1959	213,1	201,7	95
1960	230,6	222,6	97
1961	230,9	223,0	98
1962	243,0	223,7	92
1963	275,7	259,0	94
1964	297,3	282,0	95
1965	311,8	293,7	94
1966	330,4	308,9	94
1967	290,5	272,0	94
1968	366,4	345,0	94
1969	369,4	347,4	94
1970	400,6	378,1	94
1971	549,0	526,2	96
1972	450,1	421,5	94
1973	658,0	625,5	95
1974	1971,1	1943,0	99

Quelle: 1934-1952: M.S. Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 534
1953-1975: Central Bank of Iraq-Bulletin 1968 No. IV, 1973 No. IV, 1976 No. IV, 1977 No. II

Tabelle 16: Beitrag der Sektoren zum Bruttoinlandprodukt (zu laufenden Preisen)

	BIP	Landwirtschaft		Erdölförderung		Verarb. Industrie		Dienstleistung	
		in Mio.ID	in %	in Mio.ID	in %	in Mio.ID	in %	in Mio.ID	in %
1953	322,9	71,5	22	128,9	40	20,6	6	101,9	32
1954	374,4	84,7	23	149,5	40	22,8	6	117,4	31
1955	386,7	65,3	17	161,2	42	28,5	7	131,7	34
1956	428,9	89,2	21	152,4	35	33,7	8	153,6	36
1957	430,0	111,6	26	113,1	26	36,9	9	168,4	39
1958	484,7	92,3	19	175,4	36	38,6	8	178,4	37
1959	501,9	82,0	16	195,0	39	46,6	9	178,3	36
1960	545,4	92,8	16	208,0	37	56,0	10	208,6	37
1961	615,0	116,7	19	209,5	34	61,6	10	227,7	37
1962	658,4	140,4	21	210,2	32	66,6	10	241,2	37
1963	670,6	109,3	16	246,5	37	69,1	10	245,7	37
1964	761,2	148,1	19	266,9	35	65,3	9	280,9	37
1965	867,6	153,2	17,6	281,1	32,4	69,4	8,0	359,1	41,4
1966	938,0	163,4	17,4	298,5	31,8	74,7	8,0	395,7	42,2
1967	941,9	187,8	19,9	265,2	28,2	83,4	8,8	400,1	42,5

Forts. S. 100

	BIP	Landwirtschaft		Erdölförderung		Verarb. Industrie		Dienstleistung	
		in Mio.ID	in %	in Mio.ID	in %	in Mio.ID	in %	in Mio.ID	in %
1968	1067,0	196,0	18,4	334,6	31,3	94,6	8,9	435,4	40,8
1969	1109,7	191,0	17,2	335,9	30,5	103,0	9,3	472,5	42,5
1970	1202,4	206,9	17,2	362,6	30,1	116,0	9,6	509,0	42,3
1971	1375,0	212,5	15,4	507,8	36,9	118,5	8,6	531,1	38,6
1972	1388,8	269,4	19,4	400,0	28,8	140,0	10,0	572,1	41,2
1973	1587,5	225,9	14,2	563,4	35,5	157,6	9,9	629,7	39,6
1974	3347,7	232,1	6,9	2022,7	60,4	176,1	5,3	908,8	27,1
1975	3970,5	297,3	7,5	2279,0	57,4	238,5	6,0	1147,0	28,8
1976[1]	4582,8	348,7	7,6	2475,1[2]	54,0	324,4	7,0	1434,4	31,3

Quellen: 1953-1964: J. Hashim u.a. "Einschätzung des Wirtschaftswachstums im Irak", Bd. 1, S. 285 (arab.)
1965-1976: Annual Abstract of Statistics 1974, Tab. 199; 1976, Tab.6/4; 1977, Tab.6/1

Anmerkung zu der Tabelle:
1) vorläufige Zahlen
2) enthält auch den Beitrag des Bergbaus, der unter 1 % liegen dürfte.

Landwirtschaft: Agrarsektor, Forstwirtschaft und Fischfang
Erdölsektor: nur Förderung und Export von Rohöl
Dienstleistungssektor: Strom- und Wassererzeugung, Bauwirtschaft, Transport, Verkehr, Lagerung, Banken und Versicherungen, Groß- und Einzelhandel, öffentliche Verwaltung und Verteidigung, Erziehungs- und Gesundheitswesen

Der Bergbau wurde wegen seiner sehr geringen Bedeutung vernachlässigt. Sein Beitrag zum BIP bewegte sich zwischen 0,4 und 0,7 %.

von durchschnittlich ca. 30 %, obwohl sein Beitrag in absoluten Zahlen ausgedrückt, mit Ausnahme des Jahres 1967, von 281,1 Mio.ID im Jahre 1965 kontinuierlich auf 362,6 Mio.ID im Jahre 1970 gestiegen ist. Der Rückgang der relativen Bedeutung des Ölsektors ist hier lediglich durch die überproportionale Steigerung des Anteils der Dienstleistungen am BIP verursacht worden. Denn sowohl der Beitrag der Landwirtschaft als auch der der verarbeitenden Industrie ist bis Ende der sechziger Jahre relativ konstant geblieben. 1974 verzeichnet der Ölsektor mit einem Beitrag von 60 % eine exorbitante Entwicklung und verdrängt die Landwirtschaft und die verarbeitende Industrie auf einen kümmerlichen Anteil von 7 % bzw. 5 %.

Tabelle 17: Beschäftigte und Produktivität im Erdölsektor

Jahr	Zahl der Beschäftigten	Nettoproduktionswert je Beschäftigten in ID
1954	12 770	11 707
1955	15 328	10 516
1956	15 832	9 626
1957	15 575	7 261
1959	13 436	14 513
1960	13 219	15 734
1961	12 883	16 261
1962	12 083	17 396
1965	11 066	25 402
1969	8 690	38 653
1970	8 906	40 714
1971	9 034	56 209

Quellen: Zahl der Beschäftigten: Für die Jahre 1954-1962 Al-Moohoor, a.a.O., S. 45, Quellenangaben befinden sich dort. Für die Jahre 1965-1971 IPC, BPC and MPC Reviews 1965, 1969, 1970 und 1971, London 33 Cavendish Square
Nettoproduktionswert je Beschäftigten: Eigene Berechnungen, Daten sind aus der Tabelle 16 entnommen.

Als dritter Indikator für die hegemoniale Stellung des Erdölsektors gilt seine im Vergleich mit den anderen Sektoren überdurchschnittlich hohe Produktivität. Die Entwicklung der Produktivität in diesem Sektor wird in der Tabelle

17 mit der Hilfsgröße Nettoproduktionswert je Beschäftigten im Jahr aufgezeigt. Die Erhöhung des in Geldgrößen ausgedrückten Outputs je Beschäftigten von 11 707 ID (1954) auf 56 209 ID (1971) bedeutet real eine fünffache Steigerung der Produktivität, zumal die Rohölpreise in diesem Zeitraum sich kaum nach oben bewegt haben. Die rückläufige Entwicklung der Arbeitskräftezahl bei den ausländischen Ölgesellschaften deutet zum einen auf die Anwendung von kapitalintensiven Technologien und zum anderen auf die Entlassung von Arbeitskräften, die für die Verlegung von Pipelines eingesetzt worden sind, hin.
Offizielle Daten über die Arbeitsproduktivität in den einzelnen Sektoren der irakischen Volkswirtschaft stehen lediglich für das Jahr 1976 zur Verfügung. Die in der nachfolgenden Tabelle wiedergegebenen Daten des irakischen Planungsministeriums erlauben einen plastischen Vergleich der Produktivität des Ölsektors mit den anderen Sektoren.

Tabelle 18: Beschäftigte und Produktivität in den einzelnen Wirtschaftssektoren 1976

Sektor	Beschäftigte in 1000	in %	durchschnittl.Arbeitsproduktivität in ID
Agrarsektor[a)]	1571,0	53,0	195,7
Bergbau[b)]	21,4	0,7	107715,0
Verarb. Industrie	232,8	7,8	1231,5
Bausektor	119,2	4,0	1552,0
Elektriz. u. Wasser	21,0	0,7	1142,9
Transport und Kommunikation	146,5	4,9	1139,2
Handel	201,5	6,8	1131,5
Banken u. Versich.	11,8	0,4	5940,7
Dienstleistung[c)]	637,2	21,5	929,1
Insgesamt	2962,4	100	1406,0

Quelle: Planungsministerium, Der Nationale Entwicklungsplan für die Jahre 1976-1980, Bagdad 1977, S. 13 (arab.)

a) Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft
b) Im wesentlichen Rohölförderung und zu einem sehr geringen Teil andere Mineralien.
c) Außer den vorher genannten Dienstleistungsbereichen und den Einnahmen aus Immobilienvermietung

Wie aus der Tabelle 18 hervorgeht, liegt die Arbeitsproduktivität im Bergbau (fast nur Rohölförderung) mit 107715 ID sechsundsiebzigmal so hoch wie die durchschnittliche Produktivität der Gesamtwirtschaft. Noch viel krasser ist das Produktivitätsgefälle sowohl zwischen dem Erdöl- und dem Agrarsektor als auch zwischen dem Erdölsektor und der verarbeitenden Industrie.

4.2.2 Der Niedergang des Agrarsektors

"Die hegemonialen Wirtschaftssektoren bilden strukturell wie historisch das verbindende Glied zwischen der weltmarktabhängigen Reproduktion und der strukturellen Heterogenität dieser Gesellschaftsformationen. Wechselnde Verwertungsnotwendigkeiten der Industrieländer führen über wechselnde Weltmarktbedingungen zur Entstehung neuer hegemonialer Sektoren, während alte daneben auf einer vegetativen Stufe fortexistieren oder völlig absterben."[1)]

Tabelle 19: Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur

Jahr	Nomadenbev. in 1000	in %	agrar. Landbevölk. in 1000	in %	Stadtbevölk. in 1000	in %	Total in Mio.
1867	450	35	525	41	310	24	1,3
1890	433	25	963	50	430	25	1,8
1905	393	17	1324	59	533	24	2,2
1930	234	7	2246	68	808	25	3,3
1947	250	5	2702	57	1864	38	4,8
1957	65	1	3687	58	2584	41	6,3

Quelle: M.S. Hassan, Growth and Structure of Iraq's Population, 1867-1947, in: Issawi, The Economic History ..., a.a.O., S. 157
Derselbe, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 53

Während die nomadische Bevölkerung nach 1867 infolge des Seßhaftwerdens absolut und relativ zurückging, stieg die

1) T. Evers, a.a.O., S. 30

Zahl der Landbevölkerung von 525 000 (1867) auf 3,7 Mio. (1957) Einwohner an. Der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Irak stieg von 41 % im Jahre 1867 auf 68 % im Jahre 1930, ging aber im Jahre 1957 infolge des rascheren Wachstums der Stadtbevölkerung auf 58 % zurück. Innerhalb der Landbevölkerung von 3,7 Mio. befanden sich 1957 ca. 168 000 (= 4,5 %) Grundeigentümer. Der Rest der Bevölkerung auf dem Lande waren Anteilsbauern bzw. Saisonarbeiter. Die Eigentumsverhältnisse auf dem Lande zeichneten sich durch einen sehr hohen Konzentrationsgrad des agrarischen Grundbesitzes aus. Nur 2 % der Gesamtzahl der Eigentümer kontrollierte 68 % der Ackerfläche. Weitere 21,4 % der Ackerfläche entfiel auf 11,9 % der Eigentümer. Den Rest von 10,5 % mußte sich die überwiegende Mehrheit der Eigentümer von 86,1 % teilen. Der größte Teil dieser Gruppe verfügte über sehr kleine Bewirtschaftungseinheiten, deren Fläche unter 1 Hektar lag.

Tabelle 20: Die Struktur des agrarischen Grundbesitzes 1958

Größe der Eigentumseinheit in Donem (0,25 h)	Zahl d. Eigentümer	in %	Ackerfläche in 1000 Donem	in %
unter 4	57958		73	
4 -30	56725		696	
30 -60	18507		782	
60 -100	11612		894	
Zusammen	144802	86,1	2445	10,5
100 -600	18616		3868	
600 -1000	1510		1156	
Zusammen	20126	11,9	5024	21,5
1000 -2000	1395		2012	
2000 -10000	1748		7077	
10000-50000	251		4554	
50000-100000	19		1334	
über 100000	5		876	
Zusammen	3418	2,0	15853	68,0
Insgesamt	168346	100	23327	100

Quelle: Ministry of Planning, Results of the Agricultural and Livestock Census in Iraq for the Year 1958-59, Baghdad 1961, zitiert nach M. Talabani, Plädoyer für eine radikale Agrarreform im Irak, Bagdad 1969, S. 19 (arab.)

Obwohl der Großgrundbesitz in der irakischen Landwirtschaft dominierte, erfolgte die Bewirtschaftung des Ackerlandes in kleinen Einheiten, da die Großgrundbesitzer ihr Land nicht selber bewirtschafteten, sondern an Dutzende von Teilpächtern gegen Abgabe von mindestens 50 % des Ernteertrages verpachtet hatten.[1)]

"Dies ist in der Tat eine unökonomische Form der Produktion, denn erstens ist hier weder Landlord noch Teilpächter daran interessiert, Kapital zu investieren, um die Erträge zu erhöhen, da in jedem Fall die Hälfte der Zunahme der jeweils anderen Seite zugute käme; und zweitens kann die moderne agrarische Technologie nur bei großen Bewirtschaftungseinheiten in optimaler Weise genutzt werden,und hier sind die Bewirtschaftungseinheiten äußerst klein, obwohl die Eigentumseinheiten groß genug ist."[2)]

Ein großes Problem in der irakischen Landwirtschaft stellte die Bodenversalzung dar, zu deren Behandlung eine ständige Drainagearbeit erforderlich ist. Die Grundbesitzer waren nicht bereit, die Drainagearbeit zu finanzieren und zogen es vor, auf neues Ackerland auszuweichen, während das versalzene Land brach lag.[3)]

Das agrikole Mehrprodukt floß zum größten Teil in die Städte, wo die Großgrundbesitzer sich niederließen und entweder ein luxuriöses Dasein führten oder mehr oder weniger Funktionen von städtischen Händlern wahrnahmen, sowie Gelder an die Bauern in den umliegenden Dörfern zu Wucherzinsen verliehen.[4)]

Obwohl die Ackerfläche weiterhin erweitert wurde, so daß sie 1955 fast doppelt so groß war wie gegen Ende der vierziger Jahre,[5)] stieg die agrarische Produktion in diesem

---

1) Obwohl die Abgaben des Ernteertrages durch ein Gesetz aus dem Jahre 1954 auf höchstens 50 % begrenzt wurde, überstiegen die tatsächlichen Abgaben im Allgemeinen diesen Satz und erreichten manchmal sogar fünf Siebtel des Ernteertrages. Vgl. H. Didden, a.a.O., S. 74

2) G. Hauck, a.a.O., S. 197

3) Vgl. D. Warriner, Landreform and Development in the Middle East, London 1962, S. 114

4) Vgl. ebenda, S. 117

5) Vgl. ebenda.

Zeitraum nur langsam an und wies sogar in etlichen Jahren negative Veränderungsraten auf. Entsprechend ist der Export von agrarischen Produkten zurückgegangen, wie dies in der Tabelle 21 am Beispiel der wichtigsten agrarischen Erzeugnisse des Irak, Weizen und Gerste, aufgezeigt wird.[1)]

Tabelle 21: Produktion und Export von Weizen und Gerste 1936-1956 (in Tausend Ton)

Jahr	Weizen		Gerste	
	Produktion	Export	Produktion	Export
1936	535	47	505	251
1937	580	113	570	287
1938	600	48	1138	164
1939	450	47	950	208
1940	478	33	1000	183
1941	515	24[a)]	825	55
1942	532	26[a)]	859	54
1943	480	1	899	169
1944	332	..	743	172
1945	558	..	790	243
1946	370	5	895	256
1947	235	..	500	272
1948	301	40[a)]	570	3
1949	450	6	750	326
1950	520	59	851	462
1951	488	43	839	439
1952	480	..	700	..
1953	762	2	1111	490
1954	1160	31	1239	460
1955	453	70	757	321
1956	776	100[a)]	1016	288

a) Bei diesen Zahlen handelt es sich um Weizenimporte

Quelle: K. Langley, a.a.O., S. 199, Quellenangaben befinden sich dort.

In einer Periode von 20 Jahren (1936-1956) konnte die Weizenproduktion lediglich in drei Jahren zu einem relativ guten Ernteergebnis führen (1953, 1954 und 1956). Dagegen verzeichnete die Produktion in acht Jahren innerhalb dieser Periode negative Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr. Das Produktionsniveau der Gerste ist zwar im Jahre 1938

1) Im Jahre 1957/1958 wurde 90 % der Ackerfläche mit Weizen und Gerste angebaut. Vgl. H. Didden, a.a.O., S. 49

deutlich angehoben worden, lag aber in den meisten darauffolgenden Jahren zum Teil beträchtlich unter diesem Niveau. Nur in einem einzigen Jahr, und das erst 1954, wurde das Produktionsniveau von 1938 leicht übertroffen. Dabei ist der Anbau von Gerste, aufgrund ihrer Verträglichkeit mit einem hohen Bodensalzgehalt und einer daher entbehrlichen Drainage, relativ einfacher als der Anbau von Weizen. Der Anbau von Gerste war im Vergleich mit dem Weizen weniger auf den Binnenmarkt - wegen der begrenzten Verwendungsmöglichkeit als Viehfutter - als auf den Export orientiert. Dies bewirkte insofern einen negativen Mechanismus, als die Bauern mit der Erhöhung des Salzgehalts des Bodens immer mehr zum Anbau von Gerste übergingen. Waren die vom kapitalistischen Weltmarkt ausgelösten Effekte auf die irakische Landwirtschaft am Anfang noch in der Form positiv, daß durch die Ausweitung der Ackerfläche eine Erhöhung der Produktion erreicht werden konnte, so überwogen nach 1934 die negativen die positiven Effekte. Dafür spricht auch die abfallende Produktivität, gemessen in kg Getreideertrag je Donem Anbaufläche. Für Weizen und Gerste sank er von durchschnittlich 200 kg/Donem bzw. 225 kg /Donem in den Jahren 1919-1923 auf zunächst 180 kg /Donem bzw. 193 kg /Donem in den Jahren 1934-1938 und dann auf 154 kg/Donem bzw. 187 kg/Donem in den Jahren 1953-1958.[1)]
Der Agrarsektor war spätestens ab 1955 nicht mehr in der Lage, die irakische Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. E. Wirth formuliert dies folgendermaßen: "Obwohl nun der Irak ein reines Agrarland ist, wird der Export landwirtschaftlicher Produkte (Wert 1955: 14,6 Mio. Pfund Sterling) durch den Import landwirtschaftlicher Produkte (Wert 1955: 18,8 Mio. Pfund Sterling) noch übertroffen! Exportiert werden fast ausschließlich landwirtschaftliche Erzeugnisse niedrigster Verarbeitungsstufe (Getreide, Datteln, Häute, Felle, Eingeweide, lebende Tiere), während solche hoher Verarbeitungsstufe importiert werden müssen (Büchsenmilch, Käse, But-

1) Vgl. Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 181

ter, Corned beef, Marmelade, Obstkonserven)."[1] Dem ist hinzuzufügen, daß der Irak auch große Mengen an Weizen importieren mußte, wie aus der Tabelle 21 hervorgeht.
Der Niedergang des irakischen Agrarsektors wurde durch die Weltwirtschaftskrise eingeleitet. In der Periode zwischen 1925 und 1932 sind die irakischen Agrarexporte mengenmäßig um 24,4 % und wertmäßig aufgrund sinkender Weltmarktpreise um 55 % zurückgegangen.[2] Die Marginalisierung des Agrarsektors drückt sich u.a. in dem permanenten Rückgang seines Beitrages zum Bruttoinlandprodukt aus, und zwar bei einem relativ konstanten Anteil an den Beschäftigten. 1976 betrug sein Beitrag zum BIP nur noch 7,6 %, obwohl in diesem Sektor 53 % der Gesamtbeschäftigten tätig sind.
Die Lebensbedingungen der Landbevölkerung beschreibt die englische Agrarexpertin Warriner folgendermaßen: "Increased production has not touched the poverty of the fellahin. They live on a bare subsistence margin, in windowless mud huts built up out of the earth. Health conditions are appalling. It is not exaggerating to state, ... that the avarage agricultural worker (fellah) is a living pathological specimen, as he is probably a victim of ankylosomiasis, ascariasis, malaria, bilharzia, trachoma, bejel, and possibly of tuberculosis also."[3] Ebenfalls ohne Übertreibung wäre hinzuzufügen, daß der irakische Fellach nach dem Anschluß des Agrarsektors an den kapitalistischen Weltmarkt ein Opfer der extremen Ausbeutung durch den Großgrundbesitzer geworden ist. Der deutsche Agrarexperte E. Wirth errechnete Anfang der sechziger Jahre das jährliche Geldeinkommen einer fünfköpfigen Anteilsbauernfamilie, die 4 bis 8 Hektar Landfläche bebaute, einschließlich des Verkaufs von Eiern u.ä. mit umgerechnet ca. 60 DM.[4] Der Unterschied zum Einkommen eines Großgrundbesitzers war unermeßlich hoch, wenn schon der Unterschied zum gesamt-

---

1) E. Wirth, Agrargeographie des Irak, Hamburg 1962, S. 118

2) Vgl. Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 115

3) D. Warriner, "Land Reform and Development", S. 119

4) Vgl. E. Wirth, a.a.O., S. 75

wirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommen, das 1960 umgerechnet ca. 700 DM betrug[1], gewaltig groß war.
Zwar beendete die Revolution im Juli 1958 mit der Abschaffung der Monarchie die politische Herrschaft der Großgrundbesitzer, konnte aber noch lange nicht ihre starke ökonomische Basis auf dem Lande zerrütten. Die unter der Regie von bürgerlichen Kräften ausgearbeitete und im September 1958 verkündete Agrarreform sah die Begrenzung des agrarischen Grundbesitzes auf maximal 2000 Donem (500 ha) im Regenfeldbau und auf 1000 Donem (250 ha) in den Bewässerungszonen vor. Die darüberhinausgehende Fläche sollte innerhalb von fünf Jahren erst nachdem sich der Grundbesitzer die ihm gesetzlich zugesicherte Mindestfläche aus dem Gesamtbesitz frei ausgesucht hatte, gegen eine Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigungssumme sollte in Raten, verteilt auf 20 Jahre und mit einem jährlichen Zinssatz von 3 %, ausgezahlt werden. Es mutet nahezu grotesk an, daß der Staat für dieselben Ländereien, die er 1932 mit Hilfe des von den Briten dirigierten "Land Settlement Law" (Katastergesetz) an die Stammesführer kostenlos übereignete, nun freiwillig sich dazu bereitfand, hohe Entschädigungssummen zu zahlen. Dem Großgrundbesitzer Misch'an Al-Faisel, einem der Führer des großen Stammes Schammer in der Provinz Mosel, wäre beispielsweise demnach ein monatliches Einkommen, alleine aus staatlichen Entschädigungsmitteln, in der Höhe von 10 503 ID (ca. 115 000 DM) für die Dauer von 20 Jahren ganz sicher gewesen.[2] Die enteigneten Ländereien sollten dann in kleinen Einheiten, 30-60 Donem (7,5 bis 15 ha) im Bewässerungsfeldbau bzw. 60-120 Donem (15 bis 30 ha) im Regenfeldbau, an die besitzlosen Bauern gegen ein Entgelt, je nach Bodenqualität, verteilt werden. Nach dem Agrarreformgesetz sollte das Land an berufsmäßige Bauern, die zuletzt als Pächter oder Anteils-

---

1) Nach Annual Abstract of Statistics 1972, S. 371, betrug das Pro-Kopf-Einkommen 1960 63,1 ID. Der Wechselkurs für ein ID bewegte sich damals um 11 DM.

2) Vgl. M. Talabani, a.a.O., S. 43

bauern gearbeitet hatten, verteilt werden. Damit wurde die große Masse der Bauern, die als Saisonarbeiter und/oder als Arbeitslose auf dem Lande umherzogen, ausgeschlossen.[1)]

Zu den strukturellen Mängeln des Agrarreformgesetzes kam noch eine schleppende Durchführung des Gesetzes durch die Bürokratie hinzu, so daß sieben Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erst 23 % der enteigneten Böden neu verteilt worden waren. Das Fehlen von Genossenschaften führte dazu, daß die Bauern weiterhin in der Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern blieben, weil letztere das Monopol über die Produktionsmittel (Saatgut, Wasserpumpen, Arbeitsgeräte etc.) besaßen.
Die Agrarreform leitete zwar die Beendigung der ökonomischen Machtstellung der Großgrundbesitzer ein, konnte aber wegen der genannten Gründe den Marginalisierungsprozeß des Agrarsektors nicht stoppen, geschweige denn dynamische Entwicklungsprozesse in Gang setzen. Nach den Berechnungen der FAO ging der Index der Agrarproduktion von 122 im Jahre 1957/1958 (Durchschnitt der Jahre 1952/53 bis 1956/57 = 100) auf 99 im Jahre 1963/1964 zurück. Entsprechend ist der Index der Pro-Kopf-Produktion von 117 auf 88 im selben Zeitraum zurückgegangen.[2)] Die Landflucht hielt weiterhin an, so daß die Masse der marginalisierten Bevölkerung in den Städten, die Bewohner der Sarifa (Hütten aus Schilfmatten und Lehm), immer größer wurde.

Angesichts dieser enttäuschenden Ergebnisse der ersten Agrarreform erfolgte im Mai 1970 eine zweite Agrarreform mit dem Ziel, die Höchstgrenze für agrarischen Grundbesitz je nach Bodenqualität zu modifizieren und die Verteilung von enteigneten Böden und die Bildung von Genossenschaften stärker voranzutreiben.

---

1) Vgl. ebenda, S. 46
2) Zitiert in Didden, a.a.O., S. 48

4.2.3 Marginalisierung als Strukturmerkmal der Unterentwicklung

Historisch gesehen setzte der Marginalisierungsporzeß im Irak zu Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem Niedergang des Handwerks ein. Die durch den Import von relativ billigen europäischen Fertigprodukten niederkonkurrierten Handwerker fanden keine neue Beschäftigungsmöglichkeiten, weil Ansätze zu einer importsubstituierenden Industrialisierung erst 30 Jahre später sichtbar wurden.
Dem folgte, wie bereits gezeigt wurde, der Niedergang des Agrarsektors und damit die Verelendung des größten Teils der irakischen Bevölkerung. Der schnellere Zuwachs der Stadtbevölkerung als der der Landbevölkerung nach 1930 zeigte den Beginn eines Urbanisierungsprozesses an. Dieser basierte aber nicht, wie dies zu Zeiten der Entwicklung des Kapitalismus in Europa der Fall war, auf der Entstehung von Industriebetrieben in den Städten, sondern eher auf der Entstehung eines Dienstleistungssektors,[1] vermittelt über die neue Funktion des Irak als einem erdölexportierenden Land. Die Abwanderung in die Städte war weniger ein Prozeß der Freisetzung von überschüssigen Arbeitskräften - infolge von Produktivitätserhöhung im Agrarsektor - als vielmehr das Ergebnis sowohl extremer Ausbeutung als auch stagnierender Produktion mit verhehrenden Folgen für die Ernährungssituation der Landbevölkerung. "Ausgangspunkt der Landflucht sind vor allem die Gebiete der landwirtschaftlichen Riesenbetriebe im Raume von Kut und Amara. Die Abhängigkeit der Fellachen vom Grundherrn mag noch so stark und vollständig sein - sobald eine Familie einmal das Stammesland und damit auch die Stammesbindungen aufgegeben hat und in die Stadt abgewandert ist,

---

1) Dazu gehört auch die Ausweitung des Staatsapparates, vor allem aber die Etablierung von Polizei und Armee um 1920. Obwohl das Einkommen der niederen Ränge bei Armee und Polizei weit unter dem Lohnniveau in den Städten lag, strömte die ruinierte Landbevölkerung "freiwillig" hinein, um wenigstens die täglichen Mahlzeiten, so jedenfalls bei der Armee, kostenlos zu erhalten, zumal man des Lesens und des Schreibens nicht kundig zu sein brauchte.

hat der Scheich alle Verfügungsgewalt über sie verloren ... In manchen Teilen des unteren Tigrisgebiets hat sich die landwirtschaftliche Bevölkerung bereits auf die Hälfte verringert."[1)]

Die Provinz Amara gehört zu den unterentwickeltsten Regionen im Irak und war des öfteren Schauplatz von Bauernaufständen.[2)] Warriner beobachtete Anfang der fünfziger Jahre die Landflucht aus dieser Provinz in einem Umfang von täglich zehn mit Menschen vollbeladenen Lastwagen, die in Richtung Bagdad abfuhren.[3)]

Das Ausmaß der Einwanderung aus dem Lande in die Städte Bagdad und Basra wird von Hassan mit präzisen Zahlenangaben belegt. Danach betrug die Zahl der Zuwanderer in die genannten Städte im Jahre 1947 173 000 bzw. 59 000 Personen und vergrößerte die Einwohnerzahl dieser Städte um 22 % bzw. 16,6 %. Bis zum Jahre 1957 stieg die Zahl der Zuwanderer in die Stadt Bagdad auf 322 000 Personen (25,2 % aller Stadtbewohner) und in die Stadt Basra auf 63 000 Personen (12 %).[4)]

Eine neuere Studie beziffert die Zahl der in der Stadt Bagdad zugewanderten Landbevölkerung in dem Zeitraum zwischen 1957 und 1965 mit 210 000 Personen.[5)]

Die Zuwanderer behausten die Sarifa, eine Hütte aus Schilfmatten und Lehm, die etwa vier bis zehn Quadratmeter umfaßt und selten mehr als zwei Meter hoch ist. In solch einem winzigen Raum mußte oft eine ganze Familie wohnen. Die starke Zuwanderung in die Stadt führte zur Entstehung mehrerer großer, slumartiger Wohnorte, einer großen Ansammlung von Sarifas, am Rande der Städte Bagdad und Basra. Aber auch vereinzelte Sarifas entstanden in zunehmendem Maße in der Innenstadt, sei es am Straßenrand oder auf einem freien Grundstück zwischen zwei Villen und

---

1) E. Wirth, a.a.O., S. 124

2) Vgl. Warriner, "Land Reform and Development", S. 152

3) Vgl. ebenda, S. 153

4) Vgl. Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 75

5) Unveröffentlichtes Papier von Atheel al-Jomard, zitiert nach: Penrose, a.a.O., S. 248

dominierten bis Anfang der sechziger Jahre das Stadtbild von Bagdad. Die Bewohner solcher Sarifas wurden aus der Innenstadt gewaltsam verjagt und in neue Slums am Stadtrand eingewiesen.
Die Lebensbedingungen in einem dieser Slums beschreibt Warriner folgendermaßen: "Nightmare new slums are growing ... One such new slum is at Sheikh Omar ... Here some 40 000 people are living in mud huts, rebuilt after being destroyed in the 1954 floods. With the traditional gentle manners they welcome the guest into the filth. There is much trachoma and dysentery, but no bilharzia or malaria, because the water is too polluted for snails and mosquitoes. The infant mortality rate is 250. A woman has a 50:50 chance of raising a child to the age of ten. There are no social services of any kind".[1)]
Eine Untersuchung des irakischen Gesundheitsministeriums vom Jahre 1965 über die Ernährungssituation der Sarifabewohner ergab, daß der Konsum von Datteln und Brot im Vordergrund stand, während der Verbrauch an Vitaminen und tierischem Eiweiß nur die Hälfte von dem der Bewohner eines Vororts in Bagdad mit niedrigem Einkommen betrug.[2)] Die sozialen Entwicklungstendenzen einer Ölexportwirtschaft brachen im Irak Anfang der fünfziger Jahre voll durch. Die von dem traditionellen Agrarsektor "freigesetzten" Arbeitskräfte wanderten in die Städte ab, fanden dort aber keine Arbeitsplätze, weil die interne Nachfrage in zunehmendem Maße durch Importe abgedeckt wurde. Die ohnehin schwach entwickelte Industrie war von ihren Entstehungsbedingungen her kapitalintensiv und konnte nur einen geringen Teil der Migranten absorbieren.[3)] Das Gros der Migranten wurde zu offener oder versteckter Arbeitslosigkeit verurteilt. Während 12,8 % bei der verarbeitenden

---

1) Warriner, Land Reform ..., a.a.O., S. 181

2) Vgl. H.S. Salman, Die Entwicklung und der Strukturwandel der Stadt Bagdad ..., a.a.O., S. 356

3) In Venezuela vollzog sich eine ähnliche Entwicklung. Vgl. W. Hein, "Der Entwicklungsweg Venezuelas", S. 31 f

Industrie eine Beschäftigung fanden, sind 75 % Gelegenheitsjobs nachgegangen,[1] sei es als Lastenträger, Schuhputzer, Zigaretten- oder Losverkäufer. Ein bekanntes und für die irakische Bürokratie bezeichnendes Bild gaben die Migranten in ihrer Funktion als Türsteher (Farraschin) in den Ämtern, um den Besucherverkehr in den Sprechstunden zu regeln sowie Tee für die Beamten zu servieren.

Unter den Migranten befanden sich auch solche, die Vieh besaßen und in die Stadt mitbrachten. "Dadurch tragen sie zur Versorgung Bagdads mit Lebensmitteln, hauptsächlich zur Milchversorgung bei, worauf sie auch Anfang der 50er Jahre das Monopol hatten."[2]

Konzepte zur Konkretisierung des marginalen Sektors sind neuerdings unter der Bezeichnung "informeller Sektor" entwickelt worden. Danach ist der städtische Arbeitsmarkt in zwei Sektoren geteilt. "On the one hand there is the formal sector, in wich organised economic activities are concentrated, and on the other the informal sector, consisting of workers who as a rule are not employed by organised enterprises and correspond in fact to the 'surplus' labour force."[3] Zur Bestimmung des quantitativen Umfangs des "formellen Sektors" wird die folgende Definition vorgeschlagen: "the sector may be defined as comprising all thos engaged in domestic service, casual labourers, the self-employed, and employers, white-collar, blue-collar and family workers in enterprises with a total staff of not more than four persons."[4] In Anlehnung daran lassen sich im Irak folgende Personengruppen dem marginalen Sektor zuordnen:

a) <u>Die offenen Arbeitslosen:</u>

1947 betrug die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung im

---

1) Vgl. A. Al-Jomard, Internal Migration in Iraq, in: A. Kelidar (Hrsg.), The integration of modern Iraq, London 1979, S. 117

2) H.S. Salman, a.a.O., S. 354

3) P.R. Souza and V.E. Tokman, The informal urban sector in Latin America. In: International Labour Review, Vol. 114, No. 3, Nov.-Dec. 1976, S. 356

4) Ebenda.

Irak 2,2 Mio. Personen. Die Zahl der Beschäftigten betrug dagegen nur 1,3 Mio. Personen. Dies bedeutet eine Arbeitslosigkeit in dem Umfang von fast einer Million Personen bzw. 41 % der erwerbsfähigen Bevölkerung. 1957 stieg die offene Arbeitslosigkeit absolut auf 1,5 Mio. Personen und relativ auf 46 %. Davon waren allein fast eine Million Arbeitslose in der Landwirtschaft oder 53 % der dort wohnhaften erwerbsfähigen Bevölkerung, wobei die Saisonarbeiter in der Landwirtschaft hier nicht berücksichtigt worden sind.[1] In den offiziellen Publikationen des irakischen Planungsministeriums ist die Rede von einem "Arbeitskräfteüberschuß". Der UNO-Experte Nils Storm ermittelte in einer statistischen Untersuchung über die Entwicklung der Arbeitskräfte im Irak die Zahlen der offenen Arbeitslosen in den Jahren 1963 bis 1972. Das Ergebnis seiner statistischen Erhebungen wurde in dem vom Planungsministerium herausgegebenen Annual Abstract of Statistics veröffentlicht. Nach seinen Berechnungen betrug die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte (Labour Force) im Jahre 1963 1,9 Mio. und stieg bis 2,8 Mio. im Jahre 1972. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Arbeitslosen von 154 000 auf 181 000 Personen, der Anteil an verfügbaren Arbeitskräften ist aber, wie aus der Tabelle 22 hervorgeht, von 8 % auf 6,3 % zurückgegangen.

Tabelle 22: Offene Arbeitslosigkeit im Irak 1963-1972

Jahr	verfügbare Arbeitskräfte	offene Arbeitslosen	1:2 (in %)
1963	1 941 200	154 100	8,0
1964	2 044 600	192 500	9,4
1965	2 148 000	162 700	7,6
1966	2 251 300	143 800	6,4
1967	2 354 700	154 100	6,5
1968	2 458 100	134 700	5,5
1969	2 561 500	158 700	6,2
1970	2 664 900	158 200	5,9
1971	2 759 100	166 500	6,0
1972	2 858 000	181 400	6,3

Quelle: Nils Storm, UN Manpower Expert, zitiert in: Annual Abstract of Statistics 1972, S. 204

1) Vgl. Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 78 f.

b) Die "versteckten" Arbeitslosen und Unterbeschäftigten:
"Ein beträchtlicher Teil der ökonomisch aktiven Bevölkerung arbeitet erheblich weniger als die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit (oft als Gelegenheitsarbeiter); eine andere Gruppe ist 'versteckt arbeitslos', da in Familienbetrieben (Handel, Handwerk, Landwirtschaft) oft viel mehr Personen 'beschäftigt' sind als ökonomisch notwendig."[1] Die Unterbeschäftigung im Irak tritt hauptsächlich in der Form von saisonaler Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft auf. In einem Bericht der FAO wird der Anteil der unterbeschäftigten an den beschäftigten Personen in der irakischen Landwirtschaft auf 75 % bis 80 % geschätzt.[2] Auch erhebliche Teile der im Dienstleistungssektor und im Staatsapparat tätigen Personen, die statistisch sehr schwer zu erfassen sind, dürften unterbeschäftigt sein. Der größte Teil der Sarifabewohner in den Städten ist, wie bereits erwähnt, unterbeschäftigt.
c) Beschäftigte in marginalen Bereichen:
"Ein großer Teil der Beschäftigten im tertiären Sektor und in der Landwirtschaft arbeitet wohl 40 Stunden und mehr, aber verfügt weder über ein zum Lebensunterhalt ausreichendes Einkommen noch tragen sie in relevantem Umfange zum gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß bei. Neben Subsistenzbauern gehören etwa Losverkäufer, Schuhputzer und auch bestimmte Handwerkszweige in diese Kategorie."[3] Im Irak ist dies vor allem im Agrarsektor der Fall. Wie bereits gezeigt wurde, ist der Beitrag dieses Sektors zum Bruttoinlandsprodukt sehr niedrig,obwohl über die Hälfte der Arbeitskräfte im Irak dort beschäftigt sind.

4.2.4 Die blockierte importsubstituierende Industrialisierung

Wie bereits angedeutet, ist die Entwicklung der einheimischen Handwerksindustrie durch die Expansion des Import-

1) W. Hein, "Der Entwicklungsweg Venezuelas", S. 36
2) Zitiert in Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 79
3) W. Hein, "Der Entwicklungsweg Venezuelas", S. 37

handels nachhaltig beeinträchtigt worden. Noch Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der inländische Bedarf durch diese Industrie gedeckt und es erfolgten sogar Exporte in die Nachbarländer. Das Textilhandwerk beschäftigte um 1866 ca. 3500 Weber, bis 1934 schrumpfte diese Zahl auf 120.[1)]

Die ersten Industriebetriebe entstanden Anfang des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit dem Export von agrarischen und tierischen Erzeugnissen. Diese Betriebe können nur bedingt als industrielle bezeichnet werden, weil dort, wenngleich maschinelle Kraft eingesetzt wurde, weniger eine Verarbeitung der Vorprodukte stattfand als vielmehr deren Verpackung zum Zwecke einer Rationalisierung des Exports. Die Tätigkeit solcher Betriebe erstreckte sich auf die Verpackung von Schafwolle und von Datteln, auf das Gerben von Häuten und auf die Entkernung von Baumwolle.

Erst während des Zweiten Weltkriegs, also mehr als 30 Jahre nach dem Ruin des einheimischen Handwerks, konnte eine nationale Industrie entstehen, die bis auf wenige Grundstoffe ausschließlich Konsumgüter produzierte. Die mit dem Kriegsgeschehen verbundene Umstellung der Produktionsstruktur in den kapitalistischen Ländern war der entscheidende Faktor für die Entstehung einer Importsubstitutionsindustrie im Irak, wie dies in vielen peripheren Ländern der Fall war. Im Gegensatz zu den lateinamerikanischen Ländern vollzog sich diese Art von Industrialisierung im Irak in einem zu langsamen Tempo, als daß sie eine eigene Dynamik hätte entwickeln können. In einem Zeitraum von ca. 15 Jahren (zwischen 1935 und 1950) entstanden im Irak die ersten Fabriken zur Herstellung von Textilien, Zigaretten, Schuhen, Seife, Pflanzenölen und Bier. Auf dem Gebiet der Grundstoffindustrie entstanden lediglich einige moderne Ziegeleien, eine Zementfabrik und eine kleine Erdölraffinerie.

---

1) Vgl. K. Langley, The Industrialization of Iraq, Cambridge 1967, S. 29 f.

Die Akkumulationsquellen der jungen Industrie im Irak bestanden fast ausschließlich in den extorbitanten Gewinnen in der Handelssphäre, die aufgrund der Warenknappheit während des Krieges erzielt werden konnte. Diese Situation hat sich nach dem Krieg insofern geändert, als der Import von industriellen Produkten in stärkerem Umfang wiederaufgenommen wurde. Die Akkumulationsraten blieben niedrig, weil erstens das agrikole Mehrprodukt, bedingt durch die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, nicht in die junge Industrie gelangen konnte und zweitens eine Rückverschiebung der Profitrate zugunsten der Handels- und Immobilienkapitale stattfand. Die sehr hohen Profitraten in der Handels- und in der Immobiliensphäre verlangsamten nicht nur den Kapitaltransferprozeß von den beiden Sphären in den Industriesektor, sondern induzierten sogar einen Rückfluß der im Industriesektor erzielten und ohnehin geringen Profitmasse. Für Ende der fünfziger Jahre berechnete Hassan ein gesamtwirtschaftliches Gewinnvolumen (außer Erdöl und Landwirtschaft) von 43 Mio. ID. Davon entfielen 55 % auf den Handel, 21 % auf Immobilien und nur 12 % auf die Industrie.[1] Die Bruttofixkapitalbildung, eine statistische Hilfsgröße für den Umfang der jährlichen Kapitalakkumulation, ging im Industriesektor absolut von 16,7 Mio. ID (1957) auf 9 Mio. ID (1960) und relativ von 15,7 % auf 7,5 % zurück.[2]

Der Beitrag des Industriesektors zum Bruttoinlandsprodukt betrug bis 1954 6 %, ist danach langsam angestiegen und erreichte im Jahre 1960 ein bis heute noch nicht übertroffenes Maximum von 10 %. (Siehe Tabelle 15)

Ein wesentliches Strukturmerkmal der kapitalistischen, importsubstituierenden Industrialisierung im Irak ist ihre starke Abhängigkeit vom Ausland und, damit verbunden, ein sehr niedriger Grad ihrer Verflechtung mit der

---

1) Vgl. Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 324

2) Vgl. J. Hashim, "Die Fixkapitalbildung", S. 16

einheimischen Wirtschaft. Eine Analyse des Kapitalinputs in den irakischen Industriesektor im Zeitraum 1960-1964 (Daten über frühere Perioden sind leider nicht zugänglich) zeigt deutlich, daß die verarbeitende Industrie den überwiegenden Teil des Fixkapitals aus dem Ausland beziehen mußte. Wie aus der Tabelle 23 hervorgeht, schwankte der Anteil des aus dem Ausland bezogenen Fixkapitals an dem gesamten, in der irakischen Industrie eingesetzten Fixkapital zwischen 64 % und 78 %. Im Jahre 1964, also fast 30 Jahre nach dem Beginn des Industrialisierungsprozesses im Irak, betrug dieser Anteil immer noch 68 %. Aus dem inländischen Bausektor bezog die einheimische Industrie 1960 18 % und 1964 immerhin 29 % ihres Anlagekapitals. Dabei handelte es sich aber offensichtlich um die Erstellung von Gebäuden und Fabrikhallen. Die eigene Versorgung der verarbeitenden Industrie mit Produktionsmitteln war in den Jahren 1960-1964 immer noch auf einer sehr niedrigen Stufe verharrt und dürfte in den davorliegenden Jahren nicht besser gewesen sein. Nur 2 % bis 4 % des eingesetzten Anlagekapitals wurden in der irakischen Industrie selbst hergestellt.

Das beschriebene Ergebnis der importsubstituierenden Industrialisierung im Irak wirft die Frage auf, weshalb dieser Prozeß nicht einmal die begrenzten Erfolge der Industrialisierung in Lateinamerika herbeiführen konnte. Selbst im Vergleich mit den umliegenden Ländern Ägypten und der Türkei gilt der "Technisierungsgrad" im Irak als zu niedrig.[1)] Die Berechtigung dieser Frage leitet sich aus der Tatsache her, daß sich für den Irak das Problem des "externen Engpasses" als Haupthindernis für wirtschaftliche Entwicklung nicht stellte. Mit dem Problem des "externen Engpasses" wird ganz allgemein gesagt, "daß die quantitative und qualitative Zusammensetzung des externen Sektors - also der Handels- und Zahlungsbeziehungen mit Drittländern - aufgrund vorgegebener Struktur-

1) Vgl. A. Alkazaz, a.a.O., S. 227

Tabelle 23: Kapitalinputanalyse für die verarbeitende Industrie (1960 - 1964)

Bezugsquelle	1960		1961		1962		1963		1964	
	in Mio.ID	in %	in Mio.ID	in %	in Mio.ID	in %	in Mio.ID	in %	in Mio.ID	in %
Ausland	7,0	78	8,4	65	13,3	64	15,2	72	15,2	68
Bausektor	1,6	18	4,0	31	7,2	34	5,5	26	6,6	29
Verarb. Industrie	0,4	4	0,5	4	0,4	2	0,3	2	0,6	3
Zusammen	9,0	100	12,9	100	20,9	100	21,0	100	22,4	100

Quelle: Zusammengestellt und errechnet nach J. Hashim, Die Fixkapitalbildung im Irak 1957 - 1970, Bagdad 1972, Anhang (arab.)

verzerrungen nicht hinreicht, jenen Bestand an Hartwährungsdevisen zu realisieren, der als Grundlage für eine entsprechende Importkapazität notwendig wäre zur Durchsetzung der jährlichen Zielwachstumsrate."[1)]
Selbst wenn wir die sinkenden Preise für Rohöl in den 60er Jahren und die bis 1973 im Vergleich mit den anderen erdölexportierenden Ländern niedrigen Zuwachsraten des irakischen Ölexports in Rechnung stellen, stand der Irak niemals vor dem Problem, eine "foreign exchange gap" schließen zu müssen. 1956 legte die Beratungsfirma Arthur D. Little der irakischen Regierung ein Industrialisierungsprogramm vor, dessen Verwirklichung in einem Zeitraum von sechs bis sieben Jahren eine Gesamtinvestition von 43 Mio. ID erfordert hätte.[2)] Die Nettodeviseneinnahmen des Irak aus dem Ölexport nach Abzug des Profittransfers durch die ausländischen Ölkonzerne betrugen in dem betreffenden Zeitraum (1957-1963) 610,3 Mio. ID; dennoch wurde dieses Programm nicht ansatzweise verwirklicht. Das Entwicklungsmodell der "Export Economy" konstatierte, daß Wachstum und Strukturwandel in den peripheren Ländern ausschließlich durch steigende Exporteinnahmen erreicht werden könne. "Die spezifische Struktur des für die "Export Economy" typischen Exportsektors bringt es jedoch mit sich, daß selbst bei relativ günstigen aggregierten Exporteinnahmen ein hinreichender Anstoß zu fortschreitender Diversifikation und Integration der inländischen Produktionsstruktur praktisch nicht vermittelt werden kann."[3)]
D. Ernst kennzeichnet in seinem zitierten Diskussionsbeitrag zu den Grenzen der importsubstituierenden Industrialisierung die Hauptursachen für die Unfähigkeit der "Export Economy", auf hinreichenden Exporteinnahmen einen fort-

---

1) D. Ernst, Wirtschaftliche Entwicklung durch Importsubstituierende Industrialisierung? In:Argument 79, Berlin 1973, S. 353 f.

2) Detaillierte Angaben zu diesem Programm befinden sich in: H. Didden, a.a.O., S. 112 f.

3) D. Ernst, a.a.O., S. 362

schreitenden und dauerhaften Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung aufzubauen, folgendermaßen:[1)]

1. die Struktur der exportierten Gütergruppen, - d.h. also die Dominanz der Primärgüter und die Beschränkung auf ganz wenige Hauptexportgüter, was zu der hochgradig einseitigen und instabilen Monoexportstruktur führte.
2. Die Besitzstruktur im Exportsektor kennzeichnet sich durch eine faktische Vorherrschaft des ausländischen Kapitals.
3. Die Art des Produktionsprozesses im Exportsektor, der im Rahmen vollständig von der übrigen Volkswirtschaft isolierter Enklaven mit transplantierter Technologie und ohne die geringsten linkage-Effekte abläuft.
4. Ein entsprechend minimaler Beschäftigungs- und Einkommenseffekt, der, soweit überhaupt vorhanden, in personaler, funktionaler und regionaler Hinsicht extrem ungleichmäßig verteilt ist.

Die Konstanz dieser Strukturspezifika hält im Irak bis auf die Nationalisierung der ausländischen Ölgesellschaften in den Jahren 1972 bis 1974 mehr oder weniger bis heute an. Dazu kommt noch ein ungünstiges Zusammenfallen von unveränderter Agrarstruktur und eine durch die Aufblähung des Dienstleistungssektors bewirkte überproportionale Urbanisierungsrate und eine damit einhergehende Disparität zwischen einem volumenmäßig stagnierenden und ungünstig strukturierten Nahrungsmittelangebot und einer rasch ansteigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln mit der Folge eines tendenziell anwachsenden Nahrungsmitteldefizits, das durch entsprechend steigende Importe gedeckt werden muß.[2)]

Die blockierte importsubstituierende Industrialisierung im Irak war die primäre Ursache für die Verstaatlichung aller großen Industriebetriebe 1964 und für die zunehmende Bedeutung des Staatssektors im Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung.

---

1) Ebenda, S. 362 f.

2) Vgl. ebenda, S. 376

Der innere Markt erfuhr in der Phase der kapitalistischen importsubstituierenden Industrialisierung keine wesentliche Ausweitung. Als weiteres Strukturmerkmal dieser Industrie können die geringen Beschäftigungseffekte aufgrund einer relativ hohen Kapitalintensität angesehen werden. Daher war ihr Beitrag zur Erhöhung des Masseneinkommens bzw. der effektiven Nachfrage auch deshalb beschränkt, weil nicht nur die Lohnsumme, sondern auch das Lohnniveau aufgrund eines Überangebots auf dem Arbeitsmarkt relativ niedrig war. Nach einer Untersuchung des Sozialministeriums aus dem Jahre 1953 bewegte sich der durchschnittliche Wochenlohn bei einer durchschnittlichen Arbeitsstundenzahl von 51 bis 56 Stunden in der Woche, je nach Betriebsgröße, zwischen 2,108 Irakischer Dinar (damals ca. 23 DM) und 2,765 Irakischer Dinar (ca. 29 DM).[1)]
Die Begrenzung des inneren Marktes wurde hauptsächlich durch drei Faktoren bedingt. Erstens gilt die Größe der irakischen Bevölkerung im Vergleich mit anderen unterentwickelten Ländern, insbesondere mit solchen, deren importsubstituierende Industrien relative Erfolge aufweisen, als zu gering. 1947 betrug die Bevölkerungszahl 4,8 Mio. und stieg 1957 auf 6,3 Mio. Einwohner an.[2)] Gegenüber damals bedeutet die gegenwärtige Bevölkerungszahl von 12 Mio. Einwohnern zwar eine enorme Ausweitung des inneren Marktes, gilt aber nach wie vor als relativ niedrig. Zweitens betrug das Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1956 ohne Erdöleinnahmen nur ca. 40 ID (120 $)[3)] und reflektiert damit eine geringe Massenkaufkraft. Drittens schränkte die kraß ungleiche Einkommensverteilung eine massenwirksame Nachfrage noch mehr ein. Nach K. Langley betrug das Einkommen aus Miet-, Profit- und Zinseinnahmen im Jahre 1956 insgesamt 120 Mio.ID und machte fast 54 % des Volkseinkommens (ohne Erdöleinnahmen) aus.[4)] In der Ta-

---

1) Zitiert nach K. Langley, a.a.O., S. 309, Anm. 6
2) Vgl. Tabelle 19
3) Vgl. K. Langley, a.a.O., S. 244
4) Vgl. ebenda, S. 245

belle 24 werden detaillierte Angaben über das prozentuale Verhältnis von Lohn- und Gewinneinkommen gemacht. Danach betrug der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen im Jahre 1953 nur 23,1 %, im Jahre 1964 28,5 % und im Jahre 1969 immerhin 31,3 %. Es darf also niemanden wundern, daß die Masse der Bevölkerung keine allzu große effektive Nachfrage entfalten konnte.

Tabelle 24: Das Verhältnis zwischen Lohn- und Gewinneinkommen

	1953	1964	1969
Löhne und Gehälter in %	23,1	28,5	31,3
Gewinneinkommen in %	76,9	71,5	68,7
Zusammen (Volkseinkommen)	100	100	100

Quelle: J. Hashim u.a., "Einschätzung des wirtschaftlichen Wachstums im Irak", S. 232

Demzufolge war die Produktion zum überwiegenden Teil auf die Nachfrage der gehobenen Einkommensschichten orientiert.

Die Beschränkung des inneren Marktes als einem hemmenden Faktor bei der importsubstituierenden Industrialisierung des Irak muß hinsichtlich ihrer Bedeutung aber insofern relativiert werden, als die damals verfolgte Importpolitik zum Abwandern von Teilen der effektiven Nachfrage ins Ausland führte und somit eine weitgehende Deckung des inländischen Bedarfs an industriellen Gütern durch die einheimische Industrie verhinderte. Hassan konstatiert, daß die einheimische Produktion von Textilien aus Schafwolle erst zu Beginn der fünfziger Jahre, also 25 Jahre nach der Produktionsaufnahme, die interne Nachfrage annähernd befriedigen konnte. Die Produktion von Textilien aus Baumwolle konnte dagegen nur ein Viertel der inländischen Nachfrage decken.[1] Nach einer Marktstudie des "Indian

1) Vgl. M.S. Hassan, "Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak", S. 323

Institute of Foreign Trade" wurde 1965 53 % des inländischen Bedarfs an Jute-Produkte durch Importe gedeckt. Die Studie machte präzise Angaben über die interne Nachfrage nach einer Reihe von industriellen Produkten, die im Land noch gar nicht hergestellt wurden, wie z.B. elektrische Ventilatoren (110 000 Stück im Jahre 1966 und voraussichtlich 162 000 Stück im Jahre 1970), Nähmaschinen (25 000 Stück 1966 und voraussichtlich 37 000 Stück 1970), Rasierklingen (36 Mio. Stück 1966 und voraussichtlich 43 Mio. Stück 1970), Fährräder und Ersatzteile (25 000 Stück bzw. 600 t 1966 und voraussichtlich 37 000 Stück bzw. 720 t 1970) und elektrisches Kabel (1 600 t 1966 und voraussichtlich 2 200 t 1970).[1)]

Angesichts der Möglichkeit von billigen Importen und des Fehlens einer systematischen Industrialisierungspolitik bis zum Beginn der 70er Jahre ist es nicht verwunderlich, daß der Industrialisierungsprozeß im Irak, schon im Vergleich mit anderen Ländern der Peripherie, geschweige denn mit den Ländern der "Ersten Welt", wenig dynamisch war. Die Hauptbarrieren der importsubstituierenden Industrialisierung im Irak brachte die spezifische Weltmarktintegration des Landes und die damit verbundene Funktion als Exporteur von Rohöl. Denn ähnlich wie in Venezuela bis 1950 hemmten die Öldevisen die Entwicklung der produktiven Sektoren, förderten aber im gleichen Maße die Expansion des Importhandels.[2)] Gelang es einigen Gruppen der Bourgeoisie in Venezuela, politische Machtpositionen zu erkämpfen und damit einen industriellen Wachstumsprozeß zu Beginn der 50er Jahre einzuleiten, so blieb die irakische Bourgeoisie auch nach der Revolution vom Juli 1958 von einer effektiven Beteiligung an der Staatsmacht ausgeschlossen. Als Folge ihrer politischen Niederlage nach dem Sturz des Kassem-Regimes schränkte die irakische In-

---

1) Indian Institute of Foreign Trade, Markt Survey Report in Iraq, New Delhi 1966, S. IX-XXIX

2) Vgl. W. Hein, "Der Entwicklungsweg Venezuelas", S. 30

dustrie-Bourgeoisie ihre Investitionsaktivitäten erheblich ein.[1] Dieser Umstand und nicht die von vielen Autoren behauptete inspirierende Ausstrahlung des ägyptischen Sozialismus-Modells war die eigentliche Ursache für die Verstaatlichungsmaßnahmen im Juli 1964. Damit wurde die Ära der Staatsbourgeoisie, deren klassenmäßiger Ursprung im Kleinbürgertum zu suchen ist, eingeleitet.

4.3 Politische Transformationen und Aufstieg der Staatsbourgeoisie

Nach dem bewaffneten Massenaufstand im Jahre 1920 wurde Großbritannien gezwungen, seine Kolonialpolitik im Irak neu zu formulieren. Bis zur formellen Unabhängigkeit des Irak im Jahre 1932 wurde ein perfektes System von neokolonialen Beziehungen zu dem jungen Staat installiert. Dazu gehört die Vergabe der Konzessionen an die Ölkonzerne, die Errichtung von britischen Militärbasen im Irak und die Anbindung der irakischen Währung an das Pfund Sterling. Kernstück der englischen Politik war jedoch die Privilegierung der Stammesführer, die in einer Klassenallianz mit der städtischen Kompradorenbourgeoisie die soziale Stütze der neu etablierten Monarchie bildeten. Die konstitutionelle Monarchie sollte nach englischem Muster funktionieren, offenbarte sich aber als eine Farce. Der bürgerliche Politikwissenschaftler M. Khadduri stellt im Hinblick auf das Funktionieren dieses politischen Systems resignierend fest: "Soon after independence, however, this system began to appear meaningless, because the ruling élite betrayed authoritarian tendencies and had little respect for parliamentary processes."[2] Parlamentswahlen wurden willkürlich angesetzt und ständig manipuliert.[3] Gelang es trotz der Manipulation manchmal doch einigen demokratischen Reformern, einen

---

1) Vgl. H. Didden, a.a.O., S. 120

2) M. Khadduri, Republican Iraq, London 1969, S. 5 f.

3) Vgl. Penrose, a.a.O., S. 94

Sitz zu erhalten, so wurde die Auflösung des Parlaments nach kurzer Zeit verfügt.
Widersprüche und Fraktionskämpfe innerhalb der Allianz zwischen der königlichen Familie, der städtischen Kompradorenbourgeoisie und den Stammesführern als einer neuen Grundbesitzerklasse traten immer wieder auf und nahmen mitunter die Form von gewaltsamen Auseinandersetzungen an. Mit der Forderung nach größerer Beteiligung an der Staatsmacht rebellierten 1935 die Scheichs im Südirak und erzwangen die Einsetzung eines neuen Kabinetts. Im Gegenzug dazu putschte das Militär zum erstenmal in der Geschichte des Irak am 29. Oktober 1936 und erzwang wiederum eine neue Regierung. In der Zeit von 1932 bis 1939 amtierten 12 verschiedene Kabinette, manche von ihnen nur für die Dauer von 12 Tagen.[1)]
Nach dem Zweiten Weltkrieg konsolidierte sich jedoch das Bündnis zwischen den herrschenden Klassen und brachte einen "starken Mann" hervor, der bis 1958 als Garant sowohl für die Interessen der herrschenden Klasse als auch für die Interessen Großbritanniens agierte. Nuri Al-Said bekleidete häufig das Amt des Außenministers und des Ministerpräsidenten und war für sein scharfes Vorgehen gegen die irakische Opposition bekannt. Unter seiner Regie trat der Irak 1955 dem imperialistischen Bagdad-Pakt bei.
Während der Monarchie bildeten sich drei wichtige politische Parteien heraus, die als Interessenvertreter der oppositionellen Kräfte agierten und in scharfem Widerspruch mit der Oligarchie standen. Diese waren die Nationaldemokratische Partei (NPD), die Irakische Kommunistische Partei (IKP) und die Baath-Partei.
Die NPD entwickelte sich aus der Ahali-Gruppe, die sich bereits 1932 um die Zeitung "Ahali" zusammenfand. Die Partei setzte sich aus bürgerlich-liberalen Kräften zusammen und adoptierte weitgehend das Gedankengut der

---

1) Vgl. ebenda, S. 85 ff.

europäischen Aufklärung und der französischen Revolution. Ideologisch grenzte sich die NPD vom Sozialismus und vom Klassenkampf ab und schrieb soziale Reformen, einschließlich Agrarreform, auf ihre Fahnen. Sie verteidigte das freie Unternehmertum und plädierte für staatliche Maßnahmen zum Schutz der nationalen Industrie gegen die ausländische Konkurrenz. Obwohl die NPD die Sympathie des Anführers der freien Offiziere und späteren Ministerpräsidenten Abdul Karim Kassem genoß, vermochte sie weder während der Monarchie noch während der Republik ab 1958 zu einer politischen Kraft zu werden. Zwar befanden sich in ihren Reihen prominente Persönlichkeiten, die im politischen Leben eine wichtige Rolle spielten, wie z.B. Kamil Al-Chadirchi und Mohammed Hadid; sie blieb jedoch zahlenmäßig und organisatorisch relativ schwach und konnte auch nach dem Sturz der Monarchie keine massenwirksame Aktionen betreiben, trotz entscheidender Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Die soziale Basis der NPD bildete die zahlenmäßig und ökonomisch schwach entwickelte nationale Bourgeoisie, die ab 1963 auf jegliche politische Artikulation verzichtet hatte und somit als Partei von der Bildfläche verschwunden ist. Damit ist aber die ökonomische Rolle der nationalen Bourgeoisie keineswegs beendet worden, wenn auch die Verstaatlichungsmaßnahmen von 1964 ihr einen schweren Schlag versetzt hatten. Seit 1973 zeichnen sich gewisse Tendenzen für eine ökonomische Reaktivierung der nationalen Bourgeoisie ab, und zwar trotz oder vielleicht gerade wegen der zunehmenden Bedeutung des Staatssektors.[1] Damit soll die Möglichkeit für neue Versuche der nationalen Bourgeoisie, sich in Zukunft politisch zu artikulieren, angedeutet werden.

Die Irakische Kommunistische Partei wurde 1934 gegründet und galt als die durchweg bestorganisierte unter den oppositionellen Parteien während der Monarchie. 1948 profi-

1) Dies gilt insbesondere für die Bauunternehmer, deren Geschäfte durch staatliche Aufträge blühten.

lierte sich die IKP durch die Organisierung einer massenhaften Demonstrations- und Streikbewegung gegen den Abschluß eines Bündnisvertrages mit Großbritannien (Portsmouth Treaty).[1] Der Vertrag, der eine Befestigung der neokolonialistischen Herrschaft Englands über den Irak vorsah, wurde von der starken Massenbewegung zu Fall gebracht. Darauf reagierte die herrschende Klasse mit gezielter Repression gegen die IKP und ließ zwecks Abschreckung den Gründer und Generalsekretär der Partei und drei weitere Mitglieder des Politbüros 1949 hinrichten. Die Standfestigkeit der kommunistischen Führer verwandelte die Abschreckung in ihr Gegenteil, und der Ausruf des Generalsekretärs vor seiner Hinrichtung "Der Kommunismus ist stärker als die Eisenketten und gewaltiger als die Galgen" ist in die Tradition der IKP eingegangen. Erst drei Jahre später war die Kommunistische Partei aufgrund verstärkter Aktivitäten im Untergrund wieder in der Lage, eine neue Erhebung gegen die Monarchie zu organisieren: Eine Initiativrolle spielte die IKP auch bei der Gründung der Nationalen Front 1956, die alle oppositionellen Kräfte, wenn auch nicht für sehr lange Zeit, vereinigte. Die soziale Struktur der Mitglieder der IKP kennzeichnete sich durch die Dominanz von Intellektuellen kleinbürgerlicher Abstammung, insbesondere in den Führungsgremien. Eine Tatsache, die M. Farouk-Sluglett darauf zurückführt, daß sich der Prozeß der Herausbildung der Arbeiterklasse noch im Anfangsstadium befand. Bei einer städtischen Bevölkerung von insgesamt 2,6 Mio. Einwohnern betrug die Zahl der in der verarbeitenden Industrie beschäftigten Personen im Jahr 1954 ca. 90 000.[2] Diese Zahl umfaßt aber auch die Eigentümer von kleineren Industrie- und Handwerksbetrieben, deren Anteil beträchtlich sein dürfte. Harris gibt an, daß die Zahl der Lohn-

---

1) Vgl. Penrose, a.a.O., S. 121

2) Vgl. M. Farouk-Sluglett, Contemporary Iraq, in: Review of Middle East Studies, Number Three, Londen 1978, S. 91 u. 94

arbeiter in dem betreffenden Jahr nur 38 000 betrug.[1] Bei den ausländischen Ölgesellschaften waren im selben Jahr knapp 12 000 einheimische Arbeitskräfte beschäftigt.[2] Der Zulauf von kleinbürgerlichen Kräften zu der IKP nahm nach der Julirevolution 1958 infolge der damit verbundenen Freisetzung von sozialen Kräften und einem starken Nachholbedürfnis nach politischer Artikulation ein immenses Ausmaß an und machte sie zur größten Partei im Irak und im Nahen Osten. Während die NPD für das irakische Kleinbürgertum nicht radikal genug war, konnte die Baath-Partei diese Schichten trotz ihrer radikalen Parolen deshalb nicht polarisieren, weil sie bis dahin noch keine Tradition hatte. Dazu kommt, daß die Baath-Partei schon sehr früh mit der noch populären Führung der Revolution wegen der Frage der sofortigen Einheit mit der Vereinigten Arabischen Republik (Ägypten und Syrien) in Konflikt geriet und sich in eine Außenseiterposition drängen ließ. Die IKP, nunmehr stärkste Partei im Irak, vermochte aber trotz der ungeheuren Ausweitung ihrer Massenbasis keinen entscheidenden Einfluß auf das neue Regime zu nehmen.[3] Sie gab sich der Illusion hin, das neue Regime würde die versprochenen Wahlen durchführen, d sie mit hoher Wahrscheinlichkeit hätte gewinnen könne Genau deshalb hatte das Kassem-Regime die Wahlen nie stattfinden lassen. Die Inkongruenz zwischen Ideologie und sozialer Basis der IKP lähmte ihre Aktionsfähigkeit und war die eigentliche Ursache für ihre falsche Politik und für die schwere Niederlage im Februar 1963, als sie dem gestürzten Kassem-Regime zu Hilfe eilte. Als konsequente Interessenvertreter des Kleinbürgertums hat sich die (in Anlehnung an die

---

1) Vgl. Georg L. Harris: Iraq-its People, its Society, its Culture, HRAF press, New Haven 1958, S. 215

2) Vgl. Al-Moohoor, a.a.O., S. 45

3) Die Behauptung von B. Vernier in seiner Irak-Monographie (L'IRAK d'aujourd'hui, Paris 1963, S. 195 ff.), die Kommunisten wären an der Regierung beteiligt, trift nicht zu. Der Wirtschaftsminister I. Kubbah gilt zwar als ein marxistischer Wirtschaftswissenschaftler, distanzierte sich aber bei mehreren Gelegenheiten von den kommunistischen Parteien. Vgl. sein Plädoyer vor dem Revolutionsgericht im Febr.1964, veröffentlicht als Buch unter dem Titel: "Der Weg des 14. Juli", Beirut 1969, S. 114 u. 129

bereits in den vierziger Jahren von Aflaq in Syrien entwickelten Ideen über Einheit, Freiheit und Sozialismus in der arabischen Welt) im Irak 1952 gegründete Baath-Partei profiliert. "The lower middle class, or petite bourgeoisie (a wide and growing class of professionally qualified people and army officers, as well as shopkeepers), greatly outnumbered both the bourgeoisie and the working class. This class was continually increasing in numbers as a result of the new educational opportunities, since education was the main channel of upward social mobility. Many of these officers, teachers, doctors, civil servants and so forth had themselves been recruited from the very lowest strata of the petite bourgeoisie and thus brought to their new positions a certain degree of concern for social justice and equality, since many of them could remember the hardships endured by their own families."[1] Bis zu ihrer Verankerung brauchte die Baath-Partei im Irak allerdings eine lange Anlaufzeit, da ihre potentielle Sozialbasis zunächst weitgehend unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei stand. Daher führte die Baath-Partei nach 1958 einen verbissenen Kampf gegen die IKP mit dem Ergebnis einer totalen Zerstörung von deren Organisationsstruktur im Februar 1963 und einer damit verbundenen Neuorientierung des Kleinbürgertums, das endgültig nach der zweiten Machtübernahme durch die Baath-Partei im Juli 1968 die Fronten gewechselt hat. Wenn auch die Ideologie der Baath-Partei vor dem historischen Hintergrund der kolonialen und imperialistischen Ausbeutung der arabischen Welt entstanden ist und daher ohne Zweifel mit antiimperialistischen Elementen versehenen nationalen Charakter trug, so stellte sich die Partei in der Praxis bereits kurz nach der Revolution von Juli 1958 in einem unversöhnlichen Gegensatz mit dem immerhin anti-imperialistisch orientierten Regime der freien Offiziere.
Der Aufstand der freien Offiziere am 14. Juli 1958 war die

---

1) Farouk-Sluglett, a.a.O., S. 90

Konsequenz aus der Unfähigkeit der politischen Parteien, die rigiden Machtstrukturen der Monarchie effektiv in Frage zu stellen. Am frühen Morgen rückten Armeeeinheiten auf Bagdad zu und schalteten binnen einiger Stunden die Machtzentren der Monarchie aus. Gleich danach verkündeten die freien Offiziere durch den Rundfunk die Nachricht von der Abschaffung der Monarchie und die Ausrufung der Republik. Die Bevölkerung wurde aufgerufen, auf die Straße zu gehen. Das zunächst nach einem gewöhnlichen Putsch aussehende Werk der Armee stellte sich sehr bald als ein Ereignis mit weitreichenden historischen und gesellschaftlichen Dimensionen heraus und nahm den Charakter einer Revolution an. Die weitaus größte Mehrheit der irakischen Bevölkerung identifizierte sich spontan mit der Aktion der freien Offiziere. Die freien Offiziere handelten gegen die Monarchie stellvertretend für die breiten Klassen und Schichten der irakischen Bevölkerung, konnten sich aber nach kurzer Zeit verselbständigen und ihren Machtanspruch bis 1968 geltend machen.

Für Tibi scheint die Funktion moderner Armeen in den unterentwickelten Ländern als per se progressiv, und zwar aus folgenden Gründen. Die Armee in den unterentwickelten Ländern bildet eine Art Enklave, in d[illegible]n Formen innergesellschaftlicher Beziehungen vorhe[illegible]chen, die in krassem Widerspruch zu den herkömmlichen so[illegible]len Strukturen stehen. D.h., was sich in entwickelten industrialisierten Gesellschaften in Autoritätsproblemen zwischen Offizieren mit herkömmlichem Autoritätsprivileg und jungen Offizieren mit technischem Wissen ausdrückt, stellt sich in unterentwickelten Ländern als Widerspruch zwischen der gesamten Armee als einer modernen, technisierten und rational funktionierenden Struktur und der vorhandenen Herrschaft der agrar-aristokratischen und ähnlichen Oligarchie dar.[1)] In seiner Bestimmung der sozialen Herkunft des

---

1) Vgl. B. Tibi, Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, Frankfurt 1973, S. 64

Offizierkorps konstatiert Tibi, daß die Führungskräfte der Armee in den unterentwickelten Ländern, mit einigen Ausnahmen, sich generell aus dem Kleinbürgertum rekrutieren.[1] Somit nährt sich die von Tibi als progressiv eingeschätzte politische Orientierung der Offiziere aus zwei Quellen. Zum einen aus dem oben beschriebenen Widerspruch zwischen Armee und herkömmlichen Institutionen, zum anderen aus ihrer klassenmäßigen Zugehörigkeit zum Kleinbürgertum und dessen Ideologie des revolutionären anti-kolonialistischen Nationalismus. Die Offiziere sind dementsprechend nach Tibi als verlängerter, bewaffneter Arm des Kleinbürgertums anzusehen, als dessen militärischer Flügel.[2]

Soweit Tibi die spezifische Lage des Militärs als interessen- und bewußtseinsbestimmend begreift, also das Militär als Militär untersucht, verabsolutiert er diese spezifische Situation als Promotor der Identifikation der Offiziere mit den kleinbürgerlichen Interessen. Zunächst weist Tibi mit Recht die Auffassung von J. Ziegler zurück, wonach die politisch herrschenden Offiziere eine Klasse für sich bilden.[3] Wenn er ihm aber entgegenhält, daß in jedem Falle das Offizierkorps unmittelbar aus seiner sozialen Herkunft ableitbare ökonomische Interessen vertritt, so ist dagegen folgendes einzuwenden. Wenn sich das Offizierkorps vornehmlich aus dem ökonomisch relativ schwachen Kleinbürgertum rekrutiert, steht es nach seiner politischen Machtergreifung vor einer Alternative. Es kann entweder zur unmittelbaren Durchsetzung kleinbürgerlicher Interessen die tradierte ökonomische Machtstruktur aufheben und dies durch Massenmobilisierung absichern, bringt damit aber seine eigene Herrschaft in Gefahr, oder es ist gezwungen, zur Wahrung seiner politischen Dominanz mit den ökonomisch herrschenden Klassen zu koalieren. Wenn also Tibi argumentiert, daß die politisch herrschenden Offi-

---

1) Vgl. ebenda, S. 66 ff.
2) Vgl. ebenda, S. 68 f.
3) Vgl. ebenda, S. 83 f.

ziere die Interessen des Kleinbürgertums vertreten, so muß zumindest eingeräumt werden, daß die Offiziere diese Interessen nur in sehr vermittelter Weise repräsentieren, also eine tendenzielle Verselbständigung des Militärs und seiner Interessen durchaus gegeben ist.
Die Zusammensetzung der freien Offiziere im Irak war eindeutig heterogen und reflektierte das breite politische und soziale Spektrum der irakischen Opposition. Der Anführer der freien Offiziere, Kassem, sympathisierte mit der NPD und unterhielt zu ihr vor der Revolution über den stellvertretenden Vorsitzenden der Partei und von ihm später zum Finanzminister ernannten Mohammed Hadid einen engen Kontakt.[1] Der zweitwichtigste Mann der freien Offiziere, Abdul Salam Arif, war ein glühender Anhänger des arabischen Nationalismus nasseristischer Provenienz. Salih Mahdi Ammash und andere tendierten stark zur Baath-Partei. Unter dem Einfluß der IKP sollen angeblich Wasfi Taher und Ismail Ali gestanden haben.[2] Einigkeit unter den freien Offizieren bestand lediglich darin, die Monarchie abzuschaffen und eine Republik auf der Basis einer "echten parlamentarischen Demokratie" zu etablieren. Nach einer kurzen Übergangsperiode [illegible]lten Wahlen zu einer Nationalen Versammlung unter [illegible] Kontrolle einer einzusetzenden zivilen Regierung a[illegible]halten und die politische Rolle der Offiziere beende[illegible] werden.[3] Nur vage bzw. divergierende Vorstellungen besaßen die freien Offiziere zu konkreten Fragen der Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Strukturen im Lande, so daß es nach der gelungenen Revolution sehr schnell zu Machtkämpfen gekommen ist, aus denen zunächst die Fraktion Kassem als Sieger hervorgegangen ist. Kassem setzte zwar eine zivile Regierung ein, mehrheitlich aus der Führung der NPD und aus unabhängigen bürgerlich-liberalen Kräften, konzentrierte aber die wichtigsten Entscheidungskompetenzen im

---

1) Vgl. Khadduri, a.a.O., S. 31 f.
2) Ebenda, S. 30
3) Ebenda, S. 27 ff.

Staatsapparat auf seine Person. Seine anfängliche Popularität verleitete ihn dazu, sich immer mehr als ein Autokrat, als "Zaim Al-Auhad" (einziger Führer) in den Vordergrund zu stellen. Sodann verfolgte er eine restriktive Politik gegenüber den politischen Parteien und propagierte die Ideologie vom Ausgleich zwischen Rechts und Links, die sich auch in seiner Schaukelpolitik manifestierte. Kassems Verselbständigungstendenzen nahmen mit der Machtkonzentration im Staatsapparat eine materielle Form an, die er mit Parolen wie "Ich schwebe frei über der Landschaft der politischen Parteien und Tendenzen" oder "Das ganze Volk gehört der Partei des Zaims (Kassem selbst) an" zu legitimieren suchte. "Hence the national bourgeoisie quickly found itself once again not only excluded from direct participation in government and decision making, but also in a situation in which decisions were taken arbitrarily, according to the whims of a military autocrat."[1] Das so von Kassem geschaffene Machtvakuum beschleunigte seinen Sturz im Februar 1963 durch eine breite Allianz aus Baathisten, Nasseristen und konservativen Elementen.[2]

Neun Monate nach dem Sturz Kassems brach das Bündnis seiner Gegner mit der Ausschaltung der Baath-Partei durch das Militär unter Führung von Arif zusammen. Die Politik des Arif-Regimes lehnte sich stark an die Politik Nassers und sein Sozialismusmodell an, vertrat also im Grunde, wenn auch vermittelt, kleinbürgerliche Interessen. Jedoch entfernte sich das Militär erneut von seiner sozialen Basis mit der Folge einer tendenziellen Verselbständigung. Im Juli 1968 gelang es der Baath-Partei, zunächst mit Hilfe einiger Teile des Militärs, das Arif-Regime zu stürzen und damit die Beendigung der Rolle der Offiziere als einer dominierenden politischen Kraft im Irak einzuleiten.

---

1) Farouk-Sluglett, a.a.O., S. 95 f.

2) Ebenda, S. 98

Die Staatsbourgeoisie[1] entwickelte sich im Laufe der sechziger Jahre neben dem Offizierkorps zu einer der wichtigsten sozialen Kräfte im Irak. Ihre starke ökonomische und politische Stellung befähigte sie, den Einfluß der Offiziere allmählich zurückzudrängen. Die Bestimmung der ökonomischen Interessen der Staatsbourgeoisie muß aus den spezifischen Entwicklungsmomenten des irakischen Staatsapparates abgeleitet werden. Der irakische Staat als Grundeigentümer an den Erdöllagern finanzierte seine Ausgaben zum größten Teil aus den Erdöleinnahmen, deren Aufschwung eine Expansion des Staatsapparates mit sich brachte. Die Abschaffung der Monarchie 1958 beendete zwar die Vormachtstellung der Oligarchie im Staatsapparat, dessen bürokratische und soziale Struktur blieb aber weitgehend unangetastet. Für das wachsende Kleinbürgertum bot sich die Möglichkeit eines gesicherten Einkommens und des sozialen Aufstiegs durch den expandierenden Staatsapparat mehr als zuvor. Die Zahl der Staatsbediensteten, exklusive des Militärs, stieg von 8000 im Jahre 1930 auf 207 000 Personen im Jahre 1960 und erhöhte sich in den folgenden sieben Jahren um weitere 111 000 Personen.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl im Staatsapparat:[2]

1930	8 000
1960	207 000
1967	318 000
1972	392 000
1973	404 000
1976	526 000

1) Im Gegensatz zum Begriff der "Staatsklasse", der völlige Unbestimmtheit in der ökonomisch-politischen Orientierung suggeriert, beinhaltet der Begriff "Staatsbourgeoisie" die relative Eigenständigkeit und damit gewisse Unbestimmtheit der jeweiligen staatlichen Verhaltensweisen. Vgl. D. Boris, Unterentwicklung und Staat, in: Argument 116, Berlin 1979, S. 529; J. Petras, State Capitalism and the Third World, in: Development and Change, Vol. 8, 1977

2) Die Zahlen sind entnommen aus: M. Ja'afar, Les limites de l'industrialisation du monde arabe-Etude du cas de l'Irak, in: Khamsin No. 4/1977, Paris, S. 92; Ministry of Planning, Annual Abstract of Statistics 1972, S. 297

Wie aus der obigen Aufstellung hervorgeht, verzeichnete der Staatsapparat ab 1973 nach der gewaltigen Erhöhung der Erdöleinnahmen eine explosionsartige Entwicklung. Innerhalb von drei Jahren erhöhte sich die Zahl der im Staatsapparat beschäftigten Personen um mehr als 120 000 Personen und erreichte damit die Höhe von 526 000 (1976). In dem Maße wie der Staatsapparat und damit auch die Zahl der dort Beschäftigten expandiert, wächst auch die Abhängigkeit von den Öldevisen aufgrund der begrenzten Steuereinnahmemöglichkeiten im Irak. Welche weitergehenden Folgen diese Abhängigkeit für die irakische Volkswirtschaft hat, kann an dem hohen Anteil der vom Staat an die Bürokraten ausgezahlten Gehälter an der Summe der Löhne und der Gehälter in der irakischen Volkswirtschaft aufgezeigt werden. Nach Angaben des Planungsministeriums belief sich dieser Anteil im Jahre 1969 auf 41,6 %, wobei die Gehälter der Bürokraten in halbstaatlichen Institutionen mit eigener Haushaltshoheit hier nicht berücksichtigt wurden.[1] Für das Jahr 1977 rechnete N. Al-Nakasch bei einer Beschäftigtenzahl von über einer halben Million Beamte und Angestellte eine Gehaltssumme von jährlich 250 Mio. ID aus und konstatierte ferner, daß dieser Betrag "im Durchschnitt 23 % der gesamten nationalen Ausgaben" ausmachen würde.[2] Ob es sich bei den "gesamten nationalen Ausgaben" um die Lohnsumme oder um das Volkseinkommen handelt, wird vom Autor nicht näher erklärt. Nach der offiziellen Zeitung der regierenden Baath-Partei absorbierte der Staatsapparat 25 % (ca. 524 Mio. ID) der im Rahmen des Nationalen Entwicklungsplans getätigten Investitionen.[3] Offensichtlich handelt es sich hierbei um Ausgaben für den Ausbau des Staatsapparates und um Verwaltungskosten für die Durchführung von Entwicklungsprojekten.

---

1) Planungsministerium, "Der detaillierte grundsätzliche Rahmen", a.a.O., S. 160

2) N. Al-Nakasch, Überwindung der Unterentwicklung im Irak unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des staatlichen Sektors, (Diss.) Berlin 1977, S. 206

3) Al-Thaura vom 17.11.1978

Die Staatsbourgeoisie verdankt ihre relativ privilegierte Stellung den Öldevisen, ist sich aber gleichzeitig der langfristigen Gefahren, die aus der Abhängigkeit vom Ölexport resultieren, durchaus bewußt. Insofern kann ein gewisser Interessengegensatz zu den Verwertungsinteressen des metropolitanischen Kapitals, d.h. zu der bisherigen Weise der Weltmarkteinbindung des Irak als Rohstofflieferant und Markt für verarbeitete Industriegüter, konstatiert werden. Der Aufstieg der Staatsbourgeoisie muß vor dem Hintergrund der internen Klassenbeziehungen, insbesondere der Unfähigkeit der nationalen Bourgeoisie, Machtpositionen im Staatsapparat zu erobern bzw. auf den Entwicklungsprozeß im Irak einen entscheidenden Einfluß zu nehmen, gesehen werden, denn "staatliche Industrialisierungspolitik ist im peripheren Kapitalismus unter den gegenwärtigen internen und Weltmarktbedingungen funktionaler Imperativ. Der Akkumulationsprozeß der Peripherie wird nur durch staatliche Unterstützung aufrechterhalten und vorangetrieben. Die Institutionalisierung der entwicklungspolitischen Staatsfunktion ist durch dieses Strukturdefizit des peripheren Kapitalismus begründet."[1] Insofern besteht die historische Mission der Staatsbourgeoisie im Irak darin, als Träger der nachholenden Industrialisierung zu fungieren.

---

1) W. Hein/G. Simonis, Entwicklungspolitik, Staatsfunktionen und Klassenauseinandersetzungen im peripheren Kapitalismus, in: A. Schmidt (Hrsg.), Strategien gegen Unterentwicklung, Frankfurt/Main 1976, S. 224 f.

5. Entwicklungsstrategien und staatliche Entwicklungsplanung seit 1968

5.1 Die wirtschaftspolitische Programmatik der Baath-Partei

Auf dem achten regionalen Kongreß der Baath-Partei im Januar 1974 wurde der "Politische Bericht" verabschiedet, in dem zu allgemeinen und besonderen Fragen der gesellschaftlichen sowie politischen Entwicklungen im Irak Stellung genommen wird. In diesem allgemein als maßgeblich für die Politik der Baath-Partei geltenden Dokument werden auch die entwicklungspolitischen Zielvorstellungen der Baath-Partei weit umrissen. Dort heißt es: "Die Entwicklungspolitik ist eine zentrale Frage und besitzt eine außerordentliche Bedeutung. In unserem Land und in solchen Ländern mit ähnlichen Verhältnissen stellt sich häufig diese Frage nach der Erlangung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit in den Vordergrund und erfordert eine rasche und umfassende Lösung."[1)]

Vor dem Hintergrund eines relativ hohen Lebensstandards in den benachbarten erdölexportierenden Ländern mißt der "Politische Bericht" der Entwicklungspolitik eine außerordentliche Bedeutung zu. Dies wird folgendermaßen begründet: "Der Irak liegt in einer Region mit reichhaltigen Olvorräten und ist selbst ein wichtiges erdölproduzierendes Land. Seine Nachbarländer im Osten und im Süden sind die größten erdölexportierenden und gehören damit zu den reichsten Staaten in der Welt ... Daher kann dem Irak die Situation in dieser Region nicht gleichgültig sein, zumal er in einem wechselseitigen Wirkungszusammenhang mit dieser Situation steht, d.h. er kann direkt beeinflußt werden bzw. selbst

---

1) Der Politische Bericht des achten regionalen Kongresses vom Januar 1974, hrsg. von der Arabisch Sozialistischen Baath Partei im Irak, Dar Al-Thaura/Bagdad, S. 127 (120), (arabisch) Übersetzung von mir. Auf die Benutzung der deutschen Ausgabe, hrsg. vom Informationsministerium der Republik Irak, wird wegen schlechter Übersetzungsqualität bewußt verzichtet, jedoch auf die entsprechende Seitenzahl in Klammern verwiesen.

darauf Einfluß nehmen."[1]

Es werden drei Erkenntnisse genannt, von denen sich die Formulierung einer nationalen Entwicklungsstrategie ableiten läßt:

"Erstens: Das Ergebnis der Wirtschaftspolitik vergangener Regime war eine unterentwickelte Volkswirtschaft. Dieses Erbe muß wissenschaftlich und objektiv analysiert werden, um einerseits die Lücken und die Entwicklungsgeheimnisse aufzuzeigen und andererseits die vorhandenen Ressourcen im Lande aufzudecken und sinnvoll einzusetzen.

Zweitens: Die Notwendigkeit des Aufbaus einer voll entwickelten und soliden Volkswirtschaft, welche eine spürbare und ständige Anhebung des Lebensstandards und eine Nivillierung der Einkommensverteilung gewährleistet.

Drittens: Vollständige Befreiung der irakischen Volkswirtschaft von allen Arten der Abhängigkeit von außen."[2]

Als Inhalt der Entwicklungsstrategie werden folgende allgemeine Leitlinien aufgezählt:

"1. Entwicklung der Produktivkräfte und Anhebung der Arbeitsproduktivität unter Einsatz aller Möglichkeiten der modernen Technologie.

2. Kräftige Erhöhung der Investitionen in allen Bereichen der Gesellschaft und der Wirtschaft, um einen raschen und gleichmäßigen Entwicklungsprozeß zu gewährleisten.

3. Verfolgung einer aufeinander abgestimmten Investitions- und Sparpolitik, wobei auf die Förderung der nationalen Ersparnisse besonderer Wert gelegt werden muß, um das eigene Potential für den Entwicklungsprozeß zu vergrößern.

4. Abstimmung der Konsumtionspolitik auf die Erfordernisse der Entwicklungspolitik in der Weise, daß der volkswirtschaftliche Überschuß durch eine gesunde und wissenschaftliche Planung investiert werden kann, wobei das langfristige Ziel der Entwicklungspolitik, nämlich die Anhebung des Lebensstandards, nicht verletzt werden darf.

5. Erweiterung der Grundlage für die Exporte und ihre Diversifizierung durch Verbesserung der Produktion und durch

---

1) Ebenda, S. 128 (120)

2) Ebenda, S. 129 (121)

absatzpolitische Fördermaßnahmen. Darüberhinaus muß eine Importpolitik verfolgt werden, die eine quantitative und qualitative Verbesserung des Gütersortiments für den Endverbraucher gewährleistet und damit eine Anhebung des Lebensstandards, besonders für die Schichten mit niedrigen Einkommen, realisiert und den Bedarf aller inländischen Produktionsstätten an Vorleistungen sicherstellt.
6. Verstärkte Aufklärung der Massen mit dem Ziel, sie an dem Entwicklungsprozeß zu beteiligen."[1)]

Nach ihrem Selbstverständnis verfolgt die Baath-Partei mit dieser Entwicklungsstrategie tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen, die zum Sozialismus führen sollen. Der Industrialisierung des Irak wird in dieser Strategie eine zentrale Bedeutung beigemessen:

"Der Übergang zum Sozialismus kann nicht vollzogen werden, bevor nicht eine breite industrielle Basis geschaffen worden ist. Die Industrie muß nicht nur eine dominante Stellung im Lande bekommen, sondern auch quantitative und qualitative Erfolge auf der Grundlage einer entwickelten Technologie vorweisen können. Gleichzeitig müssen wir uns vor Augen führen, daß der Industriesektor, wie die Erfahrung der anderen Länder gezeigt hat, am besten dazu geeignet ist, der führende Sektor auf dem Weg zur sozialistischen Veränderungen zu sein, zumal diese Veränderungen dort am leichtesten durchzuführen sind."[2)]

Als ein notwendiger und gar entscheidender Schritt auf dem Weg der sozialistischen Veränderungen wird die Verstaatlichung der großen Industriebetriebe angesehen. Für die Baath-Partei hatte sich dieser Schritt insofern erübrigt, als alle diese Betriebe bereits im Juli 1964 verstaatlicht worden waren. Die Baath-Partei sieht sich nunmehr vor folgende Aufgaben gestellt:

"a) Zuendeführung der bereits (von dem alten Regime, A.d.V.) in Angriff genommenen Industrieprojekte,
b) Realisierung der in der Vergangenheit vertraglich vereinbarten (mit ausländischen Firmen, A.d.V.) Industrie-

---

1) Ebenda, S. 129 f. (121 f.)
2) Ebenda, S. 120 (114)

projekte, die bisher nicht in Angriff genommen worden sind,
c) Ausbau der bestehenden Industriebetriebe und Erhöhung ihrer Kapazität,
d) Erschließung von neuen Industriezweigen und -branchen,
e) Aufbau eines Verwaltungs- und Organisationsapparates, der den Umfang und den neuen Funktionen dieses Sektors angemessen ist,
f) Absicherung der Kontrolle der Partei über diesen Sektor und stärkere Einbeziehung der Arbeiterklasse bei Entscheidungen in der Produktion und bei der Lösung von Betriebsproblemen,
g) Schaffung von Anreizen für das nationale Kapital zur Errichtung von kleinen, mittleren und gemischten (große Betriebe mit privatem und staatlichem Kapital, A.d.V.) Industriebetrieben, um die Erfahrung der nationalen Bourgeoisie im Rahmen des Entwicklungsprozesses auszunutzen."[1)]

5.2. Die Politik der expansiven Industrialisierung

Taha Al-Djazrawi[2)] profilierte sich während seiner Amtszeit als Industrieminister als Verfechter einer Politik der expansiven Industrialisierung des Irak. Die Investitionen des Industrieministeriums betrugen 1970-1974 fast 330 Mio.ID und erreichten damit den mit Abstand größten Anteil (ca. 28 %) an den gesamten staatlichen Investitionen in diesem Zeitraum. Allein im Jahre 1975 wurde ein zusätzlicher Betrag von ca. 300 Mio.ID investiert.[3)]
Das Industrialisierungskonzept von Al-Djazrawi beansprucht eine allgemeingültige Anwendbarkeit auf alle Entwicklungsländer und gliedert den Industrialisierungsprozeß in folgende Etappen:[4)]

---

1) Ebenda, S. 117 (112)

2) Taha Al-Djazrawi änderte wie zahlreiche hohe Politiker seinen Familiennamen als Reaktion auf die verbreitete Meinung, es herrsche in der Regierung eine Vetternwirtschaft. Er heißt neuerdings Taha Yasin Ramadan.

3) Annual Abstract of Statistics 1976, S. 270-272

4) T. Al-Djazrawi, Probleme der Industrialisierung in den Entwicklungsländern, Beirut 1972, S. 130 (arabisch)

1. Ausbau der bestehenden Industriebetriebe.
2. Vertikale Ausdehnung der bestehenden Industriebetriebe durch Errichtung von vor- und nachgelagerten Produktionsstätten.
3. Errichtung neuer Betriebe auf der Basis vorhandener Rohstoffe.
4. Aufbau von solchen Industriebetrieben, die in großem Umfang Devisen erbringen (exportorientiert) und solchen, die Devisenausgaben ersparen (Importsubstitution).
5. Aufbau der Schwerindustrie.

Dieses Industrialisierungsschema wird von Al-Djazrawi in einer späteren Schrift leicht modifiziert, indem die Etappen drei und vier zusammengelegt werden, und die Etappe fünf in zwei neue aufgespalten wird, in: Aufbau der Schwerindustrie und Aufbau der petrochemischen Industrie.[1)] Dabei bleibt nach wie vor unklar, unter welchen systematischen Gesichtspunkten diese Schematisierung erfolgt, und weshalb die petro-chemische Industrie nicht unter Etappe 3. bzw. 4. subsumiert wird, zumal sie die im Lande vorhandenen Rohstoffe (Erdgas und Erdöl) verarbeitet und auch auf den Export orientiert ist. In seinem bereits zitierten, im Jahre 1972 erschienenen Buch, setzte Al-Djazrawi die von seinem Ministerium verfolgten Wachstumsziele der im Irak bestehenden Industriebranchen in dem Zeitraum 1970-1974 folgendermaßen fest:[2)]

- Lebensmittelindustrie	100 %
- Baustoffindustrie	110 %
- Textilindustrie	120 %
- Elektroindustrie	60 %
- Lederverarbeitung- und Chemie	70 %
- Handwerksindustrie	200 %

Schon Ende 1975 deklarierte Al-Djazrawi den Beginn der fünften Industrialisierungsetappe im Irak, nämlich den Bau der Schwerindustrie einschließlich der petro-chemischen Industrie. "Es ist uns gelungen, vor Ablauf des Fünfjahres-

---

1) T. Al-Djazrawi, Industriesektor und Perspektiven des nächsten Entwicklungsplanes (1976-1980), in: Aliktisad (Die Wirtschaft), irakische Monatszeitschrift, Nr. 62/ Febr. 1976, S. 7 (arabisch)

2) T. Al-Djazrawi, "Probleme der Industrialisierung", a.a.O., S. 152 ff.

planes (1970-1975) von der Projektion zur Realisation der Schwerindustrie überzugehen. Man muß sich diesen Sprung vorstellen: 1970 hat uns die Schwerindustrie als angestrebtes Ziel viel Kummer gemacht, 1973 steht uns das notwendige Geld zur Verfügung, und 1977 wird unser Land die Geburt dieser Industrie erleben, nämlich die Inbetriebnahme der ersten Stufe des Eisen- und Stahlwerkes ... Ein weiteres Projekt in der Schwerindustrie ist der geplante Bau einer Aluminiumfabrik mit einer Kapazität von 150 000 Tonnen ... Zu den Hauptzielen des nächsten Entwicklungsplanes (1976-1980) zählt der Aufbau einer Maschinenbauindustrie, die wir als den Schlüssel für die Industrialisierung und als den Garant für ihre Kontinuität betrachten. Eines der gewaltigsten Projekte, das während des nächsten Entwicklungsplanes realisiert werden soll, ist die Automobilindustrie. Das bedeutet, wir werden von der Montage zur Produktion verschiedener Autotypen übergehen,und zwar bei einer Kapazität, die den nationalen Bedarf (gemeint ist der Bedarf aller arabischen Länder, A.d.V.) berücksichtigt .... Die Kosten dieses Projektes, das zu den größten in der Welt gezählt werden kann, werden sich auf 900 Mio.ID belaufen."[1)]
Die zitierten Stellen des ehemaligen Industrieministers Al-Djazrawi decken sich mit dem Inhalt einer von ihm am 20. 11. 1975 vor den Kadern der Baath-Partei gehaltenen Rede. Damit hat er offensichtlich versucht, Unterstützung für seine Position gegenüber den Spitzengremien der Partei und der Regierung zu bekommen, denn gerade zu diesem Zeitpunkt wurde in diesen Gremien über drei verschiedene Konzepte für den Entwicklungsplan 1976-1980 diskutiert. Eine Fortsetzung der Politik der expansiven Industrialisierung scheint auf große Skepsis in diesen Gremien gestoßen zu sein, da die wirtschaftliche Lage im Irak gerade durch akute Versorgungsengpässe, hohe Inflationsraten und niedrige Auslastung der Kapazität (u.a. wegen Mangel an Fachkräften) gekennzeichnet war. Diese Phänomene wurden der Politik des Anfang 1976 ausgeschiedenen Industriemi-

---

1) T. Al-Djazrawi, "Industriesektor und Perspektiven des nächsten Entwicklungsplans", a.a.O., S. 7 f.

nisters direkt oder indirekt angelastet. Aus dem im Juni 1977 verabschiedeten Gesetzestext des Nationalen Entwicklungsplans 1976-1980 läßt sich deutlich entnehmen, daß das Konzept von Al-Djazrawi nicht zum Durchbruch kam; die von ihm angekündigten Projekte der Maschinenbau- und der Automobilindustrie sind realistischerweise in diesen Plan nicht aufgenommen worden.

5.3 Ansätze zu einer exportorientierten Industrialisierung

Als potentieller Bereich für eine exportorientierte Industrialisierung im Irak bietet sich derzeit die Verarbeitung von Erdöl und Erdgas an. In den offiziellen Publikationen wird gleichzeitig für die Ausdehnung der Förder- und Exportkapazität des Erdöls und für die Notwendigkeit seiner Verarbeitung im Irak selbst plädiert. Der Politische Bericht sieht im Aufbau einer petro-chemischen Industrie und einer Erdölraffinierungsindustrie eine gewisse Chance für den Irak auf dem Weltmarkt: "Auf Grund des steigenden Bedarfs an Rohöl und seinen Produkten nimmt auch die allgemeine Umweltverschmutzung in den Industriestaaten zu. Hier haben wir die Möglichkeit, nicht nur unseren eigenen Bedarf an Erdölprodukten zu decken, sondern auch die Industriestaaten damit zu versorgen."[1] Zum Aufbau einer kapitalintensiven Erdölindustrie sind bereits gewaltige Investitionen gemacht worden. Hierbei handelt es sich vor allem um den Aufbau von neuen Erdölraffinerien, von einer petro-chemischen Industrie und von mehreren Düngemittelfabriken (siehe Kapitel 6.).
Unter dem Vorzeichen, die Abhängigkeit von den Öldevisen zu verringern, verfolgt die irakische Wirtschaftspolitik mit diesen Projekten das Ziel, neue Deviseneinnahmequellen zu erschließen. Dazu sagte der bereits zitierte und damals noch amtierende Industrieminister: "Ich glaube, wir werden schon 1980 aus den neuen Quellen solche Einnahmen erzielen, die nicht viel unter den Erdöleinnahmen liegen

---

1) Der Politische Bericht, a.a.O., S. 223 (204)

werden. Zum Beispiel werden wir ab Ende 1979 2 Mio. Tonnen Düngemittel für den Export produzieren können. Bis dahin soll das Projekt einer Düngemittelfabrik in zwei Etappen fertiggestellt sein. Die erste Etappe ist bereits in Angriff genommen worden; die Kosten beliefen sich auf 650 Mio. Dollar. In Kürze werden wir mit der zweiten Etappe anfangen, was zusätzliche Kosten von weiteren 650 Mio. Dollar bedeuten würde. Ausgehend davon, daß der Preis für eine Tonne Düngemittel gegenwärtig bei 300 Dollar liegt, werden wir ab 1980 nach Abzug der Devisenausgaben für Ersatzteile in Höhe von 100 Mio. Dollar jährlich eine Nettoeinnahme von 500 Mio. Dollar erzielen."[1)]

5.4 Der besondere Weg zum Sozialismus

Nach dem Selbstverständnis der Baath-Partei zeichnet sie sich nicht nur durch eine besondere sozialistische Praxis aus, sondern auch durch eine eigene Theorie vom Sozialismus. Zwar werden allgemeine Gemeinsamkeiten mit dem sozialistischen Gedankengut in der Welt nicht bestritten, auf der anderen Seite werden aber die Besonderheiten in der Theorie und Praxis des Baath-Sozialismus hervorgehoben.
Der nationale arabische Charakter wird von der Baath-Partei als ein konstituives Moment für ihren Sozialismus betrachtet: "Die Bestimmung der Theorie und der Praxis des Baath-Sozialismus bedeutet die Kristallisierung von neuen Formen und Inhalten des Nationalsozialismus (im Sinne von arabischem Sozialismus, A.d.V.) als eine bestimmte und klare Theorie und Praxis und nicht irgendein Weg zum Sozialismus."[2)]
In Anlehnung an die Schriften von Saddam Hussein werden von dem eben zitierten Autor die theoretischen Grundsätze des Baath-Sozialismus wie folgt aufgezählt:[3)]

---

1) T. Al-Djazrawi, "Industriesektor und Perspektiven des nächsten Entwicklungsplanes", a.a.O., S. 10 f.

2) Sahib Hussein, Unser besonderer Weg zum Sozialismus, in: Al-Thaura vom 5.3.1979, S. 3

3) Ebenda

1. Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Herrschaft des Staates als Repräsentant des Volkes über das wirtschaftliche Leben im Lande.
2. Die gesellschaftliche Totalität als Bezugspunkt der sozialistischen Ideologie der Baath-Partei.
3. Der Glauben an geistig-religiöse Werte als leitende und unantastbare Ideal- und Normvorstellungen. Zwar ist die Baath-Partei als solche nicht religiös, sie ist aber auch nicht neutral zwischen Atheismus und religiösem Glauben, sondern stellt sich immer auf die Seite der Religion.
4. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft als Ausdruck des menschlichen Charakters des Baath-Sozialismus.
5. Der Sozialismus der Baath-Partei ist ein nationalistischer Sozialismus und bezieht sich nicht auf einen Teil, sondern auf die ganze arabische Welt, wobei die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in nur einem arabischen Land nicht auszuschließen ist.
6. Grundsätzliche Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Privateigentums innerhalb der durch die Notwendigkeiten beim Aufbau des Sozialismus festgesetzten Rahmenbedingungen.
7. Anknüpfung an die Moral und Tradition unserer Gesellschaft.
8. In den ersten Stadien des Aufbaus des Sozialismus lassen sich gewisse Formen des Staatskapitalismus nicht vermeiden. Eine andauernde Existenz dieser Formen widerspricht jedoch dem Wesen des Baath-Sozialismus.
9. Die führende Rolle der Baath-Partei in Staat und Gesellschaft.

Die Baath-Partei betrachtet demnach die Verfolgung einer Entwicklungsstrategie im Irak nicht als einen bloßen technokratischen Vorgang, sondern als aktives Instrument beim Aufbau des Sozialismus nationalistischer Variante. Auf die Frage, worin sich die Entwicklungspolitik der Baath-Partei von der in kapitalistischen Ländern unterscheidet, antworten die Ideologen der Baath-Partei, daß Aufstellung, Durchführung und Kontrolle der Entwicklungspläne im Irak unter Einbeziehung der Massen der Bevölkerung geschehen sollten. Sie räumen ein, daß diese Beteiligung bisher

den Kadern der Baath-Partei vorbehalten blieb.[1)]

5.5 Der Fünfjahresplan 1970/71 - 1974/75

5.5.1 Darstellung

Nach Ablauf des Fünfjahresplans 1965-69 betrug die Gesamtsumme der getätigten Entwicklungsinvestitionen 358,2 Mio. ID. Dies macht 53,6 % der geplanten Summe von 668 Mio. ID aus. Vom Ist-Betrag entfielen 15 % auf die Landwirtschaft (Soll-Anteil 25 %), 29 % auf die Industrie (28 %), 17 % auf den Sektor Transport und Kommunikation (16 %) und 17 % auf den Sektor Bauwesen (19 %). Die reale Wachstumsrate des Volkseinkommens lag bei rund 5 % jährlich. Angesichts einer Bevölkerungswachstumsrate von 3,2 % kann diese Wachstumsrate schwerlich als Erfolg gewertet werden.
Die Formulierung des Fünfjahresplans 70/71-74/75 wurde mit dem Anspruch verbunden, die Erfahrungen mit den vorangegangenen Entwicklungsplänen und deren Ergebnisse kritisch verarbeitet zu haben. Der Plan ist die erste gewichtige wirtschaftspolitische Maßnahme der Baath-Partei nach der Machtergreifung im Juli 1968. Die neue politische Führung stellt an den Plan folgende Erwartungen:[2)]

1. Der Plan soll die Bedürfnisse und Ziele der Volksmassen zum Ausdruck bringen.
2. Die Planung soll einen umfassenden Charakter bekommen.
3. Die Staatseinnahmen, die materiellen, finanziellen und menschlichen Ressourcen sollen exakt erfaßt werden.
4. Der Plan soll nicht auf die Realisierung der quantitativen Ziele beschränkt bleiben, sondern den notwendigen Politiken und Maßnahmen zur Überwindung der gesellschaftlichen Stagnation Rechnung tragen.

Die wichtigsten quantitativen Ziele des Plans wurden wie folgt festgelegt:

1. Steigerung des Volkseinkommens um durchschnittlich 7,1 % im Jahr. Bei einer angenommenen Bevölkerungswachs-

---

1) Vgl. ebenda

2) Vgl. Hashim u.a., "Einschätzung des Wirtschaftswachstums im Irak", S. 195 f.

tumsrate von 3,3 % soll das Volkseinkommen in zehn Jahren verdoppelt werden.

2. Die landwirtschaftliche Produktion soll durchschnittlich um 7 % im Jahr gesteigert werden, die industrielle Produktion um 12 %.
3. Das Bruttoinlandsprodukt soll jährlich um rund 7 % gesteigert werden.
4. Die Zahl der Beschäftigten soll von 2 546 200 auf 3 165 700, d.h. um 24 %, steigen. Damit würde sich der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung von 27,7 % im Jahre 1969 auf 29,2 % im Jahre 1974 erhöhen.

Unter Zugrundelegung eines gesamtwirtschaftlichen Kapitalkoeffizienten von 2,93 wurde eine Gesamtsumme von 1 143,7 Mio. ID als erforderliche Investition ermittelt, um die genannten Ziele zu erreichen.
An den Privatsektor wird die Erwartung gestellt, 25 % dieser Investitionen zu tätigen. Die autonomen Staatsunternehmen sollen aus eigenen Mitteln 28,1 % der geplanten Gesamtinvestitionen vornehmen, so daß die verbleibenden 46,9 % vom Staat mit den Erdöleinnahmen finanziert werden müßten.
Die infolge der Teheraner Konferenz erzielten Steigerungen der Erdöleinnahmen im Jahre 1971 veranlaßten die Regierung Anfang 1972, ihren Beitrag für die Entwicklungsinvestitionen von 952,5 Mio. ID nachträglich zu erhöhen. (Demnach erhöht sich die Gesamtsumme der geplanten Investitionen auf den Betrag von 1 559,3 Mio. ID, wovon nur der Betrag von 1 274,3 Mio. ID, der vom Staat einschließlich seiner autonomen Unternehmen geleistet werden soll, hier Relevanz haben kann.) Diese Investitionen sollen vom Staat zentral getätigt werden. Sie haben einen verbindlicheren Charakter als die zwei anderen Typen (private Investitionen und solche der autonomen Staatsunternehmen), weshalb wir uns in den folgenden Ausführungen auf sie beschränken werden.

Der modifizierte Fünfjahresplan sieht folgende Verteilung der zentralen Investitionen auf die einzelnen Sektoren

vor:[1)]

	Mio. ID	%
Landwirtschaft	336,5	35,2
Industrie	207,3	21,7
Transport und Kommunikation	96,6	10,1
Bausektor	120,1	12,6
Sonstige	192,0	20,4
Summe	952,5	100

Im einzelnen sollen die Investitionen im Agrarsektor folgenden Bereichen zufließen:[2)]

	Mio. ID	%
Projekte zur Eindämmung von Überschwemmungen	28,5	8,5
Bewässerungs- und Drainageprojekte	79,1	23,5
Projekte agrarischer Produktion	24,2	7,2
Dienstleistungsprojekte	45,2	13,4
Vermarktungsprojekte	10,0	3,0
Artesische Brunnen	6,0	1,8
andere neue Projekte	143,5	42,6
Summe	336,5	100

Wie aus der Aufstellung hervorgeht, entfällt der größte Betrag auf den Posten "andere neue Projekte". Im Gegensatz zu den anderen Posten werden diese Projekte an keiner Stelle näher benannt. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich hier um einen Betrag, der als Manövriermasse dient. Ein Vorgang, der für die irakische Planung als typisch bezeichnet werden kann.
Den zweitgrößten Posten bilden Bewässerungs- und Drainageprojekte. Hierbei handelt es sich um langfristige Verbesserungen und Ausweitungen bereits bestehender Projekte. Der Zeitpunkt für den Abschluß dieser Arbeiten wird im Plan nicht festgelegt, ihre Gesamtkosten werden auf 381,3

---

1) Alwaqai Aliraqiya (Die irakischen Ereignisse), offizielles Gesetzblatt der irakischen Regierung, 14. Jg., Nr. 2/85, 12. 1. 1972

2) Ebenda

Mio. ID geschätzt.
Bei den Dienstleistungsprojekten handelt es sich ebenfalls um bereits begonnene Arbeiten, deren Abschluß über den Planzeitraum hinausgeht. Hauptmerkmal dieser Projekte ist die Betreuung von Genossenschaften. Dagegen bezieht sich der Posten "Projekte der agrarischen Produktion" auf die Staatsfarmen.
Wenn auch der größte Anteil der Investitionen auf die Landwirtschaft entfällt, so läßt sich daraus nicht automatisch auf gezielte Prioritätensetzung schließen. Geplante Investitionsgrößen bieten keine ausreichenden Bewertungsgrundlagen, weil sie oft zu hoch angesetzt werden. Der Verwendungszweck eines großen Teils (42 %) der für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Mittel ist darüber hinaus nicht bekannt.

Ähnlich wie in der Landwirtschaft bleibt der Verwendungszweck eines beträchlichen Teils der für die Industrie vorgesehenen Investitionsmittel unklar. Der größte Posten unter den Industrieprojekten wird lapidar als "neue Projekte" tituliert.
Die genaue Aufschlüsselung des Gesamtbetrages wird vom Gesetz Nr. 158/1971 bezüglich des Fünfjahresplans wie folgt angegeben:

	Mio. ID	%
1) Chemische Industrie	23,7	11,5
2) Pharmaindustrie	1,0	0,5
3) Betriebskapital für vollendete Projekte	4,0	1,9
4) Nahrungsmittelindustrie	11,6	5,6
5) Baustoffindustrie	10,0	4,8
6) Metallverarbeitende Industrie	6,5	3,1
7) Textilindustrie	7,6	3,7
8) Erdöl- und Gasindustrie	36,0	17,4
9) Geologische Exploration	1,7	0,8
10) Erzeugung und Transport von Energie	25,5	12,4
11) Projekte der Berufsschulung	1,5	0,7
12) Endabrechnung fertiggestellter Projekte	8,5	4,1
13) Kleinere Elektrizitätsprojekte	10,0	4,8
14) Neue Industrieprojekte	59,4	28,7
Summe	207,3	100

Quelle: ebenda

Wie aus der Aufstellung hervorgeht, liegt der Schwerpunkt der Investitionen auf Projekten der Erdölindustrie, der Stromerzeugung und der Chemie. Die Projekte der Erdölindustrie umfassen die Konstruktion von zwei Ölraffinerien in Basra und in Mosul. Die Konstruktionsarbeiten sollten im Rechnungsjahr 1970/71 bzw. 1971/72 beginnen und 1973/74 bzw. 1974/75 abgeschlossen sein. Die Raffinerie in Basra hat eine Jahreskapazität von 3,4 Mio. t. Sie ist termingerecht fertiggestellt worden. Dagegen sind die Arbeiten in Mosul noch nicht aufgenommen worden.
Bei den Projekten der Stromerzeugung handelt es sich um die Fortsetzung der Arbeit an dem Wasserkraftwerk in Samra und die Errichtung eines neuen Kraftwerks in Südirak. Beide Kraftwerke sollen noch vor Ablauf des Fünfjahresplans fertiggestellt werden. Zu diesem Posten gehört auch die Installierung von Hochspannungsleitungen, um einige Landesteile (vor allem Großstädte) mit Strom zu versorgen. Von einer landesweiten Elektrifizierung kann noch keine Rede sein.
Der Posten "Chemische Industrie" umfaßt folgende Betriebe: eine Rayonfabrik in Hindiya, eine Papierfabrik in Basra, eine Schwefelgewinnungsanlage in Kirkuk, eine Düngemittelfabrik in Basra und eine kleinere Fabrik für Fahrradlaufdecken und -schläuche. Außer der zuletzt genannten hätten alle anderen Fabriken innerhalb des vorangegangenen Fünfjahresplanzeitraums (1965-70) fertiggestellt sein sollen. Im wesentlichen enthält dieser Posten also keine neuen Projekte.

5.5.2 Planerfüllung

In den offiziellen Veröffentlichungen des irakischen Planungsministeriums wird der Grad der Planerfüllung ausschließlich durch die In-Beziehung-Setzung der tatsächlichen zu den geplanten Investitionsgrößen gemessen.[1] Dieses Vorgehen wird in der einschlägigen arabischen und ausländi-

1) Planungsministerium: Bericht über die Erfüllung der geplanten Investitionsziele in den Entwicklungsplänen 1951-71, Bagdad 1972 (arabisch)

schen Literatur übernommen. Dagegen ist einzuwenden, daß diese Vorgehensweise den Erfüllungsgrad auf den monetären Aspekt der Planung reduziert. Eine 100 %ige Verausgabung der veranschlagten Gelder bedeutet aber nicht unbedingt eine vollständige Erfüllung der Investitionsvorhaben, weil die vorausberechneten Kosten selten mit den tatsächlichen Kosten der Investitionen übereinstimmen. Dazu kommt, daß die Höhe der verausgabten Mittel nichts darüber aussagen kann, wie kosteneffizient und sachgerecht die Investitionsvorhaben ausgeführt worden sind. Ein weiterer Einwand muß gegen die Bedeutung der vom Plan angegebenen Investitionsausgaben als Bezugsgrößen vorgebracht werden: diese Größen werden aufgrund der erwarteten Einnahmen des Entwicklungsfonds gebildet. Die Finanzmittel des Entwicklungsfonds stammen zum überwiegenden Teil aus den Erdöleinnahmen, die bekanntermaßen häufig schwanken. Daraus folgt zweierlei: a) die geplanten Investitionsausgaben weichen von den für Investitionszwecke zur Verfügung stehenden Finanzmitteln ab, b) wenn überhaupt ein Vergleich zwischen geplanten und tatsächlichen Investitionsausgaben angestellt werden soll, muß die Höhe der tatsächlichen Einnahmen des Entwicklungsfonds als Bezugsgröße genommen werden.

Tabelle 25: Einnahmen und Ausgaben des Entwicklungsfonds 1970-1974

	Tatsächliche Einnahmen des Entwicklungsfonds	Tatsächliche Investitionen	%
1970/71	111,2	78	70,1
1971/72	189,3	153,8	81,2
1972/73	135,9	128,5	94,5
1973/74	441,8	243,9	55,2
1974/75	661,8	576,4	87,1
Insgesamt	1 540,0	1 180,6	76,7 %

Quelle: Central Bank of Iraq-Bulletin Nr. II/77, S. 27

Der Gesamtbetrag der tatsächlichen Einnahmen des Entwicklungsfonds von 1 540 Mio. ID liegt wesentlich höher als der vom Plan angegebene Betrag für die geplanten Investitionen von 952,5 Mio. ID, obwohl letzterer bereits 1972 nach oben korrigiert wurde. Würde der genannte Betrag als Bezugsgröße für den Erfüllungsgrad der Ausgaben genommen, so kämen wir auf die absurde Höhe von 123,9 %! Daraus kann allerdings nicht gefolgert werden, daß der für die vorausgegangenen Pläne errechnete Erfüllungsgrad immer überhöht war, weil die Höhe der tatsächlichen Einnahmen auch unter dem Planungsansatz gelegen haben kann.
Ein Ausgabenerfüllungsgrad von 76,7 % für den Fünfjahresplan 1970/71 - 1974/75 ist immerhin beachtlich, gemessen an einem bisherigen Durchschnitt von rund 50 %.

Tabelle 26: Sektorale Verteilung der tatsächlichen Investitionen 1970-74

	Mio. ID	%
Landwirtschaft	208,5	17,7
Industrie	329,7	27,9
Transport und Kommunikation	177,4	15,0
Bausektor	171,3	14,5
Sonstige[a)]	293,7	24,9
Summe	1 180,6	100

a) umfaßt die Ausgaben für den Planungsapparat, Kredite an staatliche Institutionen, Rückzahlung von Auslandskrediten und "diverse investive Ausgaben"

Quelle: Annual Abstract of Statistics 1976, S. 270 ff.

Die Anteile der einzelnen Sektoren an den Gesamtinvestitionen haben im Lauf der Planerfüllung eine starke Verschiebung erfahren. Die Höhe der in der Landwirtschaft getätigten Investitionen belief sich lediglich auf 208,5 Mio. ID, obwohl die während der Planperiode angewachsenen Mittel des Entwicklungsfonds einen höheren Ausgabenbetrag als den Planansatz von 336,5 Mio. ID erlaubt hätten. Die zusätzlichen Finanzmittel kamen den anderen Sektoren zugute

und bewirkten eine absolute und relative Erhöhung der Investitionen in allen Sektoren außer der Landwirtschaft. Die Aufstockungen in den Sektoren Industrie und "Sonstige" sind am höchsten. Der Anteil der Landwirtschaft ist von 35,2 % auf 17,7 % zurückgefallen.

Im Hinblick auf die Erreichung der gesamtwirtschaftlichen Ziele des Fünfjahresplans sind folgende Ergebnisse erzielt worden:

1) Das Volkseinkommen hat sich im Jahr 1974 mit der Höhe von 3 002,5 Mio. ID gegenüber 1970 mehr als verdreifacht. Die angestrebte durchschnittliche Jahreswachstumsrate von 7,1 % wurde mit nominell 42,7 % weit übertroffen.[1] Die rapiden Wachstumsraten gehen allerdings weniger auf die Ausweitung des Produktionsvolumens zurück als auf die Erhöhung der Erdöleinnahmen.

2) Die durchschnittliche Wachstumsrate der agrarischen Produktion betrug im Zeitraum 1969-74 lediglich 0,8 % (zu festen Preisen von 1969)[2]. Nach den Berechnungen von Penrose betrug sie lediglich 0,06 %.[3] Damit liegt sie nicht nur beträchtlich unter der angestrebten Höhe von 7 %, sondern auch unter dem Durchschnitt für den Zeitraum 1964-74 von 4,5 %. Auch in der verarbeitenden Industrie lag die realisierte Wachstumsrate von durchschnittlich 8,6 % im Jahr unter dem projektierten Wert von 12 %. Mit 13,6 % registrierte der Bausektor die höchste Wachstumsrate.

3) Das Bruttoinlandsprodukt (zu festen Preisen von 1969) stieg von 1 135,5 Mio. ID im Jahre 1970 auf 1 499,1 Mio. ID im Jahr 1974.[4] Dies bedeutet eine jährliche Wachstumsrate von durchschnittlich 6,4 %. Damit wurde die Zielgröße von 7 % knapp erreicht.

4) Die Erhöhung der Beschäftigtenzahl von 2 546 200 auf 3 165 700 konnte nicht erreicht werden. Zwei Jahre nach der Zielterminierung lag die Zahl der Beschäftigten mit 2 962 400 immer noch unter für 1974 projektierten Werten.

---

1) Annual Abstract of Statistics 1976, S. 175

2) Planungsministerium: Das Bruttoinlandsprodukt und das Volkseinkommen im Irak in den Jahren 1964 bis 1974, Bagdad 1976 (arabisch)

3) Penrose, a.a.O., S. 485

4) Annual Abstract of Statistics 1976, S. 177

Die Erwerbsquote hat sich aufgrund der hohen Bevölkerungszuwachsrate in der Periode 1969-76 rückläufig entwickelt. Während sie im Jahr 1969 um 28 % lag, betrug sie 1976 nur noch 25,7 %.

Bis auf das Volkseinkommen liegen also alle einzelnen Ergebnisse des Fünfjahresplans unter den projektierten Werten. Das Ergebnis ist um so enttäuschender, als das Investitionsvolumen während der Planperiode beträchtlich erhöht wurde. Die zentralen Staatsinvestitionen beliefen sich am Ende der Planperiode auf 1 180,6 Mio. ID, zu Beginn war die Größe von 536,9 Mio. ID festgesetzt worden. Außerdem sollten "der sich selbst finanzierende Staatssektor" und der Privatsektor mit einem Investitionsvolumen von 321,8 resp. 285 Mio. ID zum Entwicklungsplan beitragen. Zahlenangaben über die Höhe der tatsächlichen Investitionen in beiden Sektoren liegen nicht vor. Es kann aber angenommen werden, daß die Staatsunternehmen die geplante Summe zu 100 % und der Privatsektor nur zu 50 % investierten. Dies würde bedeuten, daß die Investitionssumme aller drei Sektoren am Ende der Planperiode 1 644,9 Mio. ID betragen hätte, d.h. 500 Mio. ID mehr als das ursprüngliche Investitionsvorhaben. Da die vorausberechneten Wachstumsraten trotz der nachträglichen Erhöhung des Investitionsvolumens nicht erreicht worden sind, ist die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der Kapitalkoeffizient in Wirklichkeit höher liegt als die Planangabe von 2,93. Die niedrigen Wachstumsraten in der Landwirtschaft und in der verarbeitenden Industrie verstärkten den durch die Expansion des Erdölsektors ausgelösten Umstrukturierungseffekt im Bruttoinlandsprodukt. Die relative Bedeutung der Landwirtschaft und der verarbeitenden Industrie sank von 15,4 % resp. 8,6 % im Jahr 1971 auf 8 % resp. 4,7 %.[1] Der Plan verfehlte nicht nur das Ziel der höheren Zuwachsraten, sondern auch das Ziel der Strukturveränderung des irakischen Wirtschaftsaufbaus. Die relative Bedeutung des Erdölsektors sollte von 32,6 % des Bruttoinlandsprodukts (1969) auf 26,4 % 1974 vermindert werden. Am Ende der Planperiode betrug der Anteil des Erdölsektors am BIP jedoch 60 %.[2]

---

1) Planungsministerium: Das Bruttoinlandsprodukt und das Volkseinkommen, a.a.O., S. 14

2) Ebenda

5.6 Der nationale Entwicklungsplan 1976-1980

Mit erheblicher Verspätung wurde der Fünfjahresplan 1976-1980 durch das Gesetz Nr. 89-1977 vom irakischen Revolutionsrat am 25.6.1977 beschlossen. Eine offizielle Erklärung für diese Verzögerung wurde nicht abgegeben. Es hieß lediglich, daß den zuständigen Instanzen drei alternative Planentwürfe zur Entscheidung vorlagen. Wahrscheinlich lag der eigentliche Grund für die Verzögerung eher in der Tatsache begründet, daß bei der Realisierung des vorausgegangenen nationalen Entwicklungsplans (70-74) Unregelmäßigkeiten von größerem Ausmaß aufgetreten sind. Dies führte zu einer zeitweiligen Handlungsunfähigkeit der Planungsinstanzen und stellte die bisherige Planungspraxis in Frage. Die immense Steigerung der Erdöleinnahmen und das Auftreten von Engpässen in der Produktion und Distribution in den Jahren 1973, 1974 und 1975 können als die wichtigsten Einflußfaktoren für die Ausformulierung des neuen Fünfjahresplans angesehen werden. Die Durchführung des neuen Planes sollte in die Jahre 1976 und 1977 über die Aufstellung eines jeweiligen Investitionsprogrammes erfolgen. Ab 1978 sollen die jährlichen Investitionsprogramme durch Jahrespläne ersetzt werden, die über den Investitionsaspekt hinausgehende Momente der Planung wie Kapitalproduktivität, Lohn- und Importpolitik enthalten. Die Investitionsprogramme bzw. die Jahrespläne enthalten konkrete Angaben über die einzelnen Projekte und deren geschätzte Kosten. Ihre Geheimhaltung begründete der damalige Planungsminister mit wirtschafts- und sicherheitspolitischen Überlegungen.[1] Veröffentlicht wurden lediglich die Grundzüge und die allgemeinen Ziele des Nationalen Entwicklungsplans, die hier nur in einer zusammengefaßten Form wiedergegeben werden können.[2] Die Zusammenfassung erfolgt jedoch deshalb rela-

1) Oil and Development Magazin (arabisch), Nr. 1, Jg. 3, Okt. 1977, Bagdad, S. 20

2) Alle folgenden Angaben stammen, soweit es nicht anders vermerkt ist, aus: Planungsministerium, Der Nationale Entwicklungsplan 1976-1980, Bagdad 1977 (arabisch).

tiv ausführlich, da die arabische Quelle kaum zugänglich ist, und hierfür bislang keine deutsche Übersetzung vorliegt.

5.6.1 Die allgemeinen Grundsätze und Prioritäten

5.6.1.1 Die wirtschaftstheoretischen Vorstellungen und der politische Rahmen

Nach Auffassung der Planungsbehörde lehnt sich der Inhalt des Nationalen Entwicklungsplans 76-80 an Prinzipien der Baath-Partei und der Nationalcharta an. Er sei mit der Strategie und den Etappenprogrammen sowie mit der politischen Theorie und Wirtschaftsphilosophie der Baath-Partei bezüglich der sozialen Umwälzung und der Planung der Wirtschaftsentwicklung, wie dies bereits in den politischen Dokumenten und Resolutionen des achten Parteitages verankert wurde, abgestimmt. Jegliches Entwicklungsvorhaben soll auf den in den genannten Dokumenten verankerten Prinzipien der Verbundenheit zwischen regionalem und nationalem Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus bzw. für die arabische Einheit basieren. Deshalb müsse der Entwicklungsplan den Zusammenhang zwischen den anstehenden Entwicklungsaufgaben und ihrer nationalen (pan-arabischen) Dimension genau bestimmen. Ausgehend von den eben genannten Grundsätzen und aus der "wissenschaftlichen Analyse" der Ergebnisse des Fünfjahresplans 1970-1975 solle sich die Wirtschaftspolitik verstärkt darauf richten, die Hauptursachen für die Unterentwicklung und Ausbeutung zu beseitigen. In gleichem Maße solle sich die Wirtschaftspolitik auf die Bewältigung der aufgetretenen Engpässe und der damit verbundenen Entwicklungshemmnisse konzentrieren.

5.6.1.2 Aufbau des Sozialismus

Der Aufbau des Sozialismus stelle ein zentrales Anliegen bei allen künftigen entwicklungspolitischen Maßnahmen dar. Deshalb seien die Zielsetzungen des Nationalen Entwicklungsplans wie folgt anzugeben:

1) Anhebung des Lebensstandards und der Kaufkraft, Ausweitung und qualitative Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen. Um dies zu ermöglichen, solle in der Zeit von 1976 bis 1980 eine jährliche Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens von 13,3 % (in absoluten Zahlen bedeute dies eine Erhöhung von 349 ID auf 575 ID) erreicht werden.
2) Verstärkung der sozialistischen Erziehung der Massen, um die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus und für eine höhere Produktivität zu schaffen.
3) Ausweitung und Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse sowie entsprechende Anpassung des juristischen Überbaus und der gesellschaftlichen Institutionen.
4) Weiterentwicklung der öffentlichen Dienstleistungen und ihre Ausdehnung auf alle Landesteile und gesellschaftlichen Schichten. Die Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen, einschließlich Bildungs- und Gesundheitswesen, sollen nach ersten Schätzungen von 689 Mio. ID (60 ID Pro Kopf) im Jahre 1976 auf 1027 Mio. ID (79 ID Pro Kopf) erhöht werden.
5) Fortsetzung der Sozialisierung auf dem Gebiet der Kontraktunternehmen.(Gemeint ist hier die Vergrößerung des Marktanteils der bestehenden staatlichen Kontraktunternehmen und nicht die Verstaatlichung der mit sehr hohen Profitraten arbeitenden privaten Kontraktunternehmen. Die Kontraktunternehmen sind zum überwiegenden Teil Bauunternehmen.)
6) eine strukturell angemessene Ausweitung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft und der Industrie, um seine ökonomisch führende und gesellschaftspolitisch strategische Rolle beim Aufbau der neuen Gesellschaft sicherzustellen.

5.6.1.3 Verstärkte Förderung der menschlichen Ressourcen

Die Berechnungen des Planungsministeriums bezüglich der Entwicklung der Arbeitskräfte gehen dahin, daß sich die Zahl der Beschäftigten von 2 962 400 im Jahre 1976 (dies entspricht einer Erwerbsquote von 25,7 %)auf 3 510 000 im

Jahre 1980 erhöhen wird (27 %)[1]. Die sektorale Verteilung der Beschäftigten soll sich vom Anfang- bis zum Zieljahr, wie in der Tabelle 27 wiedergegeben ist, verändern:

Tabelle 27: Geplante Veränderungen der Anteile der Sektoren an den Beschäftigten 1976-1980

Sektor	1976 in %	1980 in %
Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	53,03	44,75
Industrie+	9,29	14,65
Bausektor	4,02	6,35
Distributionssektor++	12,15	13,39
Dienstleistungssektor+++	21,51	20,86

\+ Verarbeitende Industrie, Extraktive Industrie, Elektrizitäts- und Wasserwerke

++ Transport und Kommunikation, Groß- und Einzelhandel sowie Banken und Versicherungen

+++ Ohne Immobilien

Quelle: Planungsministerium, "Der Nationale Entwicklungsplan 1976-1980", S. 14

Nach diesen Berechnungen soll die Zunahme der beschäftigten Arbeitskräfte jährlich ca. 100 000 betragen. Ob und wie entsprechende Arbeitsplätze neu geschaffen werden, geht aus dem Plan nicht hervor. Auf jeden Fall muß diese Projektion als bescheiden eingeschätzt werden, wenn man bedenkt, daß die irakische Bevölkerung über 12 Mio. beträgt und die Bevölkerungswachstumsrate bei 3,4 % liegt.

Die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie soll sich bis 1980 fast verdoppeln. Dasselbe gilt auch für

1) Ein Vergleich mit dem Fünfjahresplan 70-74 ergibt eine rückläufige Entwicklung bezüglich der Erwerbsquote; im Jahre 1969 betrug sie 27,7 % und sollte im Jahre 1974 die Höhe von 29,2 % erreichen. Dies bedeutet, daß eine Erhöhung der Zahl der Beschäftigten von 2 546 200 im Jahre 1969 auf 3 165 700 im Jahre 1970 angestrebt wurde. Dieses Ziel ist offenbar nicht erreicht worden.

die Beschäftigten im Bausektor. In der Landwirtschaft soll die Zahl der Beschäftigten konstant bleiben. Auf dem Gebiet der Bildung stellt die Berufsausbildung eine zentrale Aufgabe dar. Bis 1980 sollen 35 % der Absolventen der Mittelschulen zu den Berufsschulen zugelassen werden können. Ab dem Studienjahr 78/79 soll es möglich sein, alle Kinder im schulpflichtigen Alter einzuschulen. Die Zahl der Universitätsabsolventen soll von 11 845 im Studienjahr 76/77 auf 14 887 im Jahr 79/80 anwachsen. In Bezug auf das Gesundheitswesen soll die Zahl der Ärzte bis zum Zieljahr um 45 % erhöht werden, damit ein Arzt je 2000 Bewohner verfügbar sein wird. Die Zahl der Krankenbetten soll bis 1980 um 25 % steigen.

5.6.1.4 Die außerordentliche Dringlichkeit einer agrarischen Entwicklung im Rahmen eines sektoralen Gleichgewichts

Der Plan sagt unmißverständlich, daß die außerordentliche Priorität der agrarischen Entwicklung nicht einer anteilsmäßig hohen Investitionssumme gleichzusetzen ist, sondern die Verstärkung der Bemühungen und die Anwendung von neuen Mitteln fordert, um die versteckten menschlichen Potentiale freizusetzen und für die Zwecke einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Landwirtschaft zu mobilisieren. Ob damit eine arbeitsintensive Produktionsweise in der Landwirtschaft betont wird, geht aus dem Plan nicht explizit hervor. Die Entwicklungspolitik sieht ihre Aufgaben vorrangig in der Vergrößerung der Quellen der "sozialistischen Akkumulation" im Agrarsektor, in der Befriedigung der inländischen Nachfrage nach agrarischen Produkten, in der Schaffung von größeren Möglichkeiten zur Verwendung der industriellen Produkte, in der Angleichung der Lebensbedingungen in der Landwirtschaft an die der anderen Sektoren und schließlich in der Mobilisierung der potentiellen Arbeitskräfte auf dem Lande, die eine aktive Rolle bei der Produktionserhöhung übernehmen sollen. Als quantitatives Ziel wird die (im Vergleich mit den anderen Sek-

toren niedrigste) Wachstumsrate von 7 % angegeben. Gemessen an der sehr niedrigen Produktivität in diesem Sektor (1976 betrug sie 196 ID, in der extraktiven Industrie dagegen 107 715 ID) ist jedoch diese Wachstumsrate realistisch angesetzt worden. Die landwirtschaftliche Produktion soll so weit erhöht werden, daß eine Steigerung des Protein- und Kalorienverbrauchs je Kopf von 81,8 g bzw. 2729 Kcal im Jahre 1975 auf 90,2 g bzw. 2918 Kcal im Jahre 1980 möglich wird. Tabelle 28 drückt in Zahlen die projektierte Produktionssteigerung der wichtigsten agrarischen Erzeugnisse aus:

Tabelle 28: Geplante Produktion und Produktivität im Agrarsektor

Erzeugnisse	1975		1980	
	in 1000 t	kg/Donem	in 1000 t	kg/Donem
Weizen	1194	197,2	2041	365
Gerste	523	232,7	860	244
Reis	60	506	476	850
Zuckerrohr	104	9456	400	10000
Zuckerrüben	49,4	6125	500	8500
Pflanzenölkerne	52	148	80,5	230
Baumwolle	39	368	78	390
Datteln	697	-	750	-
Tabak	11	275	14	350

Quelle: Ebenda, S. 32

Die gesamte Anbaufläche soll von 10,4 Mio. Donem (ca. 2,5 Mio. ha) auf 14,8 Mio. Donem (3,5 Mio. ha) ausgeweitet werden. Durch Drainage soll in demselben Zeitraum 1 Mio. Donem Ackerland urbar gemacht werden. Die dafür notwendigen Kosten sollen 100 Mio. ID zu Preisen von 1971 betragen. Die Staatsfarmen sollen laut Plan eine führende Rolle bei der Produktionserhöhung spielen.
Obwohl die bis 1980 vorgesehene Produktionssteigerung von beachtlichem Ausmaß ist, wird der Bedarf der einheimischen

Industrie an mehreren agrarischen Vorprodukten im Jahre 1980 weiterhin nicht befriedigt werden können. Ein Vergleich der Zahlenwerte in den Tabellen 28 und 29 mag dies verdeutlichen.

Tabelle 29: Der Bedarf der einheimischen Industrie an einigen ausgewählten agrarischen Produkten (in 1000 t)

Produkte	1976	1980	Zuwachs in %
Zuckerrohr	400	800	100
Zuckerrüben	300	600	100
Pflanzenölkerne	81	145	79
Datteln	40	110	175
Baumwolle	75	140	87
Schafwolle	4	17	325
Tabak	30	30	0

Quelle: Ebenda, S. 28

Aus den Zahlenwerten der Tabellen 28 und 29 geht hervor, daß alle dort angeführten Produkte außer Datteln (für die Schafwolle liegen keine Produktionswerte vor) nicht entsprechend dem Bedarf der Industrie produziert werden können. Auch der Bedarf an Nahrungsmitteln wird bis 1980 höchstwahrscheinlich nicht durch den Agrarsektor gedeckt werden können.

5.6.1.5 Fortsetzung der industriellen Entwicklung

Der Plan definiert die industrielle Entwicklung als Anwendung von neuen Mitteln und Methoden zur Anhebung der Arbeits- und Kapitalproduktivität sowie zur Erreichung einer maximalen Auslastung der Produktionskapazität. An den Industriesektor werden folgende Anforderungen gestellt:
1) Erzielung eines Überschusses und einer hohen Wachstumsrate bei der sozialistischen Akkumulation, damit der Industriesektor, insbesondere die verarbeitende Industrie, eine aktive Rolle bei der Finanzierung der Entwicklungs-

pläne spielen kann. Damit soll eine Verminderung der Abhängigkeit der Volkswirtschaft von den Erdöleinnahmen erreicht werden.
2) Belieferung des Agrarsektors mit den notwendigen Ausrüstungen, Maschinen, Instrumenten, Pflanzenschutz- und Düngemitteln. Die Bewässerungs- und Drainageprojekte sind von besonderer Bedeutung.
3) Verarbeitung der Rohstoffe und der agrarischen Produkte zum Zwecke der Diversifikation von Produktion und Export.
4) Realisierung einer gleichmäßigen Entwicklung in der Industrie und in der Landwirtschaft mit dem Ziel, neue Technologien in der Landwirtschaft anzuwenden. So kann die Boden- und Arbeitsproduktivität, und folglich die Produktion, gesteigert werden, um die Industrie mit den erforderlichen Primärprodukten zu beliefern.
5) Deckung des zunehmenden Bedarfs des Binnenmarktes an verarbeiteten Produkten und die Substitution von importierten Produkten.
6) Unterstützung und Ausbau der Verteidigungskraft des Landes.
7) Absorption der überschüssigen Arbeitskraft der anderen Sektoren.
Eine Reihe von quantitativen Zielen bezüglich Produktion und Wachstum im Industriesektor werden in diesem Plan festgelegt. Dabei wird allerdings die Summe der geplanten Investition nicht genannt.
Die industrielle Wertschöpfung soll von 2591,8 Mio. ID im Jahr 1976 auf 4995,1 Mio. ID im Jahre 1980 steigen. Die jährliche Wachstumsrate soll mindestens 17,8 % betragen. Der Industriesektor wird in dem Plan in drei Branchen gegliedert, um dann die dazugehörigen quantitativen Ziele zu formulieren.
a) Die extraktive Industrie
Die jährliche Wachstumsrate dieser Industriebranche soll 15,5 betragen. Der sehr hohe Anteil dieser Branche an der Gesamtindustrie, bedingt durch das Übergewicht der Rohölproduktion, soll von 88 % im Jahre 1976 auf 79,8 % im Jahre 1980 zugunsten der verarbeitenden Industrie vermin-

dert werden. Der Anteil der Rohölproduktion am Bruttoinlandsprodukt soll laut Plan von 53,5 % in 1976 auf 50,6 % im Jahre 1980 vermindert werden. Im Hinblick auf die erwartete Produktionsmenge des Rohöls werden keine Zahlenangaben gemacht. Für die anderen Rohstoffe wird jedoch folgende Entwicklung der Produktionskapazität angegeben:

	Prod. Kapazität 1976	Prod. Kapazität 1980
Naturschwefel	1 Mio. t	1 Mio t
Phosphat	0	3,4 Mio. t
Salz	50 000 t	750 000 t
Kies	7,3 Mio. m^3	25 Mio. m^3
Sand	5 Mio. m^3	25 Mio. m^3

b) Die verarbeitende Industrie

Der Anteil dieser Branche an der gesamten industriellen Produktion soll von 11,1 % im Jahr 1976 auf 17,9 % im Jahr 1980 erhöht werden. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt soll im selben Zeitraum von 6,7 % auf 11,7 % anwachsen. Die durchschnittliche Wachstumsrate soll jährlich bei 32,9 % liegen. In Bezug auf die Verarbeitung von Erdöl und Erdgas wird lediglich deren Notwendigkeit betont, jedoch kein Produktionsziel angegeben. Die Auslastung der Gesamtkapazität der verarbeitenden Industrie soll von 73 % im Jahr 1975 (diese Zahl ist allzu hochgegriffen) auf 103 % im Jahr 1980 steigen, wobei hier unklar ist, welcher Kapazitätsbegriff zugrundegelegt wird. Die chemische und petro-chemische Produktion soll eine besondere Stellung in der verarbeitenden Industrie einnehmen. Tabelle 30 gibt einen Überblick über die gegenwärtige und angestrebte Produktionsmenge dieses Industriezweiges. Die meisten Produkte werden erstmalig hergestellt. Bei fehlenden Zahlenangaben für das Jahr 1976 handelt es sich um solche Produkte.

Die in dem Zeitraum des Fünfjahresplans aufzubauende Stahlindustrie soll 1980 in der Lage sein, 1,2 Mio. t Roheisen aus importiertem Eisenerz und 1,15 Mio. t Eisen- und Stahl-

produkte zu verarbeiten.

Tabelle 30: Geplante Produktion in der chemischen und petro-chemischen Industrie

Produkt	1976	1980	Einheit
Karton	41	140	tausend t
Stickstoff-Düngemittel	200	1600	"
Phosphat-Düngemittel	-	600	"
Gemischte Düngemittel	-	400	"
Petro-chem. Basisprodukte (Polyäthylen u. Polyvenyl)	-	150	"
Plastikbeutel	3	103	mio. Stck.
Plastikrohre	-	22	tausend t
Plastikkisten	1	7	mio. Stck.
Autoreifen	-	300	tausend Satz
Fahrradreifen	-	660	"
Schwefelsäure	-	450	tausend t
Sodiumsulfat	-	60	"
Aluminiumsulfat	-	45	"

Quelle: Ebenda, S. 52

Nach dem Plan erfährt die Maschinenbauindustrie in dem betreffenden Zeitraum keine nennenswerte Entwicklung. Die Produktion dieser Branche bleibt auf die Montage von Traktoren, Lastwagen und Omnibusse beschränkt. Die Produktionskapazität der Traktoren- und der Omnibuswerke soll bei 4500 bzw. 500 Stück jährlich unverändert stehenbleiben. Die Zahl der aus Einzelteilen zusammengesetzten Lastwagen soll sich von 4240 im Jahre 1976 auf 6480 im Jahre 1980 steigern. Ebenfalls auf die Zusammensetzung von Einzelteilen bleibt die Elektroindustrie beschränkt, lediglich die Montagekapazität soll erweitert werden. In einigen Fällen, wie z.B. auf den Gebieten der Luftventilatoren und Haushaltsgeräten, soll sie sogar vervierfacht bzw. verdoppelt werden. Die während des Fünfjahresplanes 1970-1974 aufgetretenen Engpässe in der Versorgung mit Bauma-

terial sollen durch beachtliche Erweiterung der Produktionskapazität der Baustoffindustrie beseitigt werden. Die Kapazitätsausweitung erweist sich als notwendig, um den rapide anwachsenden Bedarf nach Baumaterial im Zusammenhang mit der Realisierung von Entwicklungsprojekten zu decken. So soll die Kapazität der Zementindustrie von 2,8 Mio. t im Jahre 1976 auf 10 Mio. t im Jahre 1980 gesteigert werden. Die Backsteinindustrie soll bis 1980 in der Lage sein, anstelle von nur 2 Mrd. dann 6 Mrd. Backsteine im Jahr herzustellen. Die Produktionskapazität für Betonrohre soll im selben Zeitraum verdreifacht werden.

In der Textilindustrie soll nach Vorstellung der irakischen Planer das Schwergewicht auf die Herstellung von Stoffen aus synthetischen Fasern gelegt werden. Dies vermutlich deshalb, weil die Produktion der Baum- und Schurwolle erheblich unter dem Bedarf der Textilindustrie liegt. 1975 betrug die Baumwollproduktion 39 000 t. Der Bedarf der Textilindustrie an Baumwolle wird im selben Jahr mit 75 000 t und für 1980 mit 140 000 t angegeben. Die Produktion der Rohbaumwolle kann aber bis 1980 nur auf 78 000 t erhöht werden. Auch die Produktion von Polyesterstoffen soll laut Plan keine wesentliche Erhöhung erfahren, weil die Vorprodukte bis 1980 weiterhin nicht lokal hergestellt werden können. Nur die Produktion von Strickwaren soll in nennenswertem Umfang ausgeweitet werden. Die Produktionssteigerung von 6000 Stück im Jahre 1976 auf 16 000 Stück im Jahre 1980 (diese Zahlen beziehen sich nur auf die staatlichen Betriebe) ist zwar beachtlich, deckt aber bei weitem nicht den Bedarf des Binnenmarktes. 1976 importierte der Irak 40 683 t halb- und fertigverarbeitete Textilien im Wert von 44 Mio. ID.
Auf dem Gebiet der Lebensmittelindustrie soll die Produktionskapazität für Zucker von 68 000 t auf 135 000 t jährlich erhöht werden. Das gesteckte Ziel liegt weit unter dem Bedarf des Binnenmarktes. 1976 importierte der Irak ca. 314 000 t Zucker. Dagegen wird von der Milchverarbeitungsindustrie erwartet, den einheimischen Bedarf bis 1980

decken zu können. Die Produktionskapazität soll von 66 000 t im Jahre 1976 auf 365 000 t im Jahre 1980 erweitert werden. Die importierten Milchprodukte im Jahre 1976 betrugen 45 000 t. Insgesamt erfährt die Lebensmittelindustrie laut Plan keine entsprechend große Ausweitung, die dem wachsenden tatsächlichen Bedarf nach Nahrungsmitteln entsprechen würde. Der notwendige Bedarf an Nahrungsmitteln schlug sich - infolge gestiegener Einkommen - u.a. in gestiegenen Nahrungsmittelimporten nieder.

Tabelle 31: Entwicklung der Nahrungsmittelimporte in Mio. ID

1972	1973	1974	1975	1976
38	57	184	192	160

Quelle: Central Bank of Iraq Bulletin, die Ausgaben der Jahre 1975 bis 1977
Ministry of Planning, Foreign Trade Statistics 1976, S. 27

c) Die Elektrizitätswirtschaft

Als sehr positiv einzuschätzen ist die von dem Plan projektierte Kapazitätsausweitung der Elektrizitätswerke von 950 MW im Jahre 1976 auf mindestens 4000 MW im Jahre 1980. Damit wird die Elektrizitätsversorgung der bestehenden und zukünftig zu errichtenden Industriebetriebe zumindest mittelfristig sichergestellt. Laut Plan sollen bis 1980 mindestens 65 % der Landbevölkerung mit Elektrizität versorgt werden.

5.6.1.6 Die Weiterentwicklung der Infrastruktur

Dem Bereich Infrastruktur ordnet der Plan die Sparten Transport, Kommunikation (Post, Rundfunk und Fernsehen), Wohnungsbau und kommunale Verwaltung zu. Der Plan betont die Notwendigkeit der Errichtung eines kompletten Transport- und Kommunikationsnetzes zur Verbindung der Standorte von Produktion und Absatz. Bis 1980 soll eine Gesamtstrecke von 5550 km Fern- und Landstraßen neu errichtet

werden. Die Frachtkapazität der Eisenbahn soll sich von ca. 4,5 Mio. Tonnen im Jahre 1975 auf ca. 16 Mio. Tonnen im Jahre 1980 erhöhen. Das Eisenbahnnetz selbst soll um ca. 800 km erweitert werden. Darin ist eine Strecke von ca. 550 km zur Anbindung des Phosphatgewinnungsgebiets Akkaschat, nahe der syrischen Grenze mit Bagdad, von wo aus der Weitertransport nach Basra bzw. Mosul gewährleistet ist, enthalten. Die Kapazität der Seehäfen soll ebenfalls in großem Umfang erweitert werden, von 4,75 Mio. Tonnen auf 14 Mio. Tonnen jährlich.
Das 1976 von einer japanischen Firma installierte Mikrowellen-Telefonsystem soll weiterentwickelt werden, bis 1980 soll die Zahl der Telefonanschlüsse von 150 000 auf 300 000 erhöht werden.
Auf dem Gebiet der kommunalen Verwaltung ist die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, insbesondere auf dem Lande, zu verbessern. Die Lösung der Kanalisationsprobleme soll, wenn auch in bescheidenem Umfang, in Angriff genommen werden. Nach dem Plan kommt dem Wohnungsbau eine besondere Bedeutung zu, um dem dringenden Bedarf entgegenzukommen. Quantitative Ziele werden nicht angegeben. Allerdings ist (in dem Plan) von einem sehr großen Investitionsvolumen im Bausektor die Rede. Zur Durchführung der Bauvorhaben sollen die staatlichen Bauunternehmen stärker herangezogen werden und spezialisierte Bauunternehmen gegründet werden.

5.6.1.7 Weiterentwicklung des Verwaltungsapparates

Im Sinne einer effektiven Entwicklungspolitik soll der Verwaltungsapparat in Richtung einer neuen Organisation überdacht werden. Die Effektivität der Wirtschaftsführung soll durch die Ausstattung mit modernen technischen Instrumenten und durch die Anwendung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse erhöht werden. Zu diesem Zweck werden eine Reihe von Maßnahmen aufgeführt. Dazu gehören u.a. die Ausweitung der Tätigkeitsbereiche des Staats-

apparates, Tätigkeitskontrollen und Anhebung der Produktivität, die Einführung von demokratischen Verwaltungsformen, die Anwendung von EDV und die Umstrukturierung der Arbeitsplätze mit dem Ziel, die überschüssigen Arbeitskräfte auf "geeignete" Berufe umzuschulen.

5.6.1.8 Entwicklung des Planungs- und Kontrollapparates

Die Funktionen und Aufgaben der Planung sollen mit der Ausweitung auf die Bereiche Produktion, Konsumtion, Einkommen, Preise, Löhne, Geld- und Finanzpolitik, Binnen- und Außenhandel einen umfassenden Charakter erhalten. Damit soll die Koordination zwischen allen Wirtschaftsbereichen und deren Integration sichergestellt werden. Es sollen aufeinander abgestimmte kurz-, mittel- und langfristige Pläne aufgestellt werden. Auch Prognosen zur Messung der Veränderung des ökonomischen Systems und zur Berechnung des Volkseinkommens und seiner Bestandteile sind aufzustellen. Die Planungsprojekte sollen im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit und technische Effizienz genau analysiert und evaluiert werden.
Im Hinblick auf den Rohentwurf des langfristigen Entwicklungsplans sollen die Bemühungen fortgesetzt werden, den ersten Fünfjahresabschnitt unter Berücksichtigung des Nationalen Entwicklungsplans 76-80 zu modifizieren. An dieser Stelle wird deutlich, daß eine Veränderung der Planungskonzeption im Stadium der Aufstellung des neuesten Plans (1976-1980) erfolgt sein muß.

5.6.2 Die normativen Ziele des Planes

a) Beseitigung der Engpässe
Der Plan intendiert, die während der Realisierung des vorausgegangenen Fünfjahresplans aufgetretenen Engpässe zu beseitigen und ähnliche Situationen in der Zukunft zu vermeiden. Vorrangig sollen Engpässe in folgenden Bereichen bewältigt werden: die verfügbaren Arbeitskräfte, Transport

der agrarischen Erzeugnisse, Verteilung und Absatznetz der Lebensmittel und Konsumgüter, die Außenhandelsinstitutionen, der Wohnungs- und Schulbau.

b) Erhöhung der Produktivität
Die Anhebung der Arbeitsproduktivität wird von den Planern als ein grundlegender Faktor zur Erreichung der projektierten Wachstumsraten angesehen. Dazu sollen neue und praktische Methoden zur Ausbildung der Arbeitskräfte angewandt werden. Außerdem ist eine Vollbeschäftigung und eine optimale Allokation der Arbeitskräfte zu erreichen. Der Kapitalproduktivität wird ebenfalls eine entscheidende Rolle im Entwicklungsprozeß beigemessen. Ihre Anhebung soll nach den Vorstellungen der irakischen Planer dadurch erreicht werden, daß die Effektivität an Stelle des Volumens der Investitionen erhöht wird. Projektstudien sollen mehrere Alternativen zeigen und die rentabelste auswählen.

c) Verbesserung der Produktqualität
Die Planer wollen sich nicht mit einer bloßen quantitativen Vermehrung der Produkte zufrieden geben, sondern eine Qualitätsverbesserung der agrarischen, industriellen und handwerklichen Produkte erreichen. Zu diesem Zweck sollen die angewandten Wissenschaften stärker in den Produktionsprozeß einbezogen werden.

d) Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse
Die Erhöhung der Produktivität, insbesondere in der Industrie und in der Landwirtschaft, soll zur Entstehung eines Überschusses führen, der sich für die Finanzierung der Investitionen verwenden läßt. Die weiteren Maßnahmen zur Erhöhung der Ersparnisse sind laut Plan die Bekämpfung der versteckten Arbeitslosigkeit und der Verschwendung von Wirtschaftsressourcen, sowie die Förderung der Spartätigkeit durch institutionelle Verbesserungen.

e) Weiterentwicklung der technologischen Struktur
Als Indikatoren für die technologische Struktur gelten laut Plan der wachsende Anteil der Investitionsausgaben für die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Forschung an

den Gesamtinvestitionen, die Kapitalintensität und eine rationalisierte Produktion. Die Landwirtschaft soll so weit wie möglich mechanisiert und die Anwendung von ergiebigen Saatkörnern und von Düngemitteln eingeführt werden. In der Industrie sollen Forschungseinheiten in den wichtigsten Betrieben eingerichtet werden und ihre Arbeit mit den bereits bestehenden wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen koordinieren.

f) Das Verhältnis des sozialistischen Sektors zum privaten Sektor

Der sozialistische Sektor soll dazu befähigt werden, seine ihm zugedachte führende Rolle zu spielen. Dem privaten Sektor ist eine angemessene Rolle im Entwicklungsprozeß zuzuordnen.

g) Bekämpfung der Umweltverschmutzung

Der Aspekt des Umweltschutzes wird erstmalig in die Planung aufgenommen. Die Maßnahmen sollen sich vor allem auf eine verstärkte Versorgung mit Trinkwasser konzentrieren, Kanalisation von Abwässern, bessere Organisation der Müllabfuhr in den Städten, Einschränkung der Verschmutzung durch die Industriebetriebe, Erlaß von diesbezüglichen Gesetzen und Verordnungen und schließlich die Verbreitung eines besseren Umweltbewußtseins unter der Bevölkerung.

5.6.3 Gesamtwirtschaftliche Indikatoren und strukturelle Veränderung

a) Das Volkseinkommen

Nach den Berechnungen der irakischen Planer soll das Volkseinkommen von ca. 4013 Mio. ID im Jahre 1976 auf 7475 Mio. ID im Jahre 1980 zu festen Preisen von 1975 steigen, d.h. mit einer durchschnittlichen Jahreswachstumsrate von 17 %. Diese Erhöhung soll in erster Linie auf den Wachstumsraten der Wertschöpfung im Agrar- und im Industriesektor basieren, die sich auf 7,1 % bzw. 17,8 % belaufen sollen.

b) Das Pro-Kopf-Einkommen

Den obigen Berechnungen zufolge soll sich das Pro-Kopf-

Einkommen von 349 ID im Jahre 1976 auf 575 ID im Jahre 1980 erhöhen.

c) Die öffentlichen Dienstleistungen

Mit einer durchschnittlichen Jahreswachstumsrate von 10,4 % wird zwar ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 16,3 % im Jahre 1976 auf 13 % sinken, in absoluten Zahlen wird sich dieser Sektor von 690 Mio. ID auf 1 000 Mio. ID vergrößern. Laut Plan darf die Entwicklung dieses Sektors nicht zulasten der produktiven Sektoren gehen, daher auch die relativ niedrig angesetzte Wachstumsrate.

d) Die Einkommensverteilung

Der Zuwachs des Volkseinkommens soll regional und sektoral in einer angemessenen Weise verteilt werden. Als Maßnahmen werden lediglich die Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Gesundheitswesen und Familie sowie die Vergabe von Subventionen für Nahrungsmittel vorgeschlagen.

e) Die Struktur des Bruttoinlandsprodukts

Der Plan erhebt den Anspruch, die relativen Anteile der einzelnen Sektoren am Bruttoinlandsprodukt zu verändern. Die vorliegenden Zahlen ergeben aber keine wesentlichen strukturellen Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts.

Tabelle 32: Gegenwärtige und projektierte Anteile der Sektoren am Bruttoinlandsprodukt

	1976 %	1980 %
Landwirtschaft	7,6	5
Rohölförderung	54	50,6
Verarbeitende Industrie	7,1	11,4
Distributionssektor+	12,7	11
Dienstleistung	10,4	13

+ Transport und Kommunikation, Groß- und Einzelhandel sowie Banken und Versicherungen

Quelle: Planungsministerium, "Der Nationale Entwicklungsplan 1976-1980", S. 95; Annual Abstract of Statistics 1977, S. 127

f) Die Löhne

Die Lohnpolitik in der Periode des Fünfjahresplans soll die folgenden Grundtendenzen aufweisen:

1) Die Herstellung eines Zusammenhanges zwischen dem Lohnsystem und der Preisbewegung, um ein wirtschaftliches Gleichgewicht zu gewährleisten.

2) Die Anbindung der Löhne an die Arbeitsproduktivität und an ein Anreizsystem.

3) Die Bestimmung des Mindestlohns gemäß den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus und im Lichte der Prinzipien und Anweisung der Baath-Partei.

g) Die Preise

Die Preispolitik soll auf der ständigen Beobachtung und Analyse der Preisbewegung basieren. Dabei soll die internationale Preisbewegung, die Entwicklung der Preise für Exporte und Importe und deren Auswirkungen auf die Binnenpreise miteinbezogen werden. Die Preispolitik soll auf die Wahrung eines Gleichgewichts und auf die Stabilisierung der Kaufkraft zielen, um die Empfänger von niedrigen Einkommen vor einer nachteiligen Preisentwicklung zu schützen. Die Preisfixierung für die Massenkonsumgüter soll weiterhin streng gehandhabt werden. Außerdem soll die Preispolitik eine Lenkungsfunktion in der Produktion und Konsumtion erfüllen.

h) Die Geld- und Finanzpolitik

Das Banksystem, insbesondere die Einlagen- und Kreditpolitik, soll in den Dienst des Entwicklungsplans gestellt werden. Damit soll die Finanzierung eines Teils der Investitionen ermöglicht werden. Es ist anzunehmen, daß hier die Investitionen des Privatsektors gemeint sind, die knapp 9 % der geplanten Gesamtinvestitionen ausmachen sollen. Die Notwendigkeit der Harmonisierung der Ziele des Entwicklungsplans mit der Entwicklung des ordentlichen Staatshaushalts (ohne Investitionen des Staates) im Hinblick auf seine Ausgeglichenheit wird hervorgehoben.

i) Die Investitionen
Die Summe der Gesamtinvestitionen in dem Zeitraum 76-80 wird auf einen Betrag von 13 455 Mio. ID veranschlagt. Davon sollen 1 200 Mio. ID vom Privatsektor aufgebracht werden. Der Rest wird aus den Erdöleinnahmen vom Staat finanziert. Der Plan betont ausdrücklich seinen vorläufigen Charakter und folglich eine mögliche Modifizierung dieser Zahlen. Angaben über die sektorale Verteilung der Investition werden nicht einmal in Eckwerten gemacht. Die übertriebene Zurückhaltung der irakischen Politiker bei der Veröffentlichung von Investitionszahlen kann nur so erklärt werden, daß eine mögliche Diskrepanz zwischen Soll- und Istwert nicht an die Öffentlichkeit gelangen darf. In der bisherigen Planungsgeschichte des Irak haben beide Werte zu keinem Zeitpunkt übereingestimmt.

j) Der öffentliche Konsum
Das Ziel ist, den öffentlichen Konsum, der mit dem ordentlichen Staatshaushalt fast identisch ist, mit einer durchschnittlichen Jahreswachstumsrate von 12,7 % anzuheben. Die Bevölkerungszunahme mit einer jährlichen Wachstumsrate von 3,4 % mache diese Erhöhung notwendig.

k) Der private Konsum
Der Plan zielt darauf, den privaten Konsum in jene Richtung zu lenken, die den Verbrauch an notwendigen Nahrungsmitteln für eine Person unter Berücksichtigung der Vorschläge des nationalen Instituts für Ernährung sicherstellt. Es soll auf die Veränderung der Konsummuster hingearbeitet werden, um das Phänomen des Luxuskonsums zurückzudrängen.

l) Der Binnenhandel
Der Großhandel soll laut Plan vom Staatssektor gänzlich beherrscht werden. Die Beteiligung des gemischten Sektors und der Genossenschaften am Einzelhandel soll gefördert werden. Dabei soll dem Privatsektor eine angemessene Betätigungsfreiheit zugestanden werden. Die Planung soll sich auf die Vermarktung der einheimischen Produkte, auf die Beziehung zwischen Einzelhandel und Import und auf

das Verteilungsnetz des Einzelhandels erstrecken.

m) Der Außenhandel
Ein spezieller Plan für den Außenhandel als Bestandteil des Nationalen Entwicklungsplans soll aufgestellt werden. Dieser soll den Erfordernissen der Entwicklungspolitik durch Prioritätensetzung bei dem Import von Investitionsgütern Rechnung tragen. Die vorläufigen Werte bezüglich des Anteils der Investitionsgüter und Konsumgüter an den gesamten Importen belaufen sich auf 74,6 % bzw. 25,4 %.

5.6.4 Zusammenfassung und Beurteilung des Nationalen Entwicklungsplans

Neu an diesem Plan ist die über die Zielsetzung von globalen Wachstumsraten der Volkswirtschaft und deren einzelnen Sektoren hinausgehende differenzierte Bestimmung von Produktionszielen. Die bisherigen Entwicklungspläne beschränkten sich auf den Investitions- und Finanzierungsaspekt der Planung. Die Erfassung von neuen Bereichen wie Produktion, Arbeitsmarkt und Bildung verleiht diesem Plan einen umfassenderen Charakter. Die um eineinhalb Jahre verspätete Bekanntmachung des Plans deutet zwar auf das Vorhandensein gewisser Mängel im Planungsapparat hin, zugleich aber auf eine intensive Auseinandersetzung der irakischen Planer mit der bisherigen Planungskonzeption. Das hervorstechende Merkmal des Plans ist das immense Investitionsvolumen in der Größenordnung von 13,4 Mrd. ID, wenn es sich auch nur um vorläufige Zahlenwerte handelt. In der fünfjährigen Planperiode will der Staat fast das Vierfache von dem investieren, was von 1951 bis einschließlich 1975 insgesamt an Entwicklungsinvestitionen getätigt wurde. Hier stellt sich zu Recht die Frage nach der Absorptionsfähigkeit der irakischen Wirtschaft. Nach bisher vorliegenden Daten über die Investitionstätigkeit des irakischen Staates belief sich die Summe der getätigten Investitionen in den Jahren 1976, 1977 und 1978 auf ca. 6 Mrd. ID.[1)]

1) Vgl. R. Bolz, Die Entwicklungspolitik im Irak nach 1968 und ihre bisherigen Ergebnisse, in: Orient, Nr. 1, 20. Jg., März 1979, S. 88

Obwohl die irakischen Politiker sich um neue Deviseneinnahmequellen bemühen, z.B. durch die Ausbeutung von erstmalig geförderten Rohstoffen wie Schwefel und Phosphat, wird die Finanzierung der Entwicklungsinvestition noch lange Zeit von den Erdöleinnahmen abhängig bleiben. Einen Rückgang der Erdöleinnahmen befürchtet die irakische Regierung laut Aussage des bis Sommer 1979 amtierenden Planungsministers zumindest nicht für die nächsten zehn Jahre.[1)]

Die sektorale Verteilung der Investition ist nicht bekannt gemacht worden. Dennoch lassen sich an Hand der projektierten Sektorenwachstumsrate und der Produktionsmengen die Schwerpunkte des Plans erkennen. Einer dieser Schwerpunkte ist die Grundstoffindustrie, die die größten Expansionsraten aufweisen. Dies gilt vor allem für die Produktion von Düngemitteln, petro-chemischen Basisprodukten, Stahl, Zement und sonstigem Baumaterial. Die Elektrizitätserzeugung soll ebenfalls im großen Umfang ausgeweitet werden. Die genannten Produktarten und weniger die Leichtindustrie werden zu der sehr hoch angesetzten Wachstumsrate der verarbeitenden Industrie beitragen müssen. Der zweite Schwerpunkt scheint bei der Infrastruktur zu liegen, deren Unzulänglichkeit im Hinblick auf das Industrialisierungstempo sichtbar wurde. Infrastrukturinvestitionen sind nicht nur notwendiger Bestandteil jeglicher Industrialisierung, sondern haben auch positive Beschäftigungseffekte. Sie beschäftigen eine große Anzahl von ungelernten Arbeitskräften, die im Irak reichlich vorhanden sind. Zwar kann man mit einem hohen Investitionsvolumen in der Landwirtschaft rechnen, doch wird das Gros der Investitionen in große Bewässerungs- und Drainageprojekte fließen, deren Effekte nur langfristig spürbar werden. Im Hinblick auf eine rasche Anhebung der agrarischen Produktion scheint es keine klare Konzeption zu geben. Eine Mobilisierung der Bauern ist bisher ausgeblieben.

---

1) Vgl.: Oil and Development Magazin, Nr. 1, Jg. 3, Okt. 1977, S. 25

Der Plan erhebt jedoch den Anspruch, dies in den nächsten fünf Jahren leisten zu können. Andererseits macht der Plan eine intensive Anbaumethode und die Weiterentwicklung der Staatsfarmen zur Voraussetzung, um die angestrebte Wachstumsrate von 7 % zu erreichen. Wenn auch der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten von 53 % auf 45 % zurückgehen soll, so wird der Anteil der agrarischen Produktion am Bruttoinlandsprodukt von 10 % auf 5 % schneller zurückgehen. Eine Agrarrevolution wird zumindest bis 1980 nicht stattfinden.
Das Ziel der Verminderung des Anteils der Rohölförderung an dem Bruttoinlandsprodukt kann als optimistisch eingeschätzt werden. Selbst wenn es zu erreichen wäre, läge der Anteil weiterhin bei 50 %. Der Plan macht keine Angabe über den angestrebten Umfang der Ölraffinierung. Jedoch kann mit einer beachtlichen Erhöhung gerechnet werden. Nach Angaben des Petroleum Economist vom Februar 1978 wird an der Verdoppelung der Kapazität der Basra-Raffinerie durch die tschechoslowakische Technoexport gearbeitet. Dies würde eine Erhöhung der Gesamtkapazität des Landes, die gegenwärtig bei 183 500 b/d liegt, um 70 000 b/d bedeuten. Der Bau einer exportorientierten Raffinerie in Basra mit einer Kapazität von 300 000 b/d und einer weiteren Raffinerie in Mosul mit einer Kapazität von 30 000 b/d ist denselben Angaben zufolge vorgesehen. Der inländische Bedarf liegt gegenwärtig bei 100 000 b/d.
Die Bezugnahme des Plans auf den aufgeblähten staatlichen Verwaltungsapparat mit der Intention, überschüssige Arbeitskräfte umzuschulen, ist als ein positives Moment einzuschätzen. Die Struktur des Bruttoinlandsprodukts wird bis 1980 keine grundlegende Veränderung erfahren. Jedoch könnte die höhere Wachstumsrate der produktiven Sektoren (Landwirtschaft und Industrie) von 17,8 %, bei einer Wachstumsrate des Dienstleistungssektors von nur 10,4 %, den Akkumulationsprozeß beschleunigen.

6. Entwicklungsstand und Struktur der nachholenden Industrialisierung

6.1 Der institutionelle Aufbau des Industriesektors

6.1.1 Der staatliche Sektor

Im Zusammenhang mit der Verstaatlichung der großen Industrie- und Handelsunternehmungen, aller Banken und Versicherungen im Juli 1964 wurde durch ein Gesetz die "Economic Organization" (Al-Mu'assaseh Al-Iktisadiya) als eine autonome staatliche Einrichtung mit Verwaltungs- und Haushaltshoheit gegründet. Diese Organisation übernahm die Leitung aller verstaatlichten Industriebetriebe, Handelsunternehmungen und Versicherungen (die Banken bekamen eine eigne Organisationseinheit) und war nur gegenüber dem Ministerpräsidenten weisungsgebunden. Die hierarchische Organisationsstruktur dieses konglomeratartigen Gebildes war mit einem bürokratischen Entscheidungsprozeß über Finanzierung, Produktion und Absatz in den einzelnen Betrieben verbunden. Wegen mangelnder Effizienz dieser Organisationsstruktur wurde 1965 mit der Abschaffung der "Economic Organization" ein Prozeß der Dezentralisierung eingeleitet. Zunächst wurden drei selbständige Organisationseinheiten jeweils für die Industriebetriebe, für die Handelsunternehmungen und für die Versicherungen etabliert. Die "General Organization for Industrie" wurde 1970 in fünf verschiedene branchenspezifische Staatsunternehmen "State Organization" aufgespalten und dem Industrieministerium untergeordnet. Der Status der neuen Organisationseinheiten zeichnet sich durch Verwaltungs- und Haushaltshoheit aus und ähnelt in etwa dem Status der Parafisci in der BRD. Die einzelnen "State Organization", die wir im folgenden aufzählen, umfassen mehrere Betriebe, wenn auch die Zuordnung nicht streng nach dem Gesichtspunkt der Branchenzugehörigkeit erfolgt ist, so daß sich eine spätere Umgruppierung einiger Betriebe als notwendig erwies:

1. die "State Organization" für Spinnerei und Weberei mit 8 Textilbetrieben;
2. die "State Organization" für Bekleidungs-, Lederverarbeitungs- und Zigarettenindustrie mit 7 Betrieben;
3. die "State Organization" für Lebensmittel- und chemische Industrie mit 6 Betrieben;
4. die "State Organization" für Baustoffindustrie mit 5 Betrieben und
5. die "State Organization" für Metallverarbeitungs- und Elektroindustrie mit 4 Betrieben.

Im Industriesektor existieren weitere Staatsunternehmen, die jedoch nicht dem Industrieministerium, sondern anderen Ministerien angegliedert sind. Diese sind im einzelnen:

1. die "State Organization" für Getreidemühlen (Wirtschaftsministerium);
2. die "State Organization" für Pharmazeutika (Gesundheitsministerium);
3. die "State Organization" für Erdölraffinierung (Ministerium für Erdöl).

Im Jahre 1967 wurde im Industrieministerium das "Direktorat für Planung und industrielle Entwicklung" eingerichtet. Der Status dieser Institution, die für die Förderung des privaten Sektors zuständig ist, wurde nach 1968 aufgewertet. Die "State Organization für Industrial Development" umfaßt nunmehr drei Wirtschafts- bzw. Organisationseinheiten, das Direktorat für Organisation und industrielle Förderung, den Irakischen Industrieverband und die Industriebank.

6.1.2 Die Stellung des privaten Sektors

Die Verstaatlichungen von 1964 bedeuteten keineswegs das Ende des privaten Sektors im Irak. Das Gesetz Nr. 103 von 1964 schloß lediglich die Produktionsbereiche Zement, Asbest und Zigaretten für die privaten Investitionsaktivitäten aus. In den anderen Bereichen, vor allem in der Herstellung von Textilien und Lebensmitteln, wurde die

Gründung von privaten Betrieben ausdrücklich bejaht; allerdings wurde eine Kapitalobergrenze von 70 000 ID festgelegt. Bei Überschreitung dieses Limits müssen sich die privaten Firmen in eine Aktiengesellschaft umwandeln und dem Staat bzw. der Industriebank die Möglichkeit einer mehrheitlichen Beteiligung eröffnen. Nach der Machtübernahme durch die Baath-Partei 1968 wurde die Aktivität des privaten Sektors innerhalb bestimmter Grenzen prinzipiell begrüßt. Der bereits zitierte 'Politische Bericht' fordert die "Schaffung von Anreizen für das nationale Kapital, um kleinere und mittelgroße Industriebetriebe zu errichten."[1)]

Die zulässige Kapitalobergrenze wurde mehrfach nach oben verschoben. Sie ist erst auf 150 000 ID und später auf 300 000 ID (ca. DM 2 Mio.) erhöht worden. Da dieses Limit sich auf die Größe des Stammkapitals bezieht, ist die tatsächliche Kapitalobergrenze sehr viel höher. Eine Überschreitung geschieht oft in der Form, daß der Betriebseigentümer als private Person seinem Betrieb einen Kredit gewährt. Eine spätere Erhöhung durch Aufstockung des Buchwertes wird ebenfalls geduldet. Die irakischen Privatunternehmer erwarten eine offizielle Erhöhung der Kapitalobergrenze in der nächsten Zeit. Das Direktorat für Organisation und industrielle Förderung ist zuständig für die Erteilung von Genehmigungen zur Gründung von privaten Industriebetrieben und die Bestimmung des Umfangs von Vergünstigungen. Vergünstigungen sind in der Regel Zollbefreiung auf importierte Ausrüstung und Rohstoffe bzw. Halbfabrikate, Bereitstellung von Fabrikgelände, Steuerbefreiung für die Dauer von 10 Jahren und schließlich Kredite zu günstigen Konditionen durch die Industriebank.

In jüngster Zeit wurde gemeldet, daß mit einer weiteren Verbesserung der Stellung des Privatsektors, insbesondere der Ausweitung seines Wirkungsbereichs, zu rechnen sei.[2)]

---

1) Der Politische Bericht, a.a.O., S. 112

2) Dies meldete die kuweitische Tageszeitung "Al Seyassah" am 14.8.1979

6.1.3 Die Stellung der Gewerkschaft

Fragen der gewerkschaftlichen Organisation und ihre Rolle im Produktionsprozeß sind durch das Arbeitsgesetz Nr. 151 von 1970 neu geregelt worden. In diesem Gesetz werden die Organisationsstruktur, die Aufgaben und die Ziele weitgehend festgelegt. § 210 definiert die Gewerkschaft als eine freie unabhängige Organisation mit einem autonomen finanziellen und administrativen Status im Rahmen der geltenden Gesetze. Die "ordnungsgemäße" Gründung einer örtlichen Gewerkschaftsorganisation wird nach § 200 vom Arbeitsminister und vom Arbeitsgericht überwacht, so daß eine Kontrollmöglichkeit durch den Staat durchaus gegeben ist.
Die allgemeinen Aufgaben und die Funktion der Gewerkschaft werden von § 213 des Arbeitsgesetzes wie folgt definiert:

1) Mobilisierung der Arbeiter und Förderung ihres Bewußtseins;
2) Schutz und Weiterentwicklung des Berufs sowie Einführung von modernen Arbeits- und Produktionstechnologien;
3) Erhöhung der Produktivität durch Verbesserung der fachlichen Qualifikation;
4) Verankerung und strenge Einhaltung der Arbeitsdisziplin
5) Die Herstellung einer engen Verbindung zwischen der Produktionssteigerung und Anhebung des Lebensstandards der Arbeiter;
6) Die Bekämpfung jeglicher Form von Ausbeutung und Herausstellung des menschlichen Charakters der Arbeitsbeziehungen;
7) Verbreitung des sozialistischen Wettbewerbs unter den Arbeitern.

Auf betrieblicher Ebene muß die Gewerkschaft die Interessen der Arbeiter in den sogenannten "Gemeinsamen Ausschüssen" vertreten. Nach den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes (§§ 122 bis 129) muß in jedem Betrieb mit mehr als 30 Arbeitern ein Ausschuß gebildet werden, zu dem Arbeitgeber und Gewerkschaft je zwei Vertreter entsenden können. In den Staatsbetrieben werden die Vertreter der Betriebs-

leitung von dem "Vorstand", in dem die Arbeiter wiederum vertreten sind, ernannt. Einer davon muß aus den Reihen der Arbeitervertreter im Vorstand stammen. Somit sitzen in dem "gemeinsamen Ausschuß" eines staatlichen Betriebs drei Vertreter der Gewerkschaft einem Vertreter des "Arbeitgebers" gegenüber.
Dagegen werden die Sitze in einem Betriebsausschuß eines privaten Betriebes paritätisch verteilt. Der Vorsitz wird jeden Monat alternierend geführt. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen. In Pattsituationen ist die Stimme des Vorsitzenden ausschlaggebend. Die Entscheidungen haben für die Betriebsleitung bzw. den Betriebseigentümer keinen bindenden Charakter. Der "Arbeitgeber" wird aber vom Gesetz dazu angehalten, diese Entscheidungen sorgfältig zu prüfen. Werden Entscheidungen zur Regelung von innerbetrieblichen Konflikten einstimmig gefaßt, so haben sie einen bindenden Charakter für beide Parteien. Möglicher Einspruch kann nur beim Arbeitsgericht eingelegt werden.
Nach dem Arbeitsgesetz hat sich der "Gemeinsame Ausschuß", der mindestens zweimal in der Woche tagen muß, mit folgenden Fragen und Problemen zu befassen:

1) Realisierung der Produktionspläne;
2) Einhaltung der Arbeitsordnung;
3) Verbesserung der Arbeitsbedingungen;
4) Konstruktive Mitarbeit bei der Lösung aller mit der Arbeitsverrichtung verbundenen Probleme;
5) Vorschläge zur Erhöhung der Produktivität und Einführung von Anreizsystemen;
6) Wahrung der sozialen Partnerschaft im Betrieb;
7) Innerbetriebliche Konflikte bezüglich der Bestimmung und Durchführung des Arbeitsgesetzes.

In diesem Aufgabenkatalog bleibt die Problematik der Investition, der Löhne und der Gewinnverteilung in dem betreffenden Betrieb unberührt.
Das Streikrecht wird von den §§ 130 bis 136 näher bestimmt.

Im Falle von auf Betriebsebene nicht zu lösenden Konflikten, die möglicherweise zu einem Streik führen können, muß der Minister für Arbeit und soziale Angelegenheiten eingeschaltet werden. Sollten die Bemühungen des Ministers um Beilegung des Konflikts nichts fruchten, so muß das Arbeitsgericht angerufen werden. Die von diesem Gericht getroffene Entscheidung ist für beide Parteien bindend. Eine Berufung ist nicht möglich. Fristlose Kündigung und gerichtliche Verfolgung droht sowohl den Gewerkschaftsmitgliedern als auch Mitgliedern der Betriebsleitung in den staatlichen Betrieben, wenn sie sich der Entscheidung des Gerichts widersetzen. In den privaten Betrieben wird den Arbeitern ein Streikrecht eingeräumt, wenn der Betriebseigentümer die Entscheidung des Arbeitsgerichts mißachtet. Sollte er nicht innerhalb von zwei Tagen nachgeben, so wird sein Betrieb vom Arbeitsministerium in Kooporation mit der Gewerkschaft übernommen.

6.2 Die "großen" und die "kleinen" Industriebetriebe

Die irakische Statistik unterscheidet zwischen großen und kleinen Industriebetrieben. Hierbei wird die Zahl der Beschäftigten als Unterscheidungsmerkmal zugrundegelegt. Produktionsstätten, die mehr als 10 Beschäftigte haben, gelten als große Betriebe, diejenigen mit weniger als 10 als kleine Betriebe. Dieses Unterscheidungsmerkmal soll hier kurz problematisiert werden. Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten unterliegen den Bestimmungen des irakischen Sozial- und Arbeitsrechts, d.h. der Arbeitgeber muß für seine Beschäftigten Beiträge für die Sozial- und Rentenversicherung entrichten. Um sich dem zu entziehen, versuchen viele private Betriebe, die Zahl ihrer Beschäftigten unter der Grenze von 10 zu halten, indem sie entweder falsche Angaben machen oder Kinder und Gelegenheitsarbeiter zu einem niedrigen Lohn beschäftigen.[1)]

1) Vgl. F. Kelaita, a.a.O., S. 35

Die Zahl solcher Betriebe, die fälschlicherweise in der Gruppe kleiner Industriebetriebe erscheinen, kann auf etwa 600 bis 800 geschätzt werden.
Ein weiterer methodischer Einwand ergibt sich durch den undifferenzierten Charakter des Begriffs "große Industriebetriebe". 1975 betrug die Zahl dieser Betriebe 1349. Davon sind aber allein 673 (50 %) solche Betriebe, in denen lediglich 10 - 19 Beschäftigte arbeiten, wohingegen die Zahl der Betriebe, in denen mehr als 250 Personen arbeiten, nur 78 (6 %) betrug. Die hohe Abweichung der Beschäftigtenzahl innerhalb dieser Gruppe bedingt eine unverkennbare Heterogenität im Hinblick auf die angewandte Technologie und die Produktionsmethoden. Viel sinnvoller wäre es somit, wenn die irakischen Statistiker eine dritte Gruppe, die mittlere Betriebe mit 10 - 50 Beschäftigten umfaßt, bilden würden.

Tabelle 33: Klassifikation der Industriebetriebe 1975

Betriebsgröße	Anzahl	Beschäftigte	%	Bruttoproduktionswert (Mio.ID)	%	Bruttowertschöpfg. (Mio.ID)	%
große B.	1349	134600	57	436,4	61,1	119,7	54
kleine B.	39275	101993	43	278,3	38,9	101,7	46
Zusammen	40624	236593	100	714,7	100	221,4	100

Quelle: Ministry of Planning, Annual Abstract of Statistics 1976 Tab. 4/1 und 4/14. Die Bruttowertschöpfung wurde durch Abzug der Vorleistungen von dem Bruttoproduktionswert selbst ermittelt.

Bei den kleinen Betrieben handelt es sich ausschließlich um Privateigentum. Unter den großen Betrieben ist die Gruppe der privaten Unternehmen zahlenmäßig stärker vertreten, hat jedoch eine geringere wirtschaftliche Bedeutung als die staatlichen Betriebe (siehe hierzu nächsten Abschnitt).
Wie aus der Tabelle 33 hervorgeht, arbeiteten 1975 57 %

der gesamten Beschäftigten des Industriesektors in den großen Industriebetrieben. Dort wurden 61 % des Bruttoproduktionswertes und 54 % der Bruttowertschöpfung erzeugt.
In der Zahl der Beschäftigten in den kleinen Betrieben sind auch die Betriebseigentümer enthalten. Insgesamt machen die Beschäftigten in den kleinen Betrieben 43 % der Gesamtbeschäftigten aus.
Der Anteil des von diesen Betrieben erzeugten Bruttoproduktionswertes am gesamten Bruttoproduktionswert beträgt 38,9 %. Dies scheint niedrig zu sein, besonders dann, wenn er in Relation zu dem Anteil der Beschäftigten gesetzt wird. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, daß der in dem Bruttoproduktionswert enthaltene Betrag der Vorleistungen in den kleinen Betrieben absolut und relativ niedriger ist als in den großen Betrieben. Dies wird deutlich, wenn wir uns die Zahlen der Bruttowertschöpfung anschauen. Der Anteil der kleinen Betriebe an der Bruttowertschöpfung liegt nur um wenige Punkte unter dem Anteil der großen Betriebe. Er liegt aber deutlich höher als der Anteil der Beschäftigten und des Bruttoproduktionswerts derselben Betriebe. Mit anderen Worten ist die Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten in den kleinen Betrieben (997 ID) höher als in den großen Betrieben (889 ID). Demzufolge ist der Anteil der Material- und Lohnkosten in den kleinen Betrieben - wie aus der Tabelle 34 hervorgeht - viel niedriger als in den großen Betrieben.

Tabelle 34: Das Verhältnis zwischen Kosten und Leistung in der irakischen Industrie 1975

	Bruttoproduktionswert (Mio.ID)	Material- u. Lohnkosten (Mio.ID)	2:1
große Betriebe	436,4	377,8	86,5 %
kleine Betriebe	278,3	203,2	73 %
Insgesamt	714,7	581,0	81,3 %

Quelle: Wie Tab. 33

6.2.1 Die "großen" Industriebetriebe (Betriebe mit zehn Beschäftigten und mehr)

Tabelle 35: Die quantitative Entwicklung der großen Industriebetriebe

	1968	1969	1970	1972	1973	1974	1975	1976	1977
privat	1135	1197	1107	1107	1090	1043	1145	1254	1273
staatl.	182	187	182	182	185	198	204	225	254
gesamt	1317	1384	1289	1289	1275	1241	1349	1479	1527

Quellen: Annual Abstract of Statistics 1972, Tab. 338; 1976, Tab. 4/1; 1977, Tab. 4/1

Die Gesamtzahl der großen Industriebetriebe ist von 1317 im Jahre 1968 auf 1241 im Jahre 1974 deutlich zurückgegangen. Während die Zahl der staatlichen Betriebe ziemlich konstant blieb, schrumpfte die Zahl der privaten Betriebe in diesem Zeitraum um fast 100 Einheiten. Die Ursache für diesen Rückgang läßt sich nicht aus den offiziellen Veröffentlichungen erkennen. Es ist unwahrscheinlich, daß in diesem Zeitraum ein Prozeß der Kapitalkonzentration durch Fusionierung im Privatsektor stattgefunden hat. Zwei Fakten bestätigen diese Annahme: zum einen dürfen die privaten Betriebe qua Gesetz eine Kapitalobergrenze von ID 300 000 (ca. DM 2,5 Mio.) nicht überschreiten, zum anderen sind die irakischen Binnenmärkte so strukturiert, daß kein zwingender Konkurrenzdruck für eine Kapitalkonzentration besteht.
Es handelt sich hier eher um Stillegung von privaten Betrieben, die nicht mehr profitabel arbeiteten. Die Zurückhaltung der irakischen Unternehmer, Kapital zu investieren, ist weniger auf die von der Baath-Partei im Juli 1968 geschaffene neue politische Situation im Lande zurückzuführen, sondern eher auf die bis 1972 anhaltende Stagnation der Erdöleinnahmen und die dadurch bedingten

Sparmaßnahmen der irakischen Regierung, deren Ausgaben einen beträchtlichen Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausmachten.
Die Stagnation der Erdöleinnahmen verlangsamte sowohl den Prozeß der ursprünglichen Akkumulation im staatlichen Teil des Industriesektors (über die Umlenkung von Erdöleinnahmen in Entwicklungsinvestitionen) als auch den Prozeß der erweiterten Akkumulation in dem privatkapitalistischen Teil des Industriesektors, und zwar durch die Beschränkungen der Realisationsmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt.[1)]
Das Jahr 1973 stellt in der Entwicklung der Erdöleinnahmen insofern eine Wende dar, als der ein Jahr zuvor einsetzende Prozeß der Nationalisierung der ausländischen Ölgesellschaften und der von der OPEC durchgesetzte neue Preis je Barrel Rohöl von ca. 12 Dollar eine Verdoppelung der Einnahmen bewirkten.
Bedingt durch einen Time-Lag erhöhte sich erst 1975 die Zahl der privaten und staatlichen Industriebetriebe. 1977 betrug die Zahl der privaten Betriebe 1273 und die der staatlichen 252. Dies bedeutet die Neugründung von 183 privaten und 69 staatlichen Industriebetrieben in dem Zeitraum 1973-77. Die Neugründung von Industriebetrieben spiegelt höhere Akkumulationsraten wider, worauf die Entwicklung der Bruttofixkapitalbildung im Industriesektor hinweist (vgl. Tabelle 52).
Die quantitative Entwicklung der Industriebetriebe läßt sich auch indirekt anhand der Mitgliedschaftsstatistik des Irakischen Industrieverbands aufzeigen. Alle Industriebetriebe des privaten bzw. gemischten Sektors, deren Produktionsanlagen den Wert von 3000 ID übersteigen, sind verpflichtet, dem Industrieverband beizutreten. Die von dem Verband geführte Mitgliedschaftsstatistik gibt lediglich Auskunft über die Höhe des Stammkapitals und die

---

1) Die Brutto-Anlagekapitalbildung im Privatsektor der verarbeitenden Industrie ging von ID 19,7 Mio. in 1969 auf ID 16,4 Mio. in 1971 zurück. Vgl. J. Hashim: "Die Fixkapitalbildung im Irak", S. 21; und Planungsministerium: Erste Schätzung über die Fixkapitalbildung im Irak 1971, Bagdad 1972, S. 6 (arabisch)

Branchenzugehörigkeit, nicht aber über die Beschäftigtenzahl der neu gegründeten Betriebe. Der Wert dieser Statistik besteht nur darin, Aufschluß über das Tempo der ursprünglichen Akkumulation im Privatsektor zu geben.

Tabelle 36: Mitgliederstatistik des Irakischen Industrieverbands

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Neue Mitglieder	662	119	124	128	218	154	203	283	417
Mitgliederstand	1516	1635	1754	1882	2100	2254	2457	2740	3157

Quelle: Irakischer Industrieverband: Al-Maseh Al-Sinai (Die Vermessung des Industriesektors) (arab.) Jhg. 1971, S. 66 und 95 ff., Jhg. 1974, S. 18 und S. 61 ff., Jhg. 1975, S. 7 und S. 39 ff. Der Mitgliederstand in den Jahren 1967, 1968 und 1969 wurde von mir ausgerechnet. Der Mitgliederstand ist deshalb kontinuierlich ansteigend, weil die Abgänge nicht berücksichtigt werden können. Eine Statistik über Betriebsstillegungen bzw. über Austritte aus dem Verband wird entweder nicht geführt oder nicht veröffentlicht.

Die Beitrittszahlen von neuen Industriebetrieben fielen nach 1967 stark ab. Erst ab 1974 tritt eine deutliche Wende ein. Gegenüber 1967 ist der Mitgliederstand von 1975 doppelt so hoch. Es ist aber anzunehmen, daß sich darunter einige "Karteileichen" befinden, weil Austritte aus dem Verband infolge von Betriebsstillegungen nicht registriert werden.

6.2.1.1 Beschäftigte und Löhne in den "großen" Industriebetrieben

Durch die großen Industriebetriebe sind in dem Zeitraum von 1967-1976 ca. 65 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wor-

den.[1] Bei einem absoluten Bevölkerungszuwachs von ca. 400 000 im Jahr (Bevölkerungszahl 12 Mio., Bevölkerungszuwachsrate 3,4) ist die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze von durchschnittlich 6500 pro Jahr als sehr gering einzuschätzen. Selbst wenn man die von den kleinen Industriebetrieben neu geschaffenen Arbeitsplätze von durchschnittlich 4000 im Jahr berücksichtigt, bleiben die im Industriesektor insgesamt neu geschaffenen Arbeitsplätze immer noch weit hinter dem Bevölkerungszuwachszahler zurück. Die neu geschaffenen Arbeitsplätze gehen fast ausschließlich von den staatlichen Betrieben aus. Dort stieg die Zahl der Beschäftigten von 36 500 im Jahre 1967 auf fast 100 000 im Jahre 1976.

Tabelle 37: Entwicklung der Beschäftigtenzahl in den "großen" Industriebetrieben (in 1000)

	1967	1968	1969	1970	1972	1973	1974	1975	1976
private B.	40,8	40,6	40,8	38,1	44,7	41,6	37,8	41,0	43,3
staatl. B.	36,5	38,8	39,7	53,9	71,7	79,1	86,1	93,6	99,5
Gesamt	77,3	79,4	80,5	92,0	116,4	120,7	123,9	143,6	142,7

Quelle: Annual Abstract of Statistics 1972, Tab. 338; 1976, Tab. 411; 1977, Tab. 411

Die Zahl der Beschäftigten in den privaten Industriebetrieben schwankte um 40 000, so daß man kaum von der Schaffung neuer Arbeitsplätze sprechen kann; und dies, obwohl die Zahl dieser Betriebe sich im selben Zeitraum um 186 erhöht hatte. Sicherlich kann hier nicht von Rationalisierung, wie sie in entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften üblich ist, die Rede sein. Es ist jedoch naheliegend, daß die privaten Betriebe kapitalintensive Technologien anwenden.

---

[1] Die "kleinen" Industriebetriebe haben in demselben Zeitraum ca. 40 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Dies erklärt auch den relativ niedrigen Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten in diesen Betrieben.

Tabelle 38: Lohnsumme und monatliches Durchschnittseinkommen in den privaten und staatlichen Industriebetrieben

Lohnsumme (Mio. ID)	1972	1973	1974	1975	1976
private B.	10,4	11,0	11,4	16,0	20,2
staatl. B.	25,4	28,8	39,9	45,1	55,9
Insgesamt	35,8	39,8	52,3	61,1	76,1
monatl. Durchschnittseinkommen	25,6	27,5	35,1	37,8	44,4
private B.	19,4	22,0	25,1	32,5	38,9
staatl. B.	29,5	30,3	38,6	40,1	46,8

Quellen: Annual Abstract of Statistics 1976, Tab. 4/1 und 4/10; 1977, Tab. 4/1

Wie aus der Tabelle 38 hervorgeht, hat sich die im Jahre 1976 in den großen Industriebetrieben ausgezahlte Lohnsumme gegenüber 1972 mehr als verdoppelt. Der Anteil der staatlichen Betriebe an der Lohnsumme stieg in diesem Zeitraum von 71 % auf 74 %, und das durchschnittliche Nominaleinkommen pro Monat der Beschäftigten hat sich in diesem Zeitraum um 73 % erhöht. Allerdings stieg der Verbraucherpreisindex von 127,3 im Jahre 1972 auf 174,6 im Jahre 1976. Bedingt durch diese hohen Steigerungen der Verbraucherpreise stieg das durchschnittliche Realeinkommen 1976 gegenüber 1972 nur um 26 %. Angesichts des starken Lohngefälles unter den einzelnen Beschäftigtengruppen in den Industriebetrieben (s.u.) muß konstatiert werden, daß die Reallohnsteigerung nicht allen Beschäftigten gleichmäßig zugutegekommen ist. Das Realeinkommen der Beschäftigten in den privaten Betrieben stieg in dieser Periode kontinuierlich an. Dagegen ist das Realeinkommen der Beschäftigten

in den staatlichen Betrieben 1975 leicht zurückgegangen, weshalb auch das durchschnittliche Realeinkommen aller Beschäftigten bei den großen Industriebetrieben in diesem Jahr sank.

Tabelle 39: Verbraucherpreisindex und monatliches Realeinkommen der Beschäftigten in den "großen" Industriebetrieben

	Verbraucherpreisindex (1963 = 100)	priv. Betriebe	staatl. B.	alle B.
1972	127,3	15,2	23,2	20,1
1973	133,5	16,5	22,7	20,5
1974	144,6	17,3	26,7	24,2
1975	158,2	20,5	25,3	23,8
1976	174,6	22,3	26,8	25,4

Quelle: Annual Abstract of Statistics 1976, Tab. 7/13. Das Realeinkommen wurde vom Verfasser auf der Grundlage der Tabelle 38 errechnet.

Wie aus den beiden Tabellen hervorgeht, ist sowohl das Nominal- als auch das Realeinkommen der Beschäftigten in den privaten Betrieben niedriger als in den staatlichen Betrieben. Hierbei muß jedoch die Einschränkung gemacht werden, daß qualifizierte Techniker und Facharbeiter in privaten Betrieben ein erheblich höheres Einkommen als in den staatlichen Betrieben erzielen.

Abdul Amir Naji hat für das Jahr 1972 einen Einkommensunterschied von 26 % bzw. 31 % errechnet.[1)] Gegenwärtig beträgt der Einkommensunterschied nach unserer Beobachtung bis zu 300 %. Mit verlockenden Gehältern ist es den privaten Betrieben gelungen, viele Facharbeiter und Ingenieure aus den staatlichen Betrieben abzuwerben. Der seit 1975 anhaltende Mangel in beiden Berufsgruppen forcierte diese Entwicklung.

1) Abdul Amir Naji, Die Kaufkraft der Arbeiterlöhne in den großen Industriebetrieben 1960-1972, S. 21, Bagdad 1976 (arabisch)

Unter den Beschäftigten in den großen Industriebetrieben bestehen zum Teil starke Einkommensunterschiede, die bei der Errechnung eines Durchschnitts gemeinhin verwischt werden. Nach den Berechnungen des oben zitierten Autors verteilte sich 1972 das Einkommen der verschiedenen Berufsgruppen in Relation zu den ungelernten Arbeitern folgendermaßen:[1)]

Ungelernte Arbeiter	100
Angelernte Arbeiter	195
Facharbeiter	293
Techniker mit Hochschulabschluß	505
Betriebsleiter	680
Verwaltungsangestellte	244

Der irakische Revolutionsrat beschloß aufgrund einer Vorlage des Industrieministeriums 1978 eine neue Lohnrichtlinie. Hiervon sind alle Arbeiter im staatlichen, privaten und gemischten Sektor betroffen. Die Richtlinien sind in Form einer Lohntabelle, welche sieben Lohngruppen - differenziert nach Dienstjahren - aufzeigt, veröffentlicht worden:

Tabelle 40: Die neue Lohntabelle (Monatslohn in ID)

Dienstjahr	1	5	10	15	20	25
Lohngruppe						
1	30,-	36,-	44,5	54,2	65,2	77,5
2	33,-	40,-	49,7	60,7	73,-	86,5
3	37,-	45,-	56,-	68,2	81,7	96,5
4	42,-	51,-	63,2	76,7	91,5	107,5
5	47,-	57,-	70,5	85,2	101,2	118,5
6	53,-	65,-	82,-	101,5	123,5	148,-
7	60,-	74,-	93,-	115,5	140,-	167,-

Quelle: Al Thaura vom 10.12.1978

1) Ebenda, S. 18

6.2.1.2 Vorleistungen, Bruttoproduktionswert und Wertschöpfung in den "großen" Industriebetrieben

Die Vorleistungen umfassen den wertmäßigen Verbrauch von Rohmaterialien, Halbfabrikaten, Verpackungsmaterial und Dienstleistungen bei der Produktion, also alle von außen hereingenommenen Güterwerte. Der Bruttoproduktionswert stellt den Gesamtwert der Produktion dar (Verkäufe und Lagerbestandsveränderungen). Die beiden Größen werden in der irakischen Statistik mit den Begriffen "Value of Input" bzw. "Value of Output" bezeichnet. Diese beiden Größen sind von hoher Signifikanz für den Industriesektor, weil außer dem Bereich der Rohölförderung alle Industriebetriebe mit mehr als zehn Beschäftigten berücksichtigt werden. Angaben über die Höhe der Wertschöpfung dieser Betriebe lassen sich in keiner offiziellen Veröffentlichung finden.[1] Eine eigene Ausrechnung der Wertschöpfung sieht sich vor die Schwierigkeit gestellt, daß die Höhe der Abschreibungen in diesen Betrieben nicht publiziert wird. Dennoch ist es sinnvoll, die Größen 'Vorleistungen' und 'Bruttoproduktionswert' zu saldieren, so daß sich daraus die Größe 'Bruttowertschöpfung'[2] ergibt, die dem Beitrag der großen Industriebetriebe (Nettoproduktionswert) zum Bruttosozialprodukt entsprechen müßte.
In der Periode 1969-1976 stiegen der Bruttoproduktionswert und die Vorleistungen kontinuierlich von ID 141 Mio. auf ID 589,9 Mio. (318 %) bzw. von ID 73,9 Mio. auf ID 398,7 Mio. (439,5 %) an. Dies bedeutet eine Steigerungsrate der Vorleistungen, die höher ist als die des Brutto-

---

1) Haseeb hat die Wertschöpfung in der gesamten verarbeitenden Industrie im Irak bis zum Jahre 1960 ausgerechnet. Siehe Didden, a.a.O., S. 123; F. Kelaita (a.a.O., S. 46) verwendet die offiziellen Zahlenangaben über den Bruttoproduktionswert (Value of Output) unzulässigerweise als stellvertretend für die "Wertschöpfung der industriellen Großbetriebe".

2) Im Unterschied zur Nettowertschöpfung schließt die Größe Bruttowertschöpfung den Wert der Abschreibung ein.

produktionswertes, was entweder auf eine relative Steigerung der Preise für die Vorleistungen oder auf eine rückläufige Wirtschaftlichkeit in den Betrieben schließen läßt.

Tabelle 41: Vorleistungs- und Wertschöpfungsquoten in den "großen" Industriebetrieben

	Bruttoproduktionswert a) (Mio.ID) 1	v.H.	Vorleistungen (Mio.ID) 2	v.H.	Bruttowertschöpfung (Mio.ID) 3	v.H.
1969	141,0	100	73,9	52,4	67,1	47,6
1970	176,2	100	109,5	62,1	66,7	37,3
1972	235,7	100	146,5	62,1	89,2	37,9
1973	292,1	100	187,9	64,3	104,2	35,7
1974	351,7	100	259,2	73,7	92,5	26,3
1975	436,4	100	316,7	72,6	119,7	27,4
1976	589,9	100	398,7	67,6	191,2	32,4

Quelle: Die Zahlen der Spalte 1 und 2 sind entnommen aus: Annual Abstract of Statistics 1972, Tab. 338, 1976, Tab. 4/1, 1977, Tab. 4/6
Spalte 3: Eigene Berechnungen
a) zu den annähernden Faktorkosten

Die Bruttowertschöpfung ist in den Jahren 1970 und 1974 absolut und relativ zurückgegangen. Auf die ganze Periode bezogen stieg sie jedoch von ID 67,1 Mio. auf ID 191,2 Mio. an. Während die Vorleistungen um 440 % stiegen, hat sich die Bruttowertschöpfung lediglich um 185 % erhöht.
Zwar zeigen die steigenden Werte der Bruttoproduktion und der Vorleistung - wenn man von der Inflationsrate absieht - expandierende industrielle Produktion an, geben aber keine Auskunft über die Wirtschaftlichkeit und Produktivität in den Betrieben.
Ein Vergleich zwischen den Steigerungsraten der drei Wertgrößen in der behandelten Periode ergibt, daß sowohl die Wachstumsrate des Bruttoproduktionswerts als auch die der

Bruttowertschöpfung unter der der Vorleistung lagen. Das bedeutet, daß die großen Industriebetriebe mehr Güterwerte von außen hereingenommen als nach außen abgegeben haben.
Für eine rückläufige Wirtschaftlichkeit und Produktivität spricht der von 47,6 % (1969) auf 32,4 (1976) zurückgegangene Anteil der Bruttowertschöpfung an dem Bruttoproduktionswert, wie dies aus der Tabelle 41 hervorgeht. Entsprechend ist der Anteil der Vorleistungen von 52,4 % auf 67,6 % angestiegen. Der Anteil der Nettowertschöpfung (nach Abzug der Abschreibungen) dürfte stärker zurückgegangen sein.

In diesem Zusammenhang ist auch die mehrtägige spektakuläre Veranstaltung über die Ursachen der sinkenden Produktivität in der irakischen Industrie vom September 1976 in Bagdad zu sehen. Auf dieser Veranstaltung, die unter der Leitung der politischen Führung Iraks stattfand, wurden einige Direktoren von staatlichen Industriebetrieben wegen ihrer Versäumnisse zur Rede gestellt und als "schwarze Schafe" stigmatisiert.[1)]

6.2.2 Die "kleinen" Industriebetriebe (Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten)

Die Zahl der "kleinen" Industriebetriebe ging im Zeitraum 1971 - 1974 kontinuierlich zurück. Sie sank von 29940 auf 26332. Entsprechend ist die Zahl der Beschäftigten von ca. 67 000 auf ca. 58 000 gefallen.[2)] Da die Zahl der großen privaten Betriebe und die der dort Beschäftigten in diesem Zeitraum ebenfalls zurückgegangen ist, läßt sich dieser Rückgang weniger auf statistische Umgruppierung als vielmehr auf allgemeine Krisenerscheinungen in der irakischen Wirtschaft zurückführen. Erst die Verstaatlichung der ausländischen Ölgesellschaften (72/73) und die Anhebung der

---

1) Die Protokolle der Veranstaltung wurden in der Tageszeitung Al-Thaura 12-16 September 1976 abgedruckt.

2) Annual Abstract of Statistics 1976, S. 155

Rohölpreise 73/74 mit der Folge einer immensen Steigerung der Erdöleinnahmen führten eine Wende herbei. Steigende Staatsausgaben sorgten für eine kräftige Ankurbelung des Wirtschaftskreislaufs, aber auch für eine entsprechende Inflationsrate.

Die Zahl der kleinen Industriebetriebe stieg von 26 332 im Jahre 1974 auf 39 275 im Jahre 1975 sprunghaft an. Dies bedeutet die Neugründung von fast 13 000 neuen Industriebetrieben. Die Zahl der Beschäftigten hat sich von 58 771 auf 101 993 erhöht (73,5 %). Der Bruttoproduktionswert zu Faktorpreisen stieg von 93,6 Mio. ID auf 278,3 Mio. ID (197 %).[1] Die kleinen Industriebetriebe sind fast ausschließlich private Unternehmen, unter denen sich eine große Anzahl von Einmannbetrieben befindet. 1975 betrug der Anteil der Einmannbetriebe 36,3 %.

Die wirtschaftliche Bedeutung der kleinen Industriebetriebe darf nicht unterschätzt werden. Immerhin arbeiteten dort 1975 43 % der Beschäftigten im Industriesektor und produzierten 38,9 % des industriellen Outputs.[2]

Die offizielle Statistik teilt die in den kleinen Industriebetrieben Beschäftigten in bezahlte und unbezahlte Personen ein. Bei der ersten Gruppe handelt es sich offensichtlich um Lohnarbeiter, deren Zahl für 1975 mit 52 405 (51 %) angegeben wird. Bei der zweiten Gruppe, deren Anteil an den Gesamtbeschäftigten in diesem Bereich 49 % beträgt, handelt es sich höchstwahrscheinlich um die Betriebseigentümer und deren Angehörige. Die Zahl der arbeitenden Kinder in diesem Bereich für 1975 wird mit rund 11 000 Personen (10 % der Gesamtbeschäftigten) angegeben. In Wirklichkeit dürfte die Kinderarbeit einen wesentlich größeren Anteil ausmachen.[3]

Die Summe der ausgezahlten Löhne im Jahre 1975 wird mit 26,6 Mio. ID angegeben. Bezogen auf die Zahl der Lohnarbeiter von 52 405 (ohne Kinderarbeit) ergibt sich ein Jahres-

---

1) Ebenda

2) Vgl. Tabelle 33

3) Annual Abstract of Statistics 1976, S. 156

durchschnittslohn von 508 ID. Eine Differenzierung dieses Durchschnitts durch die Bildung von unterschiedlichen Lohnempfängergruppen läßt sich aufgrund der fehlenden Statistik nicht ermitteln. Zwar ist die Aussagekraft des so ermittelten Durchschnitts beschränkt; dennoch ist er als Orientierungsgröße durchaus brauchbar. So liegt dieser Durchschnitt weit über dem gesamtwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommen von ID 337 im Jahre 1975.
Das Einkommen der zweiten Personengruppe (die Eigentümer der Betriebe) läßt sich nicht ermitteln, weil in der Statistik zwar die Lohn- und Materialkosten, nicht aber die Höhe des Umsatzes ausgewiesen ist. Hier muß ein Durchschnitt angenommen werden, der mindestens doppelt so hoch ist wie der der ersten Personengruppe. Damit ist das grob geschätzte durchschnittliche Jahreseinkommen der Eigentümer von Kleinbetrieben dreimal so hoch wie das allgemeine Pro-Kopf-Einkommen.
Der überwiegende Teil der kleinen Industriebetriebe ist auf die Produktion von Konsumwaren spezialisiert. An erster Stelle rangiert die Bekleidungsindustrie mit 7 290 Betrieben (18,5 %). Der Anteil der in dieser Branche Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in den kleinen Industriebetrieben betrug 1975 17,9 %. Danach folgt die Branche der Holzverarbeitung und Möbelherstellung mit 4 917 (12,5 %) Betrieben. Der Anteil der Beschäftigten beträgt 10,6 %. An dritter Stelle rangieren die Lebensmittelbetriebe mit 4 633 (11,8 %). Dort arbeiten 20 % der Gesamtbeschäftigten.[1)]
Unter dem Gesichtspunkt der Vorleistungen rangieren die Lebensmittelbetriebe mit 46,2 Mio. ID an erster, die Bekleidungsindustrie mit 29,1 Mio. ID an zweiter und die Holzverarbeitungsbetriebe mit 21,1 Mio. ID an dritter Stelle. Der Wert des Outputs verteilt sich im wesentlichen nach derselben Rangfolge mit 68,9 Mio. ID, 48,7 Mio. ID und 32,4 Mio. ID.[2)]

---

1) Ebenda
2) Ebenda, S. 158 f.

6.3 Die Entwicklung der einzelnen Industriebranchen (1970-1976)

Obwohl in den "großen" Industriebetrieben nur 57 % der Gesamtbeschäftigten arbeiten und nur 61 % des gesamten Bruttoproduktionswerts im Industriesektor produziert wird, dürfte die Verteilung dieser Betriebe auf die einzelnen Branchen ein signifikantes Bild von der Branchenstruktur der irakischen Industrie geben. Deshalb werden wir uns im folgenden auf die "großen" Betriebe, d.h. Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, beschränken. Die relevanten Daten über die Entwicklung der einzelnen Branchen haben wir in der Tabelle 42 zusammengestellt, worauf bei der folgenden Darstellung der wichtigsten Branchen Bezug genommen wird.

6.3.1 Extraktive Industrie

Die Zahl der Betriebe in der extraktiven Industrie stieg in der Periode 1970-76 von 5 auf 16. 1976 befanden sich darunter 10 Betriebe der Gewinnung bzw. des Abbaus von Steinen, Kies und Sand, 1 Schwefelgewinnungsbetrieb, 5 Salzgewinnungsbetriebe. Die Ölförderungsstätten werden von der irakischen Statistik gesondert behandelt.
Der bedeutendste Betrieb in dieser Branche ist die Schwefelgewinnungsanlage. Dort arbeiteten Ende 1976 1 299 Beschäftigte.[1] 1975 wurden 42 789 Tonnen Schwefel im Werte von 382 000 ID gewonnen.
Bedingt durch die relative Größe der Schwefelgewinnungsstätte ist die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche von 374 auf 1 731 gestiegen. Dieser Betrieb ist wie die meisten anderen in dieser Branche Staatseigentum.

---

1) Vgl. Planungsministerium, Industriestatistik 4. Quartal 1976, S. 4 (arabisch)

Tabelle 42: Entwicklung der einzelnen Industriebranchen

Branche	Anzahl d.Betriebe[a]		Zahl d. Beschäft.		Bruttoproduktionswert in 1000 ID		Bruttowertschöpfung in 1000 ID	
	1970	1976	1970	1976	1970	1976	1970	1976
Extraktive Ind.[b]	5	16	374	1731	418	735	366	-1290
Nahrungsmittel	302	255	16910	20117	51510	140836	14181	-2861
Getränke	20	17	3474	4245	8784	20121	2468	8896
Tabak	4	3	3773	4637	10463	30547	3976	8134
Textilien	129	213	16525	26063	21722	62296	8666	25492
Bekleidung	88	104	2436	4633	3850	14924	1067	1552
Lederverarb.	11	11	841	3378	2444	12996	470	4689
Schuhindustrie	32	17	2138	789	4185	2074	1898	758
Holzverarb.	52	46	1040	1128	965	2463	415	958
Papier u.Druck	61	65	2520	6048	4699	22625	1517	6833
Ölverarbeitung und Chemie	80	142	7079	13669	35106	102232	15753	59259
Baustoff	281	298	18704	23850	18979	45540	10755	23071
Metallverarb.	93	87	2175	2245	4703	10879	1241	2974
Maschinenbau und -reparatur	26	27	2955	5862	2464	22162	500	8252
Elektroind.	11	11	1005	5276	1440	29015	566	10119
Transportmittel	76	12	8396	1211	4222	28921	2801	12370
Alle Betriebe	1289	1384	91993	131196	176221	559044	66752	174507

a) Nur die Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

b) Ohne Rohölförderung

Quelle: Zusammengestellt und errechnet nach: Annual Abstract of Statistics 1972, Tab. 338; 1976, Tab. 4/10

6.3.2 Nahrungsmittelindustrie

Obwohl die Zahl der Betriebe dieser Branche in der Periode 1970-76 von 302 auf 255 zurückging, stieg die Zahl der Beschäftigten von 16 910 auf 20 117. Viel schneller als die Zahl der Beschäftigten stieg der Bruttoproduktionswert von 51,1 Mio. ID auf 140,8 Mio. ID. Die Bruttowertschöpfung hat sich dagegen negativ entwickelt. Sie fiel von 14,2 Mio. ID auf - 2,9 Mio. ID. Dies läßt sich damit erklären, daß die Preise für Lebensmittel staatlich fixiert sind und deshalb die gestiegenen Faktorpreise, die sich in den Vorleistungen niederschlagen, nicht weitergewälzt werden können. Daß die Bruttowertschöpfung negativ ist, bedeutet nicht, daß die Beschäftigten dieser Branche kein Einkommen erzielen. Durch Subventionen, die sich 1975 auf 50 Mio. ID beliefen,[1)] kann die Nahrungsmittelindustrie ihre Existenz bestreiten. Die relative Bedeutung der Nahrungsmittelindustrie innerhalb der verarbeitenden Industrie ist in der Periode 1970-76 zurückgegangen. Sowohl der Anteil der Beschäftigten als auch der des Bruttoproduktionswerts fielen von 18 % auf 15 % bzw. von 29 % auf 25 %.
Die Nahrungsmittelindustrie ist bei weitem nicht in der Lage, den inländischen Bedarf zu decken. Ein Vergleich zwischen dem Bruttoproduktionswert der Nahrungsmittelindustrie und dem Nahrungsmittelimport soll dieses Bild in der Tabelle 43 verdeutlichen. Daraus geht hervor, daß in den Jahren 1975 und 1976 mehr importiert als im Lande produziert wurde.
Die Nahrungsmittelindustrie umfaßte Ende 1976 7 Molkereien, 7 Konservenfabriken, ca. 28 Dattelverpackungsbetriebe (die Situation dieser Betriebe unterliegt starken saisonalen Schwankungen), 2 Pflanzenölfabriken, 50 maschinelle Getreidemühlen, 73 Bäckereien und Konditoreien, 7 Makkaronifabriken, 3 Zuckerfabriken, 27 Süßwarenfabriken, 46 Kühl-

1) Diese Angabe machte der irakische Wirtschaftsminister in seiner Rede am 1.10.1975, abgedruckt in: Aliktisad Nr. 59, Nov. 1975

Tabelle 43: Produktion und Import von Nahrungsmitteln in Mio. ID

	1970	1972	1975	1976
Bruttoproduktionswert	51,5	70,4	105,4	140,8
Import	25	38	192	160

Quelle: Annual Abstract of Statistics 1972 Tab. (338), 1974 Tab. (100), 1976 Tab. (4/5) und (4/10)
Central Bank of Iraq. Bulletin No. IV 1972, No. I 1975, No. II 1977
Foreign Trade of Statistics 1976

eisfabriken (mit ebenfalls nach Jahreszeit unterschiedlicher Produktionshöhe) und 4 Viehfutterfabriken.[1)]
Die Dattelverpackungsindustrie ist die älteste ihrer Art in dieser Branche. Mit 4 976 Dauerbeschäftigten und 2 482 Saisonarbeitern stellte sie den größten Anteil an den Gesamtbeschäftigten in dieser Sparte. Die Pflanzenölindustrie entstand in der frühen Phase der importsubstituierenden Industrialisierung während der 40er Jahre. Die Produktion an Pflanzenöl betrug im Jahre 1975 knapp 91 000 t (1964 37 000 t).[2)] Dennoch mußten im Jahre 1976 fast 40 000 t Pflanzenöl importiert werden.[3)]
Unter dem Gesichtspunkt der Zahl der Beschäftigten rangierte die Zuckerindustrie mit 4 365 Beschäftigten an dritter Stelle.
Die erste Zuckerfabrik wurde Ende der 50er Jahre im Nordirak errichtet. Inzwischen sind es drei Fabriken, die 1975 zusammen 156 541 t Zucker produzierten bzw. raffinierten.[4)] Mitte der 60er Jahre lag die inländische Zuckerproduktion zwischen 30 000 t und 33 000 t. In diesen Fabriken wird hauptsächlich aus dem Ausland importierter Rohzucker raffiniert. 1976 wurden aus Kuba und Brasilien 132 000 t Rohzucker bezogen. Dennoch konnte 1976 der inländische Zuckerbedarf bei weitem nicht gedeckt werden. In diesem Jahr

1) Planungsministerium, Industriestatistik 4. Quartal 1976, S. 5 ff.
2) Annual Abstract of Statistics 1976, S. 150
3) Foreign Trade Statistics 1976, S. 382
4) Annual Abstract of Statistics 1976, S. 150

wurden 181 000 t vorwiegend aus Brasilien und aus England importiert.[1)]
Bei allen drei Zuckerfabriken handelte es sich von Anfang an um staatliche Betriebe.

6.3.3 Textilindustrie

Die Textilindustrie verzeichnete in der behandelten Periode eine bemerkenswerte Entwicklung. Die durchschnittliche Jahreswachstumsrate des Bruttoproduktionswerts betrug 31,1 %. Nach Angaben der irakischen Tageszeitung "Al Thaura" vom 18.9.1978 erhöhte sich das in dieser Branche investierte Kapital von 9 Mio. ID im Jahre 1968 auf über 75 Mio. ID im Jahre 1977.
Die Zahl der Betriebe stieg von 129 auf 213. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich von 16 525 (18 %) auf 26 063 (20 %) und verdrängte damit die Baustoffindustrie vom ersten Rang. Der Bruttoproduktionswert hat sich zwar verdreifacht, anteilsmäßig ist er aber von 12 % auf 11 % zurückgegangen. Die Bruttowertschöpfung hat sich sowohl absolut verdreifacht als auch relativ von 13 % auf 15 % erhöht. Die Expansion der Textilindustrie im Irak ist nicht, wie es in vielen Ländern der Dritten Welt der Fall ist, auf eine durch die Multis verfolgte Verlagerungsstrategie zurückzuführen. Sie wurde vielmehr von dem irakischen Staat und von dem Nationalkapital getragen. Auch ist die Produktion nicht auf den Export, sondern auf den inländischen Bedarf ausgerichtet. Jedoch mußte die einheimische Textilindustrie 1977 68 % ihres Bedarfs an Rohstoffen aus dem Ausland beziehen.
Wie aus der Tabelle 44 hervorgeht, erfuhr die Produktionskapazität in dem Zeitraum 1968-1976 eine beachtliche Ausweitung. Die Kapazität soll bis 1980 weiter ausgebaut werden.

---

1) Foreign Trade Statistics 1976, S. 356 f.

Tabelle 44: Produktionskapazität in der Textilindustrie

Artikel	1968	1976	1980	Einheit
Baumwollstoffe	38,6	120	165	Mio. Meter
Schurwollstoffe	0,36	4,7	8,0	Mio. Meter
Synth. Stoffe	-	0,9	6,2	Mio. Meter
Rayonstoffe	-	66,0	66,0	Mio. Meter
Teppiche	0,12	1,0	3,0	Mio. Meter
Wolldecken	0,15	1,2	3,2	Mio. Stück
Trikotageartikel+	-	6,2	16,3	Tausend Stück
Bekleidungsartikel+	260	3800	8000	Tausend Stück
Strickwaren	4,8	13,3	--[1]	Mio. Stück
Socken	6,0	7,0	--[1]	Mio. Paar

Quelle: Al Thaura vom 18.9.1978

Erläuterung: + Produktionskapazität nur im Staatssektor
1) keine Angaben

Trotz der gestiegenen Produktion konnte der inländische Bedarf an Textilstoffen 1977 nur zu ca. 65 % gedeckt werden. In jenem Jahr mußten knapp 150 Mio. Meter Baumwoll- und Synthetikstoffe importiert werden.[1]

Die privaten Betriebe sind mit 202 zahlenmäßig sehr stark vertreten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist geringer als die relative Bedeutung des in ihnen produzierten Bruttoproduktionswerts.
Wenn auch bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts die erste Textilfabrik im Irak durch die türkische Armee aufgebaut wurde, so beginnt die eigentliche Geschichte dieser Branche doch erst mit der Gründung der ersten modernen Spinnerei- und Webereianlage für Schafwolle im Jahre 1926. 1946 wurde bei Bagdad die erste moderne Spinnerei- und Webereifabrik für Baumwolle und 1956 eine zweite Fabrik in Mosul durch den irakischen Staat errichtet. 1964 wurden im Zuge der Verstaatlichung drei große private Textilunter-

1) Al Thaura vom 18.9.1978

nehmen verstaatlicht. Die bereits Mitte der 50er Jahre vom Staat geplante Fabrik zur Herstellung und Verarbeitung von Kunstfasern (Rayon) wurde Ende der 60er Jahre vollendet. Ebenfalls durch den Staat wurde 1968 eine große Baumwollspinnerei und -weberei in Kut errichtet.

Anfang der 70er Jahre wandte sich das irakische Privatkapital infolge von großzügigen Vergünstigungsmaßnahmen der irakischen Regierung in verstärktem Maße der Textilbranche zu. Das irakische Privatkapital investierte vornehmlich im Bereich der Verarbeitung von importierten Kunstfasern. Die Zahl der privaten Fabriken zur Herstellung von Polyesterstoffen und Trikotageartikeln betrug Ende 1976 83 bzw. 95. Die beiden Produktionsbereiche gelten als eine Domäne des Privatsektors. Nach dem nationalen Entwicklungsplan 1976-1980 sollen sich die staatlichen Aktivitäten auf die beiden Produktionsbereiche ausdehnen.

Die Textilbranche setzt sich im einzelnen aus folgenden Betrieben zusammen:[1)]

- 9 Baumwollentkernungsbetriebe (3 staatliche und 6 private) mit insgesamt 282 Beschäftigten;
- 1 privater Betrieb, in dem die Wolle gewaschen und verpackt wird;
- 15 Baumwollspinnerei- und -webereibetriebe (3 staatliche mit 8 798 Beschäftigten und 12 private mit 638 Beschäftigten) mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 9 436;
- 2 Wollspinnereien und -webereien mit insgesamt 3 600 Beschäftigten. Darunter befindet sich ein staatlicher Betrieb mit 3 516 Beschäftigten;
- 1 staatlicher Rayonstoff- und 83 private Polyesterstoffbetriebe mit 3 034 bzw. 2 589 Beschäftigten;
- 1 staatlicher und 2 private Jute- und Teppichbetriebe mit 2 801 bzw. 20 Beschäftigten;
- 1 staatlicher Betrieb zur Herstellung von medizinischen

---

1) Industriestatistik 4. Quartal 1976, S. 9 ff.

Baumwollartikeln mit 223 Beschäftigten;
- 8 private Färbereibetriebe mit 287 Beschäftigten;
- 4 private Stoffverarbeitungsbetriebe (außer Bekleidung) mit 61 Beschäftigten;
- 95 private Strickwarenbetriebe zur Herstellung von Oberbekleidung, Unterwäsche und Socken mit insgesamt 2 388 Beschäftigten;
- 1 staatlicher Betrieb zur Herstellung handgeknüpfter Teppiche mit 1 423 Beschäftigten;
- 11 private Garn- und Schnürsenkelbetriebe mit 306 Beschäftigten.

6.3.4 Ölverarbeitung und chemische Industrie

Ähnlich wie die Textilindustrie durchlief die Ölverarbeitungs- und chemische Industrie eine expansive Phase. Die durchschnittliche Jahreswachstumsrate des Bruttoproduktionswerts betrug 31,8 %. Die Zahl der Betriebe stieg von 80 auf 142, die der Beschäftigten absolut von 7 079 auf 13 669 und relativ von 8 % auf 10 %. Obwohl der Bruttoproduktionswert sich fast verdreifacht hat, sank sein Anteil am Bruttoproduktionswert aller großen Industriebetriebe von 20 % auf 18 %. Die Bruttowertschöpfung stieg absolut von ID 15,7 Mio. auf ID 59,2 Mio. und relativ von 24 % auf 34 %.
Im einzelnen setzte sich 1976 die Branche aus folgenden Industriebetrieben zusammen:[1)]
- 10 kleine chemische Betriebe mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 160. 2 Betriebe mit 21 Beschäftigten sind staatlich und 8 Betriebe mit 139 Beschäftigten sind privat;
- 2 staatliche Düngemittelbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl von insgesamt 1 054;
- 2 private Betriebe, die Plastenzwischenprodukte erzeugen, mit insgesamt 73 Beschäftigten;

---

1) Industriestatistik 4. Quartal 1976, S. 17 ff.

- 1 staatliche Fabrik zur Herstellung von Kunstfasern (Rayon) mit 1 603 Beschäftigten;
- 2 private Schuhcremebetriebe mit 22 Beschäftigten;
- 12 private Farben- und Lackbetriebe mit insgesamt 372 Beschäftigten;
- 1 staatlicher Betrieb für pharmazeutische Produkte mit 1 231 Beschäftigten und 5 andere private Betriebe mit insgesamt 67 Beschäftigten;
- 5 private Seifen- und Putzmittelbetriebe mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 89;
- 8 private Kosmetikbetriebe mit insgesamt 130 Beschäftigten;
- 1 privater Leimbetrieb mit 17 Beschäftigten;
- 1 privater Betrieb für die Erzeugung von Tinte und Kohlepapier mit 13 Beschäftigten;
- 1 staatlicher Streichhölzerbetrieb mit 501 Beschäftigten;
- 7 staatliche Ölraffinerien mit 4 629 Beschäftigten;
- 20 staatliche und 6 private Asphaltbetriebe mit 904 bzw. 338 Beschäftigten;
- 2 private Betriebe, die Isolierbelag herstellen, mit 54 Beschäftigten;
- 1 staatlicher Schwefelgewinnungsbetrieb mit 574 Beschäftigten;
- 2 staatliche Betriebe, die Flüssiggas herstellen, mit 892 Beschäftigten;
- 9 Gummiwarenbetriebe (1 staatlicher und 8 private) mit insgesamt 261 Beschäftigten;
- 57 Plastenbetriebe (darunter befinden sich 2 staatliche Betriebe mit 48 Beschäftigten) mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 1279.

6.3.5 Baustoffindustrie

Mit 20 % stellte die Baustoffindustrie 1970 den größten Anteil an Beschäftigten in allen "großen" Industriebetrieben. 1976 lag dieser Anteil jedoch mit 18 % nach der Textil-

industrie (20 %) an zweiter Stelle, wenn auch die absolute Zahl der Beschäftigten von 18 701 auf 23 850 gestiegen ist. Zwar nahm der Bruttoproduktionswert mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 23 % im Jahr zu (in absoluten Zahlen von 18,9 Mio. ID auf 45,5 Mio. ID), seine relative Bedeutung ging jedoch von 11 % auf 8 % zurück. Auch der Anteil dieser Branche an der gesamten Bruttowertschöpfung ist von 16 % auf 13 % zurückgegangen. Dennoch hat sich die Bruttowertschöpfung dieser Branche in der Periode 1970-76 mehr als verdoppelt, während die Zahl der Beschäftigten sich lediglich um 27,5 % erhöht hat.
Die im Vergleich mit der Textilindustrie niedrige Wachstumsrate der Baustoffindustrie bedeutet nicht, daß diese an Relevanz verliert. Ganz im Gegenteil, die Nachfrage nach Baumaterialien, insbesondere nach Zement und Ziegelsteinen, ist nach 1974 rapide angestiegen, so daß es zu Versorgungsengpässen und zu hohen Preissteigerungen kam. Daher mißt der Nationale Entwicklungsplan 1976-80 dem Ausbau der Baustoffindustrie besondere Bedeutung zu.
Die Produktionskapazität der Zement- und der Ziegelsteinindustrie soll von 2,8 Mio. t auf 10 Mio. t bzw. von 2 Mio. Stück auf 6 Mio. Stück erhöht werden.
Die Branche setzte sich Ende 1976 aus folgenden Betrieben zusammen:[1)]

- 1 private Keramik-Fabrik mit 18 Beschäftigten;
- 1 staatlicher Glasherstellungsbetrieb mit 1 290 Beschäftigten;
- 7 private Glasverarbeitungsbetriebe mit insgesamt 279 Beschäftigten;
- 20 staatliche und 131 private Ziegeleien;
- 8 staatliche Zementfabriken mit 5 426 Beschäftigten;
- 2 staatliche und 18 private Kalkmörtelbetriebe mit 23 bzw. 196 Beschäftigten;
- 4 staatliche und 14 private Betriebe, die Betonprodukte herstellen, mit 599 bzw. 384 Beschäftigten;
- 3 staatliche und 81 private Fliesen- und Mosaikbetriebe

---

1) Industriestatistik 4. Quartal 1976, S. 21 ff.

mit 72 bzw. 942 Beschäftigten;
- 1 staatlicher und 1 privater Betrieb zur Herstellung von Asbestprodukten mit 1 160 bzw. 70 Beschäftigten.

6.3.6 Metallverarbeitung

In dieser Branche werden nicht nur Investitionsgüter, sondern auch langlebige Konsumgüter produziert. Das Gütersortiment reicht von landwirtschaftlichen Werkzeugen bis zu Kochtöpfen und Rasierklingen. Insgesamt fällt das Gewicht dieser Branche innerhalb der verarbeitenden Industrie schwach aus. Die Zahl der Betriebe ist von 93 auf 87 zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten ist in der Periode 1970-76 absolut konstant geblieben und relativ von 2 % auf 1,7 % zurückgegangen.
Zwar betrug die durchschnittliche Jahreswachstumsrate des Bruttoproduktionswerts 21,8 %, seine relative Bedeutung ist aber von 2,6 % auf 1,9 % zurückgegangen.
Zu dieser Branche gehörten 1976 folgende Betriebe:[1)]
- 19 private Betriebe zur Herstellung von Aluminiumgeschirr mit 356 Beschäftigten;
- 2 staatliche und 7 private Schmieden mit insgesamt 342 Beschäftigten;
- 1 privater Rasierklingenbetrieb mit 7 Beschäftigten;
- 23 private Metallmöbelbetriebe mit 439 Beschäftigten;
- 2 staatliche und 21 private Gießereien mit 496 bzw. 285 Beschäftigten;
- 3 private Blechdosenbetriebe mit 88 Beschäftigten;
- 3 private Nägel- und Schraubenbetriebe mit 40 Beschäftigten;
- 5 private Drahtgeflechtbetriebe mit 144 Beschäftigten.

Die Metallverarbeitungsbranche wird 1979 durch die Inbetriebnahme des Eisen- und Stahlwerks in der Provinz Basra eine beachtliche Ausweitung erfahren. Über die quantitative Ausweitung hinaus eröffnen sich dieser Branche qualitativ neue Entwicklungsperspektiven.

---

1) Industriestatistik 4. Quartal 1976, S. 24 f.

6.3.7 Maschinenbau- und Reparaturbetriebe

Ähnlich wie die Metallverarbeitungsbranche ist die relative Bedeutung dieser Branche in der verarbeitenden Industrie noch gering. Der Anteil an den Gesamtbeschäftigten betrug 1976 4 %, am Bruttoproduktionswert und an der Bruttowertschöpfung aller "großen" Betriebe 4 % bzw. 5 %. Gegenüber 1970 bedeuten diese Zahlen einen bescheidenen Fortschritt (Beschäftigung 3 %, Bruttoproduktionswert 1 %, Bruttowertschöpfung 1 %). Die durchschnittliche Jahreswachstumsrate des Bruttoproduktionswerts zu laufenden Preisen in der Periode 1970-76 betrug 133 %. Im einzelnen setzte sich 1976 diese Branche aus folgenden Betrieben zusammen:[1)]

- 1 staatlicher Betrieb für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte mit 3 621 Beschäftigten. Es handelt sich hierbei um das sowjetisch-irakische Gemeinschaftsprojekt in Iskanderiya, das Ende der 60er Jahre fertiggestellt wurde. In diesem Werk werden hauptsächlich Traktoren montiert (2 269 Stück 1975). Die Kapazität dieses Werkes wird für 1976 mit 4 500 Traktoren angegeben. Der Nationale Entwicklungsplan 1976-80 sieht keine Kapazitätsausweitung vor;
- 2 staatliche und 11 private Reparaturbetriebe mit 1 016 bzw. 121 Beschäftigten;
- 2 private Ersatzteilbetriebe mit insgesamt 42 Beschäftigten;
- 1 privater Maschinenbaubetrieb mit 16 Beschäftigten;
- 10 private Luftkühler- und Heizgerätebetriebe mit insgesamt 1 195 Beschäftigten.

Die Aufzählung der einzelnen Betriebe und deren Produktionsrichtung zeigt, daß in dieser Branche zwar Investitionsgüter hergestellt werden, doch handelt es sich nicht um Maschinenbau im eigentlichen Sinne, sondern nur um Montage bzw. Reparatur.

---

1) Industriestatistik 4. Quartal 1976, S. 26 f.

6.3.8 Elektroindustrie

Der Bruttoproduktionswert dieser Branche stieg von 1,4 Mio. ID (1970) auf 29 Mio. ID (1976) (durchschnittlich 319 % im Jahr). Da die Zahl der Betriebe in dieser Periode bei 11 konstant geblieben ist, liegt es nahe, die Produktionssteigerung auf den Ausbau der bestehenden Betriebe zurückzuführen. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Beschäftigtenzahl wider. Gegenüber 1970 hat sich im Jahre 1975 die Zahl der Beschäftigten mehr als verfünffacht. Die Bruttowertschöpfung ist in derselben Periode von ID 0,6 Mio. auf ID 10 Mio. gestiegen. Somit ist die Bruttowertschöpfung schneller gestiegen als die Zahl der Beschäftigten, was eine Erhöhung der Bruttowertschöpfung pro Beschäftigten von 563 ID (1970) auf rund 2 000 ID (1976) zur Folge hatte. Da sich der Durchschnittslohn in dieser Branche nur unwesentlich verändert hat, kann davon ausgegangen werden, daß in dieser Branche hohe Gewinne erzielt wurden.
In dieser Branche werden hauptsächlich langlebige Konsumgüter wie Kühlschränke, Fernseh- und Radiogeräte montiert. Der Aufschwung der Branche ist auf die verstärkte Nachfrage der nach 1973 zahlungskräftig gewordenen Mittelschichten zurückzuführen. In dieser Branche spielt das private bzw. das ausländische Kapital eine aktive Rolle.

Das Gewicht der Elektroindustrie innerhalb der verarbeitenden Industrie ist in der Periode 1970-76 spürbar gestiegen. Die relative Bedeutung der Beschäftigten stieg von 1 % auf 4 %, die des Bruttoproduktionswertes und der Bruttowertschöpfung von 0,8 % auf 5 % bzw. von 0,8 % auf 6 %. Im einzelnen setzt sich die Elektroindustrie aus folgenden Betrieben zusammen (Stand 1976):[1)]

- 4 staatliche und 9 private Betriebe zur Montage von elektrischen Haushaltsgeräten (Kühlschränke, Waschmaschinen etc.) und elektrischen Motoren und Transformatoren mit

1) Industriestatistik 4. Quartal 1976, S. 27 f.

rund 6 000 bzw. 2 088 Beschäftigten. 1975 wurden in diesen Betrieben u.a. rund 40 000 Kühlschränke, 1 173 Waschmaschinen und 28 000 Motoren montiert.[1)]

- 2 private Fernseh- und Radiomontagebetriebe mit insgesamt 1 899 Beschäftigten. In den beiden Betrieben wurden 1975 ca. 25 000 Fernsehapparate montiert.[2)]
- 2 private Betriebe zur Herstellung von elektrischen Kabeln mit insgesamt 99 Beschäftigten;
- 1 staatlicher Betrieb zur Herstellung von Batterien mit 1 042 Beschäftigten;
- 1 privater und 1 staatlicher Betrieb zur Herstellung von Glühbirnen und Neonlampen mit 683 bzw. 23 Beschäftigten;
- 4 private Betriebe zur Herstellung von Lichtschaltern, Steckdosen u.ä. mit insgesamt 67 Beschäftigten.

6.3.9 Transportmittelindustrie

Die Branche der Transportmittelindustrie umfaßt im wesentlichen nur Montage- und Reparaturbetriebe für Schiffe, LKWs und Fahrräder. Die Zahl solcher Betriebe betrug 1970 76 mit ca. 8 400 Beschäftigten, 1976 dagegen nur 12 mit insgesamt 1 200 Beschäftigten. Dieser Rückgang ist das Resultat einer statistischen Neufassung dieser Branche. Während früher Eisenbahn- und Kfz-Reparaturbetriebe zu dieser Branche gerechnet wurden, gilt heute die erste Gruppe als Dienstleistungsbetriebe und die zweite inkonsequenterweise als Industriebetriebe, die eine eigene Branche bilden.
Trotz Rückgang der Anzahl von Betrieben und Beschäftigten ist der Bruttoproduktionswert von 4,2 Mio. ID im Jahre 1970 auf 28,9 Mio. ID im Jahre 1976 gestiegen. Dies bedeutet eine Jahreswachstumsrate von durchschnittlich 97,5 %.

---

1) Annual Abstract of Statistics 1976, S. 150
2) Ebenda

Die Bruttowertschöpfung ist in derselben Periode von 2,8 Mio. ID auf 12,4 Mio. ID gestiegen.
Der Anteil der Beschäftigten in dieser Branche an den Beschäftigten aller großen Industriebetriebe (10 und mehr Beschäftigte) betrug 1976 lediglich 1 %, der des Bruttoproduktionswerts und der der Bruttowertschöpfung 5 % bzw. 7 %.
Die Branche der Transportmittelindustrie setzt sich aus folgenden Betrieben zusammen (Stand 1976):[1)]

- 3 private Schiffsreparaturbetriebe mit insgesamt 39 Beschäftigten;
- 1 staatliche Montagefabrik für LKWs und Omnibusse mit 927 Beschäftigten. Obwohl die Produktionskapazität dieser Fabrik mit 4 240 LKWs und 500 Omnibussen angegeben wird, wurden 1975 nur 1 798 LKWs und 152 Omnibusse produziert. Die Produktionskapazität für LKWs soll nach dem Nationalen Entwicklungsplan 1976-80 auf 6 480 erhöht werden.
- 2 private Betriebe zur Herstellung von Autokarosserien mit insgesamt 34 Beschäftigten;
- 5 private Betriebe zur Herstellung von Autoersatzteilen mit insgesamt 157 Beschäftigten;
- 1 privater Betrieb zur Montage von Fahrrädern mit 172 Beschäftigten. Die Produktion dieses Betriebs betrug 1975 rund 43 000 Stück.

6.3.10 Zusammenfassung und Entwicklungstendenzen in den einzelnen Branchen

Die größten Branchen der irakischen verarbeitenden Industrie sind die Nahrungsmittel-, die Textil-, die Chemie/Ölverarbeitungs- und die Baustoffindustrie. In den 4 Branchen arbeiten 63 % aller Beschäftigten in den großen Industriebetrieben; sie produzierten 1976 62 % des Bruttoproduktionswertes. In der behandelten Periode 1970-76 ist eine

---

1) Industriestatistik 4. Quartal 1976, a.a.O., S. 28 f.

Verschiebung von der Nahrungsmittel- und Baustoffindustrie zugunsten der Textil- und Chemie/Ölverarbeitungsindustrie festzustellen. Mit 20 % stellte die Textilindustrie 1976 den größten Anteil an den Beschäftigten (1970 18 %). Der Anteil der Nahrungsmittelindustrie an den Beschäftigten ist von 18 % auf 15 % und der der Baustoffindustrie von 10 % auf 18 % zurückgegangen. Dagegen ist der Anteil der Beschäftigten in der Chemie- und Ölverarbeitungsindustrie von 8 % auf 10 % gestiegen. Die Nahrungsmittelindustrie hat 1976 einen negativen Beitrag zur Bruttowertschöpfung aller großen Industriebetriebe geleistet.[1] 1970 leistete sie noch einen Beitrag von 21 %. Auch der Beitrag der Baustoffindustrie zur Bruttowertschöpfung ist von 16 % auf 13 % zurückgegangen. Dagegen stieg der Beitrag der Textilindustrie und der der Chemie- und Ölverarbeitungsindustrie von 13 % auf 15 % bzw. von 24 % auf 34 %.

Obwohl die vier Branchen immer noch den größten Anteil am Bruttoproduktionswert aller großen Industriebetriebe stellen, ist dieser in der Periode 1970-1976 gemeinsam für alle vier leicht zurückgegangen. Dafür haben die kleineren Branchen (Maschinenbau und Reparaturbetriebe, Elektroindustrie, Transportmittelindustrie und Papier/Druckindustrie) ihren Anteil verbessert.

Der innere Markt erfuhr infolge der Erhöhung der Erdöleinnahmen nach 1973 eine enorme Ausweitung und trug somit zur Beschleunigung der industriellen Produktion bei. Allerdings sind die hohen Wachstumsraten in den einzelnen Branchen weniger das Ergebnis von erwirtschafteten Akkumulationsressourcen in diesen Branchen selbst, sondern eher auf den Transfer von Finanzmitteln aus dem Erdölsektor in der Form von verstärkten staatlichen Investitionen und von Technologien aus dem Ausland zurückzuführen. Trotz der hohen Wachstumsraten konnte die industrielle Produktion in keiner Weise mit der Ausweitung des inneren Markts

1) Der negative Beitrag erklärt sich durch die staatlich festgesetzten Preise für Nahrungsmittel. Die Betriebe werden vom Staat stark subventioniert.

Schritt halten, wie wir das am Beispiel der Nahrungsmittel- und der Textilindustrie gezeigt haben. Das relativ niedrige Angebot an Konsumgütern war nicht nur das Ergebnis eines Einkommensüberhangs, der vom Dienstleistungssektor (einschließlich des Staatssektors) gespeist wurde, sondern auch die Folge einer niedrigen Auslastung der Produktionskapazität. Dieses als Paradox erscheinende Phänomen einer niedrigen Kapazitätsauslastung bei einer gleichzeitig wachsenden internen Nachfrage ist das logische Resultat von der Anwendung einer bestimmten Form von importierten Technologien, die den spezifischen Strukturen eines unterentwickelten Landes wie des Irak nicht Rechnung tragen kann. Wie wir bereits gezeigt haben, ist die Branchenstruktur der irakischen Industrie durch die Dominanz einer auf den Binnenmarkt orientierten Konsumgüterproduktion gekennzeichnet, die angesichts des Vorhandenseins einer großen internen Nachfrage weiterhin steigen wird. Die Branchenstruktur wird jedoch durch den Aufbau einer kapitalintensiven, hauptsächlich auf den Export orientierten Grundstoffindustrie grundlegend verändert.

6.4 Der Aufbau der Grundstoffindustrie

Bis Anfang der siebziger Jahre existierte in dem Bereich der Grundstoffindustrien im Irak ausschließlich die Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie.
Die Entstehungsgeschichte der Baustoffindustrie geht in die Zeit des englischen Mandats zurück. Um den Bedarf der englischen Armee und der Erdölgesellschaften zu decken, erschien es kostengünstiger, die notwendigen Baumaterialien im Irak herzustellen, als sie zu importieren. Die entscheidenden Impulse bekam die Baustoffindustrie Mitte der fünfziger Jahre durch die expandierende Staatsnachfrage nach Baumaterialien zur Durchführung von Infrastrukturprojekten, vor allem Staudämme, Straßen, Brücken usw.. Dies

führte zu einer überproportionalen Entwicklung der Zementindustrie.[1] Obwohl die Produktionskapazität nur zu 85 % ausgelastet war, trat Anfang der sechziger Jahre dennoch Überproduktion auf. Diese Erscheinung ist insofern bemerkenswert, als der gegen Ende der fünfziger Jahre begonnene Bauboom bis Mitte der sechziger Jahre verstärkt anhielt. Daraus kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß die Zementindustrie nicht bereit war, z.B. durch Preissenkung den Absatz in dem Maße zu erhöhen, wie die Produktionskapazität angestiegen ist. Die Beschäftigungseffekte der Zementindustrie blieben sehr begrenzt; die Zahl der Beschäftigten stieg lediglich von 1921 im Jahre 1956 auf 2297 im Jahre 1964, obwohl das Anlagekapital von 3,2 Mio. ID auf 12,5 Mio. ID anstieg, und die Jahresproduktion sich fast verdoppelte.[2]

1956 legte die Beratungsfirma Arthur D. Littale dem irakischen "Development Board" ein Industrialisierungskonzept vor, das ansatzweise den Aufbau einer Grundstoffindustrie vorsah. In einem Vier-Phasen-Programm von jeweils 18 Monaten sollten u.a. eine Papierfabrik, eine Düngemittelfabrik, ein Stahlwalzwerk, ein Hochofen und mehrere Plastikfabriken installiert werden. Die Umsetzbarkeit dieses Konzepts war von Anfang an fraglich, weil die Konkurrenzfähigkeit der Fertigprodukte auf dem Weltmarkt zur Voraussetzung gemacht wurde. Das heißt, die Produktionskosten sollten unter dem Importpreis liegen.

Erst zwanzig Jahre später konnten sich die irakischen Wirtschaftspolitiker entschließen, den Aufbau einer Grundstoffindustrie unabhängig von Rentabilitätskriterien in Angriff zu nehmen. Freilich läuft diese Entscheidung nicht den Interessen der Metropolen zuwider, wie es vor zwanzig Jahren hätte sein können. Sie muß vor dem Hintergrund der veränderten Weltmarktstruktur und der damit verbundenen

---

1) K. Langely spricht von "spekulativen Investitionen" mit überschüssigem Kapital durch die Privatunternehmer aufgrund der hohen Profitraten in der Zementindustrie, K. Langely, a.a.O., S. 191

2) S. Al-Durrah, a.a.O., S. 270

Verlagerungstendenzen von bestimmten Industriebranchen in die Peripherie sowie der Tendenz zur Spezialisierung der Metropolen auf den Export von Technologien gesehen werden.[1] Eine Reihe von Faktoren lassen es plausibel erscheinen, daß der Aufbau der Grundstoffindustrie im Irak vom Staat und nicht von privatem Kapital getragen wird. Der wichtigste Faktor ist, daß die für den Aufbau dieser Industrie erforderliche Kapitalgröße die Akkumulationsmöglichkeit der irakischen Industriebourgeoisie vielfach übersteigt. Ein weiterer Faktor ist die relativ niedrige Profitrate in dieser Produktionssphäre und die sehr lange Umschlagsdauer des eingesetzten Kapitals.
Die Frage, warum die Grundstoffindustrie erst jetzt aufgebaut wird, kann nicht einfach damit beantwortet werden, daß erst nach 1973 das notwendige Kapital verfügbar wurde.[2] Die Durchführung des von der Beratungsfirma 1956 für den Irak erstellten Industrialisierungsprogrammes, das auch den Aufbau von petrochemischen Anlagen vorsah, hätte eine Gesamtinvestition von nur 43 Mio. ID über einen Zeitraum von sechs bis sieben Jahren erfordert.[3] Die Erdöleinnahmen des Irak betrugen im Zeitraum 1957 bis 1963 610,3 Mio. ID. Die Summe der im selben Zeitraum für Entwicklungsinvestitionen verausgabten Mittel belief sich dagegen auf 431,6 Mio. ID. Dies bedeutet, daß der Akkumulationsfond in diesem Zeitraum freie Geldmittel von mindestens 178,7 Mio. ID enthielt. Selbst wenn man davon ausgeht, daß auch die laufenden konsumtiven Staatsausgaben durch die Erdöleinnahmen finanziert werden müssen, was bislang auch tatsächlich geschah, bleibt immer noch ein Überschuß von

---

1) Vgl. F. Fröbel u.a., Die neue internationale Arbeitsteilung, Hamburg 1977, S. 61 ff.

2) R. El Mallakh führt die Verfügbarkeit von Kapital und Fachkräften als die einzigen Determinanten der Industrialisierung in den Erdölländern an. Vgl.: R. El Mallakh, Industrialization in the Arab World - Obstacles and Prospects, in: N.A. Sherbiny/M.A. Tessler (Hrsg.), Arab Oil, Impact on the Arab countries and global implications, New York (Preager) 1976, S. 60

3) Vgl. H. Didden, a.a.O., S. 112 f. und 150 f.

45 Mio. ID,[1] der für die Finanzierung dieser Projekte ausgereicht hätte.
Auch kann die fast zwanzigjährige Verzögerung nicht auf den Mangel an Fachkräften zurückgeführt werden, weil die Entwicklung von Fachkräften durch den Industrialisierungsprozeß selbst induziert wird.
Hier kann nur ein möglicher Ansatz zur Erklärung dieses Phänomens angedeutet werden: das Zusammenfallen von zwei Faktoren, die die Umwandlung von Geldkapital (in diesem konkreten Fall die Erdöleinnahmen) in Industriekapital ermöglichten. Erstens: die mit der Strukturveränderung des kapitalistischen Weltmarktes einhergehende Neubestimmung der Rolle der erdölexportierenden Länder. Dazu gehört die Tendenz zur Verlagerung der petrochemischen Industrie von den Metropolen in die Erdölländer, um die hohen Kosten für die Vermeidung von Umweltverschmutzung zu umgehen.[2] Zweitens: die strukturellen Veränderungen innerhalb des politischen Herrschaftssystems im Irak.

6.4.1 Die Eisen- und Stahlindustrie

"Eines der größten Eisen- und Stahlwerke im arabischen Raum", so lautete die Meldung der irakischen Tageszeitung Al Thaura vom 17. 9. 1978,"wurde am 16. 9. 1978 in Betrieb genommen". Das im Südirak gelegene Werk umfaßt zwei Verarbeitungsstufen. In der ersten Stufe wird importiertes Eisenerz zu Roheisen (sponge iron) verarbeitet. Diese Stufe umfaßt zwei Produktionseinheiten mit einer Jahreskapazität von 440 000 Tonnen bzw. 800 000 Tonnen. In der zweiten Stufe soll das Roheisen zu Stahl- und Eisenprodukten verarbeitet werden. Die geplante Jahreskapazität für die zweite Stufe beträgt 1,15 Mio. Tonnen, wovon 0,75 Mio.

---

1) In dem gesondert geführten Entwicklungshaushalt der Regierung wird dieser Betrag als "akkumulierter Überschuß" im Rechnungsjahr 1963/64 angeführt, Central Bank of Iraq Bulletin, No. II 1977, Tabelle 16

2) H. Elsenhans, "Erdöl für Europa", S. 89

Tonnen nach Frankreich exportiert werden sollen.[1] Die Konstruktionsarbeiten an der zweiten Produktionsstufe sind bis jetzt nur zur Hälfte durchgeführt. Trotzdem konnte die Produktion mit einer Kapazität von 400 000 Tonnen aufgenommen werden.

Mit der Konstruktion des Werkes wurde die französische Firma Creusot Loire 1974 bei einem Kostenvoranschlag von 117 Mio. ID (404 Mio. US Dollar) beauftragt. Nach Angaben der irakischen Tageszeitung Al-Thaura vom 17. 9. 1978 beliefen sich die tatsächlichen Kosten auf 150 Mio. ID. Anderen Quellen zufolge haben die Gesamtkosten, einschließlich der Nebeneinrichtungen und der speziellen Landungsbrücken (landing piers) 357,5 Mio. ID (1233 Mio. Dollar) betragen.[2]

Da im Irak Eisenerz nur in äußerst geringen Mengen vorhanden ist, muß es aus Indien, dem Sudan und Brasilien importiert werden. Unter diesem Gesichtspunkt wurde offensichtlich als Standort ein Gebiet in der Nähe vom einzigen irakischen Seehafen Basra gewählt. Die Zahl aller Beschäftigten, Arbeiter, Ingenieure und Angestellten wird mit 2500 angegeben.[3]

Die Größe des irakischen Marktes für Stahl- und Eisenprodukte läßt sich nicht genau feststellen, da diesbezügliche Marktanalysen bisher nicht gemacht worden sind. Jedoch läßt sich der Jahresbedarf anhand der Außenhandelsstatistik ungefähr abschätzen. 1976 betrug die Menge der importierten Stahl- und Eisenprodukte über eine Million Tonnen.[4] Dies bedeutet, daß die Produktion des Stahl- und Eisenwerkes zunächst nur ca. 40 % des einheimischen Bedarfes decken wird. Es ist nicht bekannt, ob und zu welchem Zeitpunkt das Werk die ursprünglich konzipierte Produktionskapazität von einer Million Eisen- und Stahlprodukten erreichen wird. Es ist auch nicht bekannt, ob die gegenwärtige Pro-

---

1) Vgl. M. Ja'afar, a.a.O., S. 96

2) Middle East Economic Survey (MEES) No 16, 6. 2.1978

3) Al Thaura vom 17. 9. 1978

4) Ministry of Planning, Foreign Trade Statistics 1976, S. 182

duktionspalette, die sich lediglich aus fünf Produkten zusammensetzt, in Zukunft erweitert wird. Diese Produkte sind: Tragbalken aus Stahl, Eisenstangen und -stäbe, Winkeleisen, Eisenrinnen (chanal iron) und Flacheisen (flat iron).
Obwohl der Bedarf an Stahl- und Eisenrohren beträchtlich ist (1976 wurden 213 000 Tonnen importiert), befindet sich dieses Produkt nicht in der Produktionspalette. Die gegenwärtige Produktionspalette berücksichtigt in erster Linie den Bedarf des Bausektors an Eisen- und Stahlprodukten. Mehr als dreißig andere Produkte müssen weiterhin importiert werden.[1)]
Linkage-Effekte könnten aber von diesem Industriebereich dann ausgehen, wenn in die Produktionspalette solche Produkte aufgenommen werden, die in den anderen Industriebranchen, z.B. in der Maschinenbauindustrie, gebraucht werden. Der Ansatz für eine dynamische Entwicklung der Maschinenbauindustrie im Irak ist durch die bereits existierende Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen und Nutzfahrzeuge in Iskandariya gegeben. Nach dem Nationalen Entwicklungsplan 1976-1980 wird sich aber die Produktion dieser Fabrik, zumindest bis 1980, auf die Montage von aus dem Ausland importierten Einzelteilen beschränken.
Die Stahl- und Eisenwerke müßten nicht nur in der Lage sein, die genannte Fabrik mit Vorprodukten zu beliefern, sondern auch der bestehenden Elektroindustrie beim Übergang von der Montage zur Produktion von Einzelteilen zu helfen. Darüberhinaus müßte die Entstehung von neuen Branchen, vor allem der Produktion von Werkzeugen und Produktionsmaschinen (Drehbänke etc.), induziert werden.
Die Beschränkung des Werkes auf die Produktion für den Bedarf des Bausektors bringt der irakischen Volkswirtschaft keine nennenswerten Vorteile, zumal die Preise für Stahl- und Eisenprodukte auf dem Weltmarkt wegen der stärker werdenden Konkurrenz seitens der Japaner im Sinken sind.

---

1) Ministry of Planning, Foreign Trade Statistics 1976, S. 182

Unter diesen Umständen hätte der weitere Import nicht nur die sehr hohen Investitionssummen erspart, sondern auch den Import von Eisenerz und die hohen Produktionskosten.

6.4.2 Die petro-chemische Industrie

In der Provinz Basra im Südirak entsteht eine hochtechnisierte Komplexanlage für Petrochemie. Die Konstruktionsarbeiten an der schlüsselfertigen Fabrik im Werte von 325 Mio. ID (rund 1 Mrd. Dollar) sind von einem amerikanisch-westdeutschen Konsortium bereits 1976 in Angriff genommen worden. Der Produktionsbeginn ist für 1980 vorgesehen. Die Hauptprodukte dieser Anlage sind Polyäthylen und Polyvinylchlorid (PVC), die der Kunststoffherstellung dienen. Die geplante Produktionskapazität beträgt 150 000 Tonnen im Jahr. Eine spezielle Produktionseinheit für Natrium-Hydroxid (kaustische Soda) mit einer Kapazität von 40 000 Tonnen im Jahr wird von LURGI-Frankfurt gebaut.[1] Die kaustische Soda dient vor allem der Seifenproduktion und des Beizens von Farbstoffen. Ebenfalls im Südirak entsteht eine große Fabrikanlage für die Herstellung von Reifen und Schläuchen auf der Basis von im Irak vorhandenem Ruß, Schwefel und Kautschuk. Nach dem Nationalen Entwicklungsplan 1976-80 soll 1980 mit der Produktion von 300 000 Satz Autoreifen begonnen werden. Ein weiteres Werk für die Produktion von Fahrradlaufdecken mit einer Kapazität von 660 000 Satz soll ebenfalls 1980 mit der Produktion beginnen.[2]
Die Produktion von Düngemitteln wird durch den Bau von zwei zusätzlichen Harnstoffproduktionsanlagen in Basra durch eine japanische Firma von gegenwärtig 0,2 Mio. Tonnen im Jahr auf 2,6 Mio. Tonnen bis 1980 ausgeweitet. Die geplante Produktionsmenge der Düngemittel liegt entschieden höher als der inländische Bedarf, der auf 200 000 t/J

1) Vgl. F. Kelaita, a.a.O., S. 84, Anm. 1)
2) Vgl. Abschnitt 5.6 dieser Arbeit, Tabelle 30

geschätzt wird. Wie bereits erwähnt, beabsichtigt die irakische Regierung den Export von 2 Mio. Tonnen jährlich, womit eine Nettodeviseneinnahme von 500 Mio. Dollar erzielt werden soll.

Bei der Beurteilung der Zweckmäßigkeit einer petro-chemischen Industrie im Irak stellt sich die Frage nach den Kriterien für eine "ökonomisch sinnvolle" Herstellung von petro-chemischen Produkten. F. Kelaita zieht in seiner Dissertation die Bestimmung der optimalen Betriebsgröße, das Transportsystem und das technologische 'Know How' als Beurteilungskriterien heran.[1] Zum ersten Kriterium betont er die Notwendigkeit von der Durchführung einer ausführlichen Marktforschung. Es kann nicht geleugnet werden, daß eine Marktforschung für die Erfassung des inländischen Bedarfs an petro-chemischen Produkten und für die Bestimmung der Produktionskapazität sinnvoll sein kann. Problematisch ist allerdings, wenn Rentabilitätsgesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden, wie der zitierte Autor es tut: "Die Kapazitäten der verschiedenen p-c Komplexe werden von bestimmten unabhängigen Wirtschaftsgrößen vor allem vom Markt bestimmt ... Die kaufkräftige Nachfrage nach solchen Produkten ist somit der entscheidende Faktor zur Bestimmung der optimalen Betriebsgröße."[2] Mit den Schriften von G. Myrdal hat sich aber vor sehr langer Zeit in der entwicklungstheoretischen Literatur die Einsicht durchgesetzt, daß das "freie Spiel von Marktkräften" keine Entwicklungsperspektive bieten kann.[3] Außerdem ist es eine Binsenwahrheit, daß die kaufkräftige Nachfrage aufgrund der krassen Einkommensverteilung in den peripheren Gesellschaften sehr beschränkt ist. Sie kann aber durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und durch Anhebung des Masseneinkommens, was mit der Industrialisierung einhergeht, stark angehoben werden. Daher ist die Orientierung

---

1) F. Kelaita, a.a.O., S. 82 ff.

2) Ebenda, S. 83 f.

3) Vgl. G. Myrdal, Ökonomische Theorien und unterentwickelte Regionen, Stuttgart 1959, S. 25

an der bestehenden Nachfrage nicht ausreichend, um einen dynamischen Entwicklungsprozeß in Gang zu setzen. Nicht zu Unrecht bemängelt der zitierte Autor das irakische Verkehrssystem; jedoch kann seine Schlußfolgerung von der Unwirtschaftlichkeit eines neuen Großkomplexes nicht geteilt werden.[1] Denn Transportprobleme in unterentwickelten Ländern sind relativ einfach zu lösen, weil hierzu die reichlich vorhandenen ungelernten Arbeitskräfte eingesetzt werden können. Das hierzu notwendige Geldkapital ist im Irak ebenfalls reichlich vorhanden. In der Tat werden im Irak große Transportprojekte geplant, wenn nicht schon in Angriff genommen.
Auch das schwierige Problem des technologischen "Know How" ist nicht unüberwindbar. Ein gemeinsames Vorgehen mit den multinationalen Unternehmen in der Form von Joint Ventures, wie der zitierte Autor vorschlägt, ist nicht notwendig, um Fachkräfte auszubilden.[2]
Im Hinblick auf die Überwindung des Enklavencharakters des Erdölsektors mit dem Ziel der intersektoriellen Verkettung kommt dem Aufbau einer petro-chemischen Industrie im Irak eine zentrale Bedeutung zu. Die Anknüpfung an die im Lande vorhandenen Rohstoffe, vor allem Erdgas, das in immensen Mengen vorhanden ist und aus Mangel an Verwendungsmöglichkeiten zu 85 % abgefackelt werden muß, und die Belieferung der Landwirtschaft sowie der nachgelagerten Industriezweige mit den Produkten der Petrochemie, muß zum Hauptbeurteilungskriterium der Zweckmäßigkeit einer petrochemischen Industrie im Irak herausgestellt werden.
Durch gezielte Maßnahmen wie Verstaatlichung des Außen- und des Großhandels, Steuern- und Zollbefreiung gelang es im Irak Anfang der siebziger Jahre, einen Teil des Privatkapitals von der Handels- auf die Industriesphäre umzulenken. Die Importsubstitutionsindustrie drang in neue Bereiche der Konsumgüterproduktion vor; hauptsächlich in der Herstellung von Plasten und Kunstfasertextilien. So stieg

---

1) Vgl. Kelaita, a.a.O., S. 87
2) Vgl. ebenda.

die Zahl der Textilbetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten von 129 im Jahre 1970 auf 213 im Jahre 1976. Die Zahl der Plastikherstellungsbetriebe erhöhte sich von 9 im Jahre 1964 auf 57 im Jahre 1976.[1)]
Auch im staatlichen Sektor befindet sich eine Reihe von Großbetrieben, wie die Arzneimittelfabrik in Samarra, die Rayonfabrik in Babel und die Polyestertextilfabrik in Kut, die petro-chemische Produkte verarbeiten. Die Fabrik für Autoreifen und Schläuche in Diwaniya und die für Fahrradlaufdecken in Kufa werden voraussichtlich 1980 die Produktion aufnehmen.
Alle diese Betriebe müssen ihren Bedarf an petro-chemischen Vorprodukten durch Importe decken. Diese Importe werden kurioserweise durch Exporte von Rohöl, das im Ausland zu petro-chemischen Produkten verarbeitet wird, finanziert. Die Durchbrechung dieser abhängigen Reproduktion muß von der nationalen petro-chemischen Industrie geleistet werden.

6.4.3 Die Erdölraffinierungsindustrie

Bis zur Nationalisierung der IPC beschränkte sich die Tätigkeit der Ölraffinierungsindustrie auf die Bedarfsdeckung für den Binnenmarkt. Das Erdgas wurde nur zu einem geringen Teil verarbeitet, hauptsächlich zwecks Benutzung in den privaten Haushalten. Die ausländischen Ölgesellschaften enthielten sich bis auf wenige Ausnahmen jeglicher Aktivität auf dem Gebiet der Ölverarbeitung. Die irakische Wirtschaftspolitik hat sich zum Ziel gesetzt, den bisher sehr geringen Anteil des im Land verarbeiteten Rohöls zu steigern. Wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, hat sich dieser Anteil nach 1974 spürbar erhöht.

Gegenwärtig bestehen sieben Raffinerien mit einer Gesamtkapazität von 186 500 b/d. Die drei größten dieser Raffi-

---

1) Vgl. Abschnitt 6.3.4 dieser Arbeit

nerien sind:

- Aldoura (nahe Bagdad) 72 000 b/d
- Basra 70 000 b/d
- Kirkuk 20 000 b/d

Tabelle 45: Produktion und Verarbeitung von Rohöl

Jahr	Förderung in Mio.L.Ton	Verarbeitung in Mio.L.Ton	in %
1966	66,6	2,4	3,6
1967	58,9	2,3	3,9
1968	72,6	3,3	4,5
1969	73,3	3,6	4,9
1970	75,2	3,2	4,2
1971	82,4	4,4	5,3
1972	71,2	3,9	5,5
1973	97,8	4,6	4,7
1974	95,5	6,0	6,3
1975	109,2	9,8	9,0
1976	119,2	8,6	7,2

Quellen: Zusammengestellt nach: Annual Abstract of Statistics 1967, 1969, 1974 und 1976;
Central Bank of Irak: Annual Report 1967

Zur Zeit wird die Raffinerie in Basra ausgebaut mit dem Ziel, die Kapazität auf 140 000 b/d zu verdoppeln.[1] Ebenfalls in Basra wird durch ein japanisches Konsortium eine auf den Export orientierte Raffinerie mit einer Kapazität von 300 000 b/d errichtet. Die Kosten dieses Projekts werden auf ca. 2 Mrd. US Dollar geschätzt.[2] Der Auftrag zur Errichtung einer Raffinerie im Nordirak mit einer Kapazität von 150 000 b/d wurde einer Tochtergesellschaft der ENI erteilt.[3] Mit der Fertigstellung der im Bau befindlichen Raffinerien wird gegen 1980 gerechnet, dann würde sich die Gesamtkapazität auf 706 500 b/d belaufen.

1) OAPEC, Prospects of Arab Refining Industries, Kuwait 1976, S. 179 (arabisch)

2) ABECOR, Country Report, Iraq, 28.9.1977

3) Middle East Economic Survey, No. 28, 1.5.1978

Dieser Wert würde den inländischen Bedarf, der 1978 auf 100 000 b/d geschätzt wurde, um ein Mehrfaches übersteigen.[1] Bei einer angenommenen Tagesförderung von 2,5 Mio. Barrel im Jahr 1980 (1977: 2,3 Mio. b/d) würde der Anteil des im Irak verarbeiteten Rohöls ca. 28 % betragen.
Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Irak wie die anderen arabischen Erdolländer die natürlichen, geographischen und finanziellen Voraussetzungen dafür besitzt, sich auf die Verarbeitung des Erdöls zu spezialisieren, müßte dieser Anteil nach 1980 kontinuierlich erhöht werden. Beispielhaft ist die Zielsetzung Algeriens, bis 1988 den Anteil des im Lande verarbeiteten Rohöls an der geförderten Menge auf 60 % zu erhöhen.[2]
Für die Vermarktung der Ölprodukte bieten sich dem Irak zwei Möglichkeiten an:
- Der Erweiterung des Binnenmarkts durch die "Freisetzung der potentiell vorhandenen Nachfrage" oder durch die Schaffung zusätzlicher Nachfrage wird Priorität eingeräumt; der Export übernimmt eine ergänzende Funktion.[3]
- Der Export behält den Vorrang mit dem langfristigen Ziel, anstatt Rohöl nur noch Ölprodukte zu exportieren.
Die Verwirklichung der zweiten Möglichkeit kann nur im Rahmen einer von den OAPEC-Ländern gemeinsam befolgten Strategie erreicht werden. Diese Strategie müßte zum Inhalt haben, den Export von Rohöl langfristig zu senken und den Export von Ölprodukten durch preispolitische Maßnahmen oder durch politischen Druck anzuheben. Die Raffinierungskapazität aller arabischen Länder stieg zwar von 910 000 b/d (1958) auf 2 158 000 b/d (1973), aber die relative Bedeutung innerhalb der Weltkapazität ist im selben Zeitraum von 4,3 % auf 3,6 % zurückgegangen.[4]
Der erste Schritt der oben genannten Strategie müßte des-

---

1) D.O. Croll: New directions since nationalisation, in: Petroleum Economist, Feb. 1978, S. 63

2) Vgl. Issam El-Zaim: A Strategy for a regional and dynamic arab refining industry (arab.) in: OAPEC, a.a.O., S. 79 und S. 81

3) Ebenda, S. 81

4) Ebenda, S. 64 f.

halb die Steigerung der Raffinierungskapazität entsprechend der relativen Bedeutung der arabischen Erdölförderung innerhalb der Weltförderung sein. Die für den Aufbau der Kapazitäten benötigten Finanzmittel sind reichlich vorhanden. Die Bezugsquellen für die Technologie lassen sich im Falle eines Lieferboykotts der westlichen Länder leicht diversifizieren, wie bereits das irakische Beispiel gezeigt hat. Dort werden Raffinerieanlagen von tschechischen, italienischen und japanischen Firmen erstellt. Der Mangel an Fachkräften läßt sich durch Schulung entsprechender Kader deshalb relativ leicht überwinden, weil die meisten arabischen Länder bereits über längere Erfahrungen in der Raffinierungsindustrie verfügen. Z.B. existiert diese Industrie im Irak seit 1927. Im Anfangsstadium bieten sich die nichterdölproduzierenden Länder der Dritten Welt und Japan als potentielle Absatzmärkte an, weil der Bedarf dieser Länder durch die dort vorhandenen Raffinierungskapazitäten nicht gedeckt werden kann. In einem späteren Stadium müßte die arabische Ölindustrie eine aggressive Absatzpolitik mit dem Ziel betreiben, in die westeuropäischen Märkte einzudringen.[1)]

Die Bedeutung des westeuropäischen Marktes liegt in seinem hohen Anteil am Weltverbrauch (ca. 30 %) und in seiner geographischen Nähe zum arabischen Raum begründet. Dazu kommt, daß die westeuropäischen Länder über keine nennenswerten Erdölreserven verfügen. Die zukünftige Absatzpolitik der arabischen Erdölländer könnte mehrere Instrumente einsetzen, wie Unterbietung der Preise für Benzin und andere Ölprodukte, Anhebung des Rohölpreises, so daß aus der Verarbeitung des Rohöls in Westeuropa keine Gewinne mehr anfielen, schließlich die Verhängung eines Rohöllieferboy-

---

1) Es wird damit gerechnet, daß die derzeit bestehende Überkapazität in den westeuropäischen Ländern zu Beginn der 80er Jahre weitgehend abgebaut wird. Ein arabischer Ökonom schätzt den Bedarf (Mittelwert) Westeuropas an importierten Ölprodukten 1985 auf 2,5 Mio. b/d unter der Bedingung, daß diese Länder ihre Energieprogramme zu 50 % realisieren. Siehe hierzu: Ahmad Nour El-Deen: Prospects of consumption, Product Imports, Exports and Primary Refining Capacity in the Main World Markets and in the Arab Area, in: OAPEC, a.a.O., S. 251 f.

kotts, um die Abnahme der Ölprodukte zu erzwingen.

6.4.4 Die Erdgasverarbeitungsindustrie

Die Erdgasreserven im Irak werden auf 765 Mrd. cm^3 geschätzt. Der größte Teil des Gases fällt im Zusammenhang mit dem Rohöl an. 1976 belief sich die Erdgasproduktion auf 13,3 Mrd. cm^3. Nur knapp 2 Mrd. cm^3 (15 %) wurden weiterverarbeitet.[1] Der Rest wurde abgefackelt. Die Verarbeitung besteht zur Zeit aus der Verflüssigung zum Zwecke der Benutzung in privaten Haushalten, aus der Gewinnung von Schwefelsäure und aus der Gewinnung von Harnstoff zur Herstellung von Düngemitteln. Darüberhinaus wird das Erdgas in zunehmendem Maß in den Elektrizitätswerken und in den Pumpstationen der Ölleitungen als Treibstoff verwendet. Die Nutzung des Erdgases wird sich in der nahen Zukunft auf neue Bereiche erstrecken. Dies sind die sich im Aufbau befindliche Eisen- und Stahlindustrie sowie die geplante Aluminiumindustrie. Der Irak hat kürzlich zwei Aufträge vergeben, die die Ausführung großer Erdgasprojekte zum Inhalt haben. Das erste Projekt umfaßt ein Leitungsnetz und Kompressionssystem zur Behandlung von jährlich 16 Mrd. cm^3 Erdgas aus den Rumaila-Ölfeldern im Südirak. Dazu gehören die für den Export von verflüssigtem Erdgas notwendigen Einrichtungen mit einer Kapazität von 10 Mrd. cm^3 im Jahr. Mit der Realisierung des Projekts, dessen Kosten auf mehr als 1,5 Mrd. Dollar geschätzt werden, wurde eine Tochtergesellschaft der italienischen ENI beauftragt.[2]

Das zweite Entwicklungsprojekt im Erdgassektor wird von der japanischen Firma Toyo Engineering Company (TEC) bei geschätzten Kosten von 1 Mrd. Dollar durchgeführt. Das Projekt umfaßt ein Leitungsnetz und Pumpsystem auf den Ölfeldern im Nordirak mit einer Jahreskapazität von 4 Mio. t

---

1) Croll, a.a.O., S. 64

2) Middle East Economic Survey, No. 28, 1.5.1978

sowie eine Erdgasbehandlungsanlage mit einer Jahreskapazität von 1,2 Mio. t flüssigem Erdgas (LPG) und 423 000 t Schwefel. Aus diesem Projekt sollen vier Städte im Nordirak, einschließlich Bagdad, mit Erdgas und flüssigem Gas beliefert werden.[1)]

6.5 Strukturmerkmale der nachholenden Industrialisierung im Irak

6.5.1 Wachstumsraten und Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt

Im Vergleich zu den Sektoren Landwirtschaft, Erdöl und Dienstleistung ist der Beitrag der verarbeitenden Industrie zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) schon immer einer der niedrigsten gewesen. Im Jahre 1953 betrugen die Anteile des genannten Sektors nach oben aufgeführter Reihenfolge 30 %, 22 %, 41 % und 7 %. Der Anteil der Landwirtschaft ging ständig zurück und betrug 1976 nur noch 7,6 %, während der Anteil der Dienstleistung bis 1973 relativ konstant blieb, dann aber 1976 auf 31,3 % sank. Der Beitrag des Erdölsektors zum BIP stieg, besonders nach 1973, kräftig an und erreichte 1974 eine Rekordhöhe von 60,4 %; er fiel jedoch 1976 auf 54 % und blieb somit überproportional vertreten. Der Anteil der verarbeitenden Industrie stieg 1973 auf 10 %, verringerte sich aber 1976 auf seine ursprüngliche Höhe von 7 %.
Im Gegensatz zu den Sektoren Landwirtschaft und Dienstleistung konnte die verarbeitende Industrie ihren Anteil am BIP deshalb konstant halten, weil sie relativ hohe Zuwachsraten verzeichnen konnte, wie dies aus der Tabelle 47 hervorgeht. Die durchschnittliche Wachstumsrate der industriellen Produktion (zu laufenden Preisen) betrug in dem Zeitraum von 1969-1974 fast 11 % und in den folgenden Jahren 1975 und 1976 35 % bzw. 36 %. Dennoch vermochte der

---

1) Ebenda

Industriesektor aufgrund der überproportionalen Zuwachsraten des Erdölsektors nach 1973 die Struktur des Bruttoinlandsprodukts nicht zu seinen Gunsten zu verändern.

Tabelle 46: Entwicklung der Anteile der Sektoren am BIP (1953-1976)

Jahr	Landwirtschaft (in %)	Erdöl (in %)	Dienstleistung (in %)	Verarb. Industrie (in %)
1953	30	22	41	7
1965	17,6	32,4	41,4	8
1973	14,2	35,5	39,6	9,9
1974	6,9	60,4	27,1	5,3
1976	7,6	54,0	31,1	7,0

Quellen: Zusammengestellt und errechnet nach:
Abdul Wahab Al-Ameen, External Growth in Developing Countries with special reference to Iraq, Bagdad 1975, S. 243
Annual Abstract of Statistics 1974, Tab. 199; 1976, Tab. 6/4; 1977, Tab. 6/1

Der Nationale Entwicklungsplan 1976-1980 sieht für den Industriesektor eine durchschnittliche Wachstumsrate von 32,9 % vor. Der Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP soll bis 1980 auf 11,4 % erhöht werden.

Während in der Landwirtschaft ca. 54 %, im Erdölsektor 1 % und in den Dienstleistungen 38 % der Arbeitskräfte beschäftigt sind, entspricht der Anteil der in der verarbeitenden Industrie beschäftigten Arbeitskräfte von ca. 7 % fast dem Beitrag dieses Sektors zum BIP.
Wie bereits an einer anderen Stelle aufgezeigt wurde, lag die durchschnittliche Produktivität in der verarbeitenden Industrie 1976 zwar viel höher als in der Landwirtschaft, aber dennoch niedriger als die durchschnittliche Produktivität in der Gesamtwirtschaft.

Tabelle 47: Wachstumsraten und Beitrag der verarbeitenden Industrie zum Bruttoinlandsprodukt (zu laufenden Preisen)

	Bruttoinlandsprodukt (in Mio. ID)	Beitrag der verarb. Ind. in Mio. ID	in %	Zuwachsrate
1965	867,6	69,4	8,0	
1966	938,0	74,7	8,0	7,6
1967	941,9	83,4	8,8	11,6
1968	1067,0	94,6	8,9	13,4
1969	1109,7	103,0	9,3	8,8
1970	1202,4	116,0	9,6	12,6
1971	1375,0	118,5	8,6	2,1
1972	1388,8	140,0	10,0	18,1
1973	1587,5	157,6	9,9	12,5
1974	3347,7	176,1	5,3	11,7
1975	3970,5	238,5	6,0	35,4
1976	4582,8	324,4	7,0	36,0

Quelle: Zusammengestellt und errechnet nach Annual Abstract of Statistics 1974, Tab. 199; 1976, Tab. 6/4; 1977 Tab. 6/1

6.5.2 Die geographische Konzentration der Industriebetriebe

Durch das "freie Spiel der Kräfte", so hat unlängst G. Myrdal erkannt, werden "kumulative Prozesse" von "zirkulärer Verursachung" ausgelöst, die nicht auf irgendein Gleichgewicht der Kräfte, sondern-ganz im Gegenteil - davon weg fahren. Denn "gewöhnlich ruft eine Veränderung eben keine Reaktion in der Gegenrichtung hervor, sondern andere Veränderungen, die in der gleichen Richtung wirken und das System auf dem eingeschlagenen Wege weitertreiben. Aufgrund dieser zirkulären Verursachung neigt ein sozialer Prozeß

dazu, kumulativ zu werden und sich in steigendem Maße zu beschleunigen."[1] Da ein kumulativer Prozeß in beiden Richtungen - abwärts oder aufwärts - wirksam ist, so führt nach Myrdal das freie Spiel der Kräfte gewöhnlich eher zu einer Vergrößerung als zu einer Verkleinerung der Ungleichheiten zwischen verschiedenen Regionen.[2] Diese Schlußfolgerung bezieht sich sowohl auf die nationale als auch auf die internationale Ebene. "Wenn man die Dinge unbeeinflußt durch irgendwelche sozial- und wirtschaftspolitischen Eingriffe dem freien Spiel der Kräfte überließe, würden sich industrielle Produktion, Handel, Banken, Versicherungen, ja in der Tat alle jene wirtschaftlichen Aktivitäten, die in einer sich entwickelnden Wirtschaft einen mehr als durchschnittlichen Gewinn ergeben, sowie Wissenschaft, ... Erziehung und die höhere Kultur generell an bestimmten Orten und in einzelnen Regionen zusammenballen, während der Rest des Landes mehr oder weniger brachliegen würde."[3]

Die ungleiche Entwicklung verlief im Irak wie in anderen peripheren Ländern in viel schärferem Maße als in den Metropolen und bewirkte eine Unausgewogenheit und Desintegration des Wirtschaftsraums.

Der Standort des weitaus größten Teils der Industriebetriebe im Irak ist vor allem auf den Absatzmarkt orientiert. So befinden sich die meisten Betriebe zur Verarbeitung von agrarischen Primärprodukten ausgerechnet nicht in einem landwirtschaftlichen Gebiet, sondern in der mit 3 Mio. Menschen bevölkerten Stadt Bagdad. Außerdem befinden sich dort 57 % der "großen" Industriebetriebe und 38 % der "kleinen" Industriebetriebe mit einem Anteil von 53 % bzw. 42 % der Gesamtbeschäftigten in der jeweiligen Kategorie von Industriebetrieben.

In Bagdad arbeiten insgesamt über 114 000 oder 48 % der insgesamt im Industriesektor beschäftigten Personen. Der Anteil der in Bagdad angesiedelten Industriebetriebe an der Bruttowertschöpfung betrug im Jahre 1975 60,5 %.

---

1) G. Myrdal, a.a.O., S. 11

2) Vgl. ebenda, S. 24

3) Ebenda, S. 24

Tabelle 48: Regionale Verteilung der "großen" Industriebetriebe 1975

Provinz	Zahl der Betriebe	Beschäftigte	Vorleistungen (in 1000 ID)	Bruttoproduktionswert (in 1000 ID)
Ninevah (ehem. Mosul)	94	10121	52460	44057
Al Tamim (ehem. Kirkuk)	52	1953	2768	5856
Diala	35	2309	6014	7554
Anbar	12	2095	1913	3731
Bagdad	768	71527	170282	259306
Wasit	10	4075	5864	9226
Babylon	48	11485	25279	37000
Kerbala	63	3364	4962	6847
Qadissiya	15	885	443	981
Muthanna	10	1696	2763	3722
Maysan	31	4672	17972	10280
Thi-Qar	13	1336	235	671
Basra	152	12891	16622	29628
Dhok	1	14	36	51
Arbil	26	5297	7626	15142
Sulaimaniya	19	872	1491	2391
zusammen	1349	134594	316729	436443

Quelle: Annual Abstract of Statistics 1976, Tab. 4/7 und Tab. 4/8

Tabelle 49: Regionale Verteilung der "kleinen" Industriebetriebe 1975

Provinz	Zahl der Betriebe	Beschäftigte	Vorleistungen (in 1000 ID)	Bruttoproduktionswert (in 1000 ID)
Ninevah (ehem. Mosul)	3792	9356	14910	26858
Al Tamim (ehem. Kirkuk)	2390	5580	8115	13069
Diala	1047	2366	7068	9824
Anbar	1025	2727	4037	7269
Bagdad	15085	42732	5496	130487
Wasit	929	1951	2338	4093
Babylon	1658	4472	7647	12196
Kerbala	1182	2830	3381	5319
Qadissiya	1143	2279	2630	4314
Muthanna	552	1392	1312	2090
Maysan	876	1956	2644	4162
Thi-Qar	1120	2302	2970	5524
Basra	3064	7637	17570	25791
Dhok	272	683	713	1251
Arbil	1421	4042	4935	8152
Sulaimaniya	1890	4140	4240	7211
Najef	1550	4967	6241	9979
Salah al-Din (ehem. Takrit)	279	581	345	709
zusammen	39275	101993	176592	278298

Quelle: Annual Abstract of Statistics 1976, Tab. 4/16 und 4/17

In der Provinz Basra (900 000 Einwohner) sind 11 % der "großen" Industriebetriebe und 8 % der "kleinen" Industriebetriebe ansässig. Dort arbeiten jeweils 10 % und 8 % der Gesamtbeschäftigten. Zusammengenommen macht der Anteil der Provinz Basra an den Gesamtbeschäftigten 9 % aus. Der Anteil an der Bruttowertschöpfung betrug 1975 9,6 %.
In der Provinz Ninevah, ehemals Mosul, (1,1 Mio. Einwohner) befinden sich 7 % der "großen" Industriebetriebe (Anteil an den Beschäftigten 7,5 %) und 10 % der "kleinen" Industriebetriebe (Anteil an den Beschäftigten 9 %). Insgesamt arbeiteten 1975 in der Provinz Mosul 8 % der Beschäftigten im Industriesektor, produzierten aber nur 1,6 % der industriellen Bruttowertschöpfung.
In den drei genannten Provinzen befinden sich demnach 75 % der "großen" Industriebetriebe und 56 % der "kleinen" Industriebetriebe. Analog dazu beträgt der Anteil der drei Provinzen an den Gesamtbeschäftigten 65 % und an der Bruttowertschöpfung 71,2 %. Auf die restlichen 15 Provinzen Iraks verteilen sich, wiederum stark ungleichmäßig, 25 % der "großen" Industriebetriebe, 44 % der "kleinen" Industriebetriebe, 35 % der Gesamtbeschäftigten und 28,8 % der industriellen Bruttowertschöpfung.
Wie aus Tabelle 50 hervorgeht, hat sich die starke Konzentration der Industriebetriebe auf die drei Provinzen in dem Zeitraum 1966-1975 bei den "großen" Betrieben kaum verändert, bei den "kleinen" Betrieben noch verstärkt.

Der starken Konzentration der industriellen Produktion in den drei Provinzen steht eine ausgesprochene industrielle Unterentwicklung in den restlichen 15 Provinzen gegenüber.
Wie aus Tabelle 51 hervorgeht, lag der Anteil der Provinzen Ninevah, Kerbala, Qadissiya, Thi-Qar, Sulaimanya und Nejef an der Bruttowertschöpfung jeweils unter 2 %. Unter 1 % lag der Anteil der Provinzen Muthanna, Dhok und Salah al-Din. Der Beitrag der Provinz Maysan war 1975 sogar negativ.

Tabelle 50: Die Entwicklung der regionalen Verteilung der Industriebetriebe 1966-1975

Provinz	Anteil an ges. "Großbetriebe"		Anteil an ges. "Kleinbetriebe"	
	1966	1975	1966	1975
Bagdad	56,4	56,9	34,5	38,4
Basra	11,8	11,2	5,8	7,8
Ninevah	8,1	7,0	7,5	9,6
zusammen	76,3	75,1	47,8	55,8

Quelle: A. Alkazaz, a.a.O., S. 230,
Annual Abstract of Statistics 1976, Tab. 4/7 und 4/16

Die staatliche Industrialisierungspolitik versucht seit einigen Jahren, durch die Errichtung von neuen Industriebetrieben in den unterentwickelten Provinzen die augenfälligen regionalen Ungleichheiten zu entschärfen. Es scheint jedoch, daß bei der Formulierung dieser Politik auf Rentabilitätskriterien nicht völlig verzichtet werden kann. Denn die größten Industriewerke entstehen in der Nähe von Basra, wo sich der einzige Seehafen des Irak befindet. Diese Projekte sind eben auf den Import von Vorprodukten und auf den Export von Fertigprodukten angewiesen und damit im hohen Maße vom Weltmarkt abhängig.

Tabelle 51: Regionale Verteilung der industriellen Bruttowertschöpfung 1975

Provinz	in 1000 ID	in %
Ninevah	3545	1,6
Al Tamim (ehem. Kirkuk)	8042	3,6
Diala	4296	2,0
Anbar	5050	2,3
Bagdad	134015	60,5
Wasit	5117	2,3
Babylon	16270	7,3
Kerbala	3823	1,7
Qadissiya	2222	1,0
Muthanna	1737	0,8
Maysan	- 6174	
Thi-Qar	2990	1,4
Basra	21227	9,6
Dhok	553	0,2
Arbil	10733	4,8
Sulaimanya	3871	1,7
Nejef	3738	1,7
Salah al-Din (ehem. Takrit)	364	0,2

Quelle: Eigene Berechnung auf der Grundlage der Zahlen in den Tabellen 48 und 49.

6.5.3 Das Tempo der Kapitalakkumulation

Als einen Indikator für die Kapitalakkumulation im Industriesektor verwenden wir auch in diesem Zusammenhang die ab 1957 verfügbaren Daten über die Bruttofixkapitalbildung in der verarbeitenden Industrie. Die Bruttofixkapitalbildung stellt die Investition in Sachkapital (Gebäude, Ausrüstung und Maschinen) dar und bildet die Hauptkomponente der Bruttoinvestition. Diese Größe gibt Aufschluß über den Umfang der eingesetzten Produktionsmittel und deren quantitative Entwicklung.
Wie aus der Tabelle 52 hervorgeht, weist die Bruttofixkapitalbildung in der verarbeitenden Industrie in den Jahren von 1957 bis 1961 eine rückläufige Entwicklung auf. Der Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung sinkt von 15,7 % auf 9,3 %. In der darauffolgenden Periode 1962-1972 steigt die Bruttofixkapitalbildung zwar kontinuierlich an, jedoch mit relativ niedrigen Zuwachsraten. Daraus läßt sich auf ein langsames Tempo der Kapitalakkumulation in der Industriesphäre schließen. Diese hängt offensichtlich damit zusammen, daß zum einen das Akkumulationspotential des Industriesektors selbst sehr beschränkt und zum anderen der Ressourcentransfer aus dem Erdölsektor relativ gering ist. Der verstärkte Transfer von Ressourcen aus dem Erdölsektor nach 1972 beschleunigte das Tempo der Kapitalakkumulation in der verarbeitenden Industrie. Dort stieg die Bruttofixkapitalbildung von 50,3 Mio. ID (1972) auf 258,6 Mio. ID (1976). Trotz dieses hohen Entwicklungstempos stellt die verarbeitende Industrie nach wie vor nicht das Zentrum des gesamtwirtschaftlichen Akkumulationsprozesses dar, weil ihr Anteil an der gesamten Kapitalakkumulation sich seit 1968 mit ca. 24 % nur geringfügig verändert hat. Dagegen absorbierte der Dienstleistungssektor 1976 mit 46,8 % weiterhin den größten Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttofixkapitalbildung.
Es liegen keinerlei Anzeichen dafür vor, daß der Industriesektor bereits in der Lage ist, aus eigener Kraft die

Kapitalakkumulation mit dem bisherigen Tempo fortzusetzen. Theoretisch könnte ein plötzlicher Ausfall der Erdöleinnahmen katastrophale Folgen für den Akkumulationsprozeß haben.

Tabelle 52: Entwicklung der Fixkapitalbildung in der verarbeitenden Industrie und deren Anteil an der Gesamtwirtschaft 1957-1976

	Gesamtwirtschaft in Mio. ID	Verarbeitende Industrie in Mio. ID	in %
1957	106,3	16,7	15,7
1958	97,9	13,5	13,8
1959	103,6	11,3	10,9
1960	120,2	9,0	7,5
1961	137,2	12,8	9,3
1962	119,2	20,8	17,4
1963	107,3	21,0	19,6
1964	122,1	22,4	18,3
1965	129,8	25,4	19,6
1966	149,6	30,6	20,4
1967	143,6	34,3	23,8
1968	142,9	36,4	25,5
1969	157,2	40,1	25,5
1970	185,1	42,5	22,9
1971	194,7	43,4	22,3
1972	217,0	50,3	23,2
1973	288,6	69,1	23,9
1974	531,9	123,7	23,2
1975	761,2	216,2	28,4
1976	1048,7	258,6	24,6

Quelle: Zusammengestellt und errechnet nach:
J. Hashim, "Die Fixkapitalbildung im Irak",
Annual Abstract of Statistics 1972, 1974, 1976, 1977

6.5.4 Die Dominanz der importierten Technologie

Eine Kapitalinputanalyse für den Industriesektor, wie dies in der Tabelle 53 geschieht, soll den Ursprung des im Industriesektor eingesetzten Sachkapitals aufzeigen. Damit sollen Anhaltspunkte über das Ausmaß der Verkettung dieses Sektors mit den anderen Sektoren und gleichzeitig Aufschlüsse über den Integrationsgrad der irakischen Industrie im Hinblick auf eine sich selbsttragende Industrialisierung gegeben werden.

Tabelle 53: Kapitalinputanalyse für die verarbeitende Industrie 1964-1970

Bezugsquelle	1964		1966		1968		1970	
	in Mio ID	in %	in Mio ID	in %	in Mio ID	in %	in Mio ID	in %
Ausland	15,2	68	19,3	63	25,4	70	30,6	72
Bausektor	6,6	29	9,3	30	10,4	28	10,3	24
Verarb. Industr.	0,6	3	2,0	7	0,6	2	1,6	4
Zusammen	22,4	100	30,6	100	36,4	100	42,5	100

Quelle: Zusammengestellt und errechnet nach J. Hashim, "Die Fixkapitalbildung im Irak", Anhang

Aus den Daten in der Tabelle 53 lassen sich folgende Erkenntnisse formulieren:
Erstens, der irakische Industriesektor hat im Zeitraum von 1964-1970 über zwei Drittel des Sachkapitals aus dem Ausland bezogen. Die Tendenz zum Technologieimport ist eher steigend als fallend. Zweitens, der Anteil des inländischen Bausektors am Kapitalinput schwankte zwischen 24 und 30 %. Da es sich hier offensichtlich um die Erstellung von Gebäuden und Fabrikhallen handelte, kann dieser relativ hohe Anteil nicht unbedingt positiv gedeutet werden. Drittens, der Austausch von Kapitalgütern innerhalb des irakischen

Industriesektors ist verschwindend gering. Nur 2 bis 7 % des von der verarbeitenden Industrie eingesetzten Sachkapitals wurde von ihr selbst hergestellt. Viertens, die von der irakischen Industrie eingesetzte Maschinenausrüstung mußte zu über 90 %, mitunter bis zu 98 %, aus dem Ausland importiert werden.

Eine im Auftrag des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie beim amerikanischen Kongreß erstellte Studie über Technologietransfer in die Länder des Nahen Ostens in dem Zeitraum 1970-1975 macht detaillierte Angaben über die Art, die Herkunft und den Umfang der vom Irak importierten Technologie. Danach lag der Schwerpunkt in den Jahren 1970 bis 1973 im Bereich der Öltechnologie, wobei die Sowjetunion und die sozialistischen Länder Osteuropas die Hauptlieferanten waren. Insgesamt war der Umfang der importierten Technologie bis 1973 relativ gering.[1] Ein breiter Aufschwung des Technologietransfers in den Irak setzte 1974 ein und betraf hauptsächlich die Bereiche Industrie, Kommunikation, Erdöl und landwirtschaftliche Bewässerung. "Industrial technology acquisition from the West included undertakings by France, Italy, Sweden, West Germany, Switzerland, Britain and Denmark. France provided tow sponge iron plants, an aluminum smelter, a steel works, a factory for prefabricated housing units, and a bus plant in conjunction with Hungary. Italy equipped a tire plant and Sweden undertook a laminated plastic boards project. West Germany supplied a textile mill and Switzerland agreed to build a paper mill. A piling plant was built by a British company, and Denmark furnished a cement plant."[2] Etwa in gleichem Umfang wie aus den westlichen Ländern importierte der Irak 1974 Technologien auch aus den sozialistischen Ländern, insbesondere auf dem Gebiet der Erdölförderung und -verarbeitung. Das Verteilungsverhältnis hat sich ab 1975 zugunsten der westlichen Technologie verändert. Die amerikanische Studie schreibt diesbezüglich

---

1) Technology Transfer for the Middle East O.P.E.C. Nations and Egypt 1970-1975, Background Study prepared for the Committee on Science and Technology, U.S. House of Representatives, U.S. Goverment Printing Office, Washington 1976, S. 38

2) Ebenda, S. 41

folgendes: "A continued increase in the amount of technology transferred to Iraq took place in 1975. Activity on behalf of the West increased more than that of the Communist countries and the involvement of Japan continued to grow. Technology was concentrated in the areas of industrialization, irrigation, and power. Transfer involving nuclear energy occurred between Iraq and France and Russia."[1] Der Umfang des Technologie-Imports aus der BRD in den Jahren 1974 und 1975 wird von der Studie wie folgt angegeben:[2]

- ein Auftrag zur Lieferung einer Textilfabrik im Werte von 9,1 Mio. ID (ca. 63 Mio. DM) (Nov. 74)
- ein Auftrag zur Lieferung von Pipelines im Werte von 115 Mio. Dollar (Dez. 74)
- ein Auftrag zur Lieferung von 10 000 Lastwagen (Marke: Daimler Benz) im Werte von 300 Mio. ID (ca. 2,1 Mrd. DM)
- ein Auftrag zum Bau einer Zementfabrik im Werte von 90 Mio. DM (Nov. 75)
- ein Auftrag zur Konstruktion einer integrierten Textilfabrik (Nov. 75)
- ein Auftrag zum Bau einer Papierfabrik in Zusammenarbeit mit einer schweizerischen Firma (Dez. 75)
- ein Auftrag zum Bau eines Elektrizitätskraftwerks im Wert von 3 Mio. ID (ca. 21 Mio. DM) (Aug. 75)
- ein Auftrag zur Lieferung von 19 000 Lastwagen (Juni 75)

Der massenhafte Technologie-Import scheint mitunter die Finanzkraft des Irak überfordert zu haben; Japan gewährte 1974 zur Durchführung einiger Entwicklungsprojekte einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. Dollar, im selben Jahr gewährte auch Frankreich einen Kredit von 500 Mio. Dollar zur Durchführung von "joint ventures in various sectors".[3]
Die Problematik der strukturellen Interaktion zwischen importierter Technologie und interner sozio-ökonomischer Entwicklung stellt sich für den Irak mehr denn je. Der zügige Import von Kapitalgütern, somit von Technologie,

---

1) Ebenda, S. 43
2) Vgl. ebenda, S. 118 u. 144
3) Ebenda, S. 117 f.

führt dazu, daß sich die in der irakischen Industrie verwendete Technologie im wesentlichen am weltweiten Entwicklungsstand orientiert. Bei einem noch unentfalteten internen Akkumulationsprozeß bedeutet das zwangsläufig, daß nur wenige moderne Großbetriebe die vorhandene Nachfrage befriedigen können, was einerseits den Monopolisierungsprozeß fördert, andererseits dazu führt, daß nur eine sehr begrenzte Zahl von Arbeitskräften absorbiert werden kann. Somit wird die ökonomische Marginalisierung breiter Bevölkerungsgruppen verstärkt und die Ausdehnung des inneren Marktes begrenzt.[1)]

6.5.5 Die niedrige Auslastung der Kapazität

Die fehlende Vermittlung zwischen importierter Technologie und der gesellschaftlichen Realität des Irak drückt sich vor allem in einer niedrigen Kapazitätsauslastung der irakischen Industrie aus. Al-Kauraishi errechnete eine Kapazitätsauslastung im Sinne des Verhältnisses der tatsächlichen zu der mit maximaler Arbeitszeit möglichen industriellen Produktion von durchschnittlich 51 % im Jahre 1969. Für die einzelnen Produktionssparten gibt er folgende Zahlenwerte an:[2)]

Molkerei	29 %	Farbenherstellung	35 %
Pflanzenöl	70 %	Streichholz	30 %
Getreidemühlen	94 %	Plastikwaren	39 %
Zuckerraffinerien	98 %	Glasherstellung	39 %
Bier u. alkohol.Getr.	64 %	Asbestos	53 %
Baumwollentkernung	45 %	Fliesen u. Mosaik	23 %
Baumwolltextilien	50 %	Zement	96 %
Schafwolltextilien	36 %	Metallverarbeitung	25 %
Kunstfasertextilien	33 %	Luftkühler	21 %
Juteverarbeitung	29 %	Haushaltsgeschirr	15 %
Ledergerbereien	86 %	Fernsehgeräte	12 %
Schuhe	34 %	Fahrräder	3 %
Ölraffinerien	93 %	Bleistift	12 %
Spanholz	28 %	Gummiwaren	11 %

1) Vgl. W. Hein, "Der Entwicklungsweg Venezuelas", S. 200 f.
2) M.K. Al-Kauraishi, Die Auslastung der Produktionskapazität in der irakischen Industrie, in: Oil and Development

Forts. S. 244

Die Konsumgüterindustrie genoß eine relativ stärkere staatliche Protektion als die Industrie für intermediäre Güter, was eine stärkere Anlagebereitschaft des privaten Kapitals in der Konsumgüterindustrie wegen der garantierten Profitabilität zur Folge hatte. Die besondere Zollschutzpolitik für die Konsumgüter machte ihre Produktion auch bei niedriger Auslastung der Produktionskapazität immer noch profitabel genug, um zusätzlich Investitionen zu tätigen, und damit die Kapazität noch mehr zu erweitern.[1)] Die monopolistischen Strukturen in der irakischen Industrie und der relativ begrenzte innere Markt wirkten ihrerseits hemmend auf eine höhere Auslastung der Kapazität. Der Grad der Kapazitätsauslastung ist besonders niedrig in jenen Produktionssparten, die relativ neu auf dem Markt sind und daher einen relativ hohen Monopolisierungsgrad aufweisen. Dazu kommt, daß die neuen Produktionsbetriebe in hohem Maße auf die Lieferung von Vorprodukten und Ersatzteilen aus dem Ausland, oftmals verbunden mit erheblichen Verzögerungen, angewiesen sind. Von dem allgemeinen Mangel an Fachkräften sind die neuen Produktionsbereiche am stärksten betroffen. Für andere Produktionsbereiche wie Zement, Getreidemühlen, Zucker- und Ölraffinerien stellt sich die Problematik der Fachkräfte deshalb weniger stark, weil sie zu den ältesten Branchen im Irak gehören und damit über einen Stamm von Fachkräften verfügen, die sie im Laufe der Jahre herangebildet haben. Ferner gelang es diesen Branchen aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung, den Wartungsdienst der Produktionsanlagen erheblich zu verbessern und somit lange Unterbrechungen im Produktionsprozeß zu vermeiden. Schließlich konnten diese Branchen, obwohl sie sehr kapitalintensiv sind und eine monopolitische Stellung auf dem Markt haben (allerdings Staatsmonopol), ihre Produktionskapazität deshalb zu über 90 % auslasten,

---

Magazine, Nr. 1, 4. Jg., Oktober 1978, Bagdad (arabisch), S. 11 f.

1) Ebenda, S. 14

weil die Nachfrage nach ihren Produkten überdurchschnittlich hoch ist.
Die Expansion des inneren Markts nach 1973 vermochte nicht zu einer Auslastung der Produktionskapazität zu führen. Dem steigenden Einkommen, insbesondere in den Städten als Folge der zunehmenden Staatsausgaben, stand ein unausreichendes Angebot an Konsumgütern gegenüber. Dies führte, wie bereits erwähnt, zu ernsten Engpässen in der Versorgung und setzte den Staat unter den Druck, immer mehr Konsumgüter zu importieren. In den offiziellen Statistiken werden keinerlei Angaben über die Kapazitätsauslastung in der irakischen Industrie gemacht. Jedoch lassen sich aus dem Verhandlungsprotokoll einer mehrtägigen Veranstaltung im September 1976 in Bagdad über das Thema "Ursachen der sinkenden Produktivität in der irakischen Industrie" einige Erkenntnisse über den Auslastungsgrad der Produktionskapazität in den staatlichen Betrieben gewinnen. Die Produktionskapazität der Textilindustrie, die 9 große Betriebe umfaßt, war 1975 nur zu 72,3 % ausgelastet, in der Baumwolltextilfabrik in Kut war sie sogar nur zu 37 % ausgelastet.[1] In der Glasindustrie, bestehend aus der einzigen Glasfabrik in Rumadi, war die Kapazität 1976 lediglich zu 30 % ausgelastet.[2] Die Kapazität der Düngemittelfabrik in Basra war 1976 nur zu 30 % bis 35 % ausgelastet.[3] In der Papierindustrie, bestehend aus der einzigen Papierfabrik in Basra, war die Kapazität 1975 immerhin zu 63 % ausgelastet; die Verluste dieser Fabrik beliefen sich aber im selben Jahr auf 1,5 Mio. ID.[4] Die Stahlrohrfabrik, ebenfalls in Basra, hat eine konzipierte Kapazität von 56 000 t/J; die tatsächliche Produktion lag 1975 bei 27 000 t/J.[5] Die einzige Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen im Irak wurde mit einer Kapazität von 30 000

1) Al Thaura, 12.9.1976
2) Al Thaura, 13.9.1976
3) Al Thaura, 14.9.1976
4) Al Thaura, 14.9.1976
5) Al Thaura, 13.9.1976

Stück im Jahr errichtet. Die tatsächliche Produktion dieser Fabrik betrug 1975 3 000 bis 4 000 Stück. Ein Manager dieser Fabrik beklagte sich über Absatzschwierigkeiten.[1)] Mit dieser Fülle von Fakten und Zahlen wird keinesfalls intendiert, die Produktion in den staatlichen Betrieben per se als ineffizient hinzustellen, sondern es soll lediglich auf die mit einer "transplantierten Technologie" verbundenen Probleme hingewiesen werden. Auch kann nicht bestritten werden, daß ein akuter Mangel an Fachkräften im Irak herrscht; aber dieser Mangel ist eben durch die Art der importierten Technologie herbeigeführt worden.

1) Al Thaura, 13.9.1976

Zusammenfassung

In dem ersten Teil dieser Arbeit wurde eine zusammenfassende Darstellung der verschiedenen Forschungsansätze zur theoretischen Erfassung der vorkapitalistischen Gesellschaftsformation im Irak in der Zeit von der Mitte des 8. Jahrhunderts bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts gegeben. Damit war auch der Versuch verbunden, die einzelnen Typen vorkapitalistischer Produktionsweisen herauszuarbeiten und ihre jeweilige Funktion im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu untersuchen. Ein empirisch abgesicherter Beweis für die Dominanz eines bestimmten Typs konnte nicht erbracht werden. Dennoch hat die Analyse dieser historischen Epoche ein wichtiges Ergebnis gezeitigt: Unter den verschiedenen Eigentumsformen gewann das Privateigentum ab Mitte des 19. Jahrhunderts in dem Maße an Bedeutung, wie sich die Handelsbeziehungen zwischen dem Irak und den kapitalistischen Ländern Westeuropas verstärkten.

Der zweite Teil behandelte die erste Etappe in dem Prozeß der Angliederung der irakischen Wirtschaft an das kapitalistische System der internationalen Arbeitsteilung. In der Zeit zwischen 1869 und 1952 fungierte der Irak in diesem Weltsystem als Lieferant von agrarischen und tierischen Produkten, deren Erzeugung durch einen extensiven Wachstumsprozeß gesteigert werden konnte. Ferner wurde hier der Versuch unternommen, die Rolle des ausländischen Handelskapitals und die des britischen Kolonialismus in diesem Prozeß aufzuzeigen.

Die zweite Etappe (ab 1952) zeichnet sich aus durch eine über den Export von Rohöl erfolgte verstärkte Integration des Irak in den kapitalistischen Weltmarkt und wurde deshalb relativ ausführlich im dritten Teil behandelt. Nach einem kurzen historischen Überblick über die Entstehung des Erdölsektors wurden die wesentlichen Momente seiner weiteren Entwicklung herausgearbeitet. Dabei hat sich der

Widerspruch zwischen den Verwertungsinteressen des ausländischen Ölkapitals und den nationalen Interessen des Irak als bestimmend herausgestellt. Die von uns vorgenommene Berechnung der Profitrate des Ölkapitals einerseits und des Anteils der Erdöleinnahmen des Irak an dem Wert seiner Ölexporte (als Indikator für den Anteil der Grundrente an dem Surplusprofit) andererseits konnte den oben konstatierten Interessenkonflikt empirisch untermauern. Weiterhin hat die Analyse der Stellung des Erdölsektors innerhalb des gesamtwirtschaftlichen Akkumulationsprozesses deutlich gezeigt, daß der Beitrag dieses Sektors zum internen Akkumulationsprozeß weit hinter dem von ihm erzeugten Überschuß lag, weil letzterer zu einem beträchtlichen Teil in Form von Profiten ins Ausland transferiert wurde. Insofern stellte die Nationalisierung der ausländischen Ölgesellschaften eine veränderte Bedingung für den Akkumulationsprozeß dar.

Im vierten Teil wurden die allgemeinen Strukturmerkmale und die spezifischen Kennzeichen der Unterentwicklung im Irak herausgearbeitet. Zunächst wurde nachgewiesen, daß der Dualismus-Ansatz für die Analyse des gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses im Zuge der Integration des Irak in den kapitalistischen Weltmarkt unzulänglich ist. Dann wurden die Theoreme des Dependenz-Ansatzes von der strukturellen Heterogenität und der Marginalisierung empirisch überprüft und als die allgemeinen Strukturmerkmale der Unterentwicklung im Irak nachgewiesen. Allerdings konnten diese Begriffe zwecks einer Spezifizierung des gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses in einem erdölexportierenden Land nicht herangezogen werden. Als ein spezifisches Moment der Unterentwicklung im Irak haben wir die Mechanismen aufgezeigt, die in der Beziehung des Erdölsektors zu den anderen Sektoren wirksam wurden: in dem Maße, in dem sich der Erdölsektor spontan zu einem hegemonialen Sektor entwickelte, wurden die anderen produktiven Sektoren (Landwirtschaft und Industrie) zunehmend zur

Stagnation verurteilt. In der Landwirtschaft wurden alte Produktionsverhältnisse konserviert und die Entfaltung der Produktivkräfte gehemmt. Der Niedergang des Agrarsektors hinterließ tiefe Spuren, die der einst blühenden irakischen Landwirtschaft bis heute anhaften. Die industrielle Entwicklung war nicht nur im Vergleich mit anderen Randgesellschaften, sondern auch gemessen an dem im Lande vorhandenen Potential enttäuschend. Sie blieb in den schwachen Ansätzen einer importsubstituierenden Industrialisierung stecken.

Als ein weiteres spezifisches Kennzeichen des gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses wurden die aus der überproportionalen Entwicklung des Dienstleistungssektors resultierenden Auswirkungen auf die Sozialstruktur und die damit einhergehenden innenpolitischen Veränderungen aufgezeigt. Die politischen Transformationen im Lande reflektieren die Entfaltung von neuen sozialen Kräften, deren Interessenlage eine neue Bedingung des internen Akkumulationsprozesses darstellte. Die Herausbildung der irakischen Staatsbourgeoisie, die durch die effektive Kontrolle der Produktionsmittel im staatlichen Sektor eine relativ autonome Schicht darstellt und durchaus nicht mit den Ölkonzernen übereinstimmende ökonomische Interessen vertritt und durchsetzt, relativiert die These des "peripheren Kapitalismus", wonach der Staat nur noch als verlängerter Arm der multinationalen Konzerne und ihrer globalen Akkumulationspolitik erscheint.

Im fünften Teil wurde ausführlich dargestellt, daß auf die von der seit 1968 im Irak regierenden Baath-Partei formulierten Entwicklungsstrategien auch konkrete staatliche Handlungen zur bewußten Stimulierung des Wachstums der Produktivkräfte folgten. Dies konnte anhand der Fünfjahrespläne 1970-1974 bzw. 1976-1980 verdeutlicht werden. Die Summe der vom Staat im Rahmen dieser Entwicklungspläne getätigten Investitionen stieg von 1,2 Mrd. ID in dem Zeitraum 1970-1974 auf ca. 6 Mrd. ID in dem Zeitraum 1976-1978.

Literaturverzeichnis

ABECOR: Country Report, Iraq, 28.9.1977

AL-AMEEN, Abdul Wahab: External Growth in Developing Countries with special reference to Iraq, Bagdad 1975

ALAWI, Ibrahim: Erdöl und nationale Befreiung im Irak, Beirut 1967 (arab.: Al-Petrol Al-Iraqi wal Taharor Al-Watani)

AL-DJAZRAWI, Taha: Industriesektor und Perspektiven des nächsten Entwicklungsplans 1976-1980, in: Aliktisad, Monatszeitschrift für Wirtschaft und Handel, Nr. 62/ Febr. 1976, Bagdad (arabisch)

DERS.: Probleme der Industrialisierung in den Entwicklungsländern, Beirut 1972 (arab.: Al-Duwel Al-Namijeh wa Maschakil Al-Tassniea Fiha)

AL-DURRAH, Sabah: Die industrielle Entwicklung im Irak - Der Privatsektor, Bagdad 1968 (arab.: Al-Tatwer Al-Sinai fil Iraq/Al-Qutaa Al-Khass)

ALIKTISAD: Monatszeitschrift für Wirtschaft und Handel (arabisch), Hrsg.: Ministerium für Handel, Bagdad

AL-JOMARD, Atheel: Internal Migration in Iraq, in: A. Kelidar (Hrsg.), The integration of modern Iraq, London 1979

AL-KAURAISHI, Madhat K.: Die Auslastung der Produktionskapazität in der irakischen Industrie, (arab.: Istiglal Al-Taqat Al-Intagiya fil Sinaat Al-Iraqiya), in: Oil and Development Magazin, Nr. 1., 4. Jg., Oktober 1978, Bagdad

ALKAZAZ, Aziz: Irak,in:Handbuch der Dritten Welt, Bd. 4 I, Hamburg 1978

AL-MOOHOOR, Khodayer: Der Beitrag der Ölindustrie zur Entwicklung der irakischen Volkswirtschaft, Göttingen 1967 (Diss.)

AL-NAKASCH, Nasar: Überwindung der Unterentwicklung im Irak unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des staatlichen Sektors, Berlin 1977 (Diss.)

ALNASRAWI, Abbas: Financing Economic Development in Iraq: The Role of Oil in a Middle Eastern Economy, New York 1967

AL-SAMARIE, Saeid Abboud: Einführung in die Wirtschaftsgeschichte des Irak, Bagdad 1973 (arab.: Muqadima fil Tariech Al-Iktisady Al-Iraqi)

AL-SAMER, Faisel: Die Revolution der Sklaven, Beirut 1971 (arab.: Thauret el Zang)

AL SEYASSAH: Tageszeitung, Kuweit

AL-THAURA: Irakische Tageszeitung und offizielles Organ der Baath-Partei

ALWAQAI ALIRAQIYA: Offizielles Gesetzblatt der irakischen Regierung (arabisch)

AL-WARDI, Ali: Soziale Aspekte aus der modernen Geschichte des Irak, Bd. 1, Bagdad 1969 (arab.: Lemhat Igtimaiya men Tariech el-Iraq Al-Hadith)

DERS.: Soziologie des Nomadentums, Neuwied und Darmstadt 1972, Übersetzung aus dem Arabischen: G. Weirauch und I. al-Haidari

AMIN, Samir: Die ungleiche Entwicklung, Hamburg 1975

AUTORENKOLLEKTIV: Geschichte der Araber, Band 1, Berlin 1971

AZIZ, Mohammed: Das Volkseinkommen im Irak und seine Berechnung in der Periode 1950-1973, Kairo 1975 (arab.: Al-Dachel Al-Qwami fil Iraq wa Taqdieratuh Chilal Al-Fatreh 1950-1973)

BAER, Gabriel: The Evolution of Privat Landownership in Egypt and the Fertile Crescent, in: Ch. Issawi, The Economic History of the Middle East 1800-1914, Chicago, London 1966

BARAN, Paul A.: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Neuwied, Berlin 1966

BELL, Gertrude Lothian: Review of the Civil Administration of Mesopotamia, Archiv of his Majesty, No. CMD 1061. Hier wurde die arabische Ausgabe benutzt: Fisul men Tarikh Al-Iraq Al-Hadith, Bagdad 1971

BOLZ, Reinhardt: Die Entwicklungspolitik im Irak nach 1968 und ihre bisherigen Ergebnisse, in: Orient Nr. 1, 20. Jg., März 1979

BORIS, Dieter: Unterentwicklung und Staat, in: Argument 116, Berlin 1979

Literaturverzeichnis

ABECOR: Country Report, Iraq, 28.9.1977

AL-AMEEN, Abdul Wahab: External Growth in Developing Countries with special reference to Iraq, Bagdad 1975

ALAWI, Ibrahim: Erdöl und nationale Befreiung im Irak, Beirut 1967 (arab.: Al-Petrol Al-Iraqi wal Taharor Al-Watani)

AL-DJAZRAWI, Taha: Industriesektor und Perspektiven des nächsten Entwicklungsplans 1976-1980, in: Aliktisad, Monatszeitschrift für Wirtschaft und Handel, Nr. 62/ Febr. 1976, Bagdad (arabisch)

DERS.: Probleme der Industrialisierung in den Entwicklungsländern, Beirut 1972 (arab.: Al-Duwel Al-Namijeh wa Maschakil Al-Tassniea Fiha)

AL-DURRAH, Sabah: Die industrielle Entwicklung im Irak - Der Privatsektor, Bagdad 1968 (arab.: Al-Tatwer Al-Sinai fil Iraq/Al-Qutaa Al-Khass)

ALIKTISAD: Monatszeitschrift für Wirtschaft und Handel (arabisch), Hrsg.: Ministerium für Handel, Bagdad

AL-JOMARD, Atheel: Internal Migration in Iraq, in: A. Kelidar (Hrsg.), The integration of modern Iraq, London 1979

AL-KAURAISHI, Madhat K.: Die Auslastung der Produktionskapazität in der irakischen Industrie, (arab.: Istiglal Al-Taqat Al-Intagiya fil Sinaat Al-Iraqiya), in: Oil and Development Magazin, Nr. 1., 4. Jg., Oktober 1978, Bagdad

ALKAZAZ, Aziz: Irak,in:Handbuch der Dritten Welt, Bd. 4 I, Hamburg 1978

AL-MOOHOOR, Khodayer: Der Beitrag der Ölindustrie zur Entwicklung der irakischen Volkswirtschaft, Göttingen 1967 (Diss.)

AL-NAKASCH, Nasar: Überwindung der Unterentwicklung im Irak unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des staatlichen Sektors, Berlin 1977 (Diss.)

ALNASRAWI, Abbas: Financing Economic Development in Iraq: The Role of Oil in a Middle Eastern Economy, New York 1967

AL-SAMARIE, Saeid Abboud: Einführung in die Wirtschaftsgeschichte des Irak, Bagdad 1973 (arab.: Muqadima fil Tariech Al-Iktisady Al-Iraqi)

AL-SAMER, Faisel: Die Revolution der Sklaven, Beirut 1971 (arab.: Thauret el Zang)

AL SEYASSAH: Tageszeitung, Kuweit

AL-THAURA: Irakische Tageszeitung und offizielles Organ der Baath-Partei

ALWAQAI ALIRAQIYA: Offizielles Gesetzblatt der irakischen Regierung (arabisch)

AL-WARDI, Ali: Soziale Aspekte aus der modernen Geschichte des Irak, Bd. 1, Bagdad 1969 (arab.: Lemhat Igtimaiya men Tariech el-Iraq Al-Hadith)

DERS.: Soziologie des Nomadentums, Neuwied und Darmstadt 1972, Übersetzung aus dem Arabischen: G. Weirauch und I. al-Haidari

AMIN, Samir: Die ungleiche Entwicklung, Hamburg 1975

AUTORENKOLLEKTIV: Geschichte der Araber, Band 1, Berlin 1971

AZIZ, Mohammed: Das Volkseinkommen im Irak und seine Berechnung in der Periode 1950-1973, Kairo 1975 (arab.: Al-Dachel Al-Qwami fil Iraq wa Taqdieratuh Chilal Al-Fatreh 1950-1973)

BAER, Gabriel: The Evolution of Privat Landownership in Egypt and the Fertile Crescent, in: Ch. Issawi, The Economic History of the Middle East 1800-1914, Chicago, London 1966

BARAN, Paul A.: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Neuwied, Berlin 1966

BELL, Gertrude Lothian: Review of the Civil Administration of Mesopotamia, Archiv of his Majesty, No. CMD 1061. Hier wurde die arabische Ausgabe benutzt: Fisul men Tarikh Al-Iraq Al-Hadith, Bagdad 1971

BOLZ, Reinhardt: Die Entwicklungspolitik im Irak nach 1968 und ihre bisherigen Ergebnisse, in: Orient Nr. 1, 20. Jg., März 1979

BORIS, Dieter: Unterentwicklung und Staat, in: Argument 116, Berlin 1979

CAHEN, Claude: Der Islam I, Fischer Weltgeschichte Bd. 14, Frankfurt am Main 1968

CENTRAL BANK OF IRAQ: Annual Report 1967, Bagdad 1967

CENTRAL BANK OF IRAQ: Bulletin (Vierteljahresbericht der irakischen Zentralbank)

CÓRDOVA, Armando: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt am Main 1973

CROLL, Donald O.: New directions since nationalization, in: Petroleum Economist, February 1978

DER POLITISCHE BERICHT des achten regionalen Kongresses der arabisch sozialistischen Baath Partei im Irak: Januar 1974, Dar Al-Thaura, Bagdad (arab.: Al-Taqrir Al-Siassi lil Mutamer Al-Kutri Al-Thamin)

DE WARREN, Count Edward: European Interests in Railways in the Valley of the Euphrates, London 1857, Reprint in: Ch. Issawi, The Economic History of the Middle East, Chicago, London 1966

DIDDEN, Horst: Irak - Eine sozioökonomische Betrachtung, Opladen 1969

EL-DEEN, Ahmad Nour: Prospects of Consumption, Product Imports, Exports and Primary Refining Capacity in the Main World Markets and in the Arab Area, in: OAPEC, Prospects of Arab Refining Industries, Kuwait 1976 (arab./engl.)

EL MALLAKH, Ragaei: Industrialization in the Arab World - Obstacles and Prospects, in: N.A. Sherbiny/M.A. Tessler (Hrsg.), Arab Oil. Impact on the Arab countries and global implications, New York (Preager) 1976

ELSENHANS, Hartmut: Die teuren Lektionen der Befreiung, in: Vorwärts Nr. 27, 28.6.1979

DERS.: Erdöl für Europa, Hamburg 1974

EL ZAIM, Issam: A Strategy for a regional and dynamic arab refining industry, in: OAPEC, Prospects of Arab Refining Industries, Kuwait 1976 (arab./engl.)

ERNST, Dieter: Wirtschaftliche Entwicklung durch Importsubstituierende Industrialisierung? In: Argument 79, Berlin 1973

EVERS, Tilman: Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt, Frankfurt am Main 1977

FAROUK-SLUGLETT, Marion: Contemporary Iraq, in: Review of Middle East Studies, Number Three, London 1978

FRANKFURTER RUNDSCHAU: Deutsche Tageszeitung

FRÖBEL, Folker/HEINRICHS, Jürgen/KREYE, Otto: Die neue internationale Arbeitsteilung, Hamburg 1977

HABIB, Kadhim: Die Nationalcharta und einige Probleme der Entwicklungspolitik im Irak, Bagdad 1975 (arab.: Al-Mithaq wa Bath Muschkilat el Tanmiya fil Iraq)

HAIDER, Saleh: Land Problems of Iraq, in: Ch. Issawi, The Economic History of the Middle East 1800-1914, Chicago, London 1966

HARRIS, Georg L.: Iraq - its People, its Society, its Culture, HRAF Press, New Haven 1958

HASHIM, Jawad: Die Fixkapitalbildung im Irak 1957-1970, Bagdad 1972 (arab.: Takwin Ras Almal Al-Thabit fil Iraq 1957-1970)

HASHIM, Jawad und andere: Einschätzung des Wirtschaftswachstums im Irak 1950-1970 (arab.: Taqiyem Al-Nimau Al-Iktissady fil Iraq 1950-1970) Zwei Bände, Bagdad o.J.

HASSAN, Mohammed Salman: Die wirtschaftliche Entwicklung des Irak, Beirut 1965 (arab.: Al-Tatauer Al-Iktisady fil Iraq)

DERS.: The Role of Foreign Trade in the Economic Development of Iraq, 1864-1964, in: Cook (Hrsg.), Studies in the Economic History of the Middle East, London 1970

DERS.: Growth and Structure of Iraq's Population 1867-1947, in: Ch. Issawi, The Economic History of the Middle East 1800-1914, Chicago, London 1966

HAUCK, Gerhard: Typen kolonialer Produktionsweise, in: Argument 114, Berlin 1979

HEIN, Wolfgang: Der Entwicklungsweg Venezuelas, Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1979

HEIN, W./SIMONIS, G.: Entwicklungspolitik, Staatsfunktionen und Klassenauseinandersetzungen im peripheren Kapitalismus, in: A. Schmidt (Hrsg.), Strategien gegen Unterentwicklung, Frankfurt am Main 1976

HESSE, Fritz: Die Mosulfrage, Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik, 1. Heft 1925, Berlin 1925

HOEPLI, Henry V.: England im Nahen Osten - Das Königreich Irak und die Mosulfrage, Erlangen 1931

HOFFMANN, Gerhard: Zum Problem der Klassenstruktur in der feudalen arabisch-islamischen Stadt und seiner Relevanz für die vergleichende Forschung, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Heft 2, Bd. 2, Berlin 1974

HOFFMANN, Karl: Oelpolitik und angelsächsischer Imperialismus, Berlin 1927

HURTIENNE, Thomas: Zur Ideologiekritik der lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung und Abhängigkeit, in: Probleme des Klassenkampfs 14/15, Berlin 1974

HUSSEIN, Sahib: Unser besonderer Weg zum Sozialismus, in: Al-Thaura vom 5.3.1979

INDIAN INSTITUTE OF FOREIGN TRADE: Markt Survey Report in Iraq, New Delhi 1966

IPC, MPC, BPC: Reviews 1965, 1969, 1970, 1971, London, 33 Cavendish-Square

IRAKISCHER INDUSTRIEVERBAND: Al-Masch Al-Sinai (Die Vermessung des Industriesektors), Jhg.: 1971, 1974 und 1975 (arabisch)

ISSAWI, Charls/YEGANEN, Mohamed: The Economics of Middle Eastern Oil, London 1962

ISSAWI, Charls: The Economic History of the Middle East 1800-1914, Chicago, London 1966

JA'AFAR, M.: Les limites de l'industrialisation du monde arabe, Etude du cas de l'Irak, in: Khamsin No. 4/1977, Paris 1977

KELAITA, Francis: Die wirtschaftliche Bedeutung der Mineralölindustrie für die Industrialisierung im Irak, Bonn 1978 (Diss.)

KHADDURI, Majid: Republican Iraq, London 1969

KLENGEL, H.: Einige Erwägungen zur Staatsentstehung in Mesopotamien, in: Beiträge zur Entstehung des Staates, Berlin 1974

KUBBAH, Ibrahim: Der Weg des 14. Juli, Beirut 1969 (arab.: Hatha Huwa Tariq 14 Tamwoz)

LANGELY, Kathleen: The Industrialization of Iraq, Cambridge, Mass., 1967

LE MONDE: Französische Tageszeitung

MARTINELLI, Alberto: Dualismus und Abhängigkeit. Zur Kritik herrschender Theorien, in: D. Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt 1972

MASSARRAT, M.: Energiekrise oder Krise des Kapitalismus, in: Probleme des Klassenkampfs, Nr. 1/72, Berlin 1974

MIDDLE EAST ECONOMIC SURVEY

MIKAEL, Salim: Sozialökonomische und politische Probleme des Entwicklungsweges Syriens unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1963-1973, Marburg 1976 (Diss.)

MINISTRY OF PLANNING: Annual Abstract of Statistics 1967, 1969, 1972, 1974, 1976, 1977

MINISTRY OF PLANNING: Foreign Trade Statistics 1976, Bagdad 1976

MINISTRY OF PLANNING: Die arabischsprachigen Publikationen werden unter Planungsministerium aufgeführt

MIQUEL, André: Der Islam - Von Mohammed bis Nasser, Hamburg 1975

MOMMER, Bernard: Die Bedeutung der Grundrente in der Petroleumproduktion - Analytische Geschichte ihrer Entwicklung von den Anfängen in den USA bis zur internationalen Ölrise der Gegenwart, Tübingen 1976 (Diss.)

MURRAY, Robin: Value and Theorie of Rent, in: Capital & Class 3/1977; 4/1978

MYRDAL, Gunnar: Ökonomische Theorien und unterentwickelte Regionen, Stuttgart 1959

NAJI, Abdul Amir: Die Kaufkraft der Arbeiterlöhne in den großen Industriebetrieben 1960-1972, Bagdad 1976 (arabisch: Al-Qua Al-Schiraiya le Ajoor Al-Umal Al-Muschtigleen fil Sinaa el Iraqiya)

OIL AND DEVELOPMENT MAGAZIN: Irakische Monatszeitschrift (arab.: Al-Naft wal Tanmiya)

OLSCHEWSKI, Margrit: Die OPEC-Erfolge der Förderländer durch kollektive Aktion, in: H. Elsenhans (Hrsg.), Erdöl für Europa, Hamburg 1974

OPEC: Annual Statistical Bulletin 1977, Wien 1977

ORGANIZATION OF ARAB PETROLEUM EXPORTING COUNTRIES (OAPEC): Prospects of Arab Refining Industry, Kuwait 1976 (arab./engl.)

PENROSE, Edith & E.F.: Iraq: International Relations and National Development, London 1978

PETRAS, J.: State Capitalism and The Third World, in: Development and Change, Vol. 8, 1977

PLANUNGSMINISTERIUM: Bericht über die Erfüllung der geplanten Investitionsziele in den Entwicklungsplänen 1951-1971, Bagdad 1972 (arab.: Netaig Mutabaat Tanfidh Al-Ahdaf Al-Istithmariya lil Menahig wal Khutat Al-Iktisadiya bil Iraq 1951-1971)

PLANUNGSMINISTERIUM: Erste Schätzung über die Fixkapitalbildung im Irak 1971, Bagdad 1972 (arab.: Teqdirat Auelieh Litakween Raas Al-Mal Al-Thabit fil Iraq 1971)

PLANUNGSMINISTERIUM: Industriestatistik 4. Quartal 1976, (arab.: Netaig Al-Ihsae Al-Sinai lil Munschaat Al-Kabierah)

PLANUNGSMINISTERIUM: Das Bruttoinlandsprodukt und das Volkseinkommen im Irak in den Jahren 1964-1974, Bagdad 1976 (arab.: Al-Natig Al-Maheli wal Dakhel Al-Qwami fil Iraq lil Sanwat 1964-1974)

PLANUNGSMINISTERIUM: Der detaillierte grundsätzliche Rahmen des Nationalen Entwicklungsplans 1970-1974, Bagdad 1970 (arab.: Al-Itar Al-Tafsili Al-Mabdaie le Khotet Al-Tanmiya Al-Quwmiya 1970-1974)

PLANUNGSMINISTERIUM: Der Nationale Entwicklungsplan 1976-1980, Bagdad 1977 (arab.: Khotet Al-Tanmiya Al-Qwamiya lil Sanawat 1976-1980)

RODINSON, Maxim: Islam und Kapitalismus, Frankfurt am Main 1971

SALIM, Shakir M.: Ech-Chibayish, An Antropological Study of a Marsh Village in Iraq, Bagdad 1970 (arabisch)

SALMAN, Hamid Sadik: Die Entwicklung und der Strukturwandel der Stadt Bagdad unter den Bedingungen der asiatischen Produktionsweise und des unterentwickelten Kapitalismus, Bochum 1975 (Diss.)

SCHMITT, Klaus: Die Rolle der Erdöleinnahmen bei der Industrialisierung Nigerias, Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, 1978

SHAW, Standford J.: Das Osmanische Reich und die moderne Türkei, in: G.E. von Grunebaum (Hrsg.), Der Islam II, Fischer Weltgeschichte 15, Frankfurt am Main 1971

SLUGLETT, Peter: Britain in Iraq 1914-1932, London 1976

SOUZA, P.R./TOKMAN, V.E.: The informal urban sector in Latin America, in: International Labour Review, Vol. 114, No. 3, Nov.-Dec. 1976, ILO Geneva

STEINHAUS, Kurt: Soziologie der türkischen Revolution, Frankfurt am Main 1969

STOCKING, George W.: Middle East Oil, Kingsport 1970

TALABANI, Mukarrem: Plädoyer für eine radikale Agrarreform im Irak, Bagdad 1969 (arab.: Fie Sabiel Islah Zirraie Djathrie)

TECHNOLOGY TRANSFER FOR THE MIDDLE EAST O.P.E.C. Nations and Egypt 1970-1975, Background Study prepared for the comittee on Science and Technology, U.S. House of Representatives, U.S. Goverment Printing Office, Washington 1976

TIBI, Bassam: Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, Frankfurt am Main 1973

VERNIER, Bernard: L'IRAK d'aujourd'ui, Paris 1963

WARRINER, Doreen: Land Tenure in the Fertile Crescent, in: Ch. Issawi, The Economic History of the Middle East 1800-1914, Chicago, London 1966

DIES.: Land Reform and Development in the Middle East
Second Edition, London 1962

WIRTH, Eugen: Agrargeographie des Irak, Hamburg 1962

WITTFOGEL, Karl A.: Die orientalische Despotie, Köln,
Berlin 1962

Lebenslauf

1946	Geboren am 12. April in Kerbala/Irak als Sohn des Justizbeamten Mohamed Ridha Shouber und seiner Ehefrau Bekum Shouber, geborene Ahmed
1948	Umzug der Familie nach Bagdad
1952-1958	Besuch der Grundschule in Bagdad
1958-1963	Besuch des staatlichen Gymnasiums "Al-Kadimain Secondary School" in Bagdad und Ablegung des irakischen Abitur (Baccalaureate) im Juli 1963
1963-1964	Studium der Fächer Germanistik und Anglistik an der Universität Bagdad
1964	Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland im Herbst dieses Jahres
1965	Tätigkeit bei verschiedenen Firmen in Frankfurt/M. als Hilfsarbeiter
1966	Ablegung der Prüfung zur Feststellung der Hochschulreife bei dem staatlichen Studienkolleg in Frankfurt. Aufnahme des Studiums der Volkswirtschaftslehre im Wintersemester an der J.W. Goethe-Universität in Frankfurt/M.
1969	Fortsetzung des Studiums an der Philipps-Universität Marburg
1972	Abschluß des Studiums mit dem Grad Diplom-Volkswirt
1973	Seit dem 15. April als wissenschaftlicher Angestellter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg tätig
1977	Forschungsaufenthalt in England im Sommer dieses Jahres
1978	Ein weiterer Forschungsaufenthalt in England, "Institute of Development Studies", University of Sussex, Brighton
1979	Mitwirkung am Forschungsprojekt des Deutschen Orient Instituts über die Entwicklungsstrategie der Baath-Partei im Irak.

Druck und Verarbeitung: copy shop, Darmstadt, Tel. 06151 / 21353